Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

4. September 1978
Jg. 6 Nr. 36

Bezirksausgabe für Kiel/Holstein. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG. Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Brasilianische Marine bringt US-Fangschiffe auf

z.hev. Am 19. August hat die brasilianische Marine das US-amerikanische Fangschiff „Falcon“ aufgebracht, das innerhalb der 200-Seemeilen-Zone Brasiliens gefischt hatte. Das Schiff wurde in den Hafen von Belem in Nordbrasilien gebracht und die gesamte Ladung beschlagnahmt. Im Juni waren insgesamt 8 US-Fangschiffe unter ähnlichen Umständen an ihrem Vorhaben der Plünderung des brasilianischen Fischreichtums gehindert worden. Brasilien unterstützt zunehmend das Streben der Länder der Dritten Welt nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit. Das ist den US-Imperialisten zutiefst zuwider. Seit dem Kernenergiegeschäft der westdeutschen Imperialisten verstärken sie ihre Einmischungsversuche, um die Konkurrenz daran zu hindern, Boden gut zu machen. Trotz dieser Angriffe hält Brasilien an dem Kurs fest, die nationale Wirtschaft zu stärken. Bis 1982 soll die Stahlproduktion aus der inländischen Produktion sichergestellt sein, um die enorme Auslandsverschuldung von 35 Mrd. Dollar zu mindern, auf die die US-Imperialisten als Faustpfand setzen.

EG-Imperialisten verweigern spanischen Fischern Fanggründe

z.bil. Die EG-Imperialisten haben 7000 spanischen Fischern untersagt, in EG-Gewässern zu fischen. Lediglich maximal 100 Fischerboote sollen eine Ausnahmegenehmigung erhalten; eine unverschämte Spaltung ist beabsichtigt. Die Maßnahme verfolgt den Zweck, den EG-Beitritt Spaniens, die Unterwerfung des Landes unter die Knute der Imperialisten zu beschleunigen. Selbstverständlich fischen die EG-Imperialisten munter weiter in spanischen Gewässern. Vor allem den baskischen Fischern wird die Existenzgrundlage entzogen. Sie haben gegen die spanische Regierung durchgesetzt, daß die Löhne in jedem Fall weitergezahlt werden müssen. „Für Schiffe der EG sollten wir die Meerenge von Gibraltar schließen“, fordern sie. Um die Beute scharen sich die Räuber: die Sozialimperialisten haben „angeboten“, daß die spanischen Fischer in den sowjetischen Gewässern der Barentsee – natürlich nicht ohne „Gegenleistung“ – fischen dürfen.

Peru: Streik der Kupferarbeiter

z.mif. Die 45000 Kupferarbeiter Perus streiken seit dem 4. August. Ihre Forderungen: 25% Lohnerhöhung, Wiederein-

Produktion sichergestellt sein, um die enorme Auslandsverschuldung von 35 Mrd. Dollar zu mindern, auf die die US-Imperialisten als Faustpfand setzen.

EG-Imperialisten verweigern spanischen Fischern Fanggründe

z.bil. Die EG-Imperialisten haben 7000 spanischen Fischern untersagt, in EG-Gewässern zu fischen. Lediglich maximal 100 Fischerboote sollen eine Ausnahmegenehmigung erhalten; eine unverschämte Spaltung ist beabsichtigt. Die Maßnahme verfolgt den Zweck, den EG-Beitritt Spaniens, die Unterwerfung des Landes unter die Knute der Imperialisten zu beschleunigen. Selbstverständlich fischen die EG-Imperialisten munter weiter in spanischen Gewässern. Vor allem den baskischen Fischern wird die Existenzgrundlage entzogen. Sie haben gegen die spanische Regierung durchgesetzt, daß die Löhne in jedem Fall weitergezahlt werden müssen. „Für Schiffe der EG sollten wir die Meerenge von Gibraltar schließen“, fordern sie. Um die Beute scharen sich die Räuber: die Sozialimperialisten haben „angeboten“, daß die spanischen Fischer in den sowjetischen Gewässern der Barentsee – natürlich nicht ohne „Gegenleistung“ – fischen dürfen.

Peru: Streik der Kupferarbeiter

z.mif. Die 45000 Kupferarbeiter Perus streiken seit dem 4. August. Ihre Forderungen: 25% Lohnerhöhung, Wiedereinstellung der 400 Gewerkschafter, die nach dem Generalstreik letztes Jahr entlassen wurden. Am 21. August hat die Militärregierung in allen fünf bestreikten Bergbaugebieten den Notstand ausgerufen. Am 26. August mußte sie den Notstand wieder aufheben und Straffreiheit zusichern. Aber die 400 sind noch nicht wieder eingestellt. Der Internationale Währungsfonds verlangt von Peru, 4,8 Mrd. Dollar Schulden dieses Jahr zurückzuzahlen. Der IWF fordert Lohnsenkung und Preiserhöhungen. Kupfer macht 70% des Exports von Peru aus. Die Imperialisten haben den Kupferpreis unter den Produktionspreis gedrückt und zahlen 52 bis 57 Cent pro Pfund; über die Wucherzinsen auf Tributzahlungen in die Verschuldung getrieben, soll Peru jetzt durch Importbeschränkungen in die Knie gezwungen werden.

Erfolgreicher Kampf chilenischer Kupferarbeiter

z.jon. Die chilenische Regierung hat die Wiedereinstellung von sechs Bergarbeitern der Kupfermine Chuquicamata angeordnet, die wegen „Beleidigung der Regierung“ auf einer Versammlung mit Industrieminister Vasco Costa entlassen worden waren. Über die Forderung der 11000 Arbeiter von Chuquicamata nach 50% Lohnerhöhung wird verhandelt. Die Forderung der Arbeiter der Kupfermine El Teniente nach 60% Produktivitätszuschlag wird erfüllt. Die Arbeiter von Chuquicamata bestreiken seit dem 1. Juli die Kantine des Bergwerks. Die Regierung begann nachzugeben, als die Arbeiter von El Teniente den Kampf in Chuquicamata in einer Resolution unterstützten.

Arbeitskraft – nicht „mobil“, nicht billig genug

Die Bundesregierung steckt den Rahmen für verschärfte Expansion

z.rua. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Juli um 44900 auf 922000 gestiegen. 28,8% der arbeitslos gemeldeten Erwerbspersonen unterliegen gesundheitlichen Einschränkungen. 11,8% sind älter als 55 Jahre. 55,5% haben keine Berufsausbildung. 22% sind länger als ein Jahr arbeitslos. 82 von 100 sind nicht zum Ortswechsel bereit.

Im Landesarbeitsamtsbezirk Saarlouis wird gegenwärtig „trainiert“, wie der „harte Kern der Dauerarbeitslosen“ zu knacken ist. In einem „spezifischen Trainingsprogramm“ wird „besonderes Gewicht auf praktische Unterweisung an Arbeitsplätzen unter Aufsicht“ gelegt. *Geweckt* werden soll bei den arbeitslosen Arbeitern „Zuverlässigkeit, Verantwortung, Ausdauer und Sorgfalt“, um ihre „Vermittlungschancen“ zu erhöhen. Was ändert sich an einem Arbeitslager, wenn es in Trainingslager umbenannt wird? Nichts. Das Arbeitsamt Saarlouis beklagt, daß es, um einen Teilnehmer für dieses Trainingsprogramm zu gewinnen, mindestens vier bis fünf Arbeitslose vorladen muß. Die Teilnahme erfolge auch nur aus Furcht vor Verhängung der Sperrfrist. Denn folgt man der „Trainings“aufforderung nicht, wird die Zahlung eingestellt. Besorgt stellt das Arbeitsamt Saarlouis fest, daß die Krankmeldungen während dieses Trainingsprogramms überdurchschnittlich hoch sind. Die Kandare muß fester gespannt werden.

Die Bundesanstalt für Arbeit hat am 8. August den Dienstblatt-Runderlaß 230/78 in Umlauf gebracht. Er betrifft die „zumutbare Beschäftigung“. *Grundsätzlich* ist danach jede Arbeit zumutbar. Es darf nur nicht so auffällig nach Zwangsarbeit aussehen. Kreiert wurde die „stufenweise Ausweitung der Zumutbarkeit“. Nach Ablauf einer „Prüfungsfrist“ – die nicht länger als ein halbes Jahr dauern darf –, in der die „Vermittelbarkeit im erlernten Beruf geprüft“ wird, soll eine Abstufung in die nächstuntere Qualifikationsstufe vorgenommen werden. Entsprechend wird in diesem Erlaß auch festgelegt, daß der zukünftige Nettolohn *unter* der Höhe des derzeitigen Arbeitslosengeldes liegen kann. Tagespendeln ist für die Bundesanstalt für Arbeit schon längst eine selbstverständliche Zumut-

mittlungschancen“ zu erhöhen. Was ändert sich an einem Arbeitslager, wenn es in Trainingslager umbenannt wird? Nichts. Das Arbeitsamt Saarlouis beklagt, daß es, um einen Teilnehmer für dieses Trainingsprogramm zu gewinnen, mindestens vier bis fünf Arbeitslose vorladen muß. Die Teilnahme erfolge auch nur aus Furcht vor Verhängung der Sperrfrist. Denn folgt man der „Trainings“aufforderung nicht, wird die Zahlung eingestellt. Besorgt stellt das Arbeitsamt Saarlouis fest, daß die Krankmeldungen während dieses Trainingsprogramms überdurchschnittlich hoch sind. Die Kandare muß fester gespannt werden.

Die Bundesanstalt für Arbeit hat am 8. August den Dienstblatt-Runderlaß 230/78 in Umlauf gebracht. Er betrifft die „zumutbare Beschäftigung“. *Grundsätzlich* ist danach jede Arbeit zumutbar. Es darf nur nicht so auffällig nach Zwangsarbeit aussehen. Kreiert wurde die „stufenweise Ausweitung der Zumutbarkeit“. Nach Ablauf einer „Prüfungsfrist“ – die nicht länger als ein halbes Jahr dauern darf –, in der die „Vermittelbarkeit im erlernten Beruf geprüft“ wird, soll eine Abstufung in die nächstuntere Qualifikationsstufe vorgenommen werden. Entsprechend wird in diesem Erlaß auch festgelegt, daß der zukünftige Nettolohn *unter* der Höhe des derzeitigen Arbeitslosengeldes liegen kann. Tagespendeln ist für die Bundesanstalt für Arbeit schon längst eine selbstverständliche Zumut-

barkeit, ebenso wie das „Wochenendpendeln“. 40 Stunden in der Woche darf der Arbeiter bei seiner Familie sein, in „Ausnahmefällen“ weniger. Ist er für längere Zeit arbeitslos (spätestens nach einem Jahr), soll er in jeden beliebigen Ort des Landes „vermittelt“ werden. Zumutbar ist auch, daß der Arbeiter – spätestens nach einem halben Jahr – zur Vernutzung in Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit an die Kapitalisten freigegeben wird. Wehrt man sich gegen diese Zumutungen, unterrichtet die Vermittlungsstelle des Arbeitsamtes *unverzüglich* auf der in jedem Arbeitsamt zu druckenden Vorlage II 4 die Leistungsstelle zwecks Einstellung der Zahlung.

Vordruck II 4 enthält den feinen Hinweis: „Der Arbeitslose kommt wegen seines Verhaltens nach der im Arbeitsleben herrschenden Verkehrsauffassung für eine Beschäftigung als Arbeitnehmer nicht in Betracht.“ Man bekommt einen Eindruck, wie die 5. Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes aussehen soll, die Ehrenberg in Kürze vorlegt.

Neben den bereits in der Kommunistischen Volkszeitung untersuchten Auswirkungen der „Steuererleichterungen“ sieht das „Steuerpaket“ u.a. die Einführung des „Realsplitting“ und die Einführung eines „Mutterschaftsurlaubes“ vor. Mit dem „Realsplitting“ sollen z.B. geschiedene Männer ihre Unterhaltsleistungen von der Steuer absetzen können, während die Frauen, die diese Leistungen beziehen, jetzt steuerlich belastet werden. FDP-Finanzexpertin Liselotte (Fortsetzung Seite 2)

Es gärt unter den britischen Automobilarbeitern



Streikversammlung am 15. August im Vauxhall-(General Motors-)Werk Ellesmere, England. Die 3000 Arbeiter stimmen einem Abkommen zu, das eine Lohnerhöhung von 6 Pfund pro Woche für die Kraftfahrer des Konzerns vorsieht. Die Arbeiter von Ford Großbritannien fordern 20 Pfund (etwa 80 DM) pro Woche für alle gleich. Bei British Leyland erkämpften sich im Kühlerwerk in Llanelli 100 Arbeiter in der Produktion in einem einwöchigen inoffiziellen Streik gleiche Entlohnung wie die Werkzeugmacher. Seit drei Wochen streiken 1500 Maschinenarbeiter im Leyland-Lastwagen- und Traktorenwerk Bathgate in Schottland. Sie fordern mehr Lohn für die Arbeit an computergesteuerten Maschinen. Die Konzernführung droht mit Betriebsschließung, die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung droht mit Ausschluß. Gegen 32 Werkzeugmacher im Leyland-Vergaserwerk in Birmingham hat die Bezirksleitung der Gewerkschaft AUEW bereits Ausschluß, der zugleich Rausschmiß aus dem Betrieb bedeutet, beschlossen. Die Werkzeugmacher weigern sich, einen Streik für gleiche Entlohnung wie in anderen Leyland-Werken abzubrechen. Falls der Gewerkschaftsausschluß bestätigt wird, fürchtet die Bourgeoisie schon jetzt einen allgemeinen Streik der Leyland-Arbeiter. Die Werkzeugmacher von British Leyland haben im Frühjahr 1977 vier Wochen lang erfolgreich gestreikt.



Streikversammlung am 15. August im Vauxhall-(General Motors-)Werk Ellesmere, England. Die 3000 Arbeiter stimmen einem Abkommen zu, das eine Lohnerhöhung von 6 Pfund pro Woche für die Kraftfahrer des Konzerns vorsieht. Die Arbeiter von Ford Großbritannien fordern 20 Pfund (etwa 80 DM) pro Woche für alle gleich. Bei British Leyland erkämpften sich im Kühlerwerk in Llanelli 100 Arbeiter in der Produktion in einem einwöchigen inoffiziellen Streik gleiche Entlohnung wie die Werkzeugmacher. Seit drei Wochen streiken 1500 Maschinenarbeiter im Leyland-Lastwagen- und Traktorenwerk Bathgate in Schottland. Sie fordern mehr Lohn für die Arbeit an computergesteuerten Maschinen. Die Konzernführung droht mit Betriebsschließung, die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung droht mit Ausschluß. Gegen 32 Werkzeugmacher im Leyland-Vergaserwerk in Birmingham hat die Bezirksleitung der Gewerkschaft AUEW bereits Ausschluß, der zugleich Rausschmiß aus dem Betrieb bedeutet, beschlossen. Die Werkzeugmacher weigern sich, einen Streik für gleiche Entlohnung wie in anderen Leyland-Werken abzubrechen. Falls der Gewerkschaftsausschluß bestätigt wird, fürchtet die Bourgeoisie schon jetzt einen allgemeinen Streik der Leyland-Arbeiter. Die Werkzeugmacher von British Leyland haben im Frühjahr 1977 vier Wochen lang erfolgreich gestreikt.

Die Meerenge: „ein sensitiver Punkt“

Sozialimperialistische Frechheiten auf der UN-Seerechtskonferenz

z.hah. Die „ganze Balance“ der UN-Seerechtskonferenz hänge daran, daß die Meerengenfrage nicht wieder auf die Tagesordnung der siebten Sitzung der Seerechtskonferenz, die derzeit in New York fortgesetzt wird, komme. Die Erklärung der UdSSR-Delegation ist nichts anderes als die Drohung, über die Frage der Meerengen die Seerechtskonferenz platzen zu lassen.

Die Türkei wie andere Staaten der Dritten Welt wollen die Regelung der Souveränitätsrechte über die Meerengen erneut auf die Tagesordnung setzen. Sie lehnen die bisherige Regelung im Konventionsentwurf ab – zu Recht. Die Supermächte haben bislang die Regelung erzwungen, daß zwar Souveränität und Jurisdiktion der Küstenstaaten über die Meerengen anerkannt werden, aber ausdrücklich sowohl Überflug- wie Durchtauchfreiheit festgehalten sind.

Die Meerenge – „ein sensitiver Punkt“ erklärt die sowjetische Delegation. Beschränkungen der Überflug- und Durchtauchfreiheit würden die „lebenswichtigen Interessen der Sowjetunion ernsthaft berühren“. Empfindlich für das Streben der Supermacht nach Weltherrschaft, wozu sie die Herrschaft über die türkischen Meerengen und den ungehinderten Zugang zum Mittelmeer ebenso braucht wie die Möglichkeit ihrer Flotte, sich überall auf den Weltmeeren zu tummeln. Zur Durchsetzung seiner imperialistischen Interessen zimmert dieser „Verbündete der Völker“ auf der Konferenz ein Gebilde, dessen Verlogenheit wie Frechheit einmalig ist. Ganz in Einklang mit der anderen Supermacht wird für die „internationalen Meerengen“ unbeschränkte Durchfahrt gefordert. Diese aber gilt selbstverständlich nicht – für die türkischen Meerengen. Hierzu haben die sowjetischen Seerechtsexperten ihre eigene Interpretation des „geschlossenen Meeres“ erfunden. Es handelt sich um Meere, die durch einen schmalen Ausgang mit der Offenen See verbunden sind. Bei diesen „geschlossenen Meeren“ soll die „militärische Nutzung“ ausschließlich den Anrainerstaaten zustehen. Diese Interpretation ist auf das Schwarze Meer zugeschnitten und soll die Meerengen einschließen. Den Anrainerstaat Türkei will man sich ohnehin einverleiben. Als der sozialimperialistischen Juristenclique auffiel, daß mit dieser Definition allzu leicht auch das Mittelmeer erfaßt werden könnte, haben sie nachgeschoben: erstens sei das Mittelmeer Teil der Offenen See, also kann sich dort jeder, vor allem die Eskadra, herumtreiben, zweitens hat Flottenzar Gorschkow vorsorglich erklärt, die Sowjetunion sei ein Mittelmeerstaat.

Im Zentrum der Auseinandersetzung auf der laufenden Sitzung der Seerechtskonferenz steht die Entscheidung, ob die Dritte Welt ihre Forderung nach Errichtung einer internationalen Meeresbodenbehörde, die das ausschließliche Monopol auf den Meeresbergbau haben soll, durchsetzen kann, um der Plünderung der Imperialisten Schranken zu setzen (vgl. KVZ Nr. 19). Auch hier sind die beiden Supermächte einig gegen die Dritte Welt. Molodkow ereifert sich über die „pseudorevolutionären Rufe“, die ein „neues System des Seerechts“ entwikkeln wollen, das Delegationsmitglied Kozyrew jammert: „Wir haben es mit einem neuen System zu tun. Das Recht der Staaten, zu erforschen und auszubeuten, ist begrenzt.“

Unentwegt suchen die Sozialimperialisten nach Schlichen, doch noch die 200-Seemeilen-Wirtschaftszone, die die Dritte Welt faktisch erkämpft hat, zumindest zu unterlöchern und Einbruchstellen zu schaffen. Durch diese Zone wird die Hohe See um etwa 20% beschnitten, in diesem Gebiet befinden sich 80 bis 90% der jenseits des Festlandsockels vermuteten Erdöl- und Erdgasvorkommen, werden 80% des Weltfischfangs gefangen. Während Brasilien an der Spitze zahlreicher Länder der Dritten Welt fordert, daß der Artikel der Konvention über die Rechte und Pflichten anderer Staaten in der ausschließlichen Wirtschaftszone ausdrücklich festlegt, daß militärische Aktivitäten wie Manöver und Waffengebrauch ohne Zustimmung des Küstenstaates nicht durchgeführt werden dürfen, will die sozialimperialistische Supermacht einen Artikel einschmuggeln: „Kein Staat kann das Recht beanspruchen, irgendeinen Teil der Wirtschaftszone (oder der See jenseits des Küstenmeeres) seiner Souveränität zu unterwerfen.“

Auf der Konferenz selber den geschlossenen Angriffen der Dritten Welt und dem Licht der Öffentlichkeit ausgesetzt, versuchen beide Supermächte, abseits davon Tatsachen zu setzen, vor allem im Indischen Ozean. Binnen anderthalb Jahren haben sie schon viermal miteinander verhandelt, wie der Indische Ozean in eine „Friedenszone“ verwandelt werden könne, also den Kampf um Einflußsphären geführt. Die UdSSR erklärt, diese bedeutsamen Konferenzen könnten „natürlich nicht an der Öffentlichkeit“ behandelt werden. Dafür hat der Präsident der Malediven enthüllt, daß die sozialimperialistische Supermacht den Malediven eine Million Dollar für Nutzungsrechte an einer ehemaligen britischen Luftwaffenbasis angeboten hat. Die Malediven haben dies „Angebot“ abgelehnt – sie verfolgen die „Politik der Blockfreiheit“. Gegen die Verhandlungen der beiden Supermächte über den Indischen Ozean hat der Präsident von Madagaskar erklärt: „Für uns gibt es nur eine Lösung dieser Frage – die totale Entmilitarisierung des Indischen Ozeans. Wir fordern die Auflösung aller ausländischen Stützpunkte, vor allem der Stützpunkte auf Diego Garcia, und haben beschlossen, unsere Häfen für die Kriegsschiffe aller Großmächte zu sperren.“

Arbeitskraft – nicht „mobil“, nicht billig genug

(Fortsetzung von Seite 1)

Funcke riet den Frauen, die so anfallenden Verluste auf dem Wege der Privatklage von ihren früheren Ehemännern einzutreiben.

Mit dem „Mutterschaftsurlaub“ wird ein Schritt zur Beseitigung des von der Arbeiterklasse erkämpften Kündigungsschutzes unternommen. Bisher bestand der Mutterschutz in einer achtwöchigen Freistellung nach der Geburt und anschließender zweimonatiger Kündigungsfrist seitens des Kapitalisten. Jetzt soll an die achtwöchige Freistellung ein viermonatiger „Urlaub“ angeschlossen werden, in dem Leistungen bis zu 750 DM von der Krankenkasse an die Frauen gezahlt werden. Der „Kündigungsschutz“ beläuft sich auf diese sechs Monate insgesamt, also der Kapitalist wurde der zweimonatigen Kündigungsfrist entledigt. Nach Ablauf dieses halben Jahres kann man entlassen werden. Die während des Schwangerschafts- und Mutterschaftsschutzes unbesetzten Arbeitsplätze werden in der Regel von den Kapitalisten nicht neu besetzt. Wird die anfallende Arbeit nicht bewältigt, können Überstunden gemacht werden. Die Niedrigkeit der Löhne macht diese „Freiwilligkeit“ zum Zwang.

Sozialdemokratische Manöver sollen den Kampf der Arbeiterklasse für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich spalten. Rechtzeitig vor Beginn des Gewerkschaftstages der IG Bergbau und Energie erklärte der Vorsitzende Adolf Schmidt, die Neuregelung der Arbeitszeit sei mehr ein „Mittel zur Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten im Steinkohlebergbau als eine Sache für sich“. Im Bergbau werde im übrigen die Arbeitszeit schon seit langem verkürzt durch die Einführung des Anpassungsgeldes ab dem 55. Lebensjahr. Hingegen ließe sich erfreulicherweise feststellen, daß es in den letzten Jahren zunehmend gelungen sei, „junge deutsche Arbeitnehmer für die Arbeit in den Zechen zu gewinnen“. (Handelsblatt, 31.8.78) Schwierigkeiten sah Schmidt mit Blick auf den Gewerkschaftstag darin, bei den Beschäftigten das „Problembewußtsein für die gegenwärtige Situation“ und das „Vertrauen in die Zukunft der Kohle“ zu wecken.

„Alternativen der Wirtschaftspolitik“ heißt eine „empirische Studie“ des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, in der R. Vaubel auf das „Memorandum der 130: Alternativen der Wirtschaftspolitik“ – eine reformistische Studie zur „Bewältigung der Krise und der Arbeitslosigkeit“ – antwortet. „Die Erhöhung der Löhne impliziert für sich genommen nicht eine Erhöhung, sondern nur eine Umverteilung des Volkseinkommens“, konstatiert er. Zwar hätten die Arbeiter „im Durchschnitt eine höhere Ausgabenneigung“ als die Kapitalisten, diese jedoch würden „ihre Gewinne dem wirtschaftlichen Kreislauf zur Verfügung stellen, indem sie sparen, um zu investieren“. Wird ihnen ihr Einkommen gekürzt, verlieren sie die Investitionsneigung, zumindest im Inland, die Folge ist ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Die Arbeiter also, die den Kampf gegen die Senkung ihres Lohnstandards führen, sind die eigentlichen Verursacher der Arbeitslosigkeit. Auf ihre Kappe geht es auch, wenn die Kapitalisten mit ihrem Kapital ins Ausland fliehen. Das allerdings, so kommt Vaubel zum Schluß, ist so schlimm auch wieder nicht, denn das im Ausland investierte Kapital komme den dortigen Arbeitern zugute, die mit ihren niedrigen Lohnansprüchen den ewigen Kreislauf des Kapitals und das Wachstum des Welteinkommens sichern würden. Amen.

Vaubels Argumentation ist dreist. Sie schafft Anlaß für sozialdemokratische Demagogie. Der Arbeiter erhält nicht mehr Lohn als seine Reproduktion kostet. Die Kapitalisten wollen diese Reproduktionskosten immer tiefer drücken. Genüßlich stellt das Bundeswirtschaftsministerium fest, daß im Juli die private „Verschuldungsbereitschaft“ gegenüber dem Vorjahr um 19,2% zugenommen hat. Die Tendenz ist steigend.

Unter dem Druck der industriellen Reservearmee werden aus den Arbeitern ungeheure Profite gepreßt: Der Kapitalexport in die USA wurde im letzten halben Jahr auf insgesamt über 2,5 Mrd. Dollar gesteigert, die BRD steht damit an vierter Stelle der Direktinvestitionen in den USA! Befriedigt stellt das Wirtschaftsministerium im Bericht zur wirtschaftlichen Lage der BRD im August 1978 fest, daß sich das Verhältnis Import/Export gegenüber den Ländern der Dritten Welt aufgrund der Veränderung der „Terms of Trade“ sehr zugunsten der BRD entwickelt habe. Internationale Arbeitsteilung! ist der Schlachtruf der Imperialisten in dem vom Sozialdemokraten Brandt geführten „Nord-Süd-Dialog“. „Wir können keine Kernkraftwerke in Entwicklungsländer exportieren, wenn wir gleichzeitig den Import von Oberhemden aus diesen Ländern verweigern“, empfahl der Aufsichtsratsvorsitzende der bundeseigenen Deutschen Entwicklungsgesellschaft Ulrich auf der Jahrestagung Mitte August. Welcher Kapitalist hat etwas dagegen, ein Seidensticker-Oberhemd aus Singapur anzuziehen, geschweige denn mit genügend Extraprofit zu verkaufen? Die DEG wurde gegründet, um die Privatinvestitionen in den Ländern der Dritten Welt zu fördern. Ihr Kapital wurde eben von 700 Mio. DM auf 1 Mrd. DM aufgestockt. Im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde eigens eine Abteilung „Privatinvestitionen“ gegründet wie auch eine Abteilung „Südliches Afrika“.

Monopolisierung für den Extraprofit – die kleinen Milchbauern müssen dafür zahlen

z.brp. Seit Juni 1977 gibt es die EG-Prämienregelung für die „Nichtvermarktung von Milch“. Schlachtet der Bauer seine Milchkühe ab, bekommt er einen Bonus, betreibt er weiter Milchwirtschaft, muß er eine „Strafe“ von 1,5 Pfennig je Kilo Milch zahlen. Die Bundesregierung unterstützt und betreibt dieses Programm. In einer ersten Bilanz hält sie fest: Milchproduktion um 3,7% gesteigert, Kuhbestand um 2% gesunken.

Ertl ist damit noch nicht zufrieden. Im Agrarbericht schreibt er: „Die EG-Kommission beabsichtigt, das im Vorjahr beschlossene Aktionsprogramm Milch im wesentlichen fortzusetzen. Sie findet darin unsere volle Unterstützung; denn das Aktionsprogramm konnte in der bisherigen kurzen Zeit seine Wirkung nur erst teilweise entfalten. Immerhin ist festzustellen, daß die Zunahme der Produktion abgeflacht ist und sich die Überschußbestände verringert haben.“ Demagogisch behauptet er, es ginge bei dem Abschlachtprogramm um den Abbau von Überschüssen. Dem könnte schnell abgeholfen werden. Heute kann sich keine Arbeiterfamilie den Konsum von Milch leisten, weil die Verbrauchspreise so sehr gestiegen sind. Trinkmilch kostet heute pro Liter 1,11 DM, 1971 waren es noch 0,69 DM. Die Erzeugerpreise für die Bauern sind gegenüber den Kosten für die Herstellung der Milch immer weiter gedrückt worden.

Genau wie in der Industrie ist auch in der Landwirtschaft ein „Überschuß“ stets Ausdruck davon, daß die Kapitalisten keinen Extraprofit machen können. Die Erzeugerpreise für Milch beweisen das: 1973 lag der durchschnittliche Erzeugerpreis je 100 kg für Milch von 3,7% Fettgehalt in der Bundesrepublik bei 12,65 RE (46,30 DM). Nur in Italien (16,00 RE) und den Niederlanden (12,75 RE) lag der Erzeugerpreis noch höher. In allen anderen EG-Ländern war er bereits weit gedrückt worden, in Großbritannien auf 9,66 RE.

Hinzu kommt, daß auch die Länder der Dritten Welt den Imperialisten ihre Märkte zunehmend verschließen, weil sie ihre eigenständige Landwirtschaft aufbauen. 1975 konnten die westlichen imperialistischen Staaten nur noch für 104 Mio. US-Dollar Milchprodukte in die Länder der Dritten Welt exportieren. Es mußte ihnen also darum gehen, den Erzeugerpreis für Milchprodukte drastisch zu senken. Die kleine bäuerliche Produktion mit einigen Milchkühen muß beseitigt werden und durch eine industrielle Milchproduktion ersetzt werden. Die landwirtschaftlichen Betriebe bis zu 10 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche haben 1974 fast alle nur 10 Milchkühe, erst ab einer Hofgröße von über 10 Hektar gibt es eine quantitative und qualitative Veränderung. Der Milchkuhbestand steigt auf 20 und mehr Kühe, und in der Größenordnung von 50 und mehr Hektar haben 2586 Großbauern 143000 Milchkühe, das sind fast doppelt so viele Kühe, wie sie die 28960 Kleinbauern mit bis zu 2 Hektar Hoffläche haben. Die Prämie für Abschlachtung von Milchkühen zielt ab auf die Beschleunigung der Konzentration in der Milchwirtschaft, die kleinen Bauern sollen schneller von Grund und Boden vertrieben werden. In Niedersachsen haben 45% der Bauern, die eine Prämie fürs Abschlachten erhalten haben, entweder ihren Hof ganz aufgeben oder ihn in einen Nebenerwerbsbetrieb bei gleichzeitiger Lohnarbeit umwandeln müssen.

Parallel zur Konzentration der Produktion in den Händen weniger Agrarkapitalisten, die die Produktionskosten unter Einsatz moderner Maschinerie und über die verschärfte Ausbeutung von Landarbeitern profitabel betreiben können, findet eine Konzentration der Molkereien statt, denn auch dort wird die Produktion rationalisiert. 1972 gab es in der Bundesrepublik noch 558 Molkereien mit 60000 Arbeitern. Der durchschnittliche Monatsumsatz lag bei 1,25 Mrd. DM. 1978 gibt es noch 412 Molkereien, der Monatsumsatz lag im April 1978 bei 1,4 Mrd. DM.

Im Winter in die Zuckerfabrik

r.rüb. Ende September beginnt die Saison für die Ernte und Verarbeitung der Zuckerrüben. Für die Bauern heißt das: von Sonnenaufgang bis in die Dunkelheit mit dem Roder auf die Felder und die Rüben in die Fabrik. Für die Arbeiter in den Zuckerfabriken: Aufhebung aller Schranken des 8-Stunden-Tages, drei Monate (die Saison endet in der letzten Dezemberwoche) zwölf Stunden täglich entweder in Tag- und Nachtschicht 30 oder 31 Tage im Monat für die Zuckerkapitalisten zu arbeiten, keine bezahlte Pause, Aufhebung der Überstundenzuschläge außer den Zuschlägen für Nacht- und Sonntagsarbeit (25% bzw. 50%).

Im Werk Salzgitter-Barum der „Braunschweiger Zucker AG“ arbeiten außerhalb der Saison ca. 50 Stammkräfte, die in dieser Zeit mit der Herstellung von Würfelzucker, dem Abpacken des Raffinadezuckers und des Puderzuckers nach EWG-Norm sowie der Reparatur der Verarbeitungs- und Raffinadeanlagen für die Saison beschäftigt sind. Während der Saison arbeiten in dieser Fabrik ca. 200 Männer und Frauen.

Die Kapitalisten lassen allein ca. 50 der zusätzlichen Arbeitskräfte über das Arbeitsamt aus Ostfriesland ranschaffen. Ca. 50% davon sind Landarbeiter und kleine Bauern, die im Frühjahr, Sommer und Frühherbst von der Arbeit auf Getreidehöfen leben. Sie sind darauf angewiesen, im Winter ihr Brot in der Fabrik zu verdienen. Zwei Bauern aus dem Dorf Barum arbeiten seit zwei Jahren im Winter ebenfalls in der Fabrik. Ihre Höfe werfen inzwischen so wenig ab, daß sie ohne Nebenverdienst in der Fabrik nicht mehr existieren können. Jeweils etwa zwölf Hektar bewirtschaften sie noch, einer mußte im letzten Jahr zwölf Hektar an den Großbauern im Dorf verkaufen. Nach der Zwölf-Stunden-Schicht in der Rübenfabrik unterstützen beide ihre Frauen bei Schweinemast und einer kleinen Milchproduktion, die während des Winters weitergeführt wird (jeweils etwa sechs Schweine und zwei Kühe).

Während der Stundenlohn eines angelernten Stammarbeiters schon bei nur 10,80 DM liegt, werden die Saisonarbeiter, weil sie völlig ungelernt sind, noch ca. 1 DM in der Stunde niedriger bezahlt. Dazu müssen sie noch die dreckigsten und gefährlichsten Arbeiten durchführen: Abspritzen der Rüben vom Verladesilo mit einer Spritze unter 20 Atü Druck. Der Einbau einer automatisch gesteuerten Spritze käme die Kapitalisten zu teuer, sagen sie. Oder Arbeiten an den Raffinade- und Filterkesseln bei 90% Luftfeuchtigkeit und 40 Grad Hitze, wo die Stammarbeiter sich weigern zu arbeiten. Kein Wunder, daß bei dieser Knochenarbeit jedes Jahr mehrere Aushilfskräfte nach wenigen Wochen kündigen, obwohl sie das Geld dringend brauchen. Was die Landarbeiter und Bauern in der Fabrik hält, ist der Lohn, der bei 360 bis 368 Stunden im Monat zuzüglich der Zuschläge rauskommt: Von der Arbeit von drei Monaten kann die Familie sechs Monate leben, oder es können wenigstens wieder einige Anschaffungen gemacht oder Schulden an den Landhandel zurückgezahlt werden.

EG-Imperialisten boykottieren die Beschlüsse der UN-Konferenz gegen Rassismus

EG-Imperialisten boykottieren die Beschlüsse der UN-Konferenz gegen Rassismus

Woche bei vollem Lohnausgleich spalten. Rechtzeitig vor Beginn des Gewerkschaftstages der IG Bergbau und Energie erklärte der Vorsitzende Adolf Schmidt, die Neuregelung der Arbeitszeit sei mehr ein „Mittel zur Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten im Steinkohlebergbau als eine Sache für sich“. Im Bergbau werde im übrigen die Arbeitszeit schon seit langem verkürzt durch die Einführung des Anpassungsgeldes ab dem 55. Lebensjahr. Hingegen ließe sich erfreulicherweise feststellen, daß es in den letzten Jahren zunehmend gelungen sei, „junge deutsche Arbeitnehmer für die Arbeit in den Zechen zu gewinnen“. (Handelsblatt, 31.8.78) Schwierigkeiten sah Schmidt mit Blick auf den Gewerkschaftstag darin, bei den Beschäftigten das „Problembewußtsein für die gegenwärtige Situation“ und das „Vertrauen in die Zukunft der Kohle“ zu wecken.

„Alternativen der Wirtschaftspolitik“ heißt eine „empirische Studie“ des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, in der R. Vaubel auf das „Memorandum der 130: Alternativen der Wirtschaftspolitik“ – eine reformistische Studie zur „Bewältigung der Krise und der

betreibt er weiter Milchwirtschaft, muß er eine „Strafe“ von 1,5 Pfennig je Kilo Milch zahlen. Die Bundesregierung unterstützt und betreibt dieses Programm. In einer ersten Bilanz hält sie fest: Milchproduktion um 3,7% gesteigert, Kuhbestand um 2% gesunken.

Ertl ist damit noch nicht zufrieden. Im Agrarbericht schreibt er: „Die EG-Kommission beabsichtigt, das im Vorjahr beschlossene Aktionsprogramm Milch im wesentlichen fortzusetzen. Sie findet darin unsere volle Unterstützung; denn das Aktionsprogramm konnte in der bisherigen kurzen Zeit seine Wirkung nur erst teilweise entfalten. Immerhin ist festzustellen, daß die Zunahme der Produktion abgeflacht ist und sich die Überschußbestände verringert haben.“ Demagogisch behauptet er, es ginge bei dem Abschlachtprogramm um den Abbau von Überschüssen. Dem könnte schnell abgeholfen werden. Heute kann sich keine Arbeiterfamilie den Konsum von Milch leisten, weil die Verbrauchspreise so sehr gestiegen sind. Trinkmilch kostet heute pro Liter 1,11 DM, 1971 waren es noch 0,69 DM. Die Erzeugerpreise für die Bauern sind gegenüber den Kosten für die Her-

Ausdruck davon, daß die Kapitalisten keinen Extraprofit machen können. Die Erzeugerpreise für Milch beweisen das: 1973 lag der durchschnittliche Erzeugerpreis je 100 kg für Milch von 3,7% Fettgehalt in der Bundesrepublik bei 12,65 RE (46,30 DM). Nur in Italien (16,00 RE) und den Niederlanden (12,75 RE) lag der Erzeugerpreis noch höher. In allen anderen EG-Ländern war er bereits weit gedrückt worden, in Großbritannien auf 9,66 RE.

Hinzu kommt, daß auch die Länder der Dritten Welt den Imperialisten ihre Märkte zunehmend verschließen, weil sie ihre eigenständige Landwirtschaft aufbauen. 1975 konnten die westlichen imperialistischen Staaten nur noch für 104 Mio. US-Dollar Milchprodukte in die Länder der Dritten Welt exportieren. Es mußte ihnen also darum gehen, den Erzeugerpreis für Milchprodukte drastisch zu senken. Die kleine bäuerliche Produktion mit einigen Milchkühen muß beseitigt werden und durch eine industrielle Milchproduktion ersetzt werden. Die landwirtschaftlichen Betriebe bis zu 10 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche haben 1974 fast alle nur 10 Milchkühe, erst ab

ordnung von 50 und mehr Hektar haben 2586 Großbauern 143000 Milchkühe, das sind fast doppelt so viele Kühe, wie sie die 28960 Kleinbauern mit bis zu 2 Hektar Hoffläche haben. Die Prämie für Abschlachtung von Milchkühen zielt ab auf die Beschleunigung der Konzentration in der Milchwirtschaft, die kleinen Bauern sollen schneller von Grund und Boden vertrieben werden. In Niedersachsen haben 45% der Bauern, die eine Prämie fürs Abschlachten erhalten haben, entweder ihren Hof ganz aufgeben oder ihn in einen Nebenerwerbsbetrieb bei gleichzeitiger Lohnarbeit umwandeln müssen.

Parallel zur Konzentration der Produktion in den Händen weniger Agrarkapitalisten, die die Produktionskosten unter Einsatz moderner Maschinerie und über die verschärfte Ausbeutung von Landarbeitern profitabel betreiben können, findet eine Konzentration der Molkereien statt, denn auch dort wird die Produktion rationalisiert. 1972 gab es in der Bundesrepublik noch 558 Molkereien mit 60000 Arbeitern. Der durchschnittliche Monatsumsatz lag bei 1,25 Mrd. DM. 1978 gibt es noch 412 Molkereien, der Monatsumsatz lag im April 1978 bei 1,4 Mrd. DM.

ranschaffen. Ca. 50% davon sind Landarbeiter und kleine Bauern, die im Frühjahr, Sommer und Frühherbst von der Arbeit auf Getreidehöfen leben. Sie sind darauf angewiesen, im Winter ihr Brot in der Fabrik zu verdienen. Zwei Bauern aus dem Dorf Barum arbeiten seit zwei Jahren im Winter ebenfalls in der Fabrik. Ihre Höfe werfen inzwischen so wenig ab, daß sie ohne Nebenverdienst in der Fabrik nicht mehr existieren können. Jeweils etwa zwölf Hektar bewirtschaften sie noch, einer mußte im letzten Jahr zwölf Hektar an den Großbauern im Dorf verkaufen. Nach der Zwölf-Stunden-Schicht in der Rübenfabrik unterstützen beide ihre Frauen bei Schweinemast und einer kleinen Milchproduktion, die während des Winters weitergeführt wird (jeweils etwa sechs Schweine und zwei Kühe).

Während der Stundenlohn eines angelernten Stammarbeiters schon bei nur 10,80 DM liegt, werden die Saisonarbeiter, weil sie völlig ungelernt sind, noch ca. 1 DM in der Stunde niedriger bezahlt. Dazu müssen sie noch die dreckigsten und gefährlichsten Arbeiten durchführen: Abspritzen der Rüben vom Verladesilo mit einer Spritze unter 20 Atü Druck. Der Einbau einer automatisch gesteuerten Spritze käme die

z.jon. Am 25. August, kurz vor Ende der UN-Weltkonferenz gegen Rassismus und rassische Diskriminierung in Genf, verließen die Delegationen von 16 Staaten, alles Verbündete der USA, unter Führung der EG-Mitglieder fluchtartig den Konferenzsaal. Die Konferenz schloß ihre Arbeit erfolgreich mit der Annahme einer Erklärung und eines Aktionsprogramms ab. Für diese Dokumente stimmten 88 Staaten, dagegen 4, zwei Delegationen enthielten sich der Stimme. Die US-Imperialisten hatten die Konferenz von vornherein boykottiert. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ widmete diesem Konferenzabschluß eine Meldung von 12 Zeilen, die englische „Times“ eine Meldung von acht Zeilen. Die meisten imperialistischen Blätter schwiegen überhaupt. Die Imperialisten haben eine Niederlage zu vertuschen.

Die Konferenz erklärt „ihre Solidarität mit dem palästinensischen Volk in seinem Kampf für Befreiung und gegen rassische Diskriminierung“. „Die Konferenz verurteilt die bestehenden und wachsenden Beziehungen zwischen dem zionistischen Staat Israel und dem rassistischen Regime von Südafrika.“ Diese beiden Sätze waren für die westlichen Imperialisten der Anlaß, die Flucht zu ergreifen. Ebenso bestürzt waren sie über die anderen Festlegungen von Erklärung und Aktionsprogramm. „Westliche Delegierte unternehmen laufend Anstrengungen, die Schlußerklärung zu verwässern, die an den UN-Sicherheitsrat als eine Serie von Empfehlungen geht“, schreibt „The Guardian“. Ohne Erfolg. Stattdessen beschloß die Konferenz unter anderem: Verurteilung der Apartheidpolitik und ihrer Unterstützung als Verbrechen und Bedrohung des Weltfriedens; Verurteilung der Bantustanpolitik in Südafrika und der „Inneren Lösung“ in Zimbabwe; Unterstützung und Anerkennung des nationalen Befreiungskampfes der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika und in Palästina und des Kampfes der Frontstaaten; Verschärfung der Maßnahmen zum Boykott und zur Isolierung der Siedlerregime; vor allem: „Die Sanktionen der Vereinten Nationen gegen diese Regimes müssen strikt und gewissenhaft von allen Staaten durchgeführt werden.“

Die sozialimperialistische Supermacht Sowjetunion versuchte die Genfer Konferenz zu nutzen, um sich einmal mehr als „natürlicher Verbündeter“ der afrikanischen Völker anzupreisen und ihre Interventionspolitik in Afrika zu rechtfertigen. Ein von der Sowjetunion und ihren Verbündeten eingebrachter Entwurf für eine Abschlußerklärung wurde nicht angenommen.

Die US-Imperialisten hatten als erste versucht, offen das „Jahrzehnt des Kampfes gegen den Rassismus und rassische Diskriminierung“, dessen Teil die Genfer Konferenz ist, zu sabotieren. Als die UN-Generalversammlung im November 1975 feststellte, daß „Zionismus eine Form von Rassismus und rassischer Diskriminierung“ ist, erhoben sie ein großes Geschrei, durch „diese infame Aktion“ würde „der Antisemitismus auf der ganzen Welt ermutigt“. Sie hofften, den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes zu diskreditieren und die Einheit der Völker der Dritten Welt zu spalten. Gleichzeitig versuchten sie sich als Matadoren des Kampfes gegen rassistische Unterdrückung aufzuspielen: „Unsere Unterstützung für den Kampf gegen Rassismus und rassistische Unterdrückung ist tief verwurzelt und unbegrenzt.“

Die Verbündeten der USA versuchten es auf der Genfer Konferenz mit der gleichen Taktik, um ihre Beschlüsse zu sabotieren. Nachdem sie erklärt hatten, sie könnten eine Verurteilung Israels als rassistisch nicht hinnehmen, und ausgezogen waren, schrieb der „Observer“, „daß Afrikas Kampf gegen die Apartheid geschwächt ist, obwohl die Araber in ihrem Wortkrieg mit Israel einige Punkte gemacht haben“. Tatsächlich hat sich die Einheit der Dritten Welt gefestigt. Als Vertreter eines der afrikanischen Frontstaaten erklärte der Delegierte Tansanias:

„Durch Besatzung und Kolonisation und durch fortgesetzte und systematische Leugnung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes hat Israel die Palästinenser und die anderen Araber unter seiner Besatzung zu einer unterworfenen Rasse gemacht, die es unterdrückt, verfolgt und mißhandelt.“ Er forderte, „die Unterstützung für den Kampf des palästinensischen Volkes unter der Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation zu stärken und an einer raschen Befreiung des besetzten arabischen Landes zu arbeiten“.

Zweitens versuchten vor allem die EG-Imperialisten, ihre eigene Politik der Unterstützung der Siedlerregime als Musterbeispiele des Kampfes gegen den Rassismus darzustellen. Der westdeutsche Delegierte Per Fischer, der im Namen aller EG-Staaten sprach, pries den Verhaltenskodex der EG, nach dem sich die imperialistischen Monopole bei der Ausbeutung schwarzer Arbeiter in Azania richten sollen. Der Delegierte der britischen Kolonialmacht forderte für Zimbabwe eine Lösung, „annehmbar für das Volk von Rhodesien als ganzes“ – also vor allem für die Siedler und Agenten imperialistischer Monopole. Im übrigen bedrohte er die Völker und Staaten des südlichen Afrika mit militärischer Intervention: „Das Vereinigte Königreich glaubt daran, seinen Einfluß zu nutzen, um Änderungen herbeizuführen. Aber es bezweifelt jede Lösung durch mehr Blutvergießen oder die Isolierung Südafrikas, die das Leiden nicht nur der Südafrikaner, sondern vieler anderer Bewohner des ganzen Gebietes des südlichen Afrika vergrößern würde.“

Der Delegierte Nigerias deckte die Tatsachen auf, die hinter den angeblich antirassistischen Äußerungen dieser Imperialisten stehen: „Drei ständige Mitglieder des Sicherheitsrates – Frankreich, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten – und die Bundesrepublik Deutschland haben sich hartnäckig den (Boykott- und Waffenembargo-)Aktionen widersetzt, sogar der Einstellung von Neuinvestitionen und Krediten ... Dieses Jahr hat Südafrika bereits wieder mehr als 300 Mio. Dollar in Krediten bekommen, vor allem aus Westdeutschland und der Schweiz und mit der Unterstützung von britischen Finanzinstituten. Verschiedene westliche Mächte haben ihre nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika fortgesetzt.“

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/73 02 31, Telex 4 13 080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer

Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/73 02 38 / Redakteur: Martin Fochler

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/81 40 45 / Redakteur: Helga Rosenbaum

Bezirksredaktion Kiel/Holstein, Schulstraße 12, 2300 Kiel, Telefon 0431/73 14 71 / Redakteur: Brigitte Balzer

Druck: Kühl-Druck, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/73 02 34, Telex 4 13 080 kuehl d – Gedruckt in Hamburg

Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/73 02 34 – Jahresabonnement (incl. Porto): 36 DM

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 36: Auflage 32 000

„Niemand kann den Befreiungskampf aufhalten, ehe er sein Ziel erreicht hat“

Interview mit Genossen E. Zvobgo, Mitglied des ZK der ZANU

Hauptziel der geplanten Konferenz über die Zukunft Rhodesiens müsse es sein, „Joshua Nkomo zum Führer der Zukunft Zimbabwes zu machen“, hat David Owen, Außenminister der britischen Imperialisten am 20. August erklärt. Nkomo sei, so fuhr er fort, „in vielerlei Hinsicht ein Vater seines Volkes“ (The Guardian, 29.8.78). Immer stärkere Anstrengungen zur Spaltung der Patriotischen Front als Bestandteil des Plans für eine Intervention ist die Antwort der Imperialisten auf die politische und militärische Niederlage ihres Kolonialregimes und der „Inneren Lösung“, die sich immer deutlicher abzeichnet. Imperialistische Intervention soll diese Lage zugunsten des Kolonialregimes wenden und einer neokolonialen Sicherung der imperialistischen Herrschaft über Zimbabwe den Weg ebnen. Daher die hektischen Spaltungsversuche. In dieser Lage ist es wichtig, die Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes und der ZANU, die diesen entschieden führt, zu verstärken. Die Woche der Solidarität mit den Völkern Afrikas und der Dritten Welt, die die Bezirke des KBW vom 18. bis zum 24. September durchführen, dient dieser Aufgabe. In dieser Woche soll das Ziel, 1 Million für die Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA zu sammeln, erfüllt werden. Genosse E. Zvobgo, Mitglied des ZK der ZANU, hat in einem Interview mit der Redaktion der KVZ geschildert, wie die Einkreisung der Städte vom Lande her mit der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes in den Städten verbunden wird:

Der Imperialismus hat in der Wirtschaft von Zimbabwe einige Besonderheiten geschaffen. Diejenigen Afrikaner, die in den Städten wohnen und in den Fabriken oder Büros arbeiten, ebenso die Arbeitslosen, sind in den Städten nicht zu Hause. Das Regime sagt, alle Städte seien weiß. Alle Afrikaner haben ihre Familien in den Stammesgebieten. Jeder Afrikaner, den du in Salisbury oder Bulawayo usw. findest, hat den größten Teil seiner Familie auf dem Land. Die Tatsache, daß wir das Land so gründlich organisieren konnten, daß wir also den größten Teil der Familie jedes Mannes in der Stadt organisieren konnten, war bereits ein wichtiger strategischer Schritt, um den Afrikaner in der Stadt zu erreichen. Er geht am Wochenende aufs Land und stellt fest, seine Kinder sind bereits weg, sie sind bereits in Mozambique oder Zambia, sie nehmen am Krieg teil. Manchmal findet er niemanden mehr zu Hause. Seine Frau hat sich dem Befreiungskampf angeschlossen, seine Kinder haben sich dem Befreiungskampf angeschlossen. Im schlimmen Fall stellt er fest: Seine Familie wurde gestern vom Regime umgebracht. Da also die meisten Verwandten des städtischen Arbeiters auf dem Land leben, hat der Krieg auf dem Land politische und ideologische Umwälzungen bei den städtischen Arbeitern bewirkt. Das war einer unserer Vorteile. Plötzlich sind die Leute, die sonntags in die Stadt zurückkommen, um am Montag zu arbeiten, voll von revolutionären Gedanken. Sie schütteln den Kopf und erzählen anderen, was die Genossen in ihrem Dorf machen. Und so kommt es, daß in den Bierkneipen, in den Lokalen, in den Bussen und Häusern jedermann von der Revolution spricht. Weil sie alle von dort herkommen, sie kommen von da her, wo der Krieg stattfindet. Das hat sich für die Patriotische Front in-

usw. findest, hat den größten Teil seiner Familie auf dem Land. Die Tatsache, daß wir das Land so gründlich organisieren konnten, daß wir also den größten Teil der Familie jedes Mannes in der Stadt organisieren konnten, war bereits ein wichtiger strategischer Schritt, um den Afrikaner in der Stadt zu erreichen. Er geht am Wochenende aufs Land und stellt fest, seine Kinder sind bereits weg, sie sind bereits in Mozambique oder Zambia, sie nehmen am Krieg teil. Manchmal findet er niemanden mehr zu Hause. Seine Frau hat sich dem Befreiungskampf angeschlossen, seine Kinder haben sich dem Befreiungskampf angeschlossen. Im schlimmen Fall stellt er fest: Seine Familie wurde gestern vom Regime umgebracht. Da also die meisten Verwandten des städtischen Arbeiters auf dem Land leben, hat der Krieg auf dem Land politische und ideologische Umwälzungen bei den städtischen Arbeitern bewirkt. Das war einer unserer Vorteile. Plötzlich sind die Leute, die sonntags in die Stadt zurückkommen, um am Montag zu arbeiten, voll von revolutionären Gedanken. Sie schütteln den Kopf und erzählen anderen, was die Genossen in ihrem Dorf machen. Und so kommt es, daß in den Bierkneipen, in den Lokalen, in den Bussen und Häusern jedermann von der Revolution spricht. Weil sie alle von dort herkommen, sie kommen von da her, wo der Krieg stattfindet. Das hat sich für die Patriotische Front in-

zwischen wirklich ausgezahlt. Wenn die Regierung jetzt nicht mehr in die ländlichen Gebiete gehen kann, um dort Reden zu halten, wissen das die Massen in den Städten, weil sie am Wochenende zu Hause waren. Jetzt haben sie darauf reagiert. In den britischen Zeitungen steht heute, daß wiederum drei Minister zu einer Veranstaltung im Norden gingen. Niemand ist hingegangen. Diesmal war es in den städtischen Gebieten. Die Massen gehen nicht mehr dorthin. Das ist das eine.

Die zweite Strategie der Zusammenarbeit zwischen den städtischen Arbeitern und den Bauern und Befreiungsstreitkräften ist die Lieferung von Lebensmitteln. Die meisten Läden in den Landgebieten sind zerstört oder von dem Regime geschlossen worden, weil die Geschäftsleute, die in den Landgebieten Läden haben, Kleidung und Nahrungsmittel an die Guerillas weitergegeben haben. Aber die Menschen bringen das Nötigste für die Versorgung der Massen mit, nicht nur für ihre eigenen Familien. Wenn sie nach Hause gehen, zum Wochenende, kaufen sie von ihrem Lohn Nahrung und Kleidung und bringen sie mit. Und unsere Genossen berichten, daß selbst die wenige vorhandene Nahrung in den Stadtgebieten mit ihnen geteilt wird. Und die meisten, die aus der Stadt kommen, wollen zu Hause mit Genossen in Verbindung treten. Einige wollen den Genossen versichern, daß sie und ihre Familie, die auf dem Land lebt, fest hinter dem Befreiungskampf stehen, und wenn es aus opportunistischen Gründen ist, aus Angst vor dem Krieg, weil sie sicher sein wollen, daß ihrer Familie nichts passiert. Viele stellen so Verbindungen mit unseren Guerillas her. Diese Erfahrung hat jeder Arbeiter gemacht. Wir nutzen die Tatsache, daß die städtischen Arbeiter in die Landgebiete kommen, und setzen uns mit ihnen zusammen. Der politische Kommissar setzt sich mit ihnen zusammen und bildet sie politisch aus. Und viele von ihnen sind Mitglieder geworden und haben sich in den städtischen Gebieten niedergelassen. Dieses Jahr, nach der „Inneren Lösung“, haben wir festgelegt, daß es Zeit ist, in die städtischen Gebiete zu gehen. Und natürlich sind die Genossen, die wir dafür nehmen, dieselben, die entweder zu Hause am Wochenende oder in der Stadt Verbindung mit der Bewegung aufgenommen haben. Jetzt haben wir sehr gut arbeitende Komitees in Salisbury, Bulawayo, Gwelo, Umtali und Fort Victoria, den fünf größten Städten. Wir haben verschiedene Netze von Komitees geschaffen. Dadurch wurde es Zeit für unsere Kämpfer, sich in die Städte zu begeben. Sie halten sich dort auf und werden von den städtischen Arbeitern ernährt. Vielleicht habt ihr in den letzten beiden Monaten davon gehört, daß ein Kämpfer in einer Bierkneipe oder einem Haus entdeckt worden ist. Die Kolonialisten haben plötzlich erkannt, daß wir die Städte unsicher gemacht haben. Ihr Problem ist jetzt: was machen wir dort? Sie wissen es nicht. Wir haben bisher noch keine Häuser in die Luft gejagt oder Leute beim Einkauf oder bei ihrer Arbeit angegriffen. Wir wissen genau, warum wir in die Städte eingesickert sind. Wir wissen, daß die Regierung ihren Wahlschwindel durchziehen will. Sie wollen, daß die Siedler für die „Innere Lösung“ stimmen und nachher die Ergebnisse verkündet werden. Das Regime sagt, es hält am 12. November Wahlen zum Parlament von Zimbabwe ab, für ein sogenanntes unabhängiges Zimbabwe. Aber die Kandidaten wür-

Jahr, nach der „Inneren Lösung“, haben wir festgelegt, daß es Zeit ist, in die städtischen Gebiete zu gehen. Und natürlich sind die Genossen, die wir dafür nehmen, dieselben, die entweder zu Hause am Wochenende oder in der Stadt Verbindung mit der Bewegung aufgenommen haben. Jetzt haben wir sehr gut arbeitende Komitees in Salisbury, Bulawayo, Gwelo, Umtali und Fort Victoria, den fünf größten Städten. Wir haben verschiedene Netze von Komitees geschaffen. Dadurch wurde es Zeit für unsere Kämpfer, sich in die Städte zu begeben. Sie halten sich dort auf und werden von den städtischen Arbeitern ernährt. Vielleicht habt ihr in den letzten beiden Monaten davon gehört, daß ein Kämpfer in einer Bierkneipe oder einem Haus entdeckt worden ist. Die Kolonialisten haben plötzlich erkannt, daß wir die Städte unsicher gemacht haben. Ihr Problem ist jetzt: was machen wir dort? Sie wissen es nicht. Wir haben bisher noch keine Häuser in die Luft gejagt oder Leute beim Einkauf oder bei ihrer Arbeit angegriffen. Wir wissen genau, warum wir in die Städte eingesickert sind. Wir wissen, daß die Regierung ihren Wahlschwindel durchziehen will. Sie wollen, daß die Siedler für die „Innere Lösung“ stimmen und nachher die Ergebnisse verkündet werden. Das Regime sagt, es hält am 12. November Wahlen zum Parlament von Zimbabwe ab, für ein sogenanntes unabhängiges Zimbabwe. Aber die Kandidaten wür-

den vorher nicht bekanntgegeben. Nach der Wahl würde man die Sieger erfahren. Das haben Muzorewa, Sithole, Chirau und Smith beschlossen. Sie sagen, wenn wir die Kandidaten vorher bekanntgeben, werden sie umgelegt. Also werden keine Kandidaten bekanntgegeben, man wählt nur die Partei. Nach der Wahl nennt jede Partei die Namen ihrer Kandidaten, und es ist genug Zeit, um Polizei und Truppen zu ihrem Schutz zu schicken, ehe ihre Namen öffentlich bekannt werden. – Aber unsere Anwesenheit in den Stadtgebieten macht das jetzt unmöglich. Sie macht es sogar unmöglich, die Namen geheimzuhalten. Sie können nicht zur Wahl gehen. Und wir wollen, sobald die Regenzeit beginnt, das ist in einem Monat, einen tödlichen Schlag gegen das Regime führen. Unsere Taktik ist die, die Siedler bewegungsunfähig zu machen. Der Feind kann nicht von einer Stadt in die andere gehen. Sie bleiben in ihren Häusern. Wir haben auch Pläne, daß die Massen nicht zur Arbeit gehen. Diese Pläne kann man nicht bis ins einzelne öffentlich besprechen, jedenfalls nicht jetzt. Aber wir sind jetzt in den Stadtgebieten und haben sie umzingelt. Unser Ziel ist, daß bis Ende des Jahres unzweifelhaft erkennbar ist, daß das Regime die Macht verloren hat.

– Wir haben den Eindruck, daß die Imperialisten ihre Versuche, die Patriotische Front zu spalten, um so mehr verstärken, je mehr die Fortschritte des bewaffneten Befreiungskampfes die „Innere Lösung“ zum Scheitern bringen. Das ist ja nicht das erste Spaltungsmanöver der Imperialisten und auch nicht das erste Manöver, das die ZANU schließlich zum Scheitern gebracht hat. Was ist der Hauptgrund dafür, daß die ZANU solche Manöver immer hat zerschlagen können?

– Eine gute Frage. Der Hauptgrund für das Überleben der ZANU ist, daß die ZANU eine *Massenlinie* hat. Wir haben ein klares revolutionäres Programm, das sich auf die breiten Massen der Bauern und Arbeiter im bewaffneten Kampf für die nationale Befreiung stützt. Unsere politischen, ökonomischen und sozialen Ziele sind den Massen von Zimbabwe wohlbekannt und werden von ihnen unterstützt. Darum konnten die Genossen der ZANU auch dann den bewaffneten Kampf weiterführen, als die politischen und militärischen Führer im Gefängnis waren.

Als zum Beispiel die Führer des Revolutionsrats 1975 in Zambia während des „Entspannungs“manövers eingesperrt wurden, ging der Krieg weiter. Wenn die politische Linie klar ist, können die revolutionären Streitkräfte militärische Pläne entwickeln, die auf der politischen Linie beruhen, so können sie überleben. Die Streitkräfte der ZANLA kämpfen nicht, um Herrn Sowieso an die Macht zu bringen. Sie kämpfen für die Verwirklichung der erklärten Ziele der ZANU. Sie wollen, daß die politische und wirtschaftliche Macht in die Hände des Volkes gelangt. Sie wollen den Sozialismus in Zimbabwe aufbauen. Das ist der Hauptgrund für unsere Stärke. Darum konnte die ZANU alle imperialistischen Manöver und Gegenangriffe zerschlagen. Sonst wäre der bewaffnete Kampf behindert oder gelähmt worden.



ZANLA-Kämpfer überwachen und blockieren eine wichtige Verbindungsstraße in den Kriegsgebieten.

Alle möglichen teuflischen Pläne haben die Imperialisten ausgeheckt, um unseren Kampf zu behindern und zu lähmen. Ihr werdet euch erinnern, daß die Imperialisten während unserer großen Fortschritte zwischen 1972 und 1974 im November 1974 die südafrikanische „Entspannung“ erfanden. Der Trick bestand darin, von „Einheit“ unter der reaktionären Führung von Bischof Muzorewa zu sprechen.

Macht in die Hände des Volkes gelangt. Sie wollen den Sozialismus in Zimbabwe aufbauen. Das ist der Hauptgrund für unsere Stärke. Darum konnte die ZANU alle imperialistischen Manöver und Gegenangriffe zerschlagen. Sonst wäre der bewaffnete Kampf behindert oder gelähmt worden.



ZANLA-Kämpfer überwachen und blockieren eine wichtige Verbindungsstraße in den Kriegsgebieten.

Alle möglichen teuflischen Pläne haben die Imperialisten ausgeheckt, um unseren Kampf zu behindern und zu lähmen. Ihr werdet euch erinnern, daß die Imperialisten während unserer großen Fortschritte zwischen 1972 und 1974 im November 1974 die südafrikanische „Entspannung“ erfanden. Der Trick bestand darin, von „Einheit“ unter der reaktionären Führung von Bischof Muzorewa zu sprechen.

Der Hauptgedanke war, die ZANU und ZANLA aufzulösen, sie mit Kräften zu verschmelzen, die keineswegs fortschrittlich waren, ihre politische Linie zu neutralisieren und außer Kurs zu bringen, um schließlich den bewaffneten Kampf zu liquidieren. Dieser verräterische Plan schlug fehl, weil die Führung der ZANU und der ZANLA-Streitkräfte sich weigerten, den bewaffneten Kampf aufzugeben. Die Imperialisten schafften es sogar, den Präsidenten der ZANU, Ndabaningi Sithole, zu kaufen. Sie beauftragten ihn mit der Liquidierung der Organisation. Aber seine verräterische Rolle wurde aufgedeckt, er wurde entlarvt, abgesetzt und aus der ZANU ausgeschlossen.

Die Antwort der ZANLA-Streitkräfte auf diese imperialistischen Tricks von 1975 war die Intensivierung des Kriegs in ganz Zimbabwe. Um den Zusammenbruch des Regimes zu verhindern, arrangierten die Imperialisten hastig die Genfer Konferenz. Um die Konferenz abhalten zu können, mußten sie aber die politische und militärische Führung der ZANU aus den Gefängnissen freilassen. Nach dem Fehlschlagen der Genfer Konferenz kehrte die befreite Führung nach Mozambique zurück, um den Krieg zu führen. Die Imperialisten hatten eine weitere Runde verloren. Kissingers Machenschaften waren zerschlagen.

In der Zwischenzeit hatten ZANU und ZAPU, bevor sie 1976 nach Genf gingen, ihre revolutionäre Einheit durch Bildung eines breiten Bündnisses, der Patriotischen Front, hergestellt. Die Patriotische Front wurde nicht für die Genfer Konferenz gegründet. Sie wurde in Maputo, Mozambique, gegründet, als Ergebnis der tiefen Einsicht von ZANU und ZAPU, daß sich alle fortschrittlichen und patriotischen Kräfte in Zimbabwe während dieser nationaldemokratischen Etappe unseres Kampfes zu einer gemeinsamen Front zusammenschließen müssen. Die Patriotische Front wurde gebildet, um den bewaffneten Kampf mit den vereinten Kräften von ZANU und ZAPU zu verstärken und um allen feindlichen Kräften auf diplomatischem und internationalem Gebiet entgegenzutreten.

Alle kapitalistischen Ausbeuter und Imperialisten haben beim bloßen Anblick der Patriotischen Front gezittert. Die britische und die amerikanische Regierung haben Tag und Nacht unermüdlich darauf hingearbeitet, die Patriotische Front zu spalten und zu zerbrechen. Sie glauben, wenn die ZAPU der „Inneren Lösung“ beitreten würde, ließe sich ihr neokolonialistischer Hunger auf größere Ausbeutung der Reichtümer Zimbabwes stillen.

Obwohl Genosse Präsident Joshua Nkomo wiederholt erklärt hat, daß er nicht die Absicht hat, nach Salisbury zu gehen und sich dem Regime anzuschließen, haben die Imperialisten ihre Träume nicht aufgegeben. Sie werden scheitern. Der Krieg in Zimbabwe ist inzwischen unaufhaltsam. Niemand kann den Befreiungskampf aufhalten, ehe er sein Ziel erreicht hat.

Heute muß der imperialistische Feind erkennen, daß der Zusammenbruch der Marionettenregierung Smith-Sithole-Muzorewa-Chirau bevorsteht. Die Imperialisten wissen, daß die Streitkräfte der Patriotischen Front an der Schwelle des direkten militärischen Sieges stehen. Das wollen sie verhindern.

Sie müssen erkennen, daß die gemeinsame Position der Patriotischen Front bezüglich der angloamerikanischen Vorschläge unangreifbar ist. Solange die Patriotische Front lebt, können uns die Imperialisten nicht von unserer Haltung abbringen. Wir sind be-

scheitern. Der Krieg in Zimbabwe ist inzwischen unaufhaltsam. Niemand kann den Befreiungskampf aufhalten, ehe er sein Ziel erreicht hat.

Heute muß der imperialistische Feind erkennen, daß der Zusammenbruch der Marionettenregierung Smith-Sithole-Muzorewa-Chirau bevorsteht. Die Imperialisten wissen, daß die Streitkräfte der Patriotischen Front an der Schwelle des direkten militärischen Sieges stehen. Das wollen sie verhindern.

Sie müssen erkennen, daß die gemeinsame Position der Patriotischen Front bezüglich der angloamerikanischen Vorschläge unangreifbar ist. Solange die Patriotische Front lebt, können uns die Imperialisten nicht von unserer Haltung abbringen. Wir sind be-

reit, an einer weiteren Verfassungskonferenz teilzunehmen, denn der Krieg muß sowohl an der militärischen wie an der diplomatischen Front geführt werden. Aber wir werden nicht zulassen, daß militärische Siege auf dem Schlachtfeld durch diplomatische Verhandlungen rückgängig gemacht werden. Darum fordert die Patriotische Front,

1. daß sie eine beherrschende Stellung in jeder Übergangsregierung hat;
2. daß die bewaffneten Streitkräfte der Patriotischen Front die nationalen Streitkräfte des Landes bilden;
3. daß vor der Unabhängigkeit freie Wahlen unter Aufsicht der Vereinten Nationen durchgeführt werden;
4. daß das gegenwärtige Kolonialregime mit all seinen Marionetten vollständig entmachtet wird.

Die Imperialisten finden diese gerechten Forderungen ihren Zielen abträglich. Wir haben sie festgenagelt.

Jetzt hecken die Imperialisten neue Pläne aus. Sie haben eine Niederlage erlitten, weil die Massen von Zimbabwe mehr Krieg wollen statt weniger, weil die Massen auf Muzorewa, Sithole und Chirau spucken. Der Krieg wird täglich ausgeweitet. Die Frontstaaten, die OAU, die UNO und alle fortschrittlichen Kräfte auf der Welt stehen geschlossen hinter der Patriotischen Front. Darum muß all dieses Gerede darüber, Genosse Präsident Nkomo würde zu Smith gehen, verrückt sein. Warum sollte er sich einer reaktionären Clique anschließen, die ihrer Niederlage entgegengeht? Niemand kann den Krieg aufhalten. Was soll er in Salisbury tun? Niemand läßt sich täuschen. Die Imperialisten werden eine Niederlage erleiden.

Bekenntnisse der Sanktionsbrecher

z.jon.London. In seinem Bericht an eine Untersuchungskommission der britischen Regierung hat der Erdölkonzern BP zum ersten Mal zugegeben, die Sanktionen gegen das Smith-Regime in Rhodesien gebrochen und seit 1965 mit Wissen der britischen Regierung regelmäßig Öl nach Rhodesien geliefert zu haben.

Während zehn Jahren, 1965 bis 1975, blockierte die britische Kriegsmarine mit zusammen 76 Kriegsschiffen und 28 Hilfsschiffen und 24 000 Mann den Hafen von Beira, Mozambique, angeblich, um die Ölversorgung des rhodesischen Siedlerregimes zu verhindern. Der damalige britische Premierminister Wilson erklärte, diese Ölblockade würde das Siedlerregime „in wenigen Monaten, wenn nicht in Wochen“ auf die Knie zwingen. Jedermann weiß, daß es den Kolonialisten nie an Öl oder sonst einer Ware mangelte, die sie brauchten, um die Massen Zimbabwes auszubeuten und ihr Land auszuplündern. Seit der „einseitigen Unabhängigkeit“ des Siedlerregimes bis zur Befreiung Mozambiques wurde die Ölversorgung vor allem über den mozambiquanischen Hafen Maputo (damals trug er noch den Kolonialnamen Laurenco Marques) abgewikkelt. 51 % der Transporte stammten von den vor allem britischen Ölmonopolen Shell und BP. Als Zwischenhändler fungierten die Tochtergesellschaften von Shell und BP in Südafrika, die in Großbritannien registrierte Gesellschaft Shell Mozambique, die beiden Konzernen gemeinsam gehörte, sowie für einige Jahre das französische Ölmonopol Total. In den Vorständen von Shell und BP sitzen Vertreter der britischen Regierung. Die Details dieser Geschäfte wurden ausführlich mit den zuständigen Ministern der Regierungen Wilson und Callaghan (Labour) und Heath (Konservative) erörtert. Diese Tatsachen sind nicht neu. Sie waren seit langem von Gegnern der britischen Kolonialpolitik und von den Ländern der Dritten Welt in der UNO aufgedeckt worden. Neu ist, daß die Imperialisten die Sache öffentlich ausposaunen und auch aus der Beteiligung der britischen Regierung an der Sanktionsbrecherei keinen Hehl machen. Ist das alles ein Manöver, um die Regierung zu diskreditieren? Man hat nicht den Eindruck, daß die ertappten Lügner vor Scham erröten oder an Harakiri denken. Außenminister Owen hat den Untersuchungsbericht über ihm bekannte Tatsachen im vorigen Jahr angefordert, als er zusammen mit US-Außenminister Vance die „anglo-amerikanische Friedensinitiative“ lancierte. Angeblich war es ein Zugeständnis an die afrikanischen Staaten, um endlich die Sanktionsbrecherei zu unterbinden. Mit der „anglo-amerikanischen Initiative“

Südafrika, die in Großbritannien registrierte Gesellschaft Shell Mozambique, die beiden Konzernen gemeinsam gehörte, sowie für einige Jahre das französische Ölmonopol Total. In den Vorständen von Shell und BP sitzen Vertreter der britischen Regierung. Die Details dieser Geschäfte wurden ausführlich mit den zuständigen Ministern der Regierungen Wilson und Callaghan (Labour) und Heath (Konservative) erörtert. Diese Tatsachen sind nicht neu. Sie waren seit langem von Gegnern der britischen Kolonialpolitik und von den Ländern der Dritten Welt in der UNO aufgedeckt worden. Neu ist, daß die Imperialisten die Sache öffentlich ausposaunen und auch aus der Beteiligung der britischen Regierung an der Sanktionsbrecherei keinen Hehl machen. Ist das alles ein Manöver, um die Regierung zu diskreditieren? Man hat nicht den Eindruck, daß die ertappten Lügner vor Scham erröten oder an Harakiri denken. Außenminister Owen hat den Untersuchungsbericht über ihm bekannte Tatsachen im vorigen Jahr angefordert, als er zusammen mit US-Außenminister Vance die „anglo-amerikanische Friedensinitiative“ lancierte. Angeblich war es ein Zugeständnis an die afrikanischen Staaten, um endlich die Sanktionsbrecherei zu unterbinden. Mit der „anglo-amerikanischen Initiative“

sollte die Front der afrikanischen Staaten und die Patriotische Front in Zimbabwe selbst gespalten und zu Kompromissen mit dem Siedlerregime gezwungen werden. Vor allem Zambia sollte durch Sperrung von Krediten, Lieferboykotte z.B. für Öl und die Ruinierung seiner Kupferexporte zum Verrat am Befreiungskampf in Zimbabwe erpreßt werden. Seit März wird in Zimbabwe selbst versucht, das Siedlerregime durch schwarze Marionetten zu stärken. Diese „Lösungen“ scheitern. Der bewaffnete Befreiungskampf versetzt dem Manöver der „inneren Lösung“ vernichtende Schläge. Um so mehr verstärken die Imperialisten ihre Versuche, die Patriotische Front und die Front der afrikanischen Staaten zu spalten. Die US- und die britischen Imperialisten bereiten ihre direkte bewaffnete Intervention vor. Owen erklärt am 2. August im Unterhaus, die Regierung habe „Eventualpläne für gefährliche Situationen“ vorbereitet. Das US-Repräsentantenhaus beschließt am gleichen Tag die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen am Ende dieses Jahres. Mit den „Bekenntnissen“ der Sanktionsbrecher lüften die Imperialisten ihre Maske, hinter der sie bisher die Unterstützung für ihre Marionetten in Salisbury verbergen mußten. Sie geben zu erkennen, daß sie das Kolonialregime mit allen Mitteln verteidigen wollen und daß sie es in Zukunft auch in offener Verletzung der gegen das illegale Regime Rhodesiens von der UNO verhängten Sanktionen verteidigen werden. Es ist eine neue Kriegsdrohung gegen die afrikanischen Völker und Staaten.

Perfidie der Monster und Gottgleichen

z.brp. Zahlreiche Möglichkeiten, alle absichtsvoll geplant, das verbindet die Bourgeoisie mit der Gen-Forschung. „Wegen Hasses auf die Gesellschaft nur in beschränktem Maße durch Strafvollzug besserungswürdig" (Süddeutsche Zeitung, 2.8.1978) – es gelingt der Bourgeoisie nicht, „Gesinnungstäter" durch Zuchthaus und Isolationshaft zu brechen. Und Filbinger kann ein Lied von den Scherereien singen, die man bekommt, wenn so oder so nachgeholfen wird. An Fröschen hat die Bourgeoisie ausprobiert, was alles mit der Gen-Manipulation zur Steuerung bestimmter Fähigkeiten und Eigenschaften zu erreichen ist: 30 ganz gleiche Frösche wurden geklont. Die Züchtung von Menschen ist „im Grunde nur eine Frage der mikrochirurgischen Technik", plaudert Professor Straub die geheimsten Wünsche der Bourgeoisie aus. Was ihnen vorschwebt, ist nichts Neues, der Hitler-Faschismus hat auch daran experimentiert: „Sechsundneunzig völlig identische Geschwister bedienen sechsundneunzig völlig identische Maschinen" (Huxley, 1932). Zu solchen Träumen ist nur eine Klasse fähig, die den sterbenden, faulenden Kapitalismus im Stadium des Imperialismus repräsentiert, die die Quelle des gesellschaftlichen Reichtums, die lebendige Arbeitskraft, untergraben muß. Schauermärchen? Was war denn mit dem ungerechten Krieg gegen die Völker Indochinas – atomare, biologische und chemische Waffen wurden zur Ausrottung ganzer Völker eingesetzt ... und haben den Sturm des Volkskrieges geerntet. Allerdings, so einig scheint man im Lager der Bourgeoisie noch nicht zu sein, ob das Ergebnis der Gen-Manipulation nun „Monster" (Professor Dittfurth) oder „gottgleiche Wesen, deren dürftige Vorahnung wir elenden Kreaturen von heute sind" (Nobelpreisträger Muller) sein werden. Ob „Monster" oder „gottgleich" – es ist die Welt der Mystik und Metaphysik, auf die sich eine untergehende Klasse stützt, um die Klasse, die den gesellschaftlichen Fortschritt repräsentiert, mit Gewalt und Demagogie an der Revolution zu hindern.

Qualifiziert und billig

z.anb. Um 79,5% ist die Zahl der „Leiharbeitnehmer" von 1975 bis 1977 angestiegen. Der Anteil der ausländischen Arbeiter an der Gesamtzahl ist dabei gesunken, d.h. vor allem der Ausländer aus Nicht-EG-Mitgliedsstaaten. „Die noch als Leiharbeitnehmer tätigen Türken und Jugoslawen dürften seit längerer Zeit in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt sein und sich fachlich qualifiziert haben." Der in der Krise der kapitalistischen Profitproduktion neuerlich aufblühende Handel mit Arbeitssklaven zahlt sich keineswegs nur für die „Verleihfirmen" aus, Kapitalisten also, die ein Geschäft daraus machen, daß sie die „Freiheit" des Arbeiters, seine Arbeitskraft auf dem Markt feilzubieten, sich bezahlen lassen. Rechtlose und in Notlage befindliche Arbeiter trifft die Kapitalistenklasse als Folge ihrer eigenen Profitschlachten; Rationalisierung, Entlassungen, Arbeitslosigkeit, der Druck der Reservearmee, ver-

Bourgeoisie noch nicht zu sein, ob das Ergebnis der Gen-Manipulation nun „Monster" (Professor Dittfurth) oder „gottgleiche Wesen, deren dürftige Vorahnung wir elenden Kreaturen von heute sind" (Nobelpreisträger Muller) sein werden. Ob „Monster" oder „gottgleich" – es ist die Welt der Mystik und Metaphysik, auf die sich eine untergehende Klasse stützt, um die Klasse, die den gesellschaftlichen Fortschritt repräsentiert, mit Gewalt und Demagogie an der Revolution zu hindern.

Qualifiziert und billig

z.anb. Um 79,5% ist die Zahl der „Leiharbeitnehmer" von 1975 bis 1977 angestiegen. Der Anteil der ausländischen Arbeiter an der Gesamtzahl ist dabei gesunken, d.h. vor allem der Ausländer aus Nicht-EG-Mitgliedsstaaten. „Die noch als Leiharbeitnehmer tätigen Türken und Jugoslawen dürften seit längerer Zeit in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt sein und sich fachlich qualifiziert haben." Der in der Krise der kapitalistischen Profitproduktion neuerlich aufblühende Handel mit Arbeitssklaven zahlt sich keineswegs nur für die „Verleihfirmen" aus, Kapitalisten also, die ein Geschäft daraus machen, daß sie die „Freiheit" des Arbeiters, seine Arbeitskraft auf dem Markt feilzubieten, sich bezahlen lassen. Rechtlose und in Notlage befindliche Arbeiter trifft die Kapitalistenklasse als Folge ihrer eigenen Profitschlachten; Rationalisierung, Entlassungen, Arbeitslosigkeit, der Druck der Reservearmee, ver-stärkt durch die Organe der staatlichen Zwangsverwaltung der Versicherungsgelder, bewirken, daß mancher Lohnabhängige sehr deutlich zu spüren bekommt, daß im Kapitalismus als das größte Unheil *erscheint*, keinen Ausbeuter zu finden. Und dann soll er als Alternative die beständige und maßlose Gier der Kapitalisten nach unbezahlter Mehrarbeit hinnehmen. Den Druck auf den Lohn beabsichtigen die Bourgeois in der Regierung staatlich zu unterstützen: „Die Abgrenzung zwischen Arbeitnehmerüberlassung und anderen Formen der Entsendung von Arbeitnehmern eines Arbeitgebers in den Betrieb eines anderen Arbeitgebers ist schwierig." So schwierig, daß „zwischen legaler und illegaler Arbeitnehmerüberlassung" kaum unterschieden werden kann. In jedem Fall aber ist das ein ausgezeichneter Vorwand, um die Unterdrückung und Zwangsarbeit über die Bundesanstalt für Arbeit zu organisieren. Allein in zwei Großstädten sind zur Überprüfung der Einhaltung der Richtlinien des „Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes" 800 Polizisten ausgebildet worden. In Frankfurt und Offenbach wurden eigene Karteien zur Überwachung der Leiharbeiter eingerichtet. „Vom tatsächlichen Umfang der legalen und illegalen Arbeitnehmerüberlassung hängt ab, ob zusätzliche Maßnahmen für ein Funktionieren des Arbeitsmarktes und zum sozialen Schutz der Arbeitnehmer notwendig erscheinen." Apropos „sozialer Schutz" der „Leiharbeiter": bislang gibt es eine Grenze von maximal 3 Monaten, die ein Leiharbeitsverhältnis dauern darf. Die Kapitalisten erachten das als schädlich; wenn doch der Arbeiter selbst länger bleiben will, ist das etwa sozial?

Was Krankheit ist und wie behandelt wird, bestimmen die Kapitalisten

Betriebskrankenkasse Klöckner unterdrückt Krankheiten und kürzt Leistungen

r.gör. Trotz „Parität" – nicht die Arbeiter, sondern die Kapitalisten beherrschen die Betriebskrankenkasse Klöckner (BKK). Ihr jüngster Geschäftsbericht (1977, Werke Osnabrück und Georgsmarienhütte) zeigt, welche Interessen sie damit verbinden.

Nimmt man zunächst die Gesamtabrechnung, so sind die Einnahmen um 1,3% gestiegen, die Ausgaben aber um 1,3% gesenkt worden. Die Spanne dazwischen ist der Profit: 1641640 DM, die mittels der Kasse den Arbeitern zusätzlich abgepreßt wurden. Der Geschäftsbericht vermerkt als Motto: „Die BKK macht keine Gewinne. Die Verwaltung arbeitet wirtschaftlich." Fein ironisch. Während fast alle wichtigen Leistungsposten bei den Ausgaben absolut gekürzt wurden, haben sich ausschließlich gerade die Verwaltungsausgaben auf das dreifache erhöht.

Die 1,3% Einnahmenzuwachs spiegeln allerdings noch kaum die wirklich gestiegene Ausplünderung durch die Betriebskrankenkasse. Bekanntlich hat Ehrenberg die Zahlungen der Rentenversicherung an die Krankenversicherung drastisch gekürzt. Das ist der äußere Druck dafür, daß die Leistungen massiv zusammengestrichen werden. Gerade für die Rentner. 18,7% Leistungskürzungen hat es für die Rentner im Vergleich zum Durchschnitt aller Versicherten gegeben. Das entspricht dem Standpunkt der Kapitalisten zur verbrauchten, durch die Ausbeutung zerschundenen Arbeitskraft: ihr werden Lebensjahre gestrichen, einfach durch Entzug lebensnotwendiger Medizin. Die Klöckner-Kapitalisten können sich die Hände reiben. Etwa vier von zehn Versicherten sind Rentner in der Betriebskrankenkasse Klöckner. Unter dem Druck der gekürzten Zahlungen für die Rentner werden gleichzeitig die Beiträge der Arbeiter heraufgeschraubt. Diese sind nicht um 1,3%, sondern um 8,6% erhöht worden. Rund das Doppelte des letzten Tarifabschlusses. Statt 2585 DM zahlen die Versicherungspflichtigen jetzt im Durchschnitt 2808 DM. So kommt der Profit zustande: Pro Versicherten (ohne Rentner) hat die Betriebskrankenkasse im letzten Geschäftsjahr 534,40 DM Plus gemacht. Dem Arbeiter fehlt dies Geld zum Leben.

Als ein weiteres Mittel zur Beitragssteigerung hat sich erwiesen: „Wegen Wegfalls der Familienhilfe aufgrund des Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes nutzten 29 bisher mitversicherte Personen das Recht des freiwilligen Beitritts." Hinter dieser vornehmen Formulierung stecken 16000 DM an zusätzlich geraubten Lohngeldern allein im zweiten Halbjahr 1977.

Die Geschäftspolitik der Betriebskrankenkasse wirkt zugleich als Mittel verschärfter Ausbeutung im Produktionsprozeß. Was nämlich der Betriebskrankenkassen-Geschäftsbericht als „gesunkenen Krankenstand" anpreist, ist in Wirklichkeit das Ergebnis einer den Klöckner-Kapitalisten besser gelungenen *Unterdrückung* zunehmender Krankheit. Die Kasse spricht deshalb auch von einer „maßvollen Verordnungsweise der Kassenärzte und einer kostenbewußten Zurückhaltung der Mitglieder", was „entscheidend" sei.

Den direkten Zusammenhang zwischen gesteigerter Profitproduktion in den Klöckner-Werken und dem langfristig steigenden Krankenstand haben wir schon einmal dargestellt (KVZ 34/1978, S. 15). Der Geschäftsbericht zeigt nun, daß immer weniger Krankmeldungen *ohne* ärztliche Bescheinigung vorgenommen werden. Der Anteil solcher Krankmeldungen sank von 35,8% im Jahre 1973 auf 22,8% im Jahre 1977 (Zahlen für das Werk Osnabrück). Wir schließen daraus, daß die Kontrolle und Unterdrückung von Krankheiten verschärft worden ist. Und daß allein schon der Druck der Arbeitslosigkeit aus kranken Arbeitern „gesunde" gemacht hat.

Ein weiteres Indiz liefert die Wirkung des „vertrauensärztlichen Dienstes". Für den allein haben die Klöckner-Arbeiter 1977 fast 70000 DM gezahlt. Aufgrund von „Empfehlungen der Sozialpartner", wie der Geschäftsbericht vermerkt, hat dieser Dienst im Werk Osnabrück folgendermaßen gewirkt: Von 4377 sich krankmeldenden Arbeitern wurden 1013 zur „ärztlichen Begutachtung" zitiert. Von diesen wurden 573 Arbeiter „untersucht", die Mehrzahl fing bei diesem Druck gleich wieder zu arbeiten an. Egal, ob noch krank oder schon gesund. Tatsächlich haben Vorsorgeuntersuchungen bei Klöckner ergeben, daß bei Männern wie bei Frauen fast jeder 7. ärztlich behandelt werden mußte. Was passierte nun mit den 573 Arbeitern, die sich der vertrauensärztlichen Kontrolle unterwarfen? 312 davon wurden gleich wieder gesund, sprich: ausbeutungsfähig, geschrieben. – Man erkennt also, wie der „sinkende Krankenstand" zustandekommt.

In den Händen der Kapitalisten ist die Krankenversicherung bloß ein Instrument der Ausplünderung und der Beschleunigung der Auspressung von Arbeits- und Lebenskraft. Das kann sich nur ändern, wenn die Kasse von den Arbeitern in die eigenen Hände genommen wird.

Einführung des Gruppenakkords verhindert

O&K-Kapitalisten bereiten durch neue Zeitaufnahmen Arbeitsintensivierung und Lohnsenkung vor

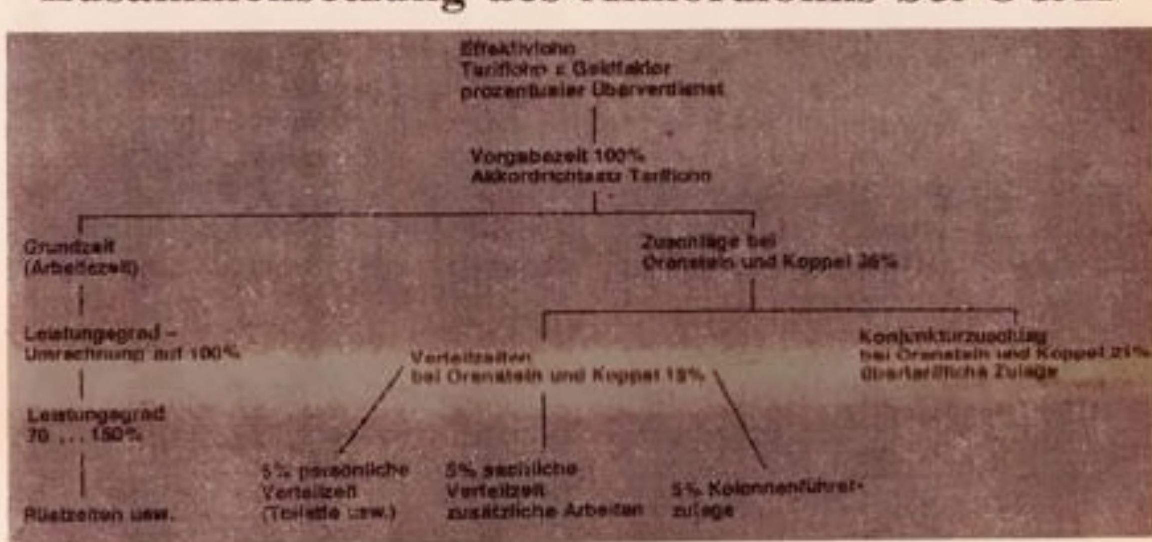
r.hak. Bei Orenstein und Koppel im Werk Westberlin werden gegenwärtig neue Zeitaufnahmen vorgenommen. Obwohl im Bagger- und Waggonbau überall Vorgabezeiten bestehen, werden nur wenige Arbeiter nach Akkord bezahlt. Die Fertigung geschieht überwiegend manuell. Wenn Arbeiter z.B. Akkordsätze von 100% erreichen und andere über 150%, weil die Vorgaben relativ hoch angesetzt sind, so verrechnen die Abteilungsleiter diese Zeiten, so daß sich das in etwa ausgleicht. Die Arbeiter kennen meistens die Vorgaben nicht, und sie erhalten keinen Akkordlohn, sondern einen Stundenlohn. Oft vergleichen jedoch die Meister und Ingenieure die Fertigungs- mit den Vorgabezeiten und kürzen dem Arbeiter dann den Stundenlohn zwischen 20 Pfennig und 1 DM. Ein Abteilungsleiter kürzte vor drei Wochen fünf Tischlern den Lohn um je 50 Pfennige wegen „ungenügender Leistungen". Als selbst der Meister damit nicht einverstanden war, mußten die Lohnsenkungen zurückgenommen werden. Einem Schlosser wurde der Lohn gleich um 3,50 DM gekürzt, nachdem der Betriebsrat seiner Kündigung nicht zugestimmt hatte. Nach dem Arbeitsgerichtsprozeß mußten

mals erhöht werden. Die Produkte von O&K werden von über 150 Niederlassungen in der ganzen Welt vertrieben. „Wir halten die Erde in Bewegung – seit über 100 Jahren", ist ihr Werbeslogan.

Im Waggonbau besitzen sie einen Marktanteil von etwa 6%. Keine Waggonbaufirma hat über 20%. Nachdem die Bundesbahn und die öffentlichen Nahverkehrsbetriebe „Sanierungen" beschlossen haben, ringen die Kapitalisten erbittert um Aufträge. Der O&K-Konzern kam bislang aus jeder Krise gestärkt hervor. Deshalb werden gerade jetzt im Waggonbau umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen vorgenommen, die in zwei Jahren abgeschlossen sein sollen. Die Arbeit wird jetzt vereinfacht durch Vorrichtungen, in die die einzelnen Teile für eine Baugruppe – z.B. das Dach – nur noch hineingelegt, festgespannt und verschweißt zu werden brauchen. Die Arbeit wird vereinfacht und kann in kurzer Zeit von jedem angelernten Arbeiter ausgeführt werden.

Der Lohndurchschnitt aller Arbeiter stieg um 7,0% von Januar 77 auf 78, von 10,77 DM auf 11,35 DM. Im Juni dieses Jahres betrug der Lohndurch-

Zusammensetzung des Akkordlohns bei O&K



Die Vorgabezeit setzt sich aus 64% Arbeitszeit und 36% Zuschlägen zusammen. Die Verteilzeiten reichen nicht und können deshalb auch nicht als Lohnzuschläge gerechnet werden. 5% persönliche Verteilzeit, bei 150% Akkordverdienst sind das zwölf Minuten am Tag, werden für Toilette, Gespräche, Zigarettenrauchen usw. zugebilligt. Angenommen, der Arbeiter arbeitet im gleichen Tempo mit einem Leistungsgrad von 100% wie bei der Zeitaufnahme, so hat er einen Akkordlohn von 10,15 DM, der sich aus Tariflohn (8,39 DM in LG 5) und 1,76 DM (21%) Akkordzuschlag zusammensetzt.

herumkriechen mußte, bekam er nur einen Leistungsgrad von 95%. „Weil er sich nur mit 3 km/h weiterbewegt hat. Wer einen Leistungsgrad von 100% haben will, muß sich im Durchschnitt mit 5 km/h bei der Arbeit bewegen", war die Antwort des geschul-

tern „gesunde" gemacht hat.

rückgeschlagen. Die Arbeitsvorbereitung hat jetzt neue Zeitaufnahmen angekündigt, die dann gemacht werden können, wenn sich der Fertigungsablauf geringfügig geändert hat. Den Schweißern ist auf solche Art für das Schweißen eines Unterwagens die

genommen wird.

Einführung des Gruppenakkords verhindert

O&K-Kapitalisten bereiten durch neue Zeitaufnahmen Arbeitsintensivierung und Lohnsenkung vor

r.hak. Bei Orenstein und Koppel im Werk Westberlin werden gegenwärtig neue Zeitaufnahmen vorgenommen. Obwohl im Bagger- und Waggonbau überall Vorgabezeiten bestehen, werden nur wenige Arbeiter nach Akkord bezahlt. Die Fertigung geschieht überwiegend manuell. Wenn Arbeiter z.B. Akkordsätze von 100% erreichen und andere über 150%, weil die Vorgaben relativ hoch angesetzt sind, so verrechnen die Abteilungsleiter diese Zeiten, so daß sich das in etwa ausgleicht. Die Arbeiter kennen meistens die Vorgaben nicht, und sie erhalten keinen Akkordlohn, sondern einen Stundenlohn. Oft vergleichen jedoch die Meister und Ingenieure die Fertigungs- mit den Vorgabezeiten und kürzen dem Arbeiter dann den Stundenlohn zwischen 20 Pfennig und 1 DM. Ein Abteilungsleiter kürzte vor drei Wochen fünf Tischlern den Lohn um je 50 Pfennige wegen „ungenügender Leistungen". Als selbst der Meister damit nicht einverstanden war, mußten die Lohnsenkungen zurückgenommen werden. Einem Schlosser wurde der Lohn gleich um 3,50 DM gekürzt, nachdem der Betriebsrat seiner Kündigung nicht zugestimmt hatte. Nach dem Arbeitsgerichtsprozeß mußten die Kapitalisten den alten Lohn weiterbezahlen.

Durch individuelle Lohnsenkungen und Antreiberei sind die Kapitalisten ihrer Meinung nach noch nicht weit vorangekommen. Die O&K-Kapitalisten haben auf dem Baggermarkt gegenwärtig einen Marktanteil von über 35%, der beständig ausgebaut wird. In diesem Jahr werden in Westberlin erstmals über 2000 Bagger gebaut. Hier werden nur die kleineren Typen für den Straßenbau gebaut. Im nächsten Jahr sollen die Stückzahlen noch-

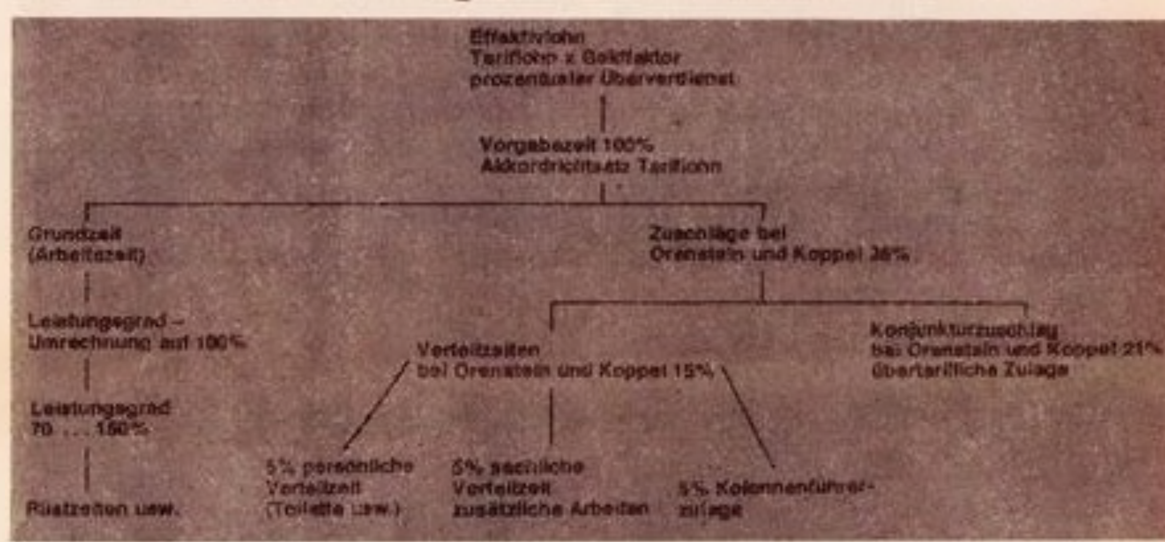
mals erhöht werden. Die Produkte von O&K werden von über 150 Niederlassungen in der ganzen Welt vertrieben. „Wir halten die Erde in Bewegung – seit über 100 Jahren", ist ihr Werbeslogan.

Im Waggonbau besitzen sie einen Marktanteil von etwa 6%. Keine Waggonbaufirma hat über 20%. Nachdem die Bundesbahn und die öffentlichen Nahverkehrsbetriebe „Sanierungen" beschlossen haben, ringen die Kapitalisten erbittert um Aufträge. Der O&K-Konzern kam bislang aus jeder Krise gestärkt hervor. Deshalb werden gerade jetzt im Waggonbau umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen vorgenommen, die in zwei Jahren abgeschlossen sein sollen. Die Arbeit wird jetzt vereinfacht durch Vorrichtungen, in die die einzelnen Teile für eine Baugruppe – z.B. das Dach – nur noch hineingelegt, festgespannt und verschweißt zu werden brauchen. Die Arbeit wird vereinfacht und kann in kurzer Zeit von jedem angelernten Arbeiter ausgeführt werden.

Der Lohndurchschnitt aller Arbeiter stieg um 7,0% von Januar 77 auf 78, von 10,77 DM auf 11,35 DM. Im Juni dieses Jahres betrug der Lohndurch-schnitt in der Ecklohngruppe fünf 12,12 DM. Auf nebenstehendem Schaubild ist zu erkennen, wie der Effektivlohn bei Bezahlung nach Akkord zustandekommt.

Bei jeder Zeitaufnahme gibt es Auseinandersetzungen über die zu geringen Zuschläge und die „Leistungsgradbeurteilung". Einige sozialdemokratische Betriebsräte preisen die Gerechtigkeit der Stoppuhr, die Arbeiter haben andere Erfahrungen damit gemacht. Als ein Schweißer auf dem Waggon zwischen den Halterungen

Zusammensetzung des Akkordlohns bei O&K



Die Vorgabezeit setzt sich aus 64% Arbeitszeit und 36% Zuschlägen zusammen. Die Verteilzeiten reichen nicht und können deshalb auch nicht als Lohnzuschläge gerechnet werden. 5% persönliche Verteilzeit, bei 150% Akkordverdienst sind das zwölf Minuten am Tag, werden für Toilette, Gespräche, Zigarettenrauchen usw. zugebilligt. Angenommen, der Arbeiter arbeitet im gleichen Tempo mit einem Leistungsgrad von 100% wie bei der Zeitaufnahme, so hat er einen Akkordlohn von 10,15 DM, der sich aus Tariflohn (8,39 DM in LG 5) und 1,76 DM (21%) Akkordzuschlag zusammensetzt.

herumkriechen mußte, bekam er nur einen Leistungsgrad von 95%. „Weil er sich nur mit 3 km/h weiterbewegt hat. Wer einen Leistungsgrad von 100% haben will, muß sich im Durchschnitt mit 5 km/h bei der Arbeit bewegen", war die Antwort des geschul-ten REFA-Fachmannes zu dem Betriebsrat, der dagegen protestierte. Inzwischen lehnt die Arbeitsvorbereitung Zeitaufnahmen unter Aufsicht dieses Betriebsratsmitgliedes ab, weil er zuviel protestiere und die Arbeiter aufhetze. Als am 21.8. im Bereich Busbau die Bezahlung nach Gruppenakkord eingeführt werden sollte, wurden die Vorgaben frech um 20% gekürzt. Nach Protesten von Betriebsratsmitgliedern und den zwanzig betroffenen Arbeitern wurden die Absichten der Kapitalisten vorerst zu-

rückgeschlagen. Die Arbeitsvorbereitung hat jetzt neue Zeitaufnahmen angekündigt, die dann gemacht werden können, wenn sich der Fertigungsablauf geringfügig geändert hat. Den Schweißern ist auf solche Art für das Schweißen eines Unterwagens die Vorgabezeit von 3217 auf 2719 Minuten gekürzt worden. Der Kampf gegen neue Zeitaufnahmen und gegen die Einführung der Bezahlung nach Akkord ist noch gespalten. Die Kapitalisten versuchen, in kleinen Abteilungen ihre Absichten durchzusetzen. Den Lohn der Facharbeiter herunterzudrücken, stößt auf großen Widerstand, das wissen die Kapitalisten. „Wenn sie irgendwo anfangen, müssen wir alle die Klamotten hinschmeißen", ist die Meinung eines Arbeiters, der bereits seit über 25 Jahren bei O&K arbeitet.

Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze für Schwerbehinderte

z.ans. Am 23.8. ist im Bundeskabinett ein von Forschungsminister Hauff erarbeiteter Ehrenberg-Gesetzentwurf verabschiedet worden als Beitrag zur „Humanisierung der Arbeitswelt": Die flexible Altersgrenze für Schwerbehinderte soll zum 1.1.79 auf das 61. Lebensjahr und zum 1.1.80 auf das 60. Lebensjahr gesenkt werden. In der BRD gibt es 2 Mio. Schwerbehinderte; 700000 davon sind berufstätig; mit 6% ist die Arbeitslosenrate unter ihnen überdurchschnittlich hoch. Ehrenbergs „arbeitsmarktpolitisches" Kalkül bei dem Gesetzentwurf ist, die „freiwerdenden Arbeitsplätze vorzugsweise mit jüngeren beschäftigungslosen Behinderten" zu besetzen. Ein großer Teil der jetzt 55- bis 65-jährigen Schwerbehinderten sind Arbeiter und Lohnabhängige, die im Zweiten imperialistischen Weltkrieg für die Profitschlachten der Imperialisten verletzt und verkrüppelt worden sind. Sie sollen jetzt zügig aus der Produktion geschmissen und auf reduzierte Rente gesetzt werden, während die „besondere Förderung" jugendlicher Behinderter höhere Profite und wirksameren Druck auf den Lohn der Arbeiterklasse verspricht.

CDU/CSU rückt der Arbeiterjugend mit Psychiatern auf den Leib

z.kaz. Die CDU/CSU fordert die verstärkte Ausbildung von Psychiatern zum Einsatz in Beratungsstellen, Anstalten und Gerichten. Sie gibt Zunder für das neue Jugendhilfegesetz der Bundesregierung. „Der junge Rechtsbrecher zeichnet sich aus durch ... schlechte Schulleistung ..., eine negativere Arbeitseinstellung, häufigen Lehrabbruch und Arbeitsplatzwechsel ... Zugehörigkeit zu den unteren sozialen Schichten", heißt es in einem Lehrbuch der Kriminologie, das 3,6 Mio. Jugendliche als „potentielle Straftäter" erfaßt. Schuld an ihrer Lage seien sie selbst bzw. das Fehlverhalten ihrer Eltern, sollen die Psychiater den Arbeiterjugendlichen einbleuen, und die Auflehnung gegen die Ausbeutung und Unterdrückung sei krankhaft. Die Arbeiterjugend und ihre Familien sollen dafür den Psychiatern auf den Beratungsstellen, Jugendämtern und Gerichtsgutachterstellen notfalls zwangsvorgeführt werden.

Neues Arzneigesetz im Schlepptau der Kostendämpfung

z.alb. Gesundheitsministerin Antje Huber hat zu Beginn der Therapiewoche in Karlsruhe ein neues Arzneigesetz angekündigt. Insbesondere die Arzneimittelversorgung sei „problematisch". Bisher hat sich der Kostendämpfungsausschuß aus Ärzten und Krankenkassen nicht auf eine Liste der selbst zu bezahlenden „Arzneimittel gegen geringfügige Gesundheitsstörungen" einigen können. Nach dem geltenden Arzneimittelrecht dürfen nur solche Medikamente zum Verkauf *außerhalb* von Apotheken freigegeben werden, die „keine unmittelbare oder mittelbare Gefährdung von Mensch oder Tier" bedeuten (§ 45). Solch übertriebene Beschränkung muß beseitigt werden. Eine Verordnung, die jedem Einzelhändler den Verkauf von freigegebenen Arzneimitteln nach einer einfachen „Sachprüfung" gestattet, hat der Bundesrat bereits verhandelt.

Kapitalisten fordern „Lohn" für „Zwangsarbeit"

z.anb. Der Bundesverband der Selbständigen will gerichtlich überprüfen lassen, ob die Kapitalisten dazu gezwungen werden können, „Zwangsarbeit" für den Staat zu leisten. Gemeint sind die Abrechnungen, und erst recht die „Haftung" der Kapitalisten für die Steuereintreibung an die Finanzbourgeoisie. Die Lohngelder der Arbeiter, die die Kapitalisten im Interesse ihrer Profitschlachten an ihren eigenen geschäftsführenden Ausschuß, den bürgerlichen Staat, überführen, sähe so mancher von ihnen lieber direkt und unmittelbar in die *eigene* Tasche fließen, anstatt durch die Bundesregierung und ihre Subventionen auf die Konkurrenz verteilt. Was wollen die sauberen Herren? Provision, sagen sie. Schließlich würde der Staat ja auch von der

Michelin-Arbeiter im Streik gegen Ausdehnung von Nacht- und Schichtarbeit und Lohnkürzung

z.evd. Am Dienstag, dem 29. August, sind die Arbeiter des Michelin-Werks in Karlsruhe in den Streik getreten. Er richtet sich gegen die Angriffe der Michelin-Kapitalisten auf den Lohn und gegen die Verschärfung der Arbeitshetze und die Ausdehnung der Nacht- und Schichtarbeit. Ausgegangen ist der Streik von den 70 Arbeitern der Abteilung Reifenwicklung. In dieser Abteilung ist die Arbeitshetze und die Arbeitsbelastung am größten. Bei hohen Temperaturen müssen die Arbeiter Schwerstarbeit verrichten, währenddessen unerträglicher Gestank entsteht. Das Durchschnittsalter beträgt dort 28 Jahre. „Ich bin jetzt 35, bis 40 halte ich das nicht durch", hat ein Arbeiter gesagt. Deshalb ist es kein Wunder, daß der Streik in dieser Abteilung begann. Ursache für den Streik sind folgende Maßnahmen der Michelin-Kapitalisten: Die Lohnerhöhung von diesem Jahr wird teilweise mit innerbetrieblichen Zulagen verrechnet, was direkte Lohnkürzung bedeutet. Samstags soll Spät- und Nachtschicht eingeführt werden. Der Eigenanteil der Arbeiter an den Fahrtkosten zum Betrieb soll bis zu 100% erhöht werden, und das bei einer Belegschaft, die zu 80% aus der Pfalz und aus dem Elsaß kommt. Gewerkschaftlichen Sachverständigen wird der Zugang zum Betrieb verweigert, die Pulsfrequenzmessungen zum Nachweis der Arbeitshetze durchführen wollen.

Die Geschäftsleitung drohte dem Betriebsrat, als er die Arbeiter über die



Kundgebung des DGB zur Unterstützung des Streiks der Michelin-Arbeiter in Karlsruhe

Absichten der Geschäftsleitung informierte und die Arbeiter dazu die Vesperpause überzogen, ihn mit Polizei aus dem Betrieb zu werfen. Der Betriebsrat ging, aber mit ihm ging die ganze Abteilung und anschließend die ganze Schicht. Das war der Beginn des Streiks, dem sich dann auch die anderen Schichten anschlossen. Um den Streik zu zerschlagen, haben die Kapitalisten am Mittwoch zwei Vertrauensleuten fristlos gekündigt und drei Betriebsräten die fristlose Kündigung angedroht. Das hat die Empörung der Arbeiter gesteigert, so daß am Donnerstag und Freitag der Streik voll gestanden ist. Eine Gefahr in diesem Kampf ist, daß die Forderungen nicht genau festgelegt sind, auf denen der Betriebsrat mit der Geschäftsführung verhandeln soll. Die Forderung, die klar ist und einheitlich erhoben wird, ist die Rücknahme der Kündigungen.

Zur Unterstützung des Kampfes hat der DGB Karlsruhe am Freitag eine Kundgebung durchgeführt. Neben Vertretern des IG-Chemie-Orts- und Bezirksverbandes sprach ein Gewerkschafter aus Newcastle/Australien. „Die IG Chemie sieht die spontane Arbeitsniederlegung als richtiges Kampfmittel an", hat Altmann von der IG Chemie Stuttgart erklärt. Unter Verweis auf die Einschränkung des Streikrechts durch den bürgerlichen Staat wird bisher von der Gewerkschaftsführung kein Streikgeld ausbezahlt, sondern hat sie ein Solidaritätskonto eingerichtet, auf dem schon mehrere tausend DM sind. Der Streik findet große Unterstützung in allen Branchen: Es gingen schon viele Solidaritätserklärungen ein, darunter von der Internationalen Föderation der Chemiearbeiter ICEF. Die IG Metall Ludwigsburg hat 1000 DM, Arbeiter von BASF haben 2800 DM gespendet. Am Freitagabend haben die Kapitalisten über Rundfunk verbreitet, daß sie ein Angebot hätten: Keine Einführung der Samstags-, Spät- und Nachtschicht bis 1980, keine arbeitsrechtlichen Folgen für Teilnehmer am Streik, aber keine Rücknahme der Kündigungen. Darauf können die Arbeiter nicht eingehen.

Firestone USA: Schundproduktion für den Extraprofit

z.vom. „Der scharfe Wettbewerb auf den europäischen und insbesondere dem deutschen Reifenmarkt wird jetzt noch zusätzlich angeheizt, die amerikanischen Hersteller, allen voran Goodyear, größter Reifenproduzent der Welt, drängen mit Macht in die BRD. In diesem Geschäft wird um 10 Pfennig pro Reifen ‚gefightet', mit Schleuderpreisen wird versucht, die Konkurrenz auszubooten", meldet die bürgerliche Presse am 18.8.1978. Verschärfung der Ausbeutung und Senkung der fixen Kosten der Produktion sind Voraussetzung für den Kampf um das Monopol. Die Lohnkosten sind bei den Reifenherstellern in den USA um 3 Dollar pro Reifen gesunken, von 28,70 Dollar 1970 auf 25,71 Dollar 1976. Weltmeister in der Ramschproduktion ist bisher die „Firestone Fire and Rubber Company". Eine Fülle von schweren Unfällen in den USA ist nachweislich auf die schlechte Qualität der Stahlgürtelreifen „500" zurückzuführen, ein Firestone-Produkt. Die Reifen sind innerhalb kürzester Zeit verschlissen und platzen. Einen Teil der produzierten „500" mußte Firestone zurückrufen. Ob sämtliche in den letzten Jahren produzierten 13 Millionen Stahlgürtelreifen „500" zurückgerufen werden, entscheidet die amerikanische Sicherheitsbehörde „National Highway Traffic Safety Administration", wenn die Firestone Company einen Bericht über die bisher bekanntgewordenen Mängel vorgelegt hat.

Freie Bahn für Ausweitung des Prämienlohns, Akkordverschärfung und Lohnsenkung bei Umsetzungen

z.heh. Seit dem 1. Januar 1975 ist der Manteltarifvertrag (MTV) für die Kautschukindustrie Niedersachsens und Hessens gekündigt. Erst jetzt ist durchgesickert, daß die Kautschuk-Kapitalisten parallel zu den Tarifverhandlungen dieses Sommers mit der IG Chemie-Führung ein Teilabkommen ausgehandelt haben, das die §§ 13 und 14 des alten MTV ersetzen soll. Dieses Abkommen behandelt den „Leistungslohn", sein Geltungsbereich erstreckt sich auf Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland. Es faßt die noch im alten MTV getrennten Lohnformen „Akkordlohn" (§ 13) und „Prämienlohn" (§ 14) unter dem gemeinsamen Begriff „Leistungslohn" zusammen und bestimmt seine Anwendbarkeit: „Arbeiten, die in ihrem Ergebnis nach Zeit, Menge, Güte, Ersparnis, Termin, Nutzung usw. vorherbestimmbar, meßbar oder hinreichend beurteilbar und vom Mitarbeiter beeinflußbar sind, können im Leistungsentgelt vergeben werden" (Ziffer 1), wobei diese „Leistungskennzahlen ... im einzelnen oder kombiniert benutzt werden können" (Ziffer 4).

Nach dieser Bestimmung kann jegli-

Kesselhäusern der Hannoverschen Conti-Werke, wo bis dahin im Zeitlohn gearbeitet wurde. Die dort arbeitenden Heizer, Maschinisten und Wasserwarte haben im wesentlichen Aufgaben der Kontrolle (der Kessel, Pumpen und Kompressoren), der Wartung und Reinigung (z.B. Regeneration der Filter); die Einführung des Stücklohns ist hier durch den technischen Charakter des Produktionsprozesses verhindert.

Die Einführung der neuen Lohnform war verbunden mit der Herabstufung aller Arbeiter um zwei Lohnstufen. Es wurde ein Prämiensystem eingeführt, das sich nach Punkten richtet, die jedem Arbeiter von Meister und Abteilungsleiter für seine „Fachkenntnisse und Erfahrungen", „Vielseitigkeit und Einsetzbarkeit", „Selbständigkeit bei der Arbeitsausführung", „Sorgfalt bei der Arbeitsausführung", „Sorgfalt im Umgang mit Betriebsmitteln" (neues Abkommen) zugebilligt werden. Für die Energie- und Wasserwarte (Lohngruppe V/2 bzw. VI/1) wurde ein Prämienspielraum von 0,86 bis 2,28 DM, für die Maschinisten und Obermaschinisten (VI/2 bzw. VI/3) von 1,35 bis 3,57 DM

schärft die Konkurrenz unter den Arbeitern.

Schon damals verlautete, daß ähnliche Prämiensysteme überall an die Stelle des Zeitlohns treten sollten. Das neue Abkommen liefert dafür die Grundlage. Daß man dabei auch nicht vor den Angestellten haltmachen will, besagt eine angehängte Protokollnotiz: „Die Tarifvertragsparteien werden bei den weiteren Manteltarifverhandlungen prüfen, wie weit die für die gewerblichen Arbeitnehmer getroffenen Vereinbarungen über Leistungslohn für Angestellte anwendbar sind."

Mit allen Mitteln wollen die Kautschuk-Kapitalisten den Lohnkostenanteil drücken, die Ausbeutung intensivieren. Dazu nutzen sie die Akkordarbeit. An den neuen LKW-Reifenwickelmaschinen in Conti-Stöcken wurde die Schichtleistung von 48 auf 70 Reifen erhöht. An den sechs Faltgürtelmaschinen für PKW-Reifen wurde innerhalb von zwei Monaten die Vorgabezeit von 5,2 Akkordminuten pro Reifen auf 4,58 Akkordminuten gekürzt, wodurch das Conti-Kapital jährlich 170000 Reifen mehr aus den Arbeitern herauspressen kann. Das

industrie erklärte deren bisheriger Vorsitzender Dr. Walter Lampert am 3.5.1978: „Jedem soll sein Arbeitsplatz gegeben sein und möglichst erhalten bleiben ... Die Garantie eines *bestimmten* Arbeitsplatzes vom Ort, von der Funktion oder von der Entlohnung her kann aber keineswegs als Prinzip garantiert werden ..." Umsetzungen sollen mit Lohnkürzungen reibungslos verknüpft werden können. Ziffer 12 des neuen Abkommens regelt: Leistungslöhner, die umgesetzt werden, „erhalten für die Dauer der erforderlichen Einarbeitungszeit" ihren bisherigen Durchschnittsverdienst, wenn sie „angemessene Leistung" bringen, danach nicht mehr. Und Ziffer 13: Müssen Arbeiter „wechselnd auf verschiedenen Leistungslohnarbeitsplätzen arbeiten, so erhalten sie den für den jeweiligen Leistungslohnarbeitsplatz festgelegten und erarbeiteten Leistungslohn."

Also: auf dem niedriger bewerteten Leistungslohnplatz wird sofort auch der Lohn gekürzt. Der Lohnabbau für von der Akkordarbeit ruinierte Arbeiter, die auf Zeitlohn gesetzt werden, wird so geregelt, daß „der durch-

Phoenix in Libyen

z.pel. 1974 baute ein westdeutsches Firmenkonsortium unter Führung der Friedrich-Krupp GmbH und der Phoenix AG eine Reifenfabrik in Libyen. Der Bau ist Bestandteil der Anstrengungen Libyens zum Aufbau einer nationalen Wirtschaft. Neben der bereits fertiggestellten Zement- und Kalkfabrik in Suk El-Khamis und einem Stahl- und Hüttenwerk in Misurata ist dies gegenwärtig das größte Projekt. Die Phoenix-Kapitalisten hatten das Geschäft 1973 abgeschlossen angesichts eines sinkenden Anteils am westdeutschen Reifenmarkt (1976: 3 bis 4%) und des Vorstoßes des Konkurrenten Continental mit eigenen Werken nach Spanien, Azania und Brasilien. Sie gedachten, sich in Afrika festzusetzen. Schon bei Vertragsabschluß mußten sie ihre Expansionsgelüste reduzieren auf eine Vertragsklausel, die das Verbleiben der „Phoenix-Spezialisten" in Tripolis auf fünf Jahre nach Fertigstellung der Fabrik einräumte. Die Kontrolle über den Aufbau der Produktion hat heute die libysche Regierung, die Phoenix-Kapitalisten verzögern wütend die Fertigstellung. Werden sie die libysche Arbeiterklasse nun nicht wie geplant ausbeuten können, so wollen sie sich in der BRD schadlos halten. 80 libysche Arbeiter, zu deren Ausbildung sich Phoenix vertraglich verpflichten mußte, erhalten in Hamburg und Helmstedt für schwere angelernte Tätigkeiten 200 bis 500 DM Lohn. 1,9 Mio. DM an Lohngeldern werden frei für Kapitalanlage. Der baldige Rauswurf des Phoenix-Konzerns aus Libyen wird auch dem einen

Freie Bahn für Ausweitung des Prämienlohns, Akkordverschärfung und Lohnsenkung bei Umsetzungen

z.heh. Seit dem 1. Januar 1975 ist der Manteltarifvertrag (MTV) für die Kautschukindustrie Niedersachsens und Hessens gekündigt. Erst jetzt ist durchgesickert, daß die Kautschuk-Kapitalisten parallel zu den Tarifverhandlungen dieses Sommers mit der IG Chemie-Führung ein Teilabkommen ausgehandelt haben, das die §§ 13 und 14 des alten MTV ersetzen soll. Dieses Abkommen behandelt den „Leistungslohn", sein Geltungsbereich erstreckt sich auf Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland. Es faßt die noch im alten MTV getrennten Lohnformen „Akkordlohn" (§ 13) und „Prämienlohn" (§ 14) unter dem gemeinsamen Begriff „Leistungslohn" zusammen und bestimmt seine Anwendbarkeit: „Arbeiten, die in ihrem Ergebnis nach Zeit, Menge, Güte, Ersparnis, Termin, Nutzung usw. vorherbestimmbar, meßbar oder hinreichend beurteilbar und vom Mitarbeiter beeinflußbar sind, können im Leistungsentgelt vergeben werden" (Ziffer 1), wobei diese „Leistungskennzahlen ... im einzelnen oder kombiniert benutzt werden können" (Ziffer 4).

Nach dieser Bestimmung kann jegliche Tätigkeit im Leistungslohn gewertet werden. 1974 wurden 64,2% der niedersächsischen Kautschuk-Arbeiter im Akkord ausgepreßt. Von den verbleibenden 35,8% arbeiteten aber nur 17,5% im reinen Zeitlohn, 18,3% wurden bereits als „Prämienlöhner" geführt. Damals arbeiteten von rund 14000 Arbeitern bei Continental 9000 im Akkord. Auch den Rest unter die Peitsche akkordähnlicher Systeme zu bringen, ist das Bestreben der Kautschuk-Kapitalisten. Das zeigte z.B. die Einführung des „Qualifikationsprämienlohnes" Anfang Juli 1977 in den Kesselhäusern der Hannoverschen Conti-Werke, wo bis dahin im Zeitlohn gearbeitet wurde. Die dort arbeitenden Heizer, Maschinisten und Wasserwarte haben im wesentlichen Aufgaben der Kontrolle (der Kessel, Pumpen und Kompressoren), der Wartung und Reinigung (z.B. Regeneration der Filter); die Einführung des Stücklohns ist hier durch den technischen Charakter des Produktionsprozesses verhindert.

Die Einführung der neuen Lohnform war verbunden mit der Herabstufung aller Arbeiter um zwei Lohnstufen. Es wurde ein Prämiensystem eingeführt, das sich nach Punkten richtet, die jedem Arbeiter von Meister und Abteilungsleiter für seine „Fachkenntnisse und Erfahrungen", „Vielseitigkeit und Einsetzbarkeit", „Selbständigkeit bei der Arbeitsausführung", „Sorgfalt bei der Arbeitsausführung", „Sorgfalt im Umgang mit Betriebsmitteln" (neues Abkommen) zugebilligt werden. Für die Energie- und Wasserwarte (Lohngruppe V/2 bzw. VI/1) wurde ein Prämienspielraum von 0,86 bis 2,28 DM, für die Maschinisten und Obermaschinisten (VI/2 bzw. VI/3) von 1,35 bis 3,57 DM pro Stunde eingeführt. Im Kesselhaus des Conti-Werkes Limmer war das Ergebnis, daß sieben Arbeiter gegenüber ihrem bisherigen Zeitlohn um 27 Pf. runtergesetzt wurden, vier bekamen ihren alten Lohn weiter, drei bekamen 11 Pf. mehr, die vier Schichtführer 25 Pf. mehr. Trotz des schärfsten Widerstandes der Kesselhausarbeiter konnte der „Qualifikationsprämienlohn" durchgesetzt werden. Jetzt, ein gutes Jahr nach seiner Einführung, zeigt er seine beabsichtigte Wirkung: Der Zwang zur Prämienjagd läßt die Arbeitsintensität hochschnellen und verschärft die Konkurrenz unter den Arbeitern.

Schon damals verlautete, daß ähnliche Prämiensysteme überall an die Stelle des Zeitlohns treten sollten. Das neue Abkommen liefert dafür die Grundlage. Daß man dabei auch nicht vor den Angestellten haltmachen will, besagt eine angehängte Protokollnotiz: „Die Tarifvertragsparteien werden bei den weiteren Manteltarifverhandlungen prüfen, wie weit die für die gewerblichen Arbeitnehmer getroffenen Vereinbarungen über Leistungslohn für Angestellte anwendbar sind."

Mit allen Mitteln wollen die Kautschuk-Kapitalisten den Lohnkostenanteil drücken, die Ausbeutung intensivieren. Dazu nutzen sie die Akkordarbeit. An den neuen LKW-Reifenwickelmaschinen in Conti-Stöcken wurde die Schichtleistung von 48 auf 70 Reifen erhöht. An den sechs Faltgürtelmaschinen für PKW-Reifen wurde innerhalb von zwei Monaten die Vorgabezeit von 5,2 Akkordminuten pro Reifen auf 4,58 Akkordminuten gekürzt, wodurch das Conti-Kapital jährlich 170000 Reifen mehr aus den Arbeitern herauspressen kann. Das neue Abkommen setzt dem nichts entgegen, im Gegenteil. Mußten Akkordverschärfungen bisher mit Änderungen des Arbeitsganges, des Artikels oder Materials, der technischen Einrichtungen oder mit wesentlicher Änderung der Stückzahl „begründet" werden, so fügt das neue Abkommen noch die Gummiklausel hinzu: „oder bei Änderung ähnlicher sachlicher Bezugsgrößen" (Ziffer 9).

Die Ziffern 11 bis 13 regeln den Lohn bei Umsetzungen. Vor der Mitgliederversammlung des Wirtschaftsverbandes der deutschen Kautschukindustrie erklärte deren bisheriger Vorsitzender Dr. Walter Lampert am 3.5.1978: „Jedem soll sein Arbeitsplatz gegeben sein und möglichst erhalten bleiben ... Die Garantie eines *bestimmten* Arbeitsplatzes vom Ort, von der Funktion oder von der Entlohnung her kann aber keineswegs als Prinzip garantiert werden ..." Umsetzungen sollen mit Lohnkürzungen reibungslos verknüpft werden können. Ziffer 12 des neuen Abkommens regelt: Leistungslöhner, die umgesetzt werden, „erhalten für die Dauer der erforderlichen Einarbeitungszeit" ihren bisherigen Durchschnittsverdienst, wenn sie „angemessene Leistung" bringen, danach nicht mehr. Und Ziffer 13: Müssen Arbeiter „wechselnd auf verschiedenen Leistungslohnarbeitsplätzen arbeiten, so erhalten sie den für den jeweiligen Leistungslohnarbeitsplatz festgelegten und erarbeiteten Leistungslohn."

Also: auf dem niedriger bewerteten Leistungslohnplatz wird sofort auch der Lohn gekürzt. Der Lohnabbau für von der Akkordarbeit ruinierte Arbeiter, die auf Zeitlohn gesetzt werden, wird so geregelt, daß „der durchschnittliche Leistungslohn ... für die Dauer der persönlichen Kündigungsfrist" weitergezahlt wird (Ziffer 11). Ein erbärmliches Almosen.

Die Sozialdemokraten werden dieses Abkommen anpreisen, weil es die „Durchsichtigkeit" und „Überprüfbarkeit" der Lohnfindung auf der Grundlage „arbeitswissenschaftlich fundierter Entlohnungsgrundsätze" garantiere (Ziffer 2). Die Kautschuk-Arbeiter wissen sehr gut, wem diese „Wissenschaft" dient, die ihnen im weißen Kittel mit der Stoppuhr in der Hand entgegentritt.

Phoenix in Libyen

z.pel. 1974 baute ein westdeutsches Firmenkonsortium unter Führung der Friedrich-Krupp GmbH und der Phoenix AG eine Reifenfabrik in Libyen. Der Bau ist Bestandteil der Anstrengungen Libyens zum Aufbau einer nationalen Wirtschaft. Neben der bereits fertiggestellten Zement- und Kalkfabrik in Suk El-Khamis und einem Stahl- und Hüttenwerk in Misurata ist dies gegenwärtig das größte Projekt. Die Phoenix-Kapitalisten hatten das Geschäft 1973 abgeschlossen angesichts eines sinkenden Anteils am westdeutschen Reifenmarkt (1976: 3 bis 4%) und des Vorstoßes des Konkurrenten Continental mit eigenen Werken nach Spanien, Azania und Brasilien. Sie gedachten, sich in Afrika festzusetzen. Schon bei Vertragsabschluß mußten sie ihre Expansionsgelüste reduzieren auf eine Vertragsklausel, die das Verbleiben der „Phoenix-Spezialisten" in Tripolis auf fünf Jahre nach Fertigstellung der Fabrik einräumte. Die Kontrolle über den Aufbau der Produktion hat heute die libysche Regierung, die Phoenix-Kapitalisten verzögern wütend die Fertigstellung. Werden sie die libysche Arbeiterklasse nun nicht wie geplant ausbeuten können, so wollen sie sich in der BRD schadlos halten. 80 libysche Arbeiter, zu deren Ausbildung sich Phoenix vertraglich verpflichten mußte, erhalten in Hamburg und Helmstedt für schwere angelernte Tätigkeiten 200 bis 500 DM Lohn. 1,9 Mio. DM an Lohngeldern werden frei für Kapitalanlage. Der baldige Rauswurf des Phoenix-Konzerns aus Libyen wird auch dem einen Riegel vorschieben.

Dritte Welt baut Pharmaindustrie auf

z.hah. Die Dritte Welt kämpft gegen den unerträglichen Zustand, daß in dieser lebensnotwendigen Branche sie über nicht mehr als zehn Prozent der Weltproduktion verfügt, dreißig imperialistische Monopole hingegen die Hälfte der Weltproduktion kontrollieren. Nach Schätzung der UNIDO beherrschen ca. 100 imperialistische Konzerne 70 bis 90% des Handels mit Produkten der pharmazeutischen Industrie in die Dritte Welt. Eine Vorstellung von ihren Profiten ergibt sich aus einer der ersten Gegenmaßnahmen der Dritten Welt: Sri Lanka hat eine „Staatliche Pharmazeutische Gesellschaft" gegründet. Diese untersuchte die Produkte, ihre Qualität und ihren Preis auf dem Weltmarkt und betrieb unter Nutzung der Konkurrenz der Imperialisten gezielte Einkaufspolitik. Allein bei zehn grundlegenden Medikamenten ergab sich binnen eines Jahres eine Senkung der Einkaufskosten von 173225 auf 60464 Dollar, also um 65,1% Deshalb hat die Blockfreienbewegung beschlossen, für die Errichtung von „Nationalen Einkaufsagenturen" einzutreten. Gegen die Überschwemmung mit allerhand Plunder wird nach dem Vorbild von Indien und Brasilien eine „Liste unbedingt notwendiger Medikamente" erstellt. In Indien wird ein Koordinationszentrum errichtet. Indien nimmt selbständig die Produktion von Medikamenten gegen Malaria auf, vierzehn arabische Staaten haben eine „Arabische Gesellschaft für Arzneimittelindustrie" gegründet, die für den gesamten arabischen Raum produzieren wird.

Kirchensteuer, die er für die gottgeneigten Institutionen einzieht, 3% Provision kassieren. Zweifellos wäre das eine interessante Methode, um die Abzüge vom Lohn erneut zu steigern, mit der Begründung, daß die „Arbeit", die die Durchsetzung des beispiellosen Plünderfeldzuges der Finanzbourgeoisie verursacht, von den Arbeitern berappt werden müsse, weil sie „von den Kapitalisten" erledigt werde.

Was heißt „freier Lohnarbeiter" auf spanisch?

z.mif. „Die Kommission der EG hat ein Programm zur Verbesserung des Fremdsprachenunterrichts und zur Förderung der Bildungsmobilität der Schüler bis 18 Jahre verabschiedet. Es sollen die besten Methoden entwickelt werden, um in größerem Umfang an den Grundschulen frühzeitig eine andere Gemeinschaftssprache zu unterrichten. Gemeinsame Sorge bereiten die vielen Jugendlichen, die ohne irgendwelche Fremdsprachenkenntnisse von der Schule abgehen. Modellvorhaben sollen erkunden helfen, welche Probleme bei Kindern mit geringer Begabung für Fremdsprachen bestehen, Schülern, die berufsbildende und Hochschulen besuchen, soll die Möglichkeit zum Erlernen von Sprachen geboten werden." (Europa-Informationen, 22.8.1978) Die „Mobilität" über die Grenzen hinweg verlangt, daß der Arbeiter die Antreiber auch in der Fremdsprache verstehen lernt!

Die Maschen im Netz

z.vom. Mit „fehlenden Verdachtsmomenten" begründete Innenminister Baum, ranghöchster Fahnder der BRD, die Tatsache, daß es dem BKA mit all seinen Spezialeinheiten und dem hochtechnisierten Apparat nicht gelang, der Gesuchten Klar, Stoll und Schulz habhaft zu werden. „Fehlende Verdachtsmomente" haben die Behörden und Gerichte bisher nicht gehindert, jemanden auf Jahre hinaus in U-Haft zu nehmen, weil er jemanden kannte, der auf einen Polizisten geschossen hat. Das kann also nicht der Grund für die Nichtfestnahmen sein. „Unterschätzung der Cleverness der Terroristen" ist diesmal die Begründung; sie hätten die Schwäche des „hochtechnisierten BKA" ausgenutzt, indem sie gerade durch *die* Masche geschlüpft seien, die das sonst so dichte Computernetz noch lasse: die Nichterkennbarkeit von Fahrzeugdoubletten durch den Computer. Als Deppen stehen die Bourgeoisfahnder da; was nützt ihnen der teure Apparat, wenn die, die ihn bedienen sollen, nicht mitmachen und sich bereitwillig abhängen lassen wie ein Dorfpolizist bei der Verfolgung eines Viehdiebes. Weder auf die Massen noch auf seine Polizisten kann sich der Innenminister verlassen, dies ist in den letzten Ereignissen deutlich geworden. Dies ist nicht ein Problem des Innenministers, sondern der Bourgeoisie insgesamt. Schonung für Baum ist also angebracht und ein Lob für den „freiwilligen und umfangreichen Bericht, der sich von der früheren Informationspolitik als VS-vertraulich erfreulich abhebt" (Frankfurter Rundschau, 23.8.1978).

Heim ins Reich

z.mif. 59000 Aussiedler wurden letztes Jahr durch das Lager Friedland südlich von Göttingen geschleust, letzte Woche kamen tausend, aus Polen, aus Kasachstan, aus Alma Ata. Die „Friedlandhilfe" wurde 1957 gegründet und hat seither über 25 Millionen an Spenden eingetrieben. Bisher 30, jetzt 50 DM soll jeder „Auslandsdeutsche" auf die Hand kriegen. Seit zwei Jahren vergibt die Bundesregierung „zinsverbilligte Einrichtungsdarlehen für Aussiedler und Zuwanderer", bisher 30000 an der Zahl. Mit den Einrichtungsdarlehen werden die Aussiedler an die Kandare des Finanzkapitals genommen. Die Darlehen können erst „sechs Monate nach Bezug der endgültigen Wohnung beantragt werden", setzen also Verschuldung bereits voraus. Um so eher, so die Bourgeois-Berechnung, werden sie sich zu Propagandisten des nächsten Ostfeldzuges machen lassen. „Ihr Deutschland ist oft das des Reiches geblieben." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.8.78)

„Ein Hund wendet sich zum eigenen Auswurf zurück“

z.hek. Jenem Ausspruch des Jüngers Johannes scheint Volkserfahrung zugrunde zu liegen. Mystik und Religion stehen immer dann bereit, wenn sich die „Frage nach dem Sinn des Lebens stellt“, bzw. des Überlebens für die Bourgeoisie. Wenn's klappen soll, muß der Einsatz jener Waffe gut geplant sein. Er scheint gekommen, meinen die Bourgeois: „Eva Renzi in den Klauen der Gurus“. Bhagwan, Poona, Indien – das Land der heiligen Kühe, der armen, genügsamen Menschen, die trotz (oder gerade wegen) ihrer elenden Lage innerlich gefestigt, gegen mancherlei Unbill des Lebens immun sind. Armut plus Religion, die Formel, die das Leben lebenswert – die Lohnarbeit profitabler macht. Alles keine „neuen Erkenntnisse“. Anfang der „Goldenen Zwanziger Jahre“ trieb ein „Bhagwan“ namens Tagore ähnliches. Die Bourgeoisie war entzückt. Die deutsche Arbeiterbewegung beschrieb ihn und seine „Jünger“: „Was kümmert uns die schnöde Welt / wir kennen nicht Tarife / der Reichtum kommt von innen her / aus uns'rer Seelentiefe.“ Bitte schön, mehr soll heute auch nicht vermittelt werden. Interesse hat die Bourgeoisie schon. Arbeiten Bhagwans Jünger doch immerhin fürs blanke Essen, das verspricht Goldberge! Es bahnt sich etwas an: Traf doch unlängst – die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete am 24.8. – eine Delegation von Ärzten, immerhin im Auftrag von hundert Kollegen, im Ministerium von Antje Huber ein, welche zuständig für Volksgesundheit, um deren verdeckter Sympathie für das Transzendentale den nötigen wissenschaftlichen Schliff zu geben. Gesetzlich soll's verankert werden: „Arbeitnehmer sollen dadurch in die Lage versetzt werden, sich vor seelischem und körperlichem Verschleiß zu schützen und *trotzdem die Produktion zu steigern.*“ Bedenken soll man auch „die beruhigende Wirkung im Erziehungswesen“ als auch „die Vergrößerung der inneren und äußeren Stärke“ der Bundeswehr. Das Gesetz ist schon in Planung. Antje Huber schlägt vor, von 1982 an „Psychologen mit klinisch-therapeutischer Ausbildung in der Gesundheitsfürsorge einzusetzen“. Lange muß geplant werden, was transzendental besser ausgebeutet werden soll. Die Renzi-Story macht den Anfang. Die Wahrscheinlichkeit des Durchbruchs transzendentaler Meditationserfolge innerhalb der westdeutschen Arbeiterklasse ist höchst zweifelhaft. Kann gut sein, daß dabei der eine oder andere Knochen eines Bourgeois bricht. Wahrscheinlich etwas höher und am oberen Ende der Wirbelsäule.

Seelsorger und „Arbeiterkind“

z.and.Rom. Der neue Papst Johannes Paul I. hat seine Qualitäten schon unter Beweis gestellt. Der Sohn eines sozialistischen Arbeiters aus einem kleinen Dorf in der Provinz Belluno ist so einfach, daß er sich nicht einmal mehr krönen lassen will. Entsprechend führte er sich mit seiner Antrittsrede ein als „frommer Papst“ und geschickter Demagoge. „Ich besitze nicht die Weisheit von Johannes XXIII. und

für das Transzendentale den nötigen wissenschaftlichen Schliff zu geben. Gesetzlich soll's verankert werden: „Arbeitnehmer sollen dadurch in die Lage versetzt werden, sich vor seelischem und körperlichem Verschleiß zu schützen und *trotzdem die Produktion zu steigern.*“ Bedenken soll man auch „die beruhigende Wirkung im Erziehungswesen“ als auch „die Vergrößerung der inneren und äußeren Stärke“ der Bundeswehr. Das Gesetz ist schon in Planung. Antje Huber schlägt vor, von 1982 an „Psychologen mit klinisch-therapeutischer Ausbildung in der Gesundheitsfürsorge einzusetzen“. Lange muß geplant werden, was transzendental besser ausgebeutet werden soll. Die Renzi-Story macht den Anfang. Die Wahrscheinlichkeit des Durchbruchs transzendentaler Meditationserfolge innerhalb der westdeutschen Arbeiterklasse ist höchst zweifelhaft. Kann gut sein, daß dabei der eine oder andere Knochen eines Bourgeois bricht. Wahrscheinlich etwas höher und am oberen Ende der Wirbelsäule.

Seelsorger und „Arbeiterkind“

z.and.Rom. Der neue Papst Johannes Paul I. hat seine Qualitäten schon unter Beweis gestellt. Der Sohn eines sozialistischen Arbeiters aus einem kleinen Dorf in der Provinz Belluno ist so einfach, daß er sich nicht einmal mehr krönen lassen will. Entsprechend führte er sich mit seiner Antrittsrede ein als „frommer Papst“ und geschickter Demagoge. „Ich besitze nicht die Weisheit von Johannes XXIII. und

Paul VI., doch bin ich jetzt an ihrem Platz und muß versuchen, der Kirche zu dienen.“ Daß er kein Kardinal der Römischen Kurie ist, ist dabei nur von Vorteil, denn die Kurienkardinäle haben zu offensichtlich Dreck am Stecken, um glaubhaft als Verteidiger der „Armen und Schwachen“ auftreten zu können. Johannes Paul I. dagegen ist ein „Mann der Seelsorge“, der sich immer besonders der Katechese widmete. Die Katechese ist die Lehre, wie die Pfaffen die christliche Religion als Mittel zur Verkleisterung der Widersprüche und zur Unterdrückung des Kampfes der Arbeiter und der Völker der Welt einsetzen sollen. Über seine Erfahrungen als Leiter des Amtes für Katechese der Diözesan-Synode hat Luciani ein Buch verfaßt. Sein großes Vorbild ist der katholische Theologe Rosmini, aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, ein Vorläufer der katholischen Soziallehre und Gründer des Caritas-Instituts. Johannes Paul I. tritt auf als Reformer, aber dennoch Verteidiger der überlieferten Lehre und „beharrt auf den unverzichtbaren Grundsätzen der katholischen Kirche“. Mit „Festigkeit“ war der zeitweilige Vizepräsident der italienischen Bischofskonferenz immer bereit, die Einmischung des Vatikans in die inneren Angelegenheiten Italiens zu unterstützen. Den katholischen Studentenverband Venedigs hat er aufgelöst, als der Verband dazu aufrief, bei dem vom Vatikan, den Christdemokraten und Faschisten angezettelten Referendum gegen die Ehescheidung mit „Nein“ zu stimmen. Überhaupt „zeigte er sich einer Unterstützung der Democrazia Cristiana durch die Kirche nicht abgeneigt“. Verstärkung der „Evangelisierung“, der Mission, ist sein Programm, dafür will er als nächstes die lateinamerikanische Bischofskonferenz im Oktober in Mexiko einsetzen.

Das „Problem Multimedikation“

30. Therapie-Woche in Karlsruhe: Propagandaschau für die Kostendämpfung

z.rok. 15000 Ärzte und Wissenschaftler und 500 Fachreferenten sind nach den offiziellen Angaben in der letzten Woche auf der „30. Deutschen Therapiewoche“ in Karlsruhe gewesen, einer Fachausstellung mit Vorträgen. Dullenkopf, der Karlsruher Oberbürgermeister, hat sie als „Karlsruher Jahrhundertereignis“ bezeichnet. In der Tat hat die Bourgeoisie der Woche eine große Bedeutung bei der Mobilisierung der Ärzte als Polizisten der Kostendämpfung beigemessen. Die Einsparung von Medikamenten stand dabei im Mittelpunkt. Antje Huber, Familien- und Jugendfuchtel der Bundesregierung, hat ein neues „Gesetz zur Ordnung des Arzneimittelrechts“ angekündigt. Mit den bisherigen Ergebnissen bei der Medikamentenkürzung nach Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz, Durchsetzung des Arzneimittelhöchstbetrags und Streichung von Arzneimitteln „bei geringfügigen Gesundheitsstörungen“ ist die Bourgeoisie nicht zufrieden.

Bock, Direktor der Tübinger Universitätsklinik und Präsident der „Deutschen Therapiewoche“, sollte schon in seiner Eröffnungsrede die wissenschaftliche Begründung für diese Sorte Kostendämpfung liefern. Thema: „Multimorbidität und Multimedikation“. „Multimorbidität“ bedeutet Mehrfacherkrankung, „Multimedikation“ verschiedene Behandlungen für verschiedene zusammenfallende Krankheiten. Das Ganze ist ein clever ausbaldowertes Thema für Kostendämpfungspropaganda.

Die Zahlen, die Bock für den Zeitraum von 1971 bis 1976 für die Tübinger Universitätsklinik bekanntgab, werfen ein Schlaglicht auf den Grad der Zerrüttung der Gesundheit, den die Bourgeoisie der Arbeiterklasse mit verschärfter Ausbeutung aufgezwungen hat: Jeder Sechste, der in die Klinik mußte, hatte gleichzeitig fünf verschiedene Krankheiten. Das war der Durchschnitt. Bei den über Siebzigjährigen waren es gar 29,6%. Gerade 5,7% aus dieser Altersgruppe hatten eine einzelne Krankheit. Bocks erste Attacke: Die Krankheiten der Übertreibung und der Gewinnsucht der Arbeiter in die Schuhe schieben: „Da es zum Menschen gehört, daß er seine Krankheit nicht nur fühlt, sondern auch mit-denkt und mit-gestaltet, kann er sie auch unter- oder übertreiben, sogar ausnutzen. Materieller Krankheitsgewinn ist unmoralisch.“ Dann werden auch die Kostensteigerungen den Massen in die Schuhe geschoben: „Was unsere Medizin heute so verteuert, ist die Anspruchshaltung der Menschen, denen man ein ‚Tischlein-deck-dich‘ suggeriert hat und die nun den ‚Knüppel-aus-dem-Sack‘ spüren.“ Entsprechend sind die Vorstellungen des feisten Professors über die Therapie: „Ein durchaus menschenwürdiges und menschenmögliches therapeutisches Ziel ist: Krankheitsbewältigung. Zur sittlichen Bewältigung einer Krankheit gehört auch, daß man sein Leiden anstelle gesamthafter Wehleidigkeit auf die Bedeutung von Funktionsstörungen reduziert und möglichst lokalisiert. Das ist eine Aufgabe für Patient und Arzt, eine Leistungsforderung.“ Also: Erst die Wehleidigkeit beseitigen, und wer dann noch krank ist, bei dem wird nicht nach den Ursachen der Krankheit geforscht, nach der kapitalistischen Profitschinderei, sondern es werden Funktionsstörungen erfaßt, die es zu unterdrükken gilt. Um „Vertrauen zu erwecken, Hoffnung zu erhalten“ – von Abhilfe bei den Krankheiten ist nicht einmal mehr die Rede –, müsse man „auch die Persönlichkeit und die Lebensumstände des Patienten richtig erfassen“, sprich ausspitzeln. Der Professor über seine Therapie: Übung, Schonung, Abhärtung. Hinter der scheinbaren Hausbackenheit stecken die Ziele der Ehrenberg-Gesetzgebung, Kostendämpfung zur Verwandlung der Versicherungskassen in Kapital und Kriegskassen.

Wozu gute Arznei, wo doch „bei der alltäglichen individuellen Genesung... eine erstaunliche ‚Repairfunktion‘ zur Seite (steht). Wer die Ehrfurcht noch kennt, nennt sie die ‚Heilkraft der Natur‘.“ Ebenfalls eine heilsame Wirkung verspricht sich der Professor von einer kleinlich gehässigen Gängelung der Massen durch die Ärzte: „Vielleicht werden sie (die Medikamente, Red.) infolge ihrer leichten Handlichkeit und ihrer schnell spürbaren Wirkung wegen etwas zu bereitwillig verordnet, um erträgliche Beschwerden zu lindern, wo das ordnende und erziehende Wort des Arztes längerfristig und überzeugender zu wirken vermöchte.“ Ganz im Sinne Ehrenbergs verlangt Bock mit „Ordnen und Erziehen“ Ärzte mit den Qualitäten von Gefängnisvorstehern.

In derselben Absicht werden gegenwärtig von den Bourgeoiswissenschaftlern die Placebos, unwirksame Medikamentenattrappen aus Zucker oder Salz, die durch Einbildung wirken sollen, aufgewertet. Inzwischen behaupten Medizinprofessoren schon, die Placebos hätten eine tatsächliche Wirkung, der Körper bilde als Reaktion auf den Zucker oder das Salz schmerzstillende Verbindungen, sogenannte Endrophrine. (Süddeutsche Zeitung, 30.8.78) Bei Zucker- und Salzkügelchen als wirksamer Medizin ist die Ehrenbergsche Kostendämpfung inzwischen angelangt.

Bock hat noch eine Forderung bezüglich der Medikamente vorgetragen: „frühzeitige kontrollierte Freigabe neuer Pharmaka“. An anderer Stelle hat er dazu auf dem Kongreß erklärt: „Man braucht 3000 Patienten, um mit 95%iger Wahrscheinlichkeit eine einprozentige Häufigkeit von Nebeneffekten zu entdecken; man braucht 5000, um eine 99%ige Sicherheit dieser Aussage zu haben. Prospektive kontrollierte klinische Arzneiprobungen kosten Millionensummen.“ Diese Millionensummen sollen die Pharmakonzerne in der Zukunft einsparen können, neue Medikamente sollen noch schneller als bisher in Umlauf gebracht werden können. Schwere Schäden, die infolge von schädlichen Medikamentenauswirkungen zwangsläufig häufiger noch als bisher die Folge sein werden, werden eiskalt in Kauf genommen. Und ein weiterer verbrecherischer Vorschlag im Sinne der Kostendämpfung durch Medikamenteneinsparung ist auf Lager: die Kürzung und Einstellung der Forschung für Arzneimittel für seltene Krankheiten.

Die gesamte Entwicklung neuer Medikamente soll die Richtung selektiver Medikamente haben, Medikamente, die nicht mehr auf verschiedene Seiten einer Krankheit oder verschiedene Krankheiten gleichzeitig wirken, sondern nur auf eine.

Der ganze Kongreß sollte der Mobilisierung der Ärzte zur Vollstreckung der Kostendämpfung dienen. Warum aber sollte die Masse der Ärzte bei diesem schmutzigen Geschäft, in dem sie auch selber dem staatlichen Druck und der Bespitzelung ausgesetzt sind, mitmachen? Die Griesinger, Familienministerin der baden-württembergischen Landesregierung, mußte jedenfalls bedauernd feststellen, daß die Diskussion über das Kostendämpfungsgesetz nicht nach ihren Vorstellungen verlaufen sei und daß die Wirkungen noch nicht für alle Ärzte spürbar seien.

IBM erarbeitet Angriffsplan für Rationalisierung und Kostendämpfung

r.kar. Das „Institut für Medizinische Dokumentation und Datenverarbeitung“ wurde beauftragt, den 10 Millionen DM schweren Jahresumsatz der Apotheke der Göttinger Universitätskliniken zu senken und „Entwicklungstendenzen“ zu fördern, mit denen „Einsparung von Personal- und Einsatzmitteln erreicht werden kann“. (1) Zu diesem Zweck wurden 1974 und 1975 die Systeme IBM/370 Modell 145 und das System 3750 installiert. Die Veröffentlichungen über und die ersten Erfahrungen mit diesen Systemen enthüllen die Absichten der Dienstaufsicht.

Während die Verwaltungsdirektion und die Pflegedienstleitungen nicht müde werden zu behaupten, eine Arbeitszeiterfassung über die EDV stände nicht zur Diskussion, laufen seit 1974 am Lehrstuhl für Medizinische

verhindert, daß Schwestern unnötig auf falschen Alarm reagieren. Jede Station hat ihre eigene Anlage. Über das Ebenenbüro können aber zum Beispiel für die Nacht auch zwei Stationen oder alle vier einer Ebene zusammengeschaltet werden, so daß die Nachtschwester immer vom Patienten gerufen werden kann, wo immer sie sich befindet“ (3). Auf dieser Grundlage versuchte die Dienstaufsicht die Besetzung der Nachtschichten drastisch zu reduzieren, möglichst nur eine Nachtwache für zwei Stationen mit jeweils 20 Betten. Auch dieser Angriff konnte durch den Widerstand des Pflegepersonals zurückgeschlagen werden.

Was mit Transparenz des Arzneimittelverbrauchs durch EDV gemeint ist, macht Dr. J. Thum an einem Beispiel deutlich: „In speziellen Fällen

auf einer Wachstation einen höheren Verbrauch an Babyöl und Babybädern festgestellt, als ihn die gesamte Kinderklinik hatte. (...) Aufgrund des von uns vorgelegten Zahlenmaterials ging auf dieser Station der Umsatz an beiden Präparaten rapide zurück“. (1) Inzwischen werden jeder Station monatlich Computerausdrucke über den Verbrauch von Medikamenten als Vorwurf unter die Nase gerieben. Im März war dieser Ausdruck von einer dienstlichen Anordnung begleitet, daß der Medikamentenverbrauch um ein Drittel zu reduzieren sei. Geplant ist die „patientenbezogene Medikamentenabrechnung“, um die Berechnung zu ermöglichen, „was ein einzelnes Krankheitsbild an Medikamentenkosten verursacht“ (1). Gleichzeitig soll dies einer „wissenschaftlichen“ Auswertung der Pharmacotherapie dienen, um das Wissen über die Wir-

zeitig dürften diese Untersuchungen einen erheblichen Einfluß auf die Liegedauer und die damit verbundenen Folgekosten haben“ (1).

Weil dies der Zweck der Forschung ist, schwant der Dienstaufsicht Widerstand. „Erschwerend kommt hinzu, daß sich der eigentliche Hauptnutzen einer patientenbezogenen Erfassung zum Zweck der medizinisch-wissenschaftlichen Auswertung über den Therapieverlauf dem betroffenen Personal nicht mitteilt und ein direkter Motivationszuwachs nicht erreicht werden kann“ (1). An dieser „Motivation“ fehlt es allerdings, und gegen jede Reduzierung der Arzneimittelanforderung durch Oberärzte oder Mitglieder der Arzneimittelkommission gibt es Widerstand.

(1) Datenverarbeitung im Klinikum der Universi-

lungen für verschiedene zusammenfallende Krankheiten. Das Ganze ist ein clever ausbaldowertes Thema für Kostendämpfungspropaganda.

Die Zahlen, die Bock für den Zeitraum von 1971 bis 1976 für die Tübinger Universitätsklinik bekanntgab, werfen ein Schlaglicht auf den Grad der Zerrüttung der Gesundheit, den die Bourgeoisie der Arbeiterklasse mit verschärfter Ausbeutung aufgezwungen hat: Jeder Sechste, der in die Kli-

krank ist, bei dem wird nicht nach den Ursachen der Krankheit geforscht, nach der kapitalistischen Profitschinderei, sondern es werden Funktionsstörungen erfaßt, die es zu unterdrükken gilt. Um „Vertrauen zu erwecken, Hoffnung zu erhalten“ – von Abhilfe bei den Krankheiten ist nicht einmal mehr die Rede –, müsse man „auch die Persönlichkeit und die Lebensumstände des Patienten richtig erfassen“, sprich ausspitzeln. Der Professor über

die Placebos hätten eine tatsächliche Wirkung, der Körper bilde als Reaktion auf den Zucker oder das Salz schmerzstillende Verbindungen, sogenannte Endrophrine. (Süddeutsche Zeitung, 30.8.78) Bei Zucker- und Salzkügelchen als wirksamer Medizin ist die Ehrenbergsche Kostendämpfung inzwischen angelangt.

Bock hat noch eine Forderung bezüglich der Medikamente vorgetragen: „frühzeitige kontrollierte Freigabe

aber sollte die Masse der Ärzte bei diesem schmutzigen Geschäft, in dem sie auch selber dem staatlichen Druck und der Bespitzelung ausgesetzt sind, mitmachen? Die Griesinger, Familienministerin der baden-württembergischen Landesregierung, mußte jedenfalls bedauernd feststellen, daß die Diskussion über das Kostendämpfungsgesetz nicht nach ihren Vorstellungen verlaufen sei und daß die Wirkungen noch nicht für alle Ärzte spürbar seien.

IBM erarbeitet Angriffsplan für Rationalisierung und Kostendämpfung

r.kar. Das „Institut für Medizinische Dokumentation und Datenverarbeitung“ wurde beauftragt, den 10 Millionen DM schweren Jahresumsatz der Apotheke der Göttinger Universitätskliniken zu senken und „Entwicklungstendenzen“ zu fördern, mit denen „Einsparung von Personal- und Einsatzmitteln erreicht werden kann“. (1) Zu diesem Zweck wurden 1974 und 1975 die Systeme IBM/370 Modell 145 und das System 3750 installiert. Die Veröffentlichungen über und die ersten Erfahrungen mit diesen Systemen enthüllen die Absichten der Dienstaufsicht.

Während die Verwaltungsdirektion und die Pflegedienstleitungen nicht müde werden zu behaupten, eine Arbeitszeiterfassung über die EDV stände nicht zur Diskussion, laufen seit 1974 am Lehrstuhl für Medizinische Datenverarbeitung diesbezügliche Versuchsreihen. „Der Vorteil dieser Information (über die Anwesenheit) liegt auf der Hand: ... die Klinik (hat) einen besseren Überblick über das anwesende Personal“ (2). Da gleichzeitig im Computer die Belegung der Betten gespeichert ist, jubelt der Kurator: „Das bedeutet, daß Arbeitsabläufe und Dienstpläne aufgestellt werden können, die weniger von Zufälligkeiten und Personalknappheit bestimmt sind. (...) Wenn Mitarbeiter aber einmal Urlaub machen wollen oder krank sind, macht die neue Organisationsform weniger Kopfzerbrechen, weil für die Vertretung in der Zentrale immer noch Kolleginnen einspringen können“ (3). „Die Zentrale“, das sind die Dienste, durch deren heutige zentrale Organisierung jederzeitiges Hin- und Herschieben der Beschäftigten ermöglicht wird; deshalb auch das Bestreben, einheitliche Dienstzeiten in allen Abteilungen durchzusetzen; wie auch der Widerstand der Lohnabhängigen, die die neue Arbeitszeitregelung erfolgreich verhindert haben.

Wie die elektronische Anwesenheitserfassung dient auch das Kommunikationssystem ausschließlich der Schließung der letzten Poren des Arbeitstages. „Das Netz der Kommunikationsmittel ist so dicht wie möglich, damit niemand sagen kann, er hätte nichts gewußt“ (3). In der Praxis heißt das folgendes: „Jeder Patient kann (mit der Gegensprechanlage) von seinem Bett aus mit der Schwester sprechen (...) will ein Patient sie sprechen, läuft ihr der Ruf so lange nach, bis sie gefunden ist. (...) Zunächst ist ein Gespräch mit dem Patienten auf der Gegensprechanlage möglich. Das verhindert, daß Schwestern unnötig auf falschen Alarm reagieren. Jede Station hat ihre eigene Anlage. Über das Ebenenbüro können aber zum Beispiel für die Nacht auch zwei Stationen oder alle vier einer Ebene zusammengeschaltet werden, so daß die Nachtschwester immer vom Patienten gerufen werden kann, wo immer sie sich befindet“ (3). Auf dieser Grundlage versuchte die Dienstaufsicht die Besetzung der Nachtschichten drastisch zu reduzieren, möglichst nur eine Nachtwache für zwei Stationen mit jeweils 20 Betten. Auch dieser Angriff konnte durch den Widerstand des Pflegepersonals zurückgeschlagen werden.

Was mit Transparenz des Arzneimittelverbrauchs durch EDV gemeint ist, macht Dr. J. Thum an einem Beispiel deutlich: „In speziellen Fällen fordern wir noch zusätzliche Ausdrucke an, z.B. den Verbleib von Kinderpflegemitteln. So haben wir einmal auf einer Wachstation einen höheren Verbrauch an Babyöl und Babybädern festgestellt, als ihn die gesamte Kinderklinik hatte. (...) Aufgrund des von uns vorgelegten Zahlenmaterials ging auf dieser Station der Umsatz an beiden Präparaten rapide zurück“. (1) Inzwischen werden jeder Station monatlich Computerausdrucke über den Verbrauch von Medikamenten als Vorwurf unter die Nase gerieben. Im März war dieser Ausdruck von einer dienstlichen Anordnung begleitet, daß der Medikamentenverbrauch um ein Drittel zu reduzieren sei. Geplant ist die „patientenbezogene Medikamentenabrechnung“, um die Berechnung zu ermöglichen, „was ein einzelnes Krankheitsbild an Medikamentenkosten verursacht“ (1). Gleichzeitig soll dies einer „wissenschaftlichen“ Auswertung der Pharmacotherapie dienen, um das Wissen über die Wirkungszusammenhänge zwischen Arzneimittel und Krankeitsverlauf zu verbessern. Zu welchem Zweck? „Gleichzeitig dürften diese Untersuchungen einen erheblichen Einfluß auf die Liegedauer und die damit verbundenen Folgekosten haben“ (1).

Weil dies der Zweck der Forschung ist, schwant der Dienstaufsicht Widerstand. „Erschwerend kommt hinzu, daß sich der eigentliche Hauptnutzen einer patientenbezogenen Erfassung zum Zweck der medizinisch-wissenschaftlichen Auswertung über den Therapieverlauf dem betroffenen Personal nicht mitteilt und ein direkter Motivationszuwachs nicht erreicht werden kann“ (1). An dieser „Motivation“ fehlt es allerdings, und gegen jede Reduzierung der Arzneimittelanforderung durch Oberärzte oder Mitglieder der Arzneimittelkommission gibt es Widerstand.

(1) Datenverarbeitung im Klinikum der Universität Göttingen
(2) Kommunikation im Universitätsklikikum Göttingen, IBM
(3) „Unser Klinikum“

Wer kann schon 240 DM Miete mehr zahlen?

Der Betriebsrat der MAK Kiel unterstützt den Kampf der Volksmassen gegen Wohnungsabriß

r.pes. Die Kieler Werkswohnungen GmbH (KWW), eine Tochtergesellschaft des Salzgitter-Konzerns, will ihre Reihenhaussiedlung im Kieler Stadtteil Friedrichsort abreissen. 185 Bewohner, meistenteils Arbeiter der Lindenau-Werft, sowie Rentner, will sie deshalb auf die Straße setzen. Die Mieter lassen sich darauf nicht ein, sondern haben eine Initiative gegen den Abriß der Häuser in der Mensingstraße gegründet.

210 DM Miete kostet ein Dreizimmer-Reihenhaus im Monat. Obwohl die meisten Mieter schon tausende von Mark in die ständige Renovierung der 40 Jahre alten Häuser gesteckt haben, kommt sie das erheblich billiger als eine neue Wohnung, die in vergleichbarer Größe unter 450 DM in Kiel nicht zu haben ist. Diese Differenz aber mit dem niedrigen Lohn oder der Rente auszugleichen, ist gleichbedeutend mit dem Verzicht auf Lebensmittel. Weil das so ist, haben die KWW auch mit dem Plan, neue Mietskasernen in der Mensingstraße zu errichten, arge Schwierigkeiten. Erst vor drei Wochen hat die Initiative mit 200 Bewohnern und Gästen ein Stadtteilfest durchgeführt, auf dem sie den Zusammenschluß mit den Bewohnern des Stadtteils gefestigt hat. Geladene Gäste der Ratsversammlung mußten sich ein Theaterstück ansehen, in dem gezeigt wird, wie die Mieter eine Ratsversammlung sprengen, auf der der Abriß der Häuser beschlossen werden soll.

Unter dem Druck der geschlossen auftretenden Bewohner haben die für den Stadtteil zuständigen Ratsherren inzwischen erklärt, sie würden sich für ihre Forderungen einsetzen und hätten überhaupt „volles Verständnis“. Unter der Hand aber sinnieren sie mit der KWW über die weitere Fort-



setzung ihrer Pläne. So haben sie für die Kieler Wohnungsbaugesellschaft (KWG), mit der der Kieler Magistrat seine eigenen Sanierungspläne durchsetzen will, inzwischen eine Nachrichtensperre verhängt über alle Einzelheiten ihrer Sanierungspläne, weil sie befürchten, die Bewohner anderer Stadtteile könnten sich die Erfahrungen in Friedrichsort zum Beispiel für ihren eigenen Kampf nehmen. So verdrehen sie die Triebkräfte, indem sie „Verständnis“ heucheln: die Wohnungen sähen ja übel aus, aber man sei eben schon seit 40 Jahren an die Umgebung gewohnt. Daran stimmt nicht, daß die Wohnungen abbruchreif sind, denn die Mieter haben Unsummen in die Erhaltung gesteckt, und es stimmt genauso wenig, daß die entscheidende Triebkraft des Kampfes die „Bodenständigkeit“ ist.

Der entschlossene Widerstand der Bewohner der Siedlung hat jetzt den Magistrat zu Manövern gezwungen. Er bekundet durch seine Ratsherren „Verständnis“. Die gleichen Figuren aber halten in der KWW an ihren Plänen fest. Es sieht nicht so aus, als würden sie durchkommen. Der Betriebsrat der MAK hat inzwischen die Unterstützung des Kampfes beschlossen.

Die Stahlkapitalisten „rechnen": 35-Stunden-Woche gleich 14% Lohnerhöhung

z.peb. Im Mai hat die IG Metall bekanntgegeben, daß sie für die Verankerung der 35-Stunden-Woche im Manteltarifvertrag für die Stahlindustrie eintreten will. Die Kapitalisten haben postwendend verkündet, die Stahlindustrie sei „wirtschaftlich und technologisch" für eine Arbeitszeitverkürzung ungeeignet. Statt zu antworten, daß sich die Erfordernisse der Technologie noch stets als Forderung der Kapitalisten entpuppt haben, die Produktionsmittel ohne jede Unterbrechung zur Aussaugung der Arbeitskraft einsetzen zu können, sind die verantwortlichen Funktionäre der IG Metall bereitwillig auf diesen Leim gegangen. Am 11. Juni hat die Tarifkommission der IG Metall für Nordrhein-Westfalen, Klöcknerhütte und Stahlwerke Südwestfalen folgende Forderung beschlossen: „Verkürzung der tariflichen wöchentlichen Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche, auch durch Freizeitausgleich". (Metall Nr. 13/14) Die Forderung enthält viele Fallstricke. Von den Sozialdemokraten ist sie direkt als Mittel der Ausweitung der Contischicht und *damit* der Schaffung von „mehr Arbeitsplätzen" vertreten worden. Das Interesse der Stahlarbeiter fordert die Abschaffung der Schichtarbeit und die Sicherung und Verkürzung des Normalarbeitstages. Vom Normalarbeitstag ist aber gar nicht die Rede. „Wir stellen uns daher die Verwirklichung der Arbeitszeitverkürzung so vor, daß die wöchentlich reduzierten Arbeitsstunden über ein Jahr gebündelt neben dem Jahresurlaub als Freischichten genommen werden." (R. Judith, Metall Nr. 13/14) Es handelt sich also um eine andere Forderung als vorgegeben wird: nämlich um eine Forderung nach Urlaub. Deren Höhe allerdings offen ist. Die Rede vom „Lohnausgleich" bemäntelt bloß, daß kein Urlaubsgeld gezahlt wird. Eine Urlaubsforderung ist bestimmt berechtigt, aber kein Ersatz für die Verkürzung des Arbeitstages. Wird die Arbeitskraft 42 Stunden die Woche in Contischicht verschlissen, dann nützt der längere Urlaub auf die Dauer auch nichts mehr.

Die Kapitalisten haben die Schwäche der Forderung gleich ausgenutzt. Sie haben folgende Rechnung aufgetischt, die sie seither ständig verbreiten: „Der Arbeitgeberverband der Eisen- und Stahlindustrie hat einstimmig beschlossen, die Forderung der IG Metall nach Verkürzung der Arbeitszeit abzulehnen ... Eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um eine Stunde bedeutet nach den Berechnungen eine Lohnerhöhung von 2,56%; auf Jahresarbeitszeit umgerechnet, ergäbe sich ein Äquivalent von fünf Tagen Urlaub." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.7.78) Die „Berechnung" bleibt im Dunkeln. Offensichtlich setzen sie 1/40 Arbeitszeitverkürzung gleich 2,5% Lohnerhöhung und schlagen noch was drauf. Inzwischen haben sie diese ominöse Kostenrechnung bis auf 14% Lohnerhöhung als Wirkung der 35-Stunden-Woche getrieben. (Handelsblatt, 24.8.78)

Selbst diese abgeschmackte Rechnung wird von den Sozialdemokraten noch wiedergekäut. Kurt Herb, IG-Metall-Bezirksleiter Essen, unter seinesgleichen (auf einer Tagung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen): „Den Unternehmern könne allerdings jede Mark nur einmal aus der Tasche gezogen werden, was beim Lohnausgleich beansprucht werde, könne für Tariferhöhungen natürlich nicht mehr gefordert werden." (Siegener Zeitung, 13.6.78)

Nun entspringt schon dem bloßen Augenschein, daß von einer Arbeitszeitverkürzung kein Arbeiter einen Pfennig mehr in die Tasche bekommt. Von Lohnerhöhung nicht die Spur.

Wie kann eine so erstaunliche Behauptung dann gewagt werden? Sie stützt sich auf eine andere Erfahrung. Im Arbeitslohn scheint der Kapitalist dem Arbeiter seine Arbeit zu zahlen. Soviel Geld für soviel Stunden oder soviel Stück. Wird die Arbeit verkürzt, der Lohn jedoch weiterbezahlt, steigt der Preis der Stunde, also der Preis der Arbeit.

Doch das ist Schein. Die Arbeiter verfügen nicht über die Produktionsmittel. Arbeiten können sie erst, *nachdem* sie sich an den Kapitalisten verkauft haben, und nur unter seinem Kommando. „Sobald die Arbeit wirklich beginnt, hat sie aufgehört, ihm zu gehören, kann also nicht mehr von ihm verkauft werden." (Karl Marx, Das Kapital, Band I) Die Produkte der Arbeit gehören dem Kapitalisten. Das einzige, was der Arbeiter anzubieten hat, ist das *Vermögen* zu arbeiten, ist seine Arbeitskraft. Was er für den Kapitalisten produziert, sind Waren. Seine Arbeit ist ein Teil der Gesamtarbeit der Gesellschaft, und die Waren sind insofern vergleichbar und in bestimmten Verhältnissen austauschbar, als ein bestimmter Teil der Gesamtarbeit der Gesellschaft in ihnen steckt. Dasselbe gilt für den Wert der Arbeitskraft, die der Arbeiter als Ware verkauft. Ihr Wert ist bestimmt durch den Wert der Waren, die er verbraucht und kaufen muß, um seine Arbeitskraft zu erneuern, damit er sie immer wieder als Ware an den Kapitalisten verkaufen kann. Zwischen dem Wert der Arbeitskraft und den Werten, die ihre Anwendung für den Kapitalisten schafft, besteht kein Zusammenhang. Die Arbeitskraft kann viel mehr Wert schaffen, als sie selbst kostet. Der Differenz, dem Mehrwert, jagt der Kapitalist nach. In der Tat, würde alle Arbeit bezahlt, was bliebe dem Kapitalisten, der selbst nicht arbeitet, oder jedenfalls äußerst wenig im Verhältnis zu dem, was er einsteckt. Mit allen Mitteln versucht der Kapitalist, die Differenz zu vergrößern. Sei es, daß er den Lohn senkt bis unter den Wert, so daß die Arbeitskraft nicht mehr reproduziert werden kann. Sei es durch aufs Äußerste gesteigerte intensive und extensive Vernutzung der Arbeitskraft. „Der Kapitalist behauptet sein Recht als Käufer (der Arbeitskraft, Red.), wenn er den Arbeitstag so lange als möglich ausdehnt und womöglich aus einem Arbeitstag zwei zu machen sucht." Oder, können wir hinzufügen, die Arbeit aufs Äußerste intensiviert. „Andererseits schließt die spezifische Natur der verkauften Ware eine Schranke ihres Konsums durch den Käufer ein, und der Arbeiter behauptet sein Recht als Verkäufer, wenn er den Arbeitstag beschränken will. Es findet hier also eine Antinomie statt, Recht wider Recht, beide gleichmäßig durch das Gesetz des Warenaustausches besiegelt. Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt, und so stellt sich in der Geschichte der kapitalistischen Produktion die Normierung des Arbeitstages als Kampf um die Schranken des Arbeitstags dar – ein Kampf zwischen dem Gesamtkapitalisten, d.h. der Klasse der Kapitalisten, und dem Gesamtarbeiter, oder der Arbeiterklasse." (Das Kapital, Band I)

Setzen die Arbeiter solche Schranken der Auspressung ihrer Arbeitskraft durch, gelingt es ihnen vielleicht, ihre Abnutzung zu verlangsamen und ihre Lebenszeit zu verlängern. Ebensosehr aber müssen sie den Kampf um die Bezahlung ihrer Arbeitskraft führen.

Heute hat die Kapitalistenklasse gerade in den Stahlwerken den Grad der Auspressung der Arbeitskraft so gesteigert, daß auch mit höherem Lohn die Reproduktion der Arbeitskraft nicht mehr zu sichern ist. Der ist aber in den letzten Jahren sogar in Richtung Existenzminimum gedrückt worden. Die Bruttolohnsumme aller Stahlarbeiter ist absolut gesunken. Während ein Teil aufs Pflaster geflogen ist, haben andere verschiedene Lohnbestandteile verloren. Die Stahlarbeiter sind – während in allen Branchen der Lohn gedrückt worden ist – auf der Lohnskala zusätzlich weiter nach hinten gerutscht, dadurch vermehrt in Schichtarbeit gezwungen worden, ohne jedoch den Lohnverlust wettmachen zu können. Beide Bewegungen kombiniert ergeben die vorzeitige Erschöpfung der Lebenskraft der Arbeiter und Extraprofite für die Kapitalisten. Genau darauf geht die Rechnung der Kapitalisten. Mit dem Hinweis auf eine Verkürzung der Arbeitszeit soll die Lohnsenkung beschleunigt und der Lohnabschluß noch tiefer gedrückt werden als in den letzten Jahren. Auf der anderen Seite soll keineswegs eine Beschränkung des Arbeitstages zugelassen werden, sondern – vielleicht unter dem Deckmantel einiger zusätzlicher Freischichten – die Schichtarbeit insgesamt ausgedehnt und die Intensivierung der Arbeit fortgesetzt werden.

Die Sozialdemokraten rüsten sich bereits, das als „tarifpolitischen Durchbruch in Richtung 35-Stunden-Woche" zu preisen. Die 35-Stunden-Woche werde die westdeutsche Stahlindustrie auf Jahre konkurrenzunfähig machen, haben die Kapitalisten im ZDF kommentieren lassen. Die Arbeitszeitverkürzung erfordere Neueinstellungen und mache Kosten. Die Kapitalisten haben die Ausbeutung gesteigert und in den letzten Jahren Zehntausende entlassen. Die Forderungen der Arbeiter sind die notwendige Reaktion darauf. Sicher macht das den Kapitalisten Kosten. Es beschränkt ihre Profite, nicht weil die Waren teurer werden, sondern weil der Profitanteil im Preis der Waren sinkt. Darüber brauchen sich die Arbeiter um so weniger Sorgen zu machen, als ihre Kämpfe auch von den Stahlarbeitern anderer Länder geführt werden. Die Kapitalisten tröstet das nicht. Im Gegenteil. Deshalb haben sie Herb den Brocken zugeschmissen, und Herb hat gleich zugeschnappt: Wenn Freischichten, dann keine Lohnerhöhung. Die Stahlarbeiter brauchen aber: Lohnerhöhung, Verbot der Nacht-, der Sonn- und Feiertagsschichten und ein längeres Leben – d.h.: den Siebenstundentag!

Gewerkschaftsbeschlüsse zu den Manteltarifverhandlungen in der Stahlindustrie

Antrag der IGM-Verwaltungsstelle Dortmund an den IGM Gewerkschaftstag:

Dortmund. „Der 12. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall möge folgende tarifpolitische Konzeption und folgende Ziele beschließen: Die Auswirkungen der augenblicklichen Wirtschaftspolitik, sowohl Mehrarbeit und Zusatzschichten als auch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, treffen die abhängig Beschäftigten in voller Härte. Das Konjunktur- und Krisenkarussell dreht sich schneller denn je Die Tarifpolitik der IG Metall muß dieser Entwicklung Rechnung tragen ... Neue tarifpolitische Perspektiven müssen unter stärkerer Einbeziehung der Mitglieder diskutiert, beschlossen und durchgesetzt werden. Ein langfristig angelegtes tarifpolitisches Konzept ... muß folgende Forderungen enthalten:

– Sicherung und Erhöhung des Realeinkommens der Arbeitnehmer ...
– eine Ausgleichszahlung bei Kurzarbeit in Höhe von 100% des Nettoentgelts
– Verkürzung der wöchentlichen und jährlichen Arbeitszeit ...

Antrag 250 der Verwaltungsstelle Dortmund"

Beschluß der Vertrauensleutevollversammlung Hoesch Hüttenwerke

Dortmund. „An die große Lohn- und Tarifkommission der IG Metall der Eisen- und Stahlindustrie in Essen / An die Ortsverwaltung der IGM in Dortmund / Vertrauensleutevollversammlung / Hoesch Hüttenwerk Dortmund – Werk Phoenix

Entschließung:

Mit Sorge stellen wir fest, daß die Situation in der Stahlindustrie und damit auch bei den Hoesch Hüttenwerken in Dortmund immer bedrohlicher wird. Besonders sind wir um den Erhalt unserer Arbeitsplätze besorgt, weil die Stahlkonzerne in der Bundesrepublik bis 1980/81 ca. 50000, in Dortmund ca. 5000 Arbeitsplätze wegrationalisieren wollen.

Der 12. ordentliche Gewerkschaftstag der IGM in Düsseldorf hat Beschlüsse gefaßt, die jetzt verwirklicht werden müssen ...:

– Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich
– Vorziehen des Rentenalters auf 55 Jahre

Dortmund, den 28.4.1978"

Beschluß der Tarifkommission des Saarlandes

Saarbrücken. Die Tarifkommission für die eisenschaffende Industrie des Saarlandes der IG Metall hat die Forderung nach der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich beschlossen. In dem Beschluß heißt es:

„... Die Verkürzung der Arbeitszeit ist auch aus humanitären Gründen erforderlich. Die Arbeit in der Eisen- und Stahlindustrie ist gekennzeichnet von der außerordentlich hohen Beanspruchung der Arbeitnehmer durch die besonders stahltypischen Belastungen, die Mehrschichtarbeit und kontinuierliche Arbeitsweise, Hitze,

Lohnentwicklung und Lohnkonto der britischen Stahlarbeiter

z.hef.London. Die Schaubilder zeigen
und Verkürzung des Normalarbeitstages. Vom Normalarbeitstag ist aber gar nicht die Rede. „Wir stellen uns daher die Verwirklichung der Arbeitszeitverkürzung so vor, daß die wöchentlich reduzierten Arbeitsstunden über ein Jahr gebündelt neben dem Jahresurlaub als Freischichten genommen werden." (R. Judith, Metall Nr. 13/14) Es handelt sich also um eine andere Forderung als vorgegeben wird: nämlich um eine Forderung nach Urlaub. Deren Höhe allerdings offen ist. Die Rede vom „Lohnausgleich" bemäntelt bloß, daß kein Urlaubsgeld gezahlt wird. Eine Urlaubsforderung ist bestimmt berechtigt, aber kein Ersatz für die Verkürzung des Arbeitstages. Wird die Arbeitskraft 42 Stunden die Woche in Contischicht verschlissen, dann nützt der längere Urlaub auf die Dauer auch nichts mehr.

Die Kapitalisten haben die Schwäche der Forderung gleich ausgenutzt. Sie haben folgende Rechnung aufgetischt, die sie seither ständig verbreiten: „Der Arbeitgeberverband der Eisen- und Stahlindustrie hat einstimmig beschlossen, die Forderung der IG Metall nach Verkürzung der Arbeitszeit abzulehnen ... Eine Verkürzung der

100 Lohnkonto
Wie kann eine so erstaunliche Behauptung dann gewagt werden? Sie stützt sich auf eine andere Erfahrung. Im Arbeitslohn scheint der Kapitalist dem Arbeiter seine Arbeit zu zahlen. Soviel Geld für soviel Stunden oder soviel Stück. Wird die Arbeit verkürzt, der Lohn jedoch weiterbezahlt, steigt der Preis der Stunde, also der Preis der Arbeit.

Doch das ist Schein. Die Arbeiter verfügen nicht über die Produktionsmittel. Arbeiten können sie erst, nachdem sie sich an den Kapitalisten verkauft haben, und nur unter seinem Kommando. „Sobald die Arbeit wirklich beginnt, hat sie aufgehört, ihm zu gehören, kann also nicht mehr von ihm verkauft werden." (Karl Marx, Das Kapital, Band I) Die Produkte der Arbeit gehören dem Kapitalisten. Das einzige, was der Arbeiter anzubieten hat, ist das Vermögen zu arbeiten, ist seine Arbeitskraft. Was er für den Kapitalisten produziert, sind Waren. Seine Arbeit ist ein Teil der Gesamtarbeit der Gesellschaft, und die Waren sind insofern vergleichbar und in bestimmten Verhältnissen austauschbar, als ein bestimmter Teil der Gesamtarbeit der Gesellschaft in ihnen steckt.

Natur der verkauften Ware eine Schranke ihres Konsums durch den Käufer ein, und der Arbeiter behauptet sein Recht als Verkäufer, wenn er den Arbeitstag beschränken will. Es findet hier also eine Antinomie statt, Recht wider Recht, beide gleichmäßig durch das Gesetz des Warenaustausches besiegelt. Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt, und so stellt sich in der Geschichte der kapitalistischen Produktion die Normierung des Arbeitstages als Kampf um die Schranken des Arbeitstags dar – ein Kampf zwischen dem Gesamtkapitalisten, d.h. der Klasse der Kapitalisten, und dem Gesamtarbeiter, oder der Arbeiterklasse." (Das Kapital, Band I)

Setzen die Arbeiter solche Schranken der Auspressung ihrer Arbeitskraft durch, gelingt es ihnen vielleicht, ihre Abnutzung zu verlangsamen und ihre Lebenszeit zu verlängern. Ebensosehr aber müssen sie den Kampf um die Bezahlung ihrer Arbeitskraft führen.

Heute hat die Kapitalistenklasse gerade in den Stahlwerken den Grad der Auspressung der Arbeitskraft so gesteigert, daß auch mit höherem Lohn

fen. Diese Erleichterung der Lage
Durchbruch in Richtung 35-Stunden-Woche" zu preisen. Die 35-Stunden-Woche werde die westdeutsche Stahlindustrie auf Jahre konkurrenzunfähig machen, haben die Kapitalisten im ZDF kommentieren lassen. Die Arbeitszeitverkürzung erfordere Neueinstellungen und mache Kosten. Die Kapitalisten haben die Ausbeutung gesteigert und in den letzten Jahren Zehntausende entlassen. Die Forderungen der Arbeiter sind die notwendige Reaktion darauf. Sicher macht das den Kapitalisten Kosten. Es beschränkt ihre Profite, nicht weil die Waren teurer werden, sondern weil der Profitanteil im Preis der Waren sinkt. Darüber brauchen sich die Arbeiter um so weniger Sorgen zu machen, als ihre Kämpfe auch von den Stahlarbeitern anderer Länder geführt werden. Die Kapitalisten tröstet das nicht. Im Gegenteil. Deshalb haben sie Herb den Brocken zugeschmissen, und Herb hat gleich zugeschnappt: Wenn Freischichten, dann keine Lohnerhöhung. Die Stahlarbeiter brauchen aber: Lohnerhöhung, Verbot der Nacht-, der Sonn- und Feiertagsschichten und ein längeres Leben – d.h.: den Siebenstundentag!

Hüttenwerk Dortmund – Werk Phoenix
Entschließung:
Mit Sorge stellen wir fest, daß die Situation in der Stahlindustrie und damit auch bei den Hoesch Hüttenwerken in Dortmund immer bedrohlicher wird. Besonders sind wir um den Erhalt unserer Arbeitsplätze besorgt, weil die Stahlkonzerne in der Bundesrepublik bis 1980/81 ca. 50000, in Dortmund ca. 5000 Arbeitsplätze wegrationalisieren wollen.
Der 12. ordentliche Gewerkschaftstag der IGM in Düsseldorf hat Beschlüsse gefaßt, die jetzt verwirklicht werden müssen ...:
– Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich
– Vorziehen des Rentenalters auf 55 Jahre
Dortmund, den 28.4.1978"
Beschluß der Tarifkommission des Saarlandes
Saarbrücken. Die Tarifkommission für die eisenschaffende Industrie des Saarlandes der IG Metall hat die Forderung nach der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich beschlossen. In dem Beschluß heißt es:
„... Die Verkürzung der Arbeitszeit ist auch aus humanitären Gründen erforderlich. Die Arbeit in der Eisen- und Stahlindustrie ist gekennzeichnet von der außerordentlich hohen Beanspruchung der Arbeitnehmer durch die besonders stahltypischen Belastungen, die Mehrschichtarbeit und kontinuierliche Arbeitsweise, Hitze,

Lärm, Staub, Gase, Dämpfe. Die Grenze der Belastbarkeit aller Arbeitnehmer in der Eisen- und Stahlindustrie ist erreicht. Die Verkürzung der Arbeitszeit trägt zur Erhaltung der Arbeitskraft bei und gibt dem Arbeitnehmer mehr Möglichkeiten zur Teilnahme am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben ..."

Verabschiedet Anfang Juli 1978

Lohnentwicklung und Lohnkonto der britischen Stahlarbeiter

z.hef.London. Die Schaubilder zeigen die Entwicklung des Bruttolohns eines Stahlarbeiters und der Preise dreier ausgewählter Lebensmittel in einer Kontierungsrechnung. Unsere Annahme ist, daß ein Stahlarbeiter für seinen wöchentlichen Verbrauch von 1 kg (gefrorenem) Hähnchen, 1 kg Tomaten und 7 l Milch stets den gleichen Prozentanteil auf die Seite legt, den er im Juli 1971 – unserem Ausgangspunkt – von seinem Lohn dafür zahlen mußte. Von diesen so gebildeten Konten, also „Hähnchenkonto", „Milchkonto" und „Tomatenkonto", zahlt er den Verbrauch zu den tatsächlichen Preisen. Schaubild 1 zeigt, ausgedrückt in Pfund Sterling, wieviel sich auf diesen Konten an Geld ansammelt bzw. an Verlust entsteht. Schaubild 2 zeigt zum Vergleich die Preise dieser drei Waren im Verhältnis zum Bruttostundenlohn.

Verwendet wurden die Durchschnittsbruttolöhne (ohne Überstunden) der Arbeiter in den Warmwalzwerken in Großbritannien und die Preise von Lebensmitteln, die grundlegende Bestandteile der Arbeiterkonsumtion sind und deren Verbreitung einen Vergleich mit anderen imperialistischen Ländern zulassen. Die KVZ wird in den nächsten Wochen eine Reihe ähnlicher Untersuchungen für Italien, Frankreich, Belgien, die USA und Westdeutschland durchführen.

Im Juli 1977 mußte ein britischer Stahlarbeiter 63% eines Bruttostundenlohns für ein Kilogramm Brathähnchen ausgeben. Ein westdeutscher Stahlarbeiter 40,2%. Ähnlich ist das Verhältnis bei der Milch, der Liter kostete den britischen Arbeiter 15,3%, den westdeutschen 8,7% von einem Bruttostundenlohn.

Die Imperialisten konkurrieren um

Lohnkonto Stahlarbeiter Großbritannien (Pfund Sterling)
100 – 80 – 60 – 40 – 20
Milch 1 Liter/Tag
Brathähnchen (tiefgefroren) 1 kg/Woche
Tomaten 1kg/Woche
1973 1975 1976 1977

Prozent vom Bruttostundenlohn
100 – 75 – 50 – 25
Brathähnchen, 1 kg
Tomaten, 1 kg
Milch, 1 Liter
1972 1973 1974 1975 1976 1977

die höchstmögliche Ausbeutung der von ihnen ausgebeuteten Arbeiterklasse in den verschiedenen Ländern. Die Entwicklung dieses Konkurrenzkampfes zu untersuchen, ist für die Arbeiterklasse von großer praktischer Bedeutung im Lohnkampf. Denn das ermöglicht Einsicht in die Lage des Feindes, seiner Position in der imperialistischen Konkurrenz, und es ermöglicht, unmittelbar abzulesen, wie die Kämpfe der Arbeiter der verschiedenen Länder um den Lohn sich gegenseitig unterstützen und stärken.

Unser Ausgangspunkt 1971 ist nicht willkürlich gewählt. Tatsächlich ist es nötig, von einem Zeitpunkt nahe am Ausgang der Krise auszugehen. Noch besser wäre 1970, dafür fehlten uns aber wesentliche Daten. In der Krise war es den britischen Imperialisten gelungen, die Löhne auf einen extrem niedrigen Standard zu drücken und den Konsum der Arbeiterbevölkerung gewaltsam einzuschränken. Die Lohnkämpfe von 1972 und 1973 glichen diese Verluste in keiner Weise aus. Erst die großen Kämpfe im Winter 1973/74, die mit dem Streik der Bergarbeiter und in der Folge dem Sturz der Regierung Heath ihren Höhepunkt fanden, konnten hier etwas Luft schaffen. Diese Erleichterung der Lage drückt sich in dem oberen Schaubild in dem Anstieg der drei Kurven, in dem unteren in den Tiefpunkten aus. Es darf dabei nicht vergessen werden, daß beträchtliche Beträge allein als Ausgleich für die erzwungene Konsumsenkung nötig sind.

Die Labour-Partei wurde auf der Welle dieser Klassenkämpfe Anfang 1974 an die Macht gespült und von der britischen Finanzbourgeoisie beauftragt, wiederum Senkung der Löhne durchzusetzen. Das gelang aufgrund des Widerstandes der Arbeiterklasse nicht sogleich, woran die Regierung Wilson u.a. verschlissen wurde. Erst die Lohnleitlinienpolitik der Callaghan-Regierung, durchgesetzt in der Arbeiterbewegung durch die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, brachte der Bourgeoisie Land zurück. Es gelang ihr aber nicht, den Standard von 1971 wieder zu erreichen. In Schaubild 1 zeigt sich die Entwicklung in einem deutlichen Abflachen der Steigung der Kurven. In Schaubild 2 zeigt sie sich in dem Anstieg. Der Wendepunkt liegt etwa im Winter 1975/76. Der staatlich festgelegte Milchpreis ist mit 17 % vom Bruttostundenlohn bereits fast wieder auf dem Niveau von 1971 (17,5 %), die beiden anderen Preise liegen noch darunter.

Bei beiden Schaubildern ist zu beachten, daß der Bruttolohn die Ausgangsbasis bildet. Die Wirkung der Steuerprogression ist noch nicht berücksichtigt. Dies wird an der grundsätzlichen Aussage nichts ändern, sondern beweisen, daß die Imperialisten die Steuerplünderung als zusätzliches Mittel der Bereicherung und damit der Lohnsenkung für die Arbeiterklasse benutzen.

Entlassungen bei Klöckner Bremen

Laut Informationsblatt des Betriebsrats plant der Werksvorstand der Klöckner Hütte Bremen im Rahmen eines 3. Kostensenkungsprogramms folgende Entlassungen: 300 Lohnempfänger und 250 Angestellte, zusätzlich 70 Lohnempfänger der 4. Schicht im Warmwalzwerk 2, zusätzlich 73 Angestellte aufgrund des 2. Kostensenkungsprogramms. Insgesamt also 693 Arbeiter und Angestellte. Davon sollen 209 früher in Rente (Jahrgänge 1919, 1920 und 1921) und 35 durch Erwerbsunfähigkeitsrente ausscheiden. Ausdrücklich wird erwähnt, daß auch Schwerbeschädigte betroffen sein können von den Personalkosteneinsparungen. Der „Weser Kurier" berichtete, daß der Betriebsrat auf einen weiteren Sozialplan raus will. Es scheint sich hier wieder um die alte Taktik zu handeln. Erst wird Angst verbreitet durch Androhungen von Massenentlassungen. Dann kommt der Betriebsrat mit einem „Kompromiß", es würden „nur" bestimmte Teile der Belegschaft entlassen. Dies wird er dann versuchen, auf der Betriebsversammlung im September zu rechtfertigen.

AEG N4: Außertarifliche Lohnerhöhung durchgesetzt

Hamburg. Im September/Oktober wollen die AEG-Kapitalisten die Arbeiterlöhne über die Leistungsbeurteilung erhöhen, um den nächsten Lohnkampf zu spalten. Eine Abteilung (N41 P34, mechanische Werkstatt) konnte durchsetzen, daß ca. 60 Pfennig mehr die Stunde für die Arbeiter gezahlt werden müssen. Nach Ansicht der Kapitalisten soll jede Abteilung entsprechend „ihrer Leistung" einen „Bonus" erhalten, den der Meister zwecks Spaltung entsprechend der „Leistung" der einzelnen Arbeiter aufteilen soll. Die Arbeiter setzten durch, daß jeder den gleichen Betrag bekommt.

Merck: Grenzenlose Ausdehnung der Schichtarbeit

Darmstadt. Im Energieversorgungsbetrieb bei Merck ist geplant, die Früh- und Spätschicht zu einer zusammenhängenden Schicht zusammenzuziehen, d.h. 12-Stunden-Schicht – anschließend sind zwei Tage frei, dann eine Woche Normalschicht und sofort im Anschluß daran 7-Tage-Nachtschicht (96-Stunden-Schicht). Nach dieser Schinderei ist nach Schichtplan dann eine Woche frei. Der Betriebsrat befürwortet diesen Plan.

Audi-NSU: Kurzstreik gegen Akkordverschärfung

Ingolstadt. Bereits in der erste Woche nach dem Betriebsurlaub haben die Arbeiter am 100er Montageband eine Kampfaktion gegen die Verschärfung des Akkords durchgeführt. Die Geschäftsleitung hat Umbesetzungen durchgeführt und im Rahmen dieser Maßnahmen in einer kleinen Arbeitsgruppe von vier Arbeitern abgezogen. Daraufhin hat diese Arbeitsgruppe beim Schichtmeister protestiert. Sie haben sofort begonnen, langsam zu arbeiten. Dies wurde von der gesamten Abteilung gestützt, so daß immer mehr nichtmontierte Wagen durchliefen. Die Arbeiter in der zuständigen Nacharbeit weigerten sich ebenfalls, schneller zu arbeiten, so daß immer mehr Wagen aus dem Band geholt werden mußten. Später mußte das 100er Band zeitweise ganz stillgelegt werden. In den nachfolgenden Montageabteilungen verbreiteten die Meister das Gerücht: Sabotage. Tags drauf war der abgezogene Mann wieder da.

Personalrat und Beschäftigte bekämpfen Schichtplan

Dortmund. Im Rechenzentrum der Universität Dortmund wollte der Dienstherr Samstagsschichten zum 1. September einführen. Frech hat er einen Schichtenplan ausgehängt, der die Schichten vorsah und Überstunden dazu, auch hat er versucht, einen neuen Operateur zusätzlich einzustellen, um die Schichten vollzukriegen, ohne die Genehmigung des Personalrats dazu einzuholen. Daraus ist nichts geworden. Der neue Mann mußte wieder nach Hause geschickt werden und die Beschäftigten im Rechenzentrum haben sich versammelt und bekräftigt, daß sie keine Samstagsschicht, keine Nachtschicht und keine Überstunden wollen. Keiner wird am Samstag zur Arbeit erscheinen. Der

ner kleinen Arbeitsgruppe von vier Arbeitern abgezogen. Daraufhin hat diese Arbeitsgruppe beim Schichtmeister protestiert. Sie haben sofort begonnen, langsam zu arbeiten. Dies wurde von der gesamten Abteilung gestützt, so daß immer mehr nichtmontierte Wagen durchliefen. Die Arbeiter in der zuständigen Nacharbeit weigerten sich ebenfalls, schneller zu arbeiten, so daß immer mehr Wagen aus dem Band geholt werden mußten. Später mußte das 100er Band zeitweise ganz stillgelegt werden. In den nachfolgenden Montageabteilungen verbreiteten die Meister das Gerücht: Sabotage. Tags drauf war der abgezogene Mann wieder da.

Personalrat und Beschäftigte bekämpfen Schichtplan

Dortmund. Im Rechenzentrum der Universität Dortmund wollte der Dienstherr Samstagsschichten zum 1. September einführen. Frech hat er einen Schichtenplan ausgehängt, der die Schichten vorsah und Überstunden dazu, auch hat er versucht, einen neuen Operateur zusätzlich einzustellen, um die Schichten vollzukriegen, ohne die Genehmigung des Personalrats dazu einzuholen. Daraus ist nichts geworden. Der neue Mann mußte wieder nach Hause geschickt werden und die Beschäftigten im Rechenzentrum haben sich versammelt und bekräftigt, daß sie keine Samstagsschicht, keine Nachtschicht und keine Überstunden wollen. Keiner wird am Samstag zur Arbeit erscheinen. Der

neue Personalrat hat Beschluß gefaßt, daß er einem Schichtplan, der die Samstagsschicht beinhaltet, nicht zustimmt. Er hat die Versammlung der Beschäftigten einberufen und den Standpunkt der Operateure unterstützt.

Fernmeldelehrlinge sollen im Postdienst beschäftigt werden

Göttingen. Nach einer Verfügung des Bundespostministers wird künftig die „Nebenabrede" im Ausbildungsvertrag der Fernmeldelehrlinge gestrichen, die besagt, daß sie nach Beendigung der Ausbildung höchstens fünf Jahre berufsfremd, also z.B. im Postdienst, beschäftigt werden können. Jetzt kann es also passieren, daß man nach dreijähriger Ausbildung zum Fernmeldehandwerker sein Leben lang Briefe austrägt. Zugleich möchte der Minister die Verpflichtung los sein, Fernmeldelehrlinge, mit denen anderes vertraglich nicht vereinbart worden war, übernehmen zu müssen. Gleichzeitig wird angekündigt, der Großteil der Lehrlinge des Jahrgangs 1976 könne übernommen werden, wobei man damit rechnen muß, dann in einer anderen Oberpostdirektion und an einem anderen Ort arbeiten zu müssen. So „mobil" sollen die Lehrlinge schon sein.

78-Stunden-Woche

Köln. Im Trsp-Btl 801 in Ossendorf sind 78 Stunden Dienst keine Seltenheit, sogar während der Ausbildungsphase, in der es keine Transportüberstunden gibt. Letzte Woche hatten mehrere Soldaten der 3/801 78 Stunden Dienst. Und zwar 48 Stunden „normal", 6 Stunden Nachtausbildung, 24 Stunden GvD/UvD am Wochenende.

Matthöfer auf der Flucht nach vorn

In „Bild" sprach er von „Beseitigung überflüssiger Verbrauchssteuern" – und weiterer Erhöhung der Mehrwertsteuer

z.frb. Wie angekündigt hat die Bundesregierung letzten Mittwoch ihr Steuerpaket als einheitlichen Gesetzentwurf verabschiedet. So kann der Streit um die Abschaffung der Lohnsummensteuer kräftig weitergehen. Matthöfer will vornehmlich den Kohle- und Stahlbaronen, denen er aus seinem letzten Ministeramt besonders verbunden ist, ein Geschenk machen; denn sie zahlen einen großen Teil der Lohnsummensteuer. Einige SPD-Stadtverwalter fürchten um Nachteile, denn in 95% der berechtigten Gemeinden wird diese Steuer nicht erhoben und fällt dort auch nicht weg. Im wesentlichen aber geht es weniger um unterschiedliche Einschätzungen bezüglich der Lohnsummensteuer; die weitreichenden ins Gefecht geworfenen Drohungen zeigen vielmehr die gespannte politische Lage. Einig sind sich die bürgerlichen Politiker, daß das Steuerpaket möglichst *schnell* zum Gesetz gemacht werden soll.

Ehe Matthöfer im Windschatten der „Lohnsteuersenkung" die Erhöhung der Mehrwertsteuer durchgebracht hat, verkündet er schon seinen nächsten Steuertrick. Große Zukunftspläne sollen vom jetzigen Coup ablenken. Es stand in „Bild" am Montag. Matthöfer auf die Frage, ob die kommende Mehrwertsteuererhöhung die letzte sei: „Nein. Allein schon wegen der Steuerangleichung in der EG werden wohl in den nächsten zehn Jahren noch mehrere Erhöhungen nötig." Doch der Minister beruhigt: „Damit können wir dann aber neue Steuererleichterungen finanzieren." Das stand im Dünndruck, das folgende im Fettdruck: „Jetzt ist erstmal die Lohnsummensteuer dran. Im Herbst werde ich dann schon die Abschaffung der Kraftfahrzeugsteuer vorantreiben. Und wenn diese geschafft ist, will ich an die Beseitigung überflüssiger Verbrauchssteuern herangehen, wie etwa die Zucker-, Tee-, Zündholz-, Leuchtmittel-, Essig- und Spielkartensteuer." Eine bloße „Vereinfachung" des Steuersystems? Keineswegs!

Die Kraftfahrzeugsteuer wird zur Zeit mit 14,40 DM je 100 Kubikzentimeter erhoben und hat im vergangenen Jahr knapp sechs Milliarden DM eingebracht. Sie abzuschaffen und zu *ersetzen* durch eine *Erhöhung der Mineralölsteuer* wird von den bürgerlichen Steuerfachleuten schon länger vorbereitet. Keine der anderen indirekten Steuern ist so rasch gestiegen wie die Mineralölsteuer. Sie beträgt jetzt knapp 20 Mrd. DM. Die Arbeiter werden zu immer weiteren Anfahrtswegen zu ihrem Arbeitsplatz gezwungen. Wird die gesamte Besteuerung auf die Mineralölsteuer umgelegt, so hat der Finanzminister zusätzlich an der „Mobilität" der Arbeiter teil. Und auch die Mehrwertsteuer erhöht sich, denn die Mineralölsteuer ist mit Mehrwertsteuer belegt. Als EG-Harmonisierungssatz böten sich 75 Pfg. pro Liter an, denn so hoch ist die Mineralölsteuer in Italien, doppelt so hoch wie in Westdeutschland schon jetzt. Was da *„allein schon* wegen der Steuerangleichung innerhalb der EG" alles zu holen ist!

Zu den „kleinen Verbrauchssteuern" zählen – ihrem Ertrag nach geordnet – die Schaumwein-, die Zukker-, die Leuchtmittel-, die Tee-, die Salz-, die Zündwaren-, die Spielkarten- und die Essigsteuer. Auch hier hat die EG-Kommission schon gewirkt und teilweise ihre Abschaffung vorgeschlagen. Diese Steuern bringen rund 0,8 Milliarden Mark im Jahr in die Staatskasse. Finanzminister Matthöfer will diesen „Ausfall" durch „mehrere Erhöhungen" der Mehrwertsteuer finanzieren; ihre Erhöhung um nur einen Prozentpunkt aber bringt schon runde 7 Milliarden mehr an Steuereinnahmen und entsprechende Verteuerung der Lebensmittel. Man muß diese schlichte Tatsache nur richtig bekanntmachen, und man wird sich leicht gegen diese famose „Reform" zusammenschließen können.

Zwei Gründe (Matthöfers Schwindelmanöver zwecks Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht eingerechnet) werden die Bourgeois der „Europäischen Gemeinschaft" bewogen haben, auf die speziellen Verbrauchssteuern zu verzichten. Erstens sind diese zumeist Mengensteuern, d.h. der Steuersatz bezieht sich auf die Menge des Produkts. So beträgt der steuerliche Preisaufschlag bei Salz 12 DM pro 100 Kilogramm oder 1 Pfennig für 100 Stück Zündwaren oder 1,50 DM je 0,75 Liter Schaumwein. So bleibt diese Steuer bei Verteuerung der Waren durch Geldentwertung erst einmal unverändert, während die Mehrwertsteuer an der Inflation teilhat.

Zweitens sind diese Steuern dem heute erreichten Grad der Steuerausplünderung nicht mehr angemessen. Die „großen Verbrauchssteuern", die Tabak-, Branntwein-, Bier- und Kaffeesteuer, die zusammen über 16 Milliarden Mark im Jahr einbringen, sowie die Mineralölsteuer werden ja nicht beseitigt, sondern erhöht. Vor allem aber sind die Bourgeois mit Beginn des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus dazu übergegangen, den Konsum der Volksmassen überhaupt durch die allgemeine Verbrauchssteuer, die Umsatz- und jetzt die Mehrwertsteuer zu besteuern. Mit über 60 Milliarden Mark macht sie den fettesten Brocken bei den Steuereinnahmen aus, gegen den die alten Steuern unbedeutend werden.

Meyers Konversationslexikon von 1878 teilt unter dem Stichwort „Verbrauchssteuern" noch mit: „Der Verbrauch des zum Leben schlechthin Unentbehrlichen gestattet in keiner Weise einen Rückschluß auf die Größe des Vermögens. Steuern auf Salz, Brod und Fleisch sind daher absolut verwerflich." Solche Rücksichten hat die heutige imperialistische Bourgeoisie abgelegt, sie besteuert *alles*, was die Volksmassen zur Erhaltung ihres Lebens verbrauchen. Und Matthöfer will noch mehr von der *allgemeinen Verbrauchssteuer*.

Die Lügen der Landesregierung Schleswig-Holsteins fliegen auf

Neue Erkenntnisse über den Störfall im KKW Brunsbüttel / Selbst die „zulässigen" Grenzwerte wurden überschritten

r.wiv. Gleich nach dem Störfall im KKW Brunsbüttel tönte der schleswig-holsteinische Sozialminister Claussen überall herum, daß zu keinem Zeitpunkt irgendeine Gefährdung von Mensch und Tier bestanden hätte. Zulässige Grenzwerte seien in keinem Fall überschritten worden. Jetzt ist sein Lügengebäude in die Luft geflogen.

Ein Dr. Wolter aus dem Sozialministerium hat der Kieler Bürgerinitiative „Kein Kernkraftwerk an der Eckernförder Bucht und anderswo" schriftlich mitgeteilt, daß die spezifische Radioaktivität des Reaktorwassers vor und während des Störfalls 0,17 Curie Jod 131 und ca. ein Curie Edelgase betragen hätte. Bei den offiziell zugegebenen 100 Tonnen Dampf macht das eine Gesamtaktivität des ins Freie entwichenen Jods 131 von 17 Curie. 260 Millicurie Langzeitabgabe pro Jahr und 12 Millicurie zulässige Kurzzeitabgabe hat die Bourgeoisie als Grenzwerte festgelegt. Das bedeutet, daß der Jahresgrenzwert um das 65fache und der Kurzzeitgrenzwert um das 1416fache überschritten wurden. Die drastische Heraufsetzung der Grenzwerte radioaktiver Stoffe fordert das Bundesinnenministerium (FR 31.7.), um solche Pannen künftig zu vermeiden.

Bislang hat Claussen ganz im Sinne des Innenministeriums gehandelt und für das geplante KKW Brokdorf 1 Curie Jod 131 Langzeitabgabe und 0,4 Curie Kurzzeitabgabe genehmigt. Das ist das 4- bzw. 33fache der für Brunsbüttel geltenden Grenzwerte.

Schlampereien wie in Brunsbüttel können sich die Kapitalisten nicht erlauben. Nach einer Studie der Bundesregierung „Zur friedlichen Nutzung der Kernenergie" beträgt der Vergabepreis für ein 1200 MW-Kernkraftwerk 1650 DM je installierter KW. Das macht eine Gesamtsumme von knapp zwei Mrd. DM. Davon entfallen allein auf den Reaktor 633 Mio. DM, auf den Turbinensatz 317 Mio. DM. Die Kraftwerksunion (KWU) ist bereits seit drei Jahren mit der Erprobung einer 2000 MW-Turbine befaßt. Die damit verbundenen riesigen Kapitalsummen wirkungsvoll zu sichern, ist der Kern der „Sicherheitsdebatte". Die Kapitalisten gieren mit ihren gigantischen Abenteuerprojekten nach Extraprofit gegenüber den Konkurrenten. Dazu gehört aber, daß die Kernkraftwerke laufen und Strom produziert wird. Im KKW Brunsbüttel hat es in den letzten zwei Jahren allein 24 Schnellabschaltungen gegeben, was jetzt erst rauskommt, weil's den Kapitalisten zuviel ist.

Technische Mängel sind bei der Profitproduktion ebenso hinderlich wie Schnellabschaltungen bei zu gering angesetzten Grenzwerten der radioaktiven Stoffe. Die BMI-Beamten fordern zur Vereinheitlichung die Verabschiedung der seit 1974 überfälligen „Leitlinie für Leichtwasserreaktoren".

Die Volksmassen sollen aus den ihnen abgepreßten Steuern dieses Programm bezahlen. Forschungsminister Hauff verkündete, daß allein für die „Leichtwasserreaktorforschung" nach den bereits ausgegebenen 320 Mio. DM für die Jahre 1972 bis 76 (64 Mio. pro Jahr) nun von 1977 bis 80 580 Mio. DM (144 Mio. pro Jahr) und schließlich bis 1982 nochmals 400 Mio. DM (200 Mio. pro Jahr) den Energiekapitalisten in den Rachen geworfen werden sollen.

Die Rechtsanwälte sollen dem Beamtenrecht unterworfen werden

Bundesverfassungsgericht soll exemplarisches Urteil fassen / Wie so oft stammen die „hergebrachten Grundsätze" von den Faschisten

r.anl. „Der Advokat übt stets noch den freiesten Beruf der Welt aus" so freiheitlich demokratische Grundordnung des GG zu verteidigen, zu schüt- Art ihrer Führung oder den Umstän- dem Rechtsanwalt eine seiner Über

wohl in den nächsten zehn Jahren noch mehrere Erhöhungen nötig." Doch der Minister beruhigt: „Damit können wir pro Liter an, denn so hoch ist die Mineralölsteuer in Italien, doppelt so hoch wie in Westdeutschland schon jetzt. Kilogramm oder 1 Pfennig für 100 Stück Zündwaren oder 1,50 DM je 0,75 Liter Schaumwein. So bleibt diese bens verbrauchen. Und Matthöfer will noch mehr von der allgemeinen Verbrauchssteuer.

Die Lügen der Landesregierung Schleswig-Holsteins fliegen auf

Neue Erkenntnisse über den Störfall im KKW Brunsbüttel / Selbst die „zulässigen" Grenzwerte wurden überschritten

r.wiv. Gleich nach dem Störfall im KKW Brunsbüttel tönte der schleswig-holsteinische Sozialminister Claussen überall herum, daß zu keinem Zeitpunkt irgendeine Gefährdung von Mensch und Tier bestanden hätte. Zulässige Grenzwerte seien in keinem Fall überschritten worden. Jetzt ist sein Lügengebäude in die Luft geflogen.

Ein Dr. Wolter aus dem Sozialministerium hat der Kieler Bürgerinitiative „Kein Kernkraftwerk an der Eckernförder Bucht und anderswo" schriftlich mitgeteilt, daß die spezifische Radioaktivität des Reaktorwassers vor und während des Störfalls 0,17 Curie Jod 131 und ca. ein Curie Edelgase betragen hätte. Bei den offiziell zugegebenen 100 Tonnen Dampf macht das eine Gesamtaktivität des ins Freie entwichenen Jods 131 von 17 Curie. 260 Millicurie Langzeitabgabe pro Jahr und 12 Millicurie zulässige Kurzzeitabgabe hat die Bourgeoisie als Grenzwerte festgelegt. Das bedeutet, daß der Jahresgrenzwert um das 65fache und der Kurzzeitgrenzwert um das 1416fache überschritten wurden. Die drastische Heraufsetzung der Grenzwerte radioaktiver Stoffe fordert das Bundesinnenministerium (FR 31.7.), um solche Pannen künftig zu vermeiden.

Bislang hat Claussen ganz im Sinne des Innenministeriums gehandelt und für das geplante KKW Brokdorf 1 Curie Jod 131 Langzeitabgabe und 0,4 Curie Kurzzeitabgabe genehmigt. Das ist das 4- bzw. 33fache der für Brunsbüttel geltenden Grenzwerte.

Schlampereien wie in Brunsbüttel können sich die Kapitalisten nicht erlauben. Nach einer Studie der Bundesregierung „Zur friedlichen Nutzung der Kernenergie" beträgt der Vergabepreis für ein 1200 MW-Kernkraftwerk 1650 DM je installierter KW. Das macht eine Gesamtsumme von knapp zwei Mrd. DM. Davon entfallen allein auf den Reaktor 633 Mio. DM, auf den Turbinensatz 317 Mio. DM. Die Kraftwerksunion (KWU) ist bereits seit drei Jahren mit der Erprobung einer 2000 MW-Turbine befaßt. Die damit verbundenen riesigen Kapitalsummen wirkungsvoll zu sichern, ist der Kern der „Sicherheitsdebatte". Die Kapitalisten gieren mit ihren gigantischen Abenteuerprojekten nach Extraprofit gegenüber den Konkurrenten. Dazu gehört aber, daß die Kernkraftwerke laufen und Strom produziert wird. Im KKW Brunsbüttel hat es in den letzten zwei Jahren allein 24 Schnellabschaltungen gegeben, was jetzt erst rauskommt, weil's den Kapitalisten zuviel ist.

Technische Mängel sind bei der Profitproduktion ebenso hinderlich wie Schnellabschaltungen bei zu gering angesetzten Grenzwerten der radioaktiven Stoffe. Die BMI-Beamten fordern zur Vereinheitlichung die Verabschiedung der seit 1974 überfälligen „Leitlinie für Leichtwasserreaktoren".

Die Volksmassen sollen aus den ihnen abgepreßten Steuern dieses Programm bezahlen. Forschungsminister Hauff verkündete, daß allein für die „Leichtwasserreaktorforschung" nach den bereits ausgegebenen 320 Mio. DM für die Jahre 1972 bis 76 (64 Mio. pro Jahr) nun von 1977 bis 80 580 Mio. DM (144 Mio. pro Jahr) und schließlich bis 1982 nochmals 400 Mio. DM (200 Mio. pro Jahr) den Energiekapitalisten in den Rachen geworfen werden sollen.

Die Rechtsanwälte sollen dem Beamtenrecht unterworfen werden

Bundesverfassungsgericht soll exemplarisches Urteil fassen / Wie so oft stammen die „hergebrachten Grundsätze" von den Faschisten

r.anl. „Der Advokat übt stets noch den freiesten Beruf der Welt aus", so „Maunz-Dürig", Kommentar zum Grundgesetz. Die Advokaten waren nie frei von staatlicher Aufsicht und Kontrolle, heute sind sie es weniger als 1878, als die erste deutsche Rechtsanwaltsordnung in Kraft trat. Die westdeutsche Bourgeoisie beabsichtigt, mittels „Fortbildung" des anwaltlichen Standesrechts durch die Ehrengerichte die Rechtsanwälte noch stärker an den bürgerlichen Staat zu ketten, ihnen vollends den Beamtenstatus aufzudrücken.

Im Mai 1975 wurde gegen den Augsburger Rechtsanwalt Fritz Gildemeier von der Staatsanwaltschaft München ein Ehrengerichtsverfahren eingeleitet, weil Rechtsanwalt Gildemeier als Mitglied der KPD sich aktiv polititsch betätigt. Es ist beantragt, ihm die Zulassung als Rechtsanwalt abzuerkennen. Das Ehrengericht München hat das Verfahren ausgesetzt, um vom Bundesverfassungsgericht die Zulässigkeit von Berufsverboten durch Ehrengerichte entscheiden zu lassen. In der Sache selbst steht für das Ehrengericht fest (BHG und Bundesjustizministerium haben sich schon zustimmend erklärt): Rechtsanwalt Gildemeier muß wegen Verletzung seiner Standespflichten nach der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) aus der Anwaltschaft ausgeschlossen werden.

Die zentrale Verpflichtung des Rechtsanwalts ergibt sich aus §26 BRAO: Bei seiner Zulassung muß der Rechtsanwalt schwören, „die verfassungsmäßige Ordnung zu wahren und die Pflichten eines Rechtsanwaltes gewissenhaft zu erfüllen". Das Ehrengericht München: „Das bedeutet, die freiheitlich demokratische Grundordnung des GG zu verteidigen, zu schützen und zu sichern", alles sattsam bekannt aus der Rechtsprechung zur Treuepflicht der Beamten. Zwar muß auch das Ehrengericht zugestehen: „Der Rechtsanwalt ist weder Beamter noch bekleidet er ein öffentliches Amt. Er ist unabhängiges Organ der Rechtspflege (§1 BRAO)". Durch die Rechtsprechung soll diese Gesetzeslücke geschlossen werden und die Rechtsanwälte vollständig dem Beamtenstatus unterworfen werden.

Keinesfalls handelt es sich bei der Verpflichtung zum Eid auf die Verfassung um einen „hergebrachten Grundsatz" des anwaltlichen Standesrechts. Von 1878 bis 1933 mußten die deutschen Rechtsanwälte weder auf Personen noch auf die jeweiligen Verfassungen schwören. Dies wurde erstmals von den Faschisten eingeführt. 1933 wurde im Gesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft folgendes u.a. geregelt:

„Personen, die sich in kommunistischem Sinne betätigt haben, sind von der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft ausgeschlossen. Bereits erteilte Zulassungen sind zurückzunehmen."

Die zum Ausschluß aus der Rechtsanwaltschaft führende „kommunistische Betätigung" wurde in einer Durchführungsverordnung wie folgt festgelegt: „Die Verteidigung oder Vertretung von Angehörigen der Kommunistischen Partei ist nur dann als Betätigung im kommunistischen Sinne (...) anzusehen, wenn dies nach den besonderen Verhältnissen, insbesondere der Häufigkeit derartiger Verteidigungen oder Vertretungen, der Art ihrer Führung oder den Umständen, unter denen die Verteidigung oder Vertretung übernommen wurde, gerechtfertigt ist."

Allein die Häufigkeit von Verteidigung oder Vertretung von Angehörigen der KPD konnte im Jahre 1933 zum Ausschluß aus der Rechtsanwaltschaft führen. Nachdem ein Rechtsanwalt so praktisch schon von vornherein bei einer mehrfachen Verteidigung in Prozessen gegen Kommunisten um seine Zulassung fürchten mußte, wurden die Rechtsanwälte dann ganz allgemein in ihrer Berufstätigkeit schließlich auf Adolf Hitler als Symbolfigur der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse des „Dritten Reiches" eingeschworen. Man sieht, auf welche Traditionen die Angriffe auf die Anwaltschaft heute zurückgehen.

Die Treue zur Verfassung soll nicht nur bei der Berufsausübung, sondern auch außerhalb des Berufs geübt werden. Für das Ehrengericht München folgt das aus der Eigenschaft des Rechtsanwalts als „unabhängiges Organ der Rechtspflege": „Als Organ der Rechtspflege ist der Rechtsanwalt Werkzeug und Diener zugleich", und weiter: „Wer heute außerhalb seines Berufs das höchstwertige Rechtsgut und Recht unserer freiheitlichen Demokratie aktiv bekämpft, kann nicht morgen Werkzeug und Diener desselben Rechts sein, auch nicht in der Anwendung der allgemeinen Gesetze."

1908 wurde Karl Liebknecht vor dem Ehrengericht angeklagt, weil er eine sozialdemokratische Broschüre über Militarismus verbreitet hatte. Er wurde freigesprochen. Aus der Begründung des Ehrengerichts: „... ist dem Rechtsanwalt eine seiner Überzeugung entsprechende politische Tätigkeit, selbst wenn sie die Zwecke der Sozialdemokratie verfolgt, nicht untersagt, wenn er nicht in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt in Betracht kommt, d.h. wenn die politische Tätigkeit außer Zusammenhang steht mit derjenigen Tätigkeit, welche er als Organ der Rechtspflege auszuüben hat."

Zwecks Ausschaltung der Verteidigung in politischen Strafprozessen hat die Bourgeoisie in den letzten Jahren ganze Pakete von Gesetzesänderungen verabschiedet. Treue Staatsdiener und Büttel sollen die Rechtsanwälte sein, „Werkzeug und Diener", und in schöner Eintracht mit Richter und Staatsanwalt dem bürgerlichen Recht Geltung verschaffen. Das Bundesverfassungsgericht soll mit seiner Entscheidung im Verfahren Gildemeier als höchstes westdeutsches Gericht den Weg ebnen für die Verbeamtung der Rechtsanwälte. Man kann sich vorstellen, was dabei herauskommen wird: „Es ist ein hergebrachter und zu beachtender Grundsatz des anwaltlichen Standesrechts, daß den Rechtsanwälten eine besondere politische Treuepflicht gegenüber dem Staat und seiner Verfassung obliegt."

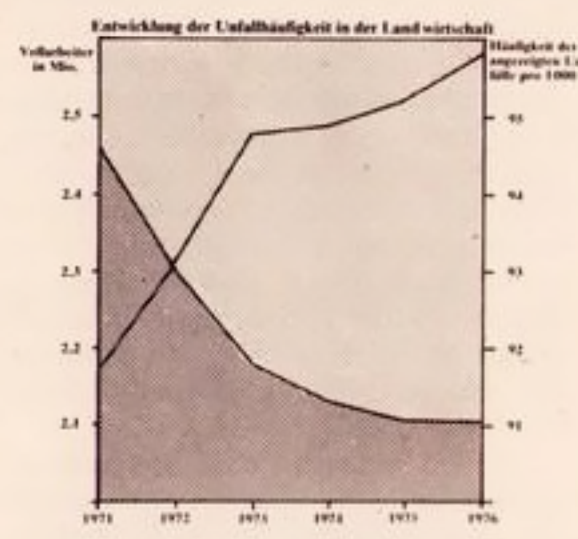
Die Empörung unter den Rechtsanwälten über das Verfahren gegen Fritz Gildemeier ist groß. Das findet seinen Ausdruck in Erklärungen und Resolutionen von einzelnen Rechtsanwälten, Initiativen von Strafverteidigern und anderen Organisationen. So ist z.B. auf dem zweiten Strafverteidigertag in Hamburg im April dieses Jahres die Streichung des Begriffs „Organ der Rechtspflege" aus der BRAO gefordert worden.

Krankheit kann sich der Bauer nicht leisten

Die „soziale Sicherung“ beschleunigt den Ruin der Klein- und Mittelbauern

z.alb. Bundesernährungsminister Ertl hat sich im neuesten Agrarbulletin damit gebrüstet, daß nun auch die Landwirte im sozialen Netz erfaßt worden sind: „Es wurde eine berufsständische Krankenversicherung eingeführt, die Altershilfe zu einer echten Alterssicherung ausgebaut und die Unfallversicherung mit staatlicher Hilfe weiterentwickelt.“ Womit er sich da brüstet, ist eine nähere Untersuchung wert.

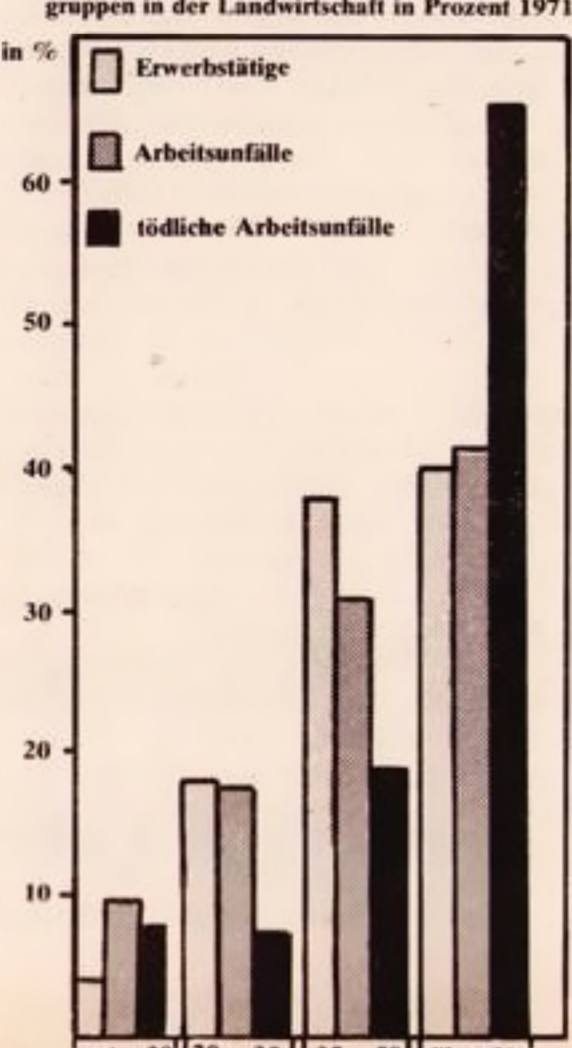
Die Pflichtkrankenversicherung für Landwirte wurde 1972 eingeführt. Sie betrifft Landwirte und die mitarbeitenden Familienangehörigen. Die Beiträge werden seit 1974 nach Flurwerten festgelegt und liegen zwischen 72 und 288 DM. Das macht für die Kleinbauern und Zuerwerbsbetriebe fast 10% des Jahreseinkommens aus – während die Großbauern nur mit 5% belastet werden. Dabei steigen die Beiträge ständig. Seit 1973 wurden 162% mehr Gesamtbeitrag von 13% weniger Mitgliedern aufgebracht. Das Besondere, „Berufsständische“ ist neben der Beitragsberechnung, daß statt Krankengeld „Betriebshilfe“ gegeben wird, das heißt: bei Krankheit wird eine Ersatzkraft gestellt. Aber wie! Nehmen wir einen Hof, auf dem der Bauer allein arbeitet. Wenn der Bauer krank wird, passiert von seiten der Kasse erstmal zwei Wochen lang gar nichts – weder Krankengeld noch Hilfe. Ist es nicht gerade Winter, geht es auf dem Hof ohne die Arbeitskraft des Bauern nicht, also muß jemand geholt werden, der mithilft, auf Kosten des Bauern. Erst wenn er nach zwei Wochen immer noch krank ist, muß die Krankenkasse die Ersatzkraft „angemessen“ bezahlen oder selbst jemanden stellen. Ist auf dem Hof jedoch ein weiteres Familienmitglied mitbeschäftigt, zahlt die Kasse nichts, weder Krankengeld noch Betriebshilfe. Auch wenn die Arbeitskraft des pflichtversicherten Sohnes durch Krankheit ausfällt, gibt es in der Regel nichts.



Was bei dieser „berufsständischen“ Versicherung unter dem Strich für die Bauern übrigbleibt, ist eine Verschlechterung. Wer sich früher in einer Ersatzkasse freiwillig versichert hatte, bekam wenigstens Krankengeld und konnte davon die notwendige Hilfskraft bei Krankheit bezahlen. Jetzt trifft jeder Ausfall durch Krankheit den Hof vor allem der Klein- und Mittelbauern doppelt schwer durch hohe Kosten zusätzlich zu den Ertragseinbußen, die entstehen, weil der Hof mit Hilfskräften nicht ohne Schwierigkeiten bewirtschaftet werden kann. Die Pflichtversicherung hat das Krankwerden für den kleinen Bauern nahezu unmöglich gemacht. Die „weiterentwickelte Unfallversicherung“ ist von gleichem Schrot und Korn. Das Landwirtschaftsblatt Weser-Ems 49/1977 berichtet: „Viele landwirtschaftliche Unternehmer sind der Meinung, allein durch die Pflichtmitgliedschaft bei der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für die Folgen eines Berufsunfalls genügend abgesichert zu sein. Um so größer ist oft die Enttäuschung der Betroffenen nach einem Berufsunfall, wenn sie die Höhe der Geldleistungen erfahren ...“ Geworben wird dabei für eine Zusatzversicherung bei der Berufsgenossenschaft. Ein Landarbeiter, ein Klein- oder Mittelbauer, der sich wegen Verschuldung des Hofes nicht durch Verkauf des Landes am Leben halten kann, ist tatsächlich gezwungen, zuzuzahlen. Ganze 600 Mark beträgt die Unfallrente bei 100% Erwerbsminderung; Schwerverletzte können noch einen Zuschlag bekommen bis 50% der Rente. Ein durch Unfall zum Krüppel gewordener Landarbeiter oder Bauer kriegt also als äußerste Grenze 900 Mark Rente. Mindestens 100 Mark im Jahr muß man zuzahlen, um bei einer 80prozentigen Erwerbsminderung auf 800 Mark zu kommen. Wer irgend kann, legt das Geld zu. Denn die Unfallhäufigkeit in der Landwirtschaft ist mit am höchsten überhaupt. Die sinkenden Reinerträge auf den kleineren Höfen führen dazu, daß die ganze Familie, Kinder und die Alten, mit zupacken müssen. Die Altersstatistik der Arbeitsunfälle in der Landwirtschaft, insbesondere der Arbeitsunfälle mit tödlichem Ausgang, spiegelt diese Tatsache nur wider. 1971 waren 41,7% aller tödlichen Unfälle solche von über 65jährigen. Im Unfallbericht '73 liest sich das so:„In erster Linie ist dafür die Altersstruktur verantwortlich. Die Altersgruppe der über 65jährigen übt hier häufig noch eine versicherungspflichtige Tätigkeit aus.“

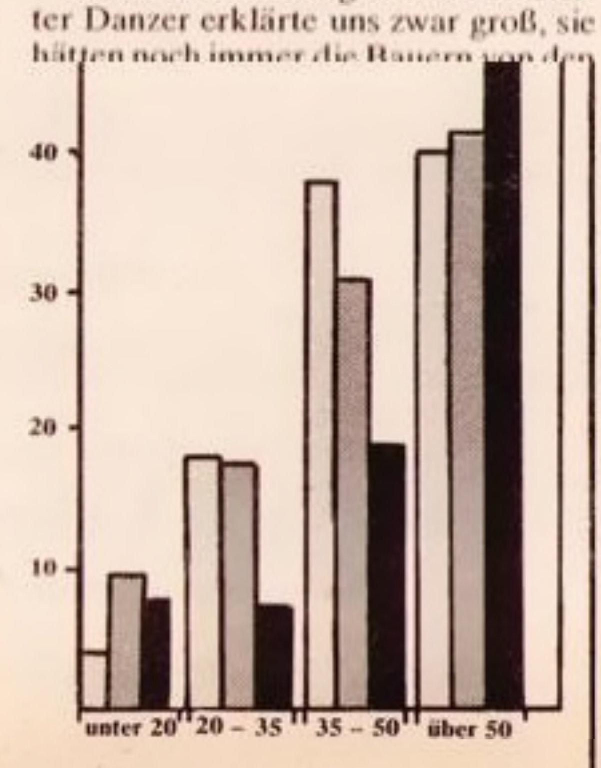
Mit der „echten Alterssicherung“ hat das Ehrenberg-Ministerium dafür gesorgt, daß diese Art Lösung des Altenteilproblems noch besser greift. Ganze 398 Mark erhält ein alter Bauer als Rente, wenn er seinen Hof abgibt und sich mit seiner Frau aufs Altenteil zurückzieht. Ist er alleinstehend, soll er mit 265,60 DM auskommen, höchstens um ca. die Hälfte vermehrt um die „Landabgaberente“, wenn er seinen Hof für „strukturverbessernde Maßnahmen“ nach Art der Flurbereinigung zur Verfügung stellt. Nur noch 53% der Höfe haben ein Altenteil. Weil die Rente nicht ausreicht, arbeiten die Alten weiter mit. Von 1964 bis 1976 ist der Anteil der „vollbeschäftigten männlichen Familienangehörigen über 65 Jahre“ von 15% auf 25% gestiegen. Echte Alterssicherung – denn am sichersten kommt der alte Bauer bei der Arbeit unter die Erde. Die Großartigkeit der von Ertl gerühmten „Entwicklung einer landwirtschaftlichen Sozialpolitik“ ist nichts anderes als ein Programm zur Beschleunigung des Ruins der Kleinbauern.– so oder so.

Verteilung der Erwerbstätigen, Arbeitsunfälle und tödlichen Arbeitsunfälle nach Altersgruppen in der Landwirtschaft in Prozent 1971



EG zwingt Italien Zuckerimporte auf

z.ulg.Rom. Bis 1981 hat die EG Italien für die Zuckerproduktion eine jährliche Quote von 12,3 Millionen Doppelzentner zudiktiert. Der Bedarf des Landes beträgt jährlich etwa 17,3 Mio. dz. 1968/69 konnte Italien noch 94 Prozent des Zuckerbedarfs aus eigener Produktion decken, was weit über dem durchschnittlichen „Selbstversorgungsgrad“ von 82 Prozent der heutigen neun Mitgliedsstaaten lag. Aufgrund der Produktionsbeschränkungen muß Italien heute etwa ein Drittel des Zuckerbedarfs einführen, während im EG-Durchschnitt im letzten Jahr ein Überschuß von 10 Prozent produziert wurde. Durch die EG-Maßnahmen ist die Zuckeranbaufläche in Italien in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr um 50000 ha auf jetzt 240000 ha gedrückt worden, in ihrem letzten Agrarbericht rechnet die EG-Kommission mit einem Produktionsrückgang von über 25 Prozent. Gegen die Bauern werden die Quoten durch eine „Produktionsabgabe zu Lasten der Erzeuger“ für die „zuviel“ produzierten Zuckerrübenmengen durchgesetzt. Dazu müssen die Bauern noch eine „Abgabe für Lagerhaltungskosten“ wegzahlen, mit der die EG-Imperialisten ihre Vorratslager finanzieren. Die Lager dienen der Vorbereitung auf den imperialistischen Krieg und vorderhand dazu, den Weltmarktpreis für Zucker aus den Ländern der Dritten Welt zu drücken. Beide Abgaben haben 1976 zusammen etwa 455 Mio. Rechnungseinheiten (ca. 1,7 Mrd. DM) in die Kommissionskasse befördert. Die italienischen Bauernverbände fordern eine Anhebung der Quote auf den Bedarf des Landes. Mehr als 60 Prozent der Weiterverarbeitung der Zuckerrüben ist in den Händen zweier Monopole konzentriert. Das größte Zuckermonopol, die „Eridania“, hat die Forderung der Bauern nach Ausdehnung der Anbaufläche jetzt zurückgewiesen. Italien sei „klimatisch objektiv benachteiligt“. Das von der EG organisierte Bauernlegen hilft den Monopolen, den Bauern immer ungünstigere Bedingungen für den Rübenankauf zu diktieren. Der Zuckermarkt in der EG wird völlig von einem Kartell beherrscht, zu dem außer der „Eridania“ und der französischen Beghin, an der sie beteiligt ist, die westdeutsche Südzucker sowie ein belgischer und ein britischer Konzern gehören.

Den Bauernlegern wird das Handwerk gelegt
Die Isselshorster Bauern kämpfen erfolgreich gegen eine Flurbereinigung nach dem Diktat der Agrarkapitalisten
r.mas. Seit drei Jahren wehren sich die Bauern in der Umgebung von Isselhorst bei Gütersloh beharrlich und erfolgreich gegen die geplante Flurbereinigung in diesem Gebiet. Das Landesamt für Agrarordnung ist in dieser Zeit gezwungen worden, das Verfahrensgebiet dreimal umzuändern bzw. einzuschränken. So sind Teile des ehemaligen Verfahrensgebietes um Ummeln (Stadtteil von Bielefeld) und
Die andere Seite ist, daß den Bauern im Verfahrensgebiet das Land beschädigt wird. So wird durch die regulierende Maßnahme, Staudämme anzulegen, der Abfluss behindert bzw. Wasser angesammelt und ehemals ertragreiches Land in Brach- oder geringer ertragreiches Land umgewandelt.
Die Landabnahme, die durch Verbrei-
sitz nach neuzeitlichen betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammenzulegen und nach Lage, Form und Größe zweckmäßig zu gestalten“ ist (§ 37). Eine Umverteilung des Bodens wird also danach getroffen, wer das Land am besten bewirtschaften, am meisten aus seinen Arbeitskräften herausholen kann. Die Bauern können zwar gegen eine Umverteilung nach solchen Kriterien, die die Fütterung
men worden. Einem Teil der Bauern, die Widerspruch eingelegt haben, sind Vergünstigungen angeboten worden von der Art, daß ihr Grundstück gegebenenfalls nicht in Anspruch genommen werde.
Es hat alles nichts genützt. Amtsleiter Danzer erklärte uns zwar groß, sie
Die „Ruchheimer Türkenkriege“
z.bef. Nach Auskunft eines Herrn Meyer von der Landkreisverwaltung Ludwigshafen, der mit diesem „Fall“ auch zu tun hatte, ergibt sich: Westdeutsche Arbeitslose wurden vom Arbeitsamt zu den Stoßzeiten der Ernte an die Gemüsegroßbauern in der Umgegend von Ruchheim vermittelt. Die Arbeiter haben die Arbeit auf den Gemüsefeldern verweigert. Die Arbeitszeiten waren mit 4 Uhr morgens Arbeitsbeginn ungünstig, die Arbeit selbst zu beschwerlich und schließlich 2 bis 3 DM Stundenlohn. Darauf haben die Groß-
satzkraft gestellt. Aber wie! Nehmen wir einen Hof, auf dem der Bauer allein arbeitet. Wenn der Bauer krank wird, passiert von seiten der Kasse erstmal zwei Wochen lang gar nichts – weder Krankengeld noch Hilfe. Ist es nicht gerade Winter, geht es auf dem Hof ohne die Arbeitskraft des Bauern nicht, also muß jemand geholt werden, der mithilft, auf Kosten des Bauern. Erst wenn er nach zwei Wochen immer noch krank ist, muß die Krankenkasse die Ersatzkraft „angemessen“ bezahlen oder selbst jemanden stellen. Ist auf dem Hof jedoch ein weiteres Familienmitglied mitbeschäftigt, zahlt die Kasse nichts, weder Krankengeld noch
bußen, die entstehen, weil der Hof mit Hilfskräften nicht ohne Schwierigkeiten bewirtschaftet werden kann. Die Pflichtversicherung hat das Krankwerden für den kleinen Bauern nahezu unmöglich gemacht. Die „weiterentwickelte Unfallversicherung“ ist von gleichem Schrot und Korn. Das Landwirtschaftsblatt Weser-Ems 49/1977 berichtet: „Viele landwirtschaftliche Unternehmer sind der Meinung, allein durch die Pflichtmitgliedschaft bei der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für die Folgen eines Berufsunfalls genügend abgesichert zu sein. Um so größer ist oft die Enttäuschung der Betroffenen nach einem Berufsunfall,
fälle solche von über 65jährigen. Im Unfallbericht '73 liest sich das so:„In erster Linie ist dafür die Altersstruktur verantwortlich. Die Altersgruppe der über 65jährigen übt hier häufig noch eine versicherungspflichtige Tätigkeit aus.“
Mit der „echten Alterssicherung“ hat das Ehrenberg-Ministerium dafür gesorgt, daß diese Art Lösung des Altenteilproblems noch besser greift. Ganze 398 Mark erhält ein alter Bauer als Rente, wenn er seinen Hof abgibt und sich mit seiner Frau aufs Altenteil zurückzieht. Ist er alleinstehend, soll er mit 265,60 DM auskommen, höchstens um ca. die Hälfte vermehrt um


befördert. Die italienischen Bauernverbände fordern eine Anhebung der Quote auf den Bedarf des Landes. Mehr als 60 Prozent der Weiterverarbeitung der Zuckerrüben ist in den Händen zweier Monopole konzentriert. Das größte Zuckermonopol, die „Eridania“, hat die Forderung der Bauern nach Ausdehnung der Anbaufläche jetzt zurückgewiesen. Italien sei „klimatisch objektiv benachteiligt“. Das von der EG organisierte Bauernlegen hilft den Monopolen, den Bauern immer ungünstigere Bedingungen für den Rübenankauf zu diktieren. Der Zuckermarkt in der EG wird völlig von einem Kartell beherrscht, zu dem außer der „Eridania“ und der französischen Beghin, an der sie beteiligt ist, die westdeutsche Südzucker sowie ein belgischer und ein britischer Konzern gehören.

Den Bauernlegern wird das Handwerk gelegt

Die Isselshorster Bauern kämpfen erfolgreich gegen eine Flurbereinigung nach dem Diktat der Agrarkapitalisten

r.mas. Seit drei Jahren wehren sich die Bauern in der Umgebung von Isselhorst bei Gütersloh beharrlich und erfolgreich gegen die geplante Flurbereinigung in diesem Gebiet. Das Landesamt für Agrarordnung ist in dieser Zeit gezwungen worden, das Verfahrensgebiet dreimal umzuändern bzw. einzuschränken. So sind Teile des ehemaligen Verfahrensgebietes um Ummeln (Stadtteil von Bielefeld) und der Kern von Isselhorst aus dem Verfahren mittlerweile ausgeschlossen. Die von den Bauern gegründete Interessengemeinschaft gegen die geplante Flurbereinigung hat 275 Widersprüche von 320 Bauern organisiert. Direktes Interesse und Fürsprache für die Flurbereinigung gibt es nur bei etwa 3% der betroffenen Bauern, die entsprechend Land und Arbeitskräfte ausbeuten, u.a. ein CDU-Kreistagsabgeordneter. Bereits Mitte Juli hat der Stadtrat von Gütersloh 1,3 Mio. DM für die Flurbereinigung bewilligt.

Vom verantwortlichen Amt für Agrarordnung, Bezirksverwaltung Ostwestfalen, dem wir bei unseren Nachforschungen auf die Pelle rückten, wird das Verfahren insbesondere mit der Regulierung des Gewässers und der damit verbundenen Neuordnung, d.h. Umverteilung des Bodens begründet. Enteignet werden soll laut Amtsleiter Danzer nicht: „Lediglich eine örtliche Verschiebung der Grundstücke steht an.“

Gegenstand der Flurbereinigung ist u.a. die Regulierung des Flußbettes der Lutter. Zweck dieser Maßnahme ist die Entwässerung von Gebieten, die außerhalb des Verfahrensgebietes, nordwestlich von Isselhorst liegen, um sie in Bauland zu verwandeln. Dieses Land ist gegenwärtig noch Brachland, da das Flußbett der Lutter das Wasser nicht faßt und das Land dadurch zu naß ist. Die Stadt Gütersloh hat das Land bereits aufgekauft, zu niedrigen Preisen natürlich; als Bauland wird es im Wert erheblich steigen. Die Bauern in dieser Gegend sind also schon vorab betrogen.

Die andere Seite ist, daß den Bauern im Verfahrensgebiet das Land beschädigt wird. So wird durch die regulierende Maßnahme, Staudämme anzulegen, der Abfluss behindert bzw. Wasser angesammelt und ehemals ertragreiches Land in Brach- oder geringer ertragreiches Land umgewandelt.

Die Landabnahme, die durch Verbreiterung des Flusses oder Baches erfolgt, wird durch eine Landumverteilung auf alle Bauern des Verfahrensgebiets verstreut. Diese Umverteilung wird durch das Amt für Agrarordnung in Absprache mit einem zu wählenden Vorstand der betroffenen Bauern gesteuert.

Selbst wenn die Aussage des Amtsleiters also zutrifft, daß keine offizielle Enteignung, wie sie das Flurbereinigungsgesetz und das Landschaftsgesetz möglich machen, betrieben wird, so werden weitere Grundsteine für die Vernichtung der kleinen Bauern gesetzt. Das Flurbereinigungsgesetz sieht nämlich vor, daß „zersplitterter oder unwirtschaftlich geformter Grundbesitz nach neuzeitlichen betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammenzulegen und nach Lage, Form und Größe zweckmäßig zu gestalten“ ist (§ 37). Eine Umverteilung des Bodens wird also danach getroffen, wer das Land am besten bewirtschaften, am meisten aus seinen Arbeitskräften herausholen kann. Die Bauern können zwar gegen eine Umverteilung nach solchen Kriterien, die die Fütterung der Agrarkapitalisten mit besserem Boden bedeutet, durch den von ihnen wählbaren Vorstand widersprechen. (§ 22 des FlurG) Der Vorstand kann aber nach § 23 (3) des FlurG von der Flurbereinigungsbehörde abgelehnt werden. Ein abgelehnter Vorstand kann nach demselben nicht wiedergewählt werden.

Die 275 Widersprüche konnten die Bauern trotz erheblicher Spaltungsversuche von Seiten des Staatsapparates organisieren. So ist z.B. Land, das den Mitgliedern des Vorstandes der Interessengemeinschaft gehört, aus dem Verfahrensgebiet herausgenommen worden. Einem Teil der Bauern, die Widerspruch eingelegt haben, sind Vergünstigungen angeboten worden von der Art, daß ihr Grundstück gegebenenfalls nicht in Anspruch genommen werde.

Es hat alles nichts genützt. Amtsleiter Danzer erklärte uns zwar groß, sie hätten noch immer die Bauern von den Flurbereinigungsmaßnahmen „überzeugt“. Die CDU-Ratsfraktion aber, die doch die 1,3 Mio. DM beschlossen hat, bittet inzwischen den zuständigen Minister Deneke (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, NRW) in einem offenen Brief um eine „sehr sorgfältige Prüfung, ob angesichts dieser erheblichen Widerstände die Durchführung der Flurbereinigung noch sinnvoll erscheint.“ (Neue Westfälische, 25.8.78) Dieser öffentliche Rückzieher ist Ausdruck des Widerstandes der Bauern. Diese werden den Offenen Brief aber solange als Manöver betrachten, wie der Ratsbeschluß nicht gefallen ist.

Der Gemeinderat beschließt – die Volksmassen sollen zahlen Das wird nicht laufen

r.reh. Seit März dieses Jahres hat die Samtgemeinde Wrestedt beschlossen, in Lehmke eine Kanalisation zu bauen. Geplante Kosten dieses Projektes: 960000 DM. Davon soll etwa die Hälfte von den Hauseigentümern aufgebracht werden, der Rest wird über Zuschüsse und Kredite bezahlt. Bisher hatten wir in Lehmke für jedes Haus einzelne Kläranlagen bzw. Sickergruben; oder bei einigen Landwirten wurden die Abwässer direkt in vorhandene Jauchegruben geleitet. Teilweise floß das vorgeklärte Abwasser aus den Kläranlagen in den Regenwasserkanal und verursachte manchmal ziemlichen Gestank. Teilweise funktionierten auch die Sickergruben nicht richtig, so daß sie überliefen oder verstopften. Auf diese Mängel beriefen sich die Gemeinderäte und setzten daraufhin die Planung in Gang. Die meisten Einwohner haben auch gar nichts gegen eine zentrale Abwasserbeseitigung; aber sehr wohl etwas gegen die hohen Kosten, die zwischen 1500 DM und 6000 DM pro Haus liegen sollen. Jetzt sollen von allen Hauseigentümern bis zum 7. September 1000 DM an Vorausleistungen gezahlt werden. Obwohl mit dem Bau noch gar nicht begonnen wurde und der Gesamtbetrag der Zahlung auch noch gar nicht klar ist. Dieser Kanalbaubeitrag richtet sich nach der Fläche des Grundstückes und wird nach einem bestimmten Schlüssel erhoben. Um diesen Schlüssel wird zur Zeit noch vor den Gerichten gekämpft, da bei der Abrechnung nach Grundstücksfläche gerade die Bauern sehr viel zahlen müssen. In einer anderen Ortschaft, der Gemeinde Wrestedt, soll ein Bauer 15000 DM bezahlen. Zusammen mit anderen Bauern hat er dagegen Klage beim Verwaltungsgericht erhoben. Gegen die Bescheide auf Vorauszahlung in Lehmke gibt es ebenfalls Widerstand. Mindestens fünf Einwohner haben bereits Widerspruch eingelegt, und weitere werden folgen.

Denn für viele ist klargeworden: wenn die Gemeindeverwaltung erst einmal die ersten Schritte mit dem Bau der Kanalisation durchgesetzt hat, dann wird sie nachher den Gebührenknüppel um so kräftiger schwingen.

Die „Ruchheimer Türkenkriege“

z.bef. Nach Auskunft eines Herrn Meyer von der Landkreisverwaltung Ludwigshafen, der mit diesem „Fall“ auch zu tun hatte, ergibt sich: Westdeutsche Arbeitslose wurden vom Arbeitsamt zu den Stoßzeiten der Ernte an die Gemüsegroßbauern in der Umgegend von Ruchheim vermittelt. Die Arbeiter haben die Arbeit auf den Gemüsefeldern verweigert. Die Arbeitszeiten waren mit 4 Uhr morgens Arbeitsbeginn ungünstig, die Arbeit selbst zu beschwerlich und schließlich 2 bis 3 DM Stundenlohn. Darauf haben die Großbauern türkische Arbeiter ohne Arbeitserlaubnis eingestellt. Die „Saarbrücker Zeitung“ schreibt: „ ... In den vergangenen Jahren konnte man dagegen oft Türken auf den Feldern sehen, die von Polizisten gejagt, festgenommen und in Abschiebehaft gesperrt wurden. Diese Zustände, die im Volksmund ‚Ruchheimer Türkenkriege‘ genannt wurden, gehören nun der Vergangenheit an. Herr Meyer von der Landkreisverwaltung Ludwigshafen konnte bestätigen, daß ‚das lange nicht mehr so schlimm wie vor ein bis zwei Jahren ist. Da ist heute Abhilfe geschaffen worden, denn es gibt ja auch tüchtige Türken, die jetzt selbstverständlich mit Arbeitserlaubnis arbeiten‘.“

Mittlerweile wohnen 100 türkische Familien in Ruchheim. 80% sind in der BRD angemeldet und haben eine Arbeitserlaubnis. 20% sind als „Touristen“ in Ruchheim, die eine Arbeitserlaubnis nur für die Arbeit bei den Ruchheimer Gemüsebauern bekommen. Vom Arbeitsamt werden sie für 7 DM die Stunde bei höchstens 20 Arbeitsstunden in der Woche vermittelt. Von 3 Gemüsegroßbauern, die je zwischen 19 und 34 Männer und Frauen arbeiten lassen, werden sie zu Hungerlöhnen ausgebeutet. Bei einer Arbeitszeit von 5.00 bis 19.00 Uhr, Samstag und Sonntag von 5.00 bis 12.00 Uhr, liegen die tatsächlichen Stundenlöhne bei den Frauen um 4,30 DM, bei den Männern um 4,50 DM.

Mit Zusatzbestimmungen im Arbeitsförderungsgesetz hat das Ehrenbergministerium dieser hemmungslosen Ausbeutung den gesetzlichen Rahmen gegeben. „Danach dürfen Familienangehörige von legal in der Bundesrepublik Deutschland befindlichen Ausländern bis zu 20 Stunden pro Woche arbeiten.“

Gesamtpersonalrat gegen Lohndiktat für ABM-Angestellte

Westberlin-Zehlendorf. Der Gesamtpersonalrat der Freien Universität hat gegen das Lohndiktat für ABM-Beschäftigte in einem Schreiben an den Senator für Inneres Stellung genommen, in dem es u.a. heißt: „Wie wir inzwischen erfahren haben, soll ab 1. August eine entsprechende Vergütung von 4,5% rückwirkend ab 1. März an die ABM-Kollegen bezahlt werden. Der Gesamtpersonalrat geht davon aus, daß dies eine Abschlagszahlung ist, und unterstützt mit Nachdruck die von den Betroffenen und den Gewerkschaften zur Tarifrunde aufgestellten Forderungen wie – 7,5% mehr Lohnerhöhung, mindestens aber 112 DM – 20 Urlaubsarbeitstage bis 30 pro 9 Monate – 21 Urlaubsarbeitstage von 30 bis 40 Jahre pro 9 Monate – 22 Urlaubsarbeitstage über 40 Jahre pro 9 Monate – 150 DM Urlaubsgeld nach 4 Monaten Beschäftigung – volle Zuwendung (9/12 eines Monatsgehaltes) im letzten Monat des Beschäftigungsverhältnisses ab 1.1.1979 – Zahlung von 80% der Vergütung der Altersgruppe 3 für Jugendliche bis 18 Jahre – Zahlung des vollen Lohnes für volljährige ABM-Kollegen. Wir unterstützen insbesondere die Forderung der ABM-Kollegen nach einer BAT-entsprechenden höheren Eingruppierung im ABM-Programm, die einer Lohnerhöhung von mindestens 112 DM, d.h. 70 DM netto entspricht."

Psychologie zur Isolierung von „Störenfrieden"

Oberhausen. Dr. Chr. Nentwig, wissenschaftlicher Assistent an der Gesamthochschule Duisburg, hat ein Programm entwickelt, womit „Störenfriede" innerhalb einer Klasse isoliert werden und der Lehrer dann seinen Stoff in Ruhe durchziehen kann. Erprobt wurde das an einer Duisburger Hauptschule und an einer Oberhausener Grundschule. Es geht darum, daß die ganze Klasse eine Belohnung erhält, wenn der Unterricht ohne Störungen verläuft. Damit die Belohnung gesichert ist, würden die Schüler Störungen einzelner Schüler nicht beachten. Die „Störenfriede" können selber auch Punkte sammeln, wenn sie sich stillhalten, durch einen Zeiger am Pult wird der Punktestand gemessen. Wenn eine bestimmte Punktzahl erreicht ist, darf man sich dann in den letzten zehn Minuten austoben mit Plattenhören, Spielen, Hausaufgaben etc. Fazit der NRZ: „Die Schüler stellten fest, daß eine Englischstunde auch sehr interessant sein kann, und die Lehrer verloren ihre Angst vor der zuvor sehr unruhigen Klasse und entwickelten Freude am Unterricht. Nachuntersuchungen in Abständen von etwa sechs Monaten nach Beendigung des Programms zeigten langfristigen Erfolg." (NRZ, 28.8.78)

Anklage gegen Jugendlichen wegen Waffenbesitz

Westberlin-Spandau. Bei einer polizeilichen Durchsuchung in einem Heim für „milieu- und verhaltensgestörte" Jugendliche des kirchlichen Johannesstifts wurde im Zimmer eines Sechzehnjährigen ein selbstgebasteltes Nunchakun-Holz (Knebelholz) gefunden. Der Jugendliche erhielt von der Staatsanwaltschaft eine Anklage wegen unerlaubten Waffenbesitzes aufgrund des Art. 1 Nr. 1,6 des Gesetzes Nr. 43 des Alliierten Kontrollrats vom 20.12.1946. Der zuständige Jugendgerichtshelfer prophezeite dem Jungen eine Verurteilung zu mehreren „Freizeitarbeiten".

Krupp-Lehrlinge weigern sich, Schulmaterial zu kaufen

Bochum. Klasse M-V2 Berufsschule am Ostring. Die Krupp-Lehrlinge sollten sich für rund 120 DM Material für die Berufsschule besorgen. Inzwischen haben die Krupp-Kapitalisten einen Teil der benötigten Sachen wie Zeichenbrett, Zirkel, Anspitzer etc. gekauft. Nicht besorgen wollen sie: zwei Bücher (ca. 30 DM), Schablone (ca. 7,80 DM), zwei TK-Stifte (zusammen ca. 7 bis 8 DM) und einen Dreikantmaßstab (ca. 15 DM). Dies sind nach wie vor noch rund 60 DM, die die Schlosserlehrlinge bezahlen sollen. „Das lassen wir uns nicht gefallen", war die einhellige Meinung, und in der Mittagspause berichteten sie der Jugendvertretung davon, daß sie sich die Sachen nach wie vor nicht kaufen werden. Ein Jugendvertreter kam anschließend in die Schlosserei, und die Sache wurde von den zwei anderen Klassen in diesem Bereich auch besprochen. Mit der Jugendvertretung wurde abgesprochen, daß keine weiteren Sachen gekauft werden, und der Berufsschullehrer wurde telefonisch sofort eingeladen. Er soll genau berichten, was noch gebraucht wird, die Krupp-Kapitalisten müssen gezwungen werden, die Sachen zu kaufen, das wurde besprochen.

Nach zwei Jahren Studium ab auf den Arbeitsmarkt

Italienischer Erziehungsminister bastelt an neuem Hochschulgesetz

z.ulg.Rom. „Die Zeiten der Universität für alle sind vorbei", ist der Wahlspruch, unter dem der italienische Erziehungsminister an einem neuen Hochschulgesetz bastelt. Im Frühsommer haben sich die Parteien der Regierungsmehrheit im zuständigen Ausschuß des Senats auf einen gemeinsamen Gesetzentwurf größtenteils geeinigt, noch vor Beginn der Vorlesungszeit am 1. November sollen Pedinis neue Zeiten mit drei vorab erlassenen Dekreten beginnen.

Auf fast eine Million, mehr als in Westdeutschland und mehr als in akademischen Berufen gegenwärtig beschäftigt sind, ist die Zahl der Studenten in den letzten Jahren angewachsen, schon 1976 aber lag selbst nach der notorisch nach unten gefälschten Arbeitslosenstatistik die Zahl der promovierten Arbeitslosen bei fast 50000. 1969 ist in Italien der Hochschulzugang „liberalisiert" worden: Als Voraussetzung zum Studium reicht seitdem statt des bis dahin erforderlichen Abiturs das Abschlußzeugnis der obligatorischen unteren Mittelschule. Anfang der siebziger Jahre haben die Gewerkschaften in den wichtigsten Industriezweigen Tarifverträge durchgesetzt, nach denen die Kapitalisten den Arbeitern und Angestellten zum Besuch von Ausbildungsveranstaltungen bezahlten Urlaub geben müssen, bei den Metallarbeitern z.B. für jeden Arbeiter in einem dreijährigen Zeitraum je 150 Stunden. Viele Arbeiter besuchen in dieser Zeit Lehrveranstaltungen an den Hochschulen und tragen mit ihrer Kampferfahrung dazu bei, den Hochschulbeamten die Abrichtung der künftigen Bourgeoisfunktionäre schwer zu machen.

Die „Öffnung der Hochschulen" entsprach den Forderungen der Studentenbewegung und der Gewerkschaften, soviel ist richtig, doch schwergefallen kann der Bourgeoisie das „Zugeständnis" nicht sein. Denn das Ergebnis ist ein Riesenheer von akademisch ausgebildetem Personal, darunter genug Arbeitslose, um den Lohn für solche Tätigkeit fast auf den für einfache Arbeit zu drücken. Ein Hochschulassistent oder Mittelschullehrer z.B. verdient etwa 350000 Lire (870 DM) im Monat. Passende Voraussetzungen, um jetzt den nächsten Schritt zu tun: die Kosten der Hochschulausbildung zu senken und größere Teile der Schüler und Studenten beizeiten auf den Arbeitsmarkt zu befördern. So ist denn die neuerliche „Reform der Zulassungsvoraussetzungen" das Kernstück des geplanten Hochschulgesetzes. Künftig soll ohne Aufnahmeprüfung nur noch studieren können, wer eine höhere Mittelschule der gleichen Fachrichtung besucht hat. Die dazu passende Schulreform wird zur Zeit in der Abgeordnetenkammer ausgebrütet. Für jeweils drei Jahre soll der Erziehungsminister dem Parlament einen „Hochschulentwicklungsplan" zur Beschlußfassung vorlegen, aus dem sich die Zahl der in den einzelnen Fächern von den Kapitalisten und vom bürgerlichen Staatsapparat benötigten Studenten und ihre Aufteilung auf die einzelnen Hochschulen ergibt. Um zu gewährleisten, daß der Plan auch eingehalten wird, sollen darin gleich auch die Zulassungsvoraussetzungen im einzelnen geregelt werden. Der Plan muß „geeignete Maßnahmen" vorsehen, „um eine straffe Durchführung des Hochschulstudiums zu gewährleisten, um die Entscheidungen der Studenten entsprechend ihrer Eignung zu orientieren, daß sie den Bedürfnissen der italienischen Gesellschaft entsprechen, und um die unabdingbaren Voraussetzungen für die Fortsetzung des Studiums und den Genuß bestimmter Vergünstigungen durch den Studenten festzulegen". (Art. 19 des Entwurfs)

Wer nicht spurt, wird rausgeprüft, oder mindestens wird ihm das Stipendium gestrichen. Der PCI-Vertreter im Senatsausschuß hat in der Beratung des Hochschulgesetzentwurfs verlangt, im Gesetz selbst in einem besonderen Artikel vorzusehen, daß für Medizin- und Lehrerstudenten Höchstzahlen „in bezug auf die Beschäftigungsmöglichkeiten" festgelegt werden, alles natürlich, „ohne das Recht auf Ausbildung zu beschränken". Nur mit Mühe ließ er sich vom Ausschußvorsitzenden auf eine gesonderte Entschließung zu diesem Thema vertrösten. Stipendien soll in jedem Fall nur noch erhalten, wer studiert, was nach dem Hochschulplan vorgesehen ist.

Um die schließlich zum Studium zugelassenen Jugendlichen schubweise auf den Arbeitsmarkt zu befördern, sind in dem Gesetzentwurf statt der bisher allein üblichen Promotion (Laurea) künftig vier verschiedene Studiengänge und Abschlüsse vorgesehen: ein zweijähriger Diplomstudiengang, ein mindestens vierjähriges Studium bis zur Promotion, ein danach von höheren Bourgeoiskadern zu absolvierendes Graduiertenstudium und schließlich das Forschungsdoktorat. Aus dem letzteren will die Bourgeoisie vor allem den Professorennachwuchs rekrutieren: im Gesetz wird dafür eine Höchstzahl von vorerst 2000 jährlich festgelegt. Pedini selbst hat schon durchblicken lassen, was mit den gestaffelten Abschlüssen erreicht werden soll. In einem Interview mit dem „Corriere della Sera" hat er sich Anfang August darüber beklagt, daß in Italien auf einen Krankenhausarzt nur 0,8 nichtärztliche Arbeitskräfte kommen, während es in den USA acht sind und in Großbritannien immerhin vier. Um das gleiche Verhältnis auch in Italien zu erreichen, soll in Zukunft offensichtlich von fünf Kandidaten nur noch einer zum Medizinstudium zugelassen werden, die restlichen vier werden in den zweijährigen Schnellkurs zur Ausbildung zum Krankenpfleger gesteckt. Der revisionistische Hochschul„experte" Urbani hat bereits gefordert, für Medizin- und Lehrerstudenten die Zulassung außer vom „Bedarf" auch von vorher zu absolvierenden Ausbildungsabschnitten abhängig zu machen.

Über die „Rechte der Studenten" ist in dem Entwurf nur zu erfahren, daß sich die Hochschulen bei der Vergabe von Räumen für Studentenversammlungen an Richtlinien des Erziehungsministers zu halten haben und verpflichtet sind, ihre Einrichtungen auch abends geöffnet zu halten. Den Hunderttausenden, die schon jetzt nicht nur ihre Arbeitskraft kostenlos zur Ausbildung hergeben, sondern dazu tagsüber noch ausbeuten lassen müssen, soll so der Hochschulbesuch „ermöglicht" werden. Ein Absatz, nach dem sich die Studenten in „Vereinigungen öffentlichen Rechts" zusammenschließen, also Vertretungskörper bilden können, wurde im Ausschuß gestrichen.

Ein großer Teil der Lehrveranstaltungen wird in Italien derzeit von den sogenannten „Precari" ohne feste Arbeitsverträge durchgeführt. Seit Jahren legen sie immer wieder mit Streiks für ihre Forderung nach fester Einstellung den Hochschulbetrieb lahm. Weil der Hunger auf die Dauer nicht der rechte Lehrmeister des für den Hochschulbeamten nötigen tieferen Verständnisses von der Harmonie der bürgerlichen Gesellschaft ist, sollen die „Precari" jetzt teils auf die Straße geworfen, teils in die Korporationen der Hochschul- und Mittelschullehrer eingegliedert werden.

Nach dem Lehrgang lauert Siemens auf frische Akkordarbeiterinnen

„Eingliederungshilfen für schwerererziehbare Jugendliche" / Nicht einen Pfennig Ausbildungskosten wollen die Kapitalisten selbst zahlen

r.rüb. Erst jüngst wieder hat das Ehrenbergministerium „besondere Eingliederungshilfen für schwer erziehbare Jugendliche" in Aussicht gestellt. Die Redaktion der „Kommunistischen Volkszeitung" unterhielt sich mit drei Mädchen aus dem Lehrgang „Fügetechnik", den elf Mädchen im Alter zwischen 16 und 19 Jahren in der Braunschweiger Privatschule „Teutloff" – finanziert aus den Geldern der Arbeitslosenversicherung – ein halbes Jahr lang absolviert haben.

Acht der elf Mädchen in diesem Lehrgang hatten keinen Hauptschulabschluß – „die Schule war uns einfach über", berichteten uns einige. Mit ihrem Abschlußzeugnis in der Tasche haben die meisten nach der Schule keine Lehrstelle gefunden. Eine wurde z.B. in ein Cafe im Harz vermittelt, wo sie für 300 DM im Monat „Mädchen für alles" spielen sollte. Nach ein paar Wochen ist sie dort wieder abgehauen. Eine andere hat als Verkäuferin angefangen, dort aber nur die dreckigsten Hilfsarbeiten machen müssen für wenig Geld und hat bald wieder gekündigt. Sie waren einfach nicht bereit, ihre Arbeitskraft zu Hungerlöhnen bei übelsten Arbeitsbedingungen zu verscherbeln. Die „Braunschweiger Zeitung", die am 28.8. über diesen Lehrgang berichtet hat, bezeichnet dieses Verhalten „als nicht den Mindestanforderungen entsprechend", „mangelndes Arbeitsverhalten", weshalb die Mädchen nicht mehr vermittelbar seien. Die drei, mit denen wir uns unterhalten haben, halten das für eine bodenlose Unverschämtheit. Weil sie alle ein Interesse daran haben, etwas zu lernen, und „von der Arbeitslosigkeit die Schnauze voll" haben, sind 20 Mädchen dann in den Lehrgang gegangen.

32 Stunden in der Woche und acht Stunden Berufsschule, bezahlt nach BAFöG, wo für die meisten ca. 100DM im Monat herauskamen, 25 DM im Monat für Materialkosten gleich abgezogen; drei erhielten keinen Pfennig, „weil das Einkommen der Eltern zu hoch ist".

Lernen sollen sie angeblich „Grundlagen der Elektrotechnik und der Metallverarbeitung". „Tatsächlich wissen wir über Elektrotechnik fast nichts", sagen die Mädchen. Einen Würfel feilen, bis Blasen an den Händen waren, Lötübungen und ein paar Relaisgruppen nach Schaltung zusammenbauen, Kabel formen und abisolieren – nach Anweisung arbeiten zu können, ohne die Funktion der Geräte wirklich zu verstehen, nichts als Drill.

Eine einzige hat jetzt nach dem Lehrgang eine Lehrstelle, die andern können mit dem Lehrgang bestenfalls als „Hilfsarbeiterinnen in einen Elektrobetrieb gehen".

Der Leiter der „Einarbeitungswerkstatt" von Siemens hat dann auch „ideelle Hilfestellung" bei der Einrichtung des Lehrgangs gegeben. Und Kabel, Relaisgestelle und anderes Material sowie die Zeichnungen, nach denen gearbeitet wird, stammen ebenfalls aus der „Einweisungswerkstatt" von Siemens. Sowieso schon an Fertigungstechnik der Siemenskapitalisten angelernt, können die Absolventen des Lehrgangs in die Produktion gesteckt werden, wie alle „Angelernten" zunächst in Lohngruppe 01 oder 02 beim Bestücken von Relaisgestellen, Bestücken von Leiterplatten oder Formen von kleinen Kabeln. Die Anlernkosten werden aus den Versicherungskassen der Arbeiter bezahlt.

Die Mädchen selbst wissen, daß ihre „Vermittlungschancen" nach dem Lehrgang nicht besser sind als vorher. Eine Ausbildung war das nicht. Die wollen sie aber. Deshalb hat auch keine bisher eine Stelle bei Siemens angenommen.

halb einer Klasse isoliert werden und der Lehrer dann seinen Stoff in Ruhe durchziehen kann. Erprobt wurde das an einer Duisburger Hauptschule und an einer Oberhausener Grundschule. Es geht darum, daß die ganze Klasse eine Belohnung erhält, wenn der Unterricht ohne Störungen verläuft. Damit die Belohnung gesichert ist, würden die Schüler Störungen einzelner Schüler nicht beachten. Die „Störenfriede" können selber auch Punkte sammeln, wenn sie sich stillhalten, durch einen Zeiger am Pult wird der Punktestand gemessen. Wenn eine bestimmte Punktzahl erreicht ist, darf man sich dann in den letzten zehn Minuten austoben mit Plattenhören, Spielen, Hausaufgaben etc. Fazit der NRZ: „Die Schüler stellten fest, daß eine Englischstunde auch sehr interessant sein kann, und die Lehrer verloren ihre Angst vor der zuvor sehr unruhigen Klasse und entwickelten Freude am Unterricht. Nachuntersuchungen in Abständen von etwa sechs Monaten nach Beendigung des Programms zeigten langfristigen Erfolg." (NRZ, 28.8.78)

Anklage gegen Jugendlichen wegen Waffenbesitz

Westberlin-Spandau. Bei einer polizeilichen Durchsuchung in einem Heim für „milieu- und verhaltensgestörte" Jugendliche des kirchlichen Johannesstifts wurde im Zimmer eines Sechzehnjährigen ein selbstgebasteltes Nunchakun-Holz (Knebelholz) gefunden. Der Jugendliche er-

mit ihrer Kampferfahrung dazu bei, den Hochschulbeamten die Abrichtung der künftigen Bourgeoisfunktionäre schwer zu machen.

Die „Öffnung der Hochschulen" entsprach den Forderungen der Studentenbewegung und der Gewerkschaften, soviel ist richtig, doch studiums zu gewährleisten, um die Entscheidungen der Studenten entsprechend ihrer Eignung zu orientieren, daß sie den Bedürfnissen der italienischen Gesellschaft entsprechen, und um die unabdingbaren Voraussetzungen für die Fortsetzung des Studiums und den Genuß bestimmter soll. In einem Interview mit dem „Corriere della Sera" hat er sich Anfang August darüber beklagt, daß in Italien auf einen Krankenhausarzt nur 0,8 nichtärztliche Arbeitskräfte kommen, während es in den USA acht sind und in Großbritannien immerhin vier. Um das gleiche Verhältnis auch in Italien rechte Lehrmeister des für den Hochschulbeamten nötigen tieferen Verständnisses von der Harmonie der bürgerlichen Gesellschaft ist, sollen die „Precari" jetzt teils auf die Straße geworfen, teils in die Korporationen der Hochschul- und Mittelschullehrer eingegliedert werden.

Nach dem Lehrgang lauert Siemens auf frische Akkordarbeiterinnen

„Eingliederungshilfen für schwerererziehbare Jugendliche" / Nicht einen Pfennig Ausbildungskosten wollen die Kapitalisten selbst zahlen

Zur Vorbereitung des neuen Schuljahres wird das Lehrerkorps ausgerichtet und gesäubert

r.acm. Die Bourgeoisie ist gleich nach den Ferien an den Schulen voll eingestiegen. Ein Lehrer des Dülmener Gymnasiums berichtet über den ersten Schultag: „Nach der zweiten Stunde ist sofort Lehrerkonferenz. Die Schulleitung hatte die Ferien gleich genutzt. Im Vorjahr hatte es viel Auseinandersetzungen gegeben um das Bemalen von Wänden (Bilder, Sprüche, z. T. gegen die Schulunterdrückung und einzelne Lehrer) mit Kreide und das Rauchen in der Schule. Zwei Konferenzen waren damit nicht klar gekommen. Nun präsentierte der Schulleiter eine ‚vorläufige Schulordnung' (bis die künftige Schulkonferenz eine endgültige schafft), in der es heißt: ‚Ballspiele auf dem Schulhof sind verboten, Wände und Türen dürfen nicht bemalt und mit Zetteln beklebt werden, auch nicht zu wichtigen Informationszwecken.' Irgendwie hat man sich überraschen und überrumpeln lassen, denn das Ding ist so durchgekommen."

Ein Beispiel von einer Lehrerkonferenz. Aber den Hauptschlag hat die Bourgeoisie mit den Konferenzen zum Schulmitwirkungsgesetz angebracht. An allen Schulen in Nordrhein-Westfalen fanden sofort in den ersten Tagen dazu Konferenzen statt: als erstes Wahlen. Der Schulleiter sitzt auf der Wahlordnung und den Ausführungsbestimmungen bis zum letzten Halbsatz. Wahlmaschine Lehrerkonferenz: drei Lehrer für den Lehrerrat, 18 Vertreter in die Schulkonferenz, nochmal 18 Stellvertreter. Stichwahlen, alles geheim. Debatte gibt es nicht. Das ganze ist ein Knebelungsinstrument, die Schüler sind unwillig bei den ganzen Wahlen, weil sie das genau spüren und den Druck empfinden.

In der Vorbereitung dieses Schuljahres ist die Regierung noch zu einigen anderen Taten geschritten. Haufenweise sind Lehrer mit dem ersten Staatsexamen nicht eingestellt worden in das Referendariat. Der Regierungspräsident in Münster hat vier Lehramtsanwärter nicht eingestellt, weil ihr Zeugnis einen Tag zu spät beim Regierungspräsidenten war. Nachdem sie eine einstweilige Verfügung erwirkt haben, hat der Kultusminister von NRW Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht eingelegt, sodann waren die Bewerber raus aus dem Schuldienst. Andere, die sich beworben haben, bekamen gleich keine Antwort, außer: „Ihre Akte ist noch beim Kultusministerium", zwecks Erforschung der „Eignung". Weitere werden wegen laufender Strafverfahren nicht eingestellt. Dabei ist von Bedeutung, daß die Sozialdemokraten in NRW z.B. gegenüber der Praxis der Christlich-Liberalen in Niedersachsen direkt darauf gehen, alles an Lehrern, was sich an politischen Kämpfen der Arbeiterklasse und der Volksmassen beteiligt hat, überhaupt nicht mehr in das Referendariat zu lassen. Alles soll möglichst schon vorher rausgeputzt werden. Man weiß also auch, was man von einer sozialdemokratischen Regierung hat. Und daß die „liberale" Reaktion nicht nachstehen will, sondern für verschärfte Angriffe auf die Lehrer und ihre Arbeitsbedingungen Sorge tragen will, beweist der Vorsitzende der Münsteraner FDP, Michael Bornefeld-Ettmann, einer aus der Brutstätte von Möllemann, der weithin als Reaktionär verschrien ist. Ettmann, persönlicher Referent des scheidenden Uni-Rektors Hoffmann, ist gleich zu Schulbeginn schier Amok gelaufen. „Zuviel Stundenausfall" hat er in den Tageszeitungen geschrien, „mit den seltsamsten Begründungen: Konferenz, Einschulung der I-Männchen, Lehrerausflug oder Nachprüfung." Im Rat der Stadt will er eine ausführliche Prüfung der Stundenausfälle durchführen, um dann zuzuschlagen. Er hat auch gleich die Richtung benannt. Wenn schon die Konferenzen, dann aber zumindest am Sonntag, hat er in der Zeitung erklärt. Dafür könne er auch „positive Beispiele" anführen.

Daß Bornefeld-Ettmann jetzt mit seinen Angriffen startet, hat gute Gründe, die gerade in der Bewegung und im Kampf der Lehrer gegen die unerträgliche Ausdehnung ihres Arbeitstages zu suchen sind. Denn kurz vor Ettmanns Auftritt hatte die GEW von Nordrheinwestfalen angekündigt, wie notwendig die Verkürzung der Arbeitszeit der Lehrer sei und der Anteil von Pflichtstunden gesenkt werden müsse, um der Ruinierung der Arbeitskraft zu begegnen.

Die Lehramtsanwärter rund zu machen, ist der Bourgeoisie überhaupt nicht gelungen. So hat sich in Hamm eine Lehramtsanwärterkonferenz gegen das 7. Beamtenbesoldungserhöhungsgesetz ausgesprochen und die darin gefasste verstärkte Senkung der Anwärterbezüge. Die GEW in Münster hat in diesen Tagen mehrere Veranstaltungen für die neuen Lehramtsanwärter durchgeführt, um sofort den Zusammenschluß der neuen Lehrer zu gewährleisten. Die Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe hat zum Einstellungstag der neuen Referendare am 1. September ein Flugblatt gegen die Gesetzesmaßnahmen der Regierung an den Schulen herausgegeben. Und jetzt gleich wird es notwendig sein, solche Figuren wie den Bornefeld-Ettmann und seine Bestrebungen unter Beschuß zu nehmen.

„Vertrauensbildende Maßnahmen“ im Kaukasus

Großmanöver der UdSSR an der Grenze zur Türkei

z.rua. Für den Zeitraum vom 5. bis zum 12. September hat die UdSSR Manöver mit einer Truppenstärke von 250000 Mann im Militärbezirk Transkaukasien angekündigt. Die Ankündigung erfolgt im Rahmen der in der KSZE-Schlußakte vereinbarten „vertrauensbildenden Maßnahmen“, nach denen Truppenübungen 21 Tage vor Beginn auf diplomatischem Wege bekanntgegeben werden müssen, sofern sie weniger als 250 Kilometer von der Grenze des Nachbarstaates entfernt und mit mehr als 25000 Mann durchgeführt werden.



Gestrichelte Linie: Manövergebiet 1978 Gepunktete Linie: Manövergebiet 1976
Schwarze Quadrate: Hauptstützpunkte der Schwarzmeerflotte

Neben den im Militärbezirk Transkaukasien stationierten Einheiten werden russische Truppen zu Wasser und zur Luft unter Umgehung des militärisch schwer passierbaren Kaukasushochkammes in den Sowjetrepubliken Georgien, Armenien und Aserbaidschan angelandet. Nebenbei ein liebevoller Gruß an die georgischen, armenischen und aserbaidschanischen Volksmassen, die gegen die nationale Unterdrückung durch die großrussischen Chauvinisten einen zähen Kampf führen.

Über eine Breite von etwa 350 Kilometern wird der Vorstoß gegen die Türkei geprobt. Ein Manöver, das der Türkei nebenbei demonstrieren soll, was passieren kann, wenn sie das freundliche Angebot eines Militärabkommens mit der sozialimperialistischen Supermacht verschmäht.

Ein Manöver aber auch, das – einzeln betrachtet – unvollständig ist. Im Zusammenhang mit den Militäroperationen der UdSSR an der Südostflanke Europas als Ganzes rundet sich das Bild ab. In „unauffälligen“ zeitlichen Abständen führen die Sozialimperialisten Manöver beiderseits des Schwarzen Meeres durch. Winter 1976 wurde das erste Manöver „Kaukasus“ angemeldet, Frühjahr 1977 ein Manöver im Großraum Odessa, Sommer 1977 das Manöver „Karpaten“. Alle drei zusammengefaßt, zeichnet sich der Aufmarschplan der Sozialimperialisten für den Krieg um Europa, zur Beherrschung des Mittelmeers, des Nahen und Mittleren Ostens ab.

Im Manöver „Karpaten“ wurde der Einfall nach Rumänien und der Vormarsch auf Jugoslawien und Griechenland geübt, mit dem Manöver bei Odessa die blitzartige gemeinsame Operation von Luft-, Land- und Seestreitkräften; im Manöver „Kaukasus“ im Winter 1976 der Angriff auf die türkische Ostfront. Die Landoperationen dienen der Flankensicherung der sowjetischen Schwarzmeerflotte auf dem Vormarsch zum Bosporus. Gleichzeitig deckt die Seekriegsflotte vom Wasser aus die Flanken der Landoperationen. Seekriegsflottenadmiral Gorschkow kündigte Ende August den Einsatz von Cruise-Missile-Raketen an. Die sowjetische Schwarzmeerflotte hat mit 59 großen Überwasserschiffen den größten Anteil an Überwasserschiffen der gesamten sowjetischen Flotte im Einsatz. Gerechnet auf Schiffstage liegt ihr Einsatz im Mittelmeer an vorderster Stelle vor der Atlantik- und der Pazifikflotte. Stützpunkte im Mittelmeer hat die UdSSR nicht. Ihre Kriegsflotte ist gezwungen, eine große Anzahl von Versorgungsschiffen mitzuführen bzw. zu den Stützpunkten im Schwarzen Meer zurückzukehren. Zwingend ist für sie der reibungslose Zugang zum Bosporus.

Die neuen Zaren knüpfen bei ihren Manövern an die Tradition ihrer Ahnen an. Im russisch-türkischen Krieg 1877/78 griffen sie das Türkische Reich an der Hauptfront auf der Balkanhalbinsel an, während im Kaukasusgebiet als Nebenfront ein großer Teil der türkischen Truppen in einem dreimonatigen Stellungskrieg gebunden und von der Nachschubversorgung abgeschnitten wurde.

Heute wäre durch den Angriff an der türkischen Ostfront mindestens ein Drittel der in der Türkei stationierten NATO-Streitkräfte gebunden und der sowjetische Flottenaufmarsch in Richtung Mittelmeer erleichtert. Erklärlich, daß die US-imperialistische Supermacht es eilig hat mit der Aufhebung des Waffenembargos gegen die Türkei, mit der Wiederinbetriebnahme und Erweiterung ihrer Truppenstützpunkte, der stärkeren Einbeziehung der Türkei in die NATO-Manöver.

Die sowjetischen Streitkräfte im Kaukasusgebiet wurden in den letzten Jahren zügig ausgebaut und insbesondere mit modernen Kampfhubschraubern und -flugzeugen, Panzern, Schützenpanzern, Artilleriewaffen, Panzerabwehrwaffen und Flakgeschützen ausgerüstet. Seit 1974 werden für den Panzerangriff Panzerhaubitzen eingesetzt. Der Angriff erfolgt jeweils in zwei oder drei Staffeln über eine Breite von bis zu 1100 Metern, die Staffeln folgen einander in Abständen von 300 bis 500 Metern. Im Manöver „Kaukasus“ im Winter 1976 wurde dieser Angriff mit einer Truppenstärke von 25000 Mann geprobt. Bezeichnet wurde er als „beweglich geführte Verteidigung“. Vorgesehen war eine „Partei West“ (blau) als Angreifer und eine „Partei Ost“ (rot) als Verteidiger. Das Manövergelände lag im Gebiet Tiflis-Eriwan-Kutaissi. „West“ stieß nach mehreren Umfassungsversuchen unter beiderseitigem Einsatz von Kampfflugzeugen in Ausnutzung der Manövrierfähigkeit und Geschwindigkeit seiner Panzerverbände überfallartig in die Tiefe der „Partei Ost“ vor und brachte deren Gefechtsformationen in Unordnung. Die eroberte Stellung wurde verteidigt und die Möglichkeit zum Nachrücken der folgenden Einheiten geschaffen. Kontinuierlich wurde so die Front vorgeschoben. Assoziiert man mit „Ost“ (rot) die UdSSR und mit „West“ (blau) die NATO-Truppen, stößt man bald an die Gebirgswände des Kaukasus. Dreht man die Sache um, ergibt sich der Sinn.

„Wenn eine Armee ohne Raum ins Manöver zieht“

z.hev. Die nationalsozialistische Bewegung „muß dann, ohne Rücksicht auf ‚Traditionen‘ und Vorurteile, den Mut finden, unser Volk und seine Kraft zu sammeln zum Vormarsch auf jener Straße, die aus der heutigen Beengtheit des Lebensraums dieses Volkes hinausführt zu neuem Grund und Boden und damit auch für immer von der Gefahr befreit, auf dieser Erde zu vergehen oder als Sklavenvolk die Dienste anderer besorgen zu müssen“, schrieb Hitler 1927 im Stammbuch des deutschen Finanzkapitals, in „Mein Kampf“. Am 21. August 1978 konnte man in der „Süddeutschen Zeitung“ unter der Überschrift „Wenn eine Armee ohne Raum ins Manöver zieht“ folgende Sätze lesen: „Streitkräfte mit steigender Technisierung und Motorisierung (sind) komplizierter und ‚sperriger‘ – bedürfen also immer dringender des weiträumigen Manövertests ... Übende Soldaten und erholungssuchende Bürger stoßen sich im Raum; und der ist *knapp* in der Bundesrepublik. Er wird durch Nutzung und Bebauung weiterer Flächen sogar von Jahr zu Jahr knapper.“

Leichtfertiges Geschwätz eines einsamen Redakteurs der „Süddeutschen“? Mitnichten! Der Artikel wurde geschrieben zur propagandistischen Vorbereitung des NATO-Herbstmanövers „Blaue Donau“, das mit 46000 Mann, 12000 Rad- und 2600 Kettenfahrzeugen, einkalkuliertem Flurschaden von 7 Millionen DM und Gesamtkosten von 22 Millionen von der Bundeswehr zusammen mit kanadischen und US-Truppen vor allem im Gebiet der Fränkischen Alb durchgezogen werden soll. Zeit: 17. bis 22. September. Generalleutnant Carl-Gero von Ilsemann, kommandierender General des 2. Korps, der die Leitung des Manövers innehat, erinnert an die vielfältigen Kämpfe der Zivilbevölkerung, vor allem der Bauern, gegen die Manöverschäden, und lanciert einen Ausweg aus diesem Dilemma: „Wir sind an der Grenze des Zumutbaren für die Zivilbevölkerung angelangt.“ Vor allem sieht er diese Grenze für die Bundeswehr, denn 40 bis 50% des Manöverterritoriums seien für die Kettenfahrzeuge gesperrt, ein untragbarer Zustand. Wo doch das Manöver „eine Schule der Beweglichkeit“ sein und „beweglich, weiträumig und mit kleinen Elementen“ geübt werden soll.

Was fürs Manöver gilt – noch viel mehr gilt's im Krieg. Der Oberstleutnant im Generalstab Michael Herzog beklagt in der neuesten Ausgabe der „Truppenpraxis“ (8/78) die „ungünstige handtuchartige Form, wechselnde Topographie und die geringe Tiefe im Sinne operativer Bewegungsfreiheit“ Westdeutschlands. Selbst bei allervorderster Vorneverteidigung an den Grenzen der Bundesrepublik liege „der Rhein nur etwa 150 Kilometer von der Grenze zur DDR“, da sei es schwierig, eine „Verteidigung aufzubauen und sicherzustellen“.

Schleichend wie ein räudiger Hund nähert sich die Führung der Bundeswehr der ideologischen Begründung für Expansion und Aggression, die Adolf Hitler militärisch knapp und für Imperialisten vollkommen einleuchtend gegeben hat: „den Boden in Einklang zu bringen mit der Volkszahl“. „Volk ohne Raum“. Die Raumexperten rechnen kühn, davon kann man ausgehen. Wo die Grenzen der „Vorneverteidigung“ liegen, kann nur der ermessen, der die geschichtlich verbriefte Habgier deutscher Imperialisten einkalkuliert.

„Berlin-Stammheim“: Westberlins Justizsenator plant Sondergefängnisse für politische Gefangene

r.jro. Westberlin. Noch am 16.8. erklärte Justizsenator Meyer, es werde „kein zweites Stammheim in Berlin“ geben. Was wir aber schon in der KVZ 34/78 berichteten, hat jetzt nach langem Hin und Her auch der Senator herausgelassen: „Stammheim“ wird hier nicht auf freiem Feld errichtet, sondern als „Hochsicherheitsbereich“ innerhalb der Moabiter Gefängnismauern. Noch in diesem Jahr soll für sechs Millionen DM der Umbau eines ganzen Flügels, eines „Gefängnisses innerhalb des Gefängnisses“ (Berliner Morgenpost, 25.8.), beginnen. Zur Zeit sind 21 politische Gefangene in Westberlin inhaftiert. In dem neuen Flügel werden aber 30 Einzelzellen „eingerichtet“. Nimmt man die Planung für entsprechende Trakts in der neuen Frauenhaftanstalt sowie in Tegel hinzu, bekommt man einen Eindruck, welches Werk die bürgerliche Klassenjustiz in der nächsten Zeit verrichten soll. Wände und Böden der neuen Zellen sollen nicht einritzbar sein, also wohl aus Stahl. Sogar die sanitären Anlagen sollen ständiger Überwachung unterliegen. Spezielle Gitter werden in die Fenster eingebaut, um den Kontakt zur Außenwelt restlos zu unterbinden. Bei der Angeklagten im Agit-Drucker-Prozeß, Jutta Werth, war nach wenigen Wochen Isolationshaft im Moabiter Turm die Wahrnehmungsfähigkeit so zerstört, daß sie verhandlungsunfähig war. Was anderes als Vernichtung seiner Gegner kann der bürgerliche Staat mit diesen neuen Anstalten also vorhaben? Um dieses Werk auch perfekt verrichten zu können, wird jetzt bereits die Ausbildung für über 30 Beamte einer „speziellen Sicherungsgruppe“ begonnen. Psychologisch ausgebildet und in Vernehmungstechnik geschult sollen sie in Westberliner Haftanstalten „nach eventuellen Sicherheitsrisiken suchen“. Das ist genau die „GSG 9 von Haftanstaltsbeamten“, deren Aufbau Meyer so heftig abstritt. „Trübe Stammheimer Erfahrungen“ habe man „ausreichend berücksichtigt“, so der Justizsenator. Vor allem wohl die Erfahrung, daß man solch ein Vernichtungswerk doch besser im Stillen und hinter den dicken Moabiter Gefängnismauern verrichtet.

Israelische Reservisten wollen nicht Besatzer sein

Freiburg. Meldung der BZ vom 23. August: „100 israelische Reservisten haben Ministerpräsident Begin mitgeteilt, daß sie die israelischen Siedlungen in den besetzten arabischen Gebieten nicht sichern würden.“

Schäden durch Manöver der US-Besatzertruppen

Lingen. Am 29. August meldet die „Lingener Tagespost“, daß nach einer Nebelkerzenübung beim Manövereinsatz im Landkreis Amberg/Sulzbach, Bayern freigesetzte Stoffe wie Schwefel-, Phosphor-, Chlor- und Zinkverbindungen der Vegetation erheblichen Schaden zugefügt hätten. „Diese aus Nebelkerzen und Sig-

geführt werden.

Neben den im Militärbezirk Transkaukasien stationierten Einheiten werden russische Truppen zu Wasser und zur Luft unter Umgehung des militärisch schwer passierbaren Kaukasushochkammes in den Sowjetrepubliken Georgien, Armenien und Aserbaidschan angelandet. Nebenbei ein liebevoller Gruß an die georgischen, armenischen und aserbaidschanischen Volksmassen, die gegen die nationale Unterdrückung durch die großrussischen Chauvinisten einen zähen Kampf führen.

Über eine Breite von etwa 350 Kilometern wird der Vorstoß gegen die Türkei geprobt. Ein Manöver, das der Türkei nebenbei demonstrieren soll, was passieren kann, wenn sie das freundliche Angebot eines Militärabkommens mit der sozialimperialistischen Supermacht verschmäht.

Ein Manöver aber auch, das – einzeln betrachtet – unvollständig ist. Im Zusammenhang mit den Militäroperationen der UdSSR an der Südostflanke Europas als Ganzes rundet sich das Bild ab. In „unauffälligen“ zeitlichen Abständen führen die Sozialimperialisten Manöver beiderseits des Schwarzen Meeres durch. Winter 1976 wurde das erste Manöver „Kaukasus“ angemeldet, Frühjahr 1977 ein Manöver im Großraum Odessa, Sommer 1977 das Manöver „Karpaten“. Alle drei zusammengefaßt, zeichnet sich der Aufmarschplan der Sozialimperialisten für

sowjetischen Schwarzmeerflotte auf dem Vormarsch zum Bosporus. Gleichzeitig deckt die Seekriegsflotte vom Wasser aus die Flanken der Landoperationen. Seekriegsflotten-

bung des Waffenembargos gegen die Türkei, mit der Wiederinbetriebnahme und Erweiterung ihrer Truppenstützpunkte, der stärkeren Einbeziehung der Türkei in die NATO-Ma-

UdSSR und mit „West“ (blau) die NATO-Truppen, stößt man bald an die Gebirgswände des Kaukasus. Dreht man die Sache um, ergibt sich der Sinn.

„Wenn eine Armee ohne Raum ins Manöver zieht“

z.hev. Die nationalsozialistische Bewegung „muß dann, ohne Rücksicht auf ‚Traditionen‘ und Vorurteile, den Mut finden, unser Volk und seine Kraft zu sammeln zum Vormarsch auf jener Straße, die aus der heutigen Beengtheit des Lebensraums dieses Volkes hinausführt zu neuem Grund und Boden und damit auch für immer von der Gefahr befreit, auf dieser Erde zu vergehen oder als Sklavenvolk die Dienste anderer besorgen zu müssen“, schrieb Hitler 1927 im Stammbuch des deutschen Finanzkapitals, in „Mein Kampf“. Am 21. August 1978 konnte man in der „Süddeutschen Zeitung“ unter der Überschrift „Wenn eine Armee ohne Raum ins Manöver zieht“ folgende Sätze lesen: „Streitkräfte mit steigender Technisierung und Motorisierung (sind) komplizierter und ‚sperriger‘ – bedürfen also immer dringender des weiträumigen Manövertests ... Übende Soldaten und erholungssuchende Bürger stoßen sich im Raum; und der ist knapp in der Bundesrepublik. Er wird durch Nutzung und Bebauung weiterer Flächen sogar von Jahr zu Jahr knapper.“

Leichtfertiges Geschwätz eines einsamen Redakteurs der „Süddeutschen“? Mitnichten! Der Artikel wurde geschrieben zur propagandistischen Vorbereitung des NATO-Herbstmanövers „Blaue Donau“, das mit 46000 Mann, 12000 Rad- und 2600 Kettenfahrzeugen, einkalkuliertem Flurschaden von 7 Millionen DM und Gesamtkosten von 22 Millionen von der Bundeswehr zusammen mit kanadischen und US-Truppen vor allem im Gebiet der Fränkischen Alb durchgezogen werden soll. Zeit: 17. bis 22. September. Generalleutnant Carl-Gero von Ilsemann, kommandierender General des 2. Korps, der die Leitung des Manövers innehat, erinnert an die vielfältigen Kämpfe der Zivilbevölkerung, vor allem der Bauern, gegen die Manöverschäden, und lanciert einen Ausweg aus diesem Dilemma: „Wir sind an der Grenze des Zumutbaren für die Zivilbevölkerung angelangt.“ Vor allem sieht er diese Grenze für die Bundeswehr, denn 40 bis 50% des Manöverterritoriums seien für die Kettenfahrzeuge gesperrt, ein untragbarer Zustand. Wo doch das Manöver „eine Schule der Beweglichkeit“ sein und „beweglich, weiträumig und mit kleinen Elementen“ geübt werden soll.

Was fürs Manöver gilt – noch viel mehr gilt's im Krieg. Der Oberstleutnant im Generalstab Michael Herzog beklagt in der neuesten Ausgabe der „Truppenpraxis“ (8/78) die „ungünstige handtuchartige Form, wechselnde Topographie und die geringe Tiefe im Sinne operativer Bewegungsfreiheit“ Westdeutschlands. Selbst bei allervorderster Vorneverteidigung an den Grenzen der Bundesrepublik liege „der Rhein nur etwa 150 Kilometer von der Grenze zur DDR“, da sei es schwierig, eine „Verteidigung aufzubauen und sicherzustellen“.

Schleichend wie ein räudiger Hund nähert sich die Führung der Bundeswehr der ideologischen Begründung für Expansion und Aggression, die Adolf Hitler militärisch knapp und für Imperialisten vollkommen einleuchtend gegeben hat: „den Boden in Einklang zu bringen mit der Volkszahl“. „Volk ohne Raum“. Die Raumexperten rechnen kühn, davon kann man ausgehen. Wo die Grenzen der „Vorneverteidigung“ liegen, kann nur der ermessen, der die geschichtlich verbriefte Habgier deutscher Imperialisten einkalkuliert.

Werk auch perfekt verrichten zu können, wird jetzt bereits die Ausbildung für über 30 Beamte einer „speziellen Sicherungsgruppe“ begonnen. Psychologisch ausgebildet und in Vernehmungstechnik geschult sollen sie in Westberliner Haftanstalten „nach eventuellen Sicherheitsrisiken suchen“. Das ist genau die „GSG 9 von Haftanstaltsbeamten“, deren Aufbau Meyer so heftig abstritt. „Trübe Stammheimer Erfahrungen“ habe man „ausreichend berücksichtigt“, so der Justizsenator. Vor allem wohl die Erfahrung, daß man solch ein Vernichtungswerk doch besser im Stillen und hinter den dicken Moabiter Gefängnismauern verrichtet.

Israelische Reservisten wollen nicht Besatzer sein

Freiburg. Meldung der BZ vom 23. August: „100 israelische Reservisten haben Ministerpräsident Begin mitgeteilt, daß sie die israelischen Siedlungen in den besetzten arabischen Gebieten nicht sichern würden.“

Schäden durch Manöver der US-Besatzertruppen

Lingen. Am 29. August meldet die „Lingener Tagespost“, daß nach einer Nebelkerzenübung beim Manövereinsatz im Landkreis Amberg/Sulzbach, Bayern freigesetzte Stoffe wie Schwefel-, Phosphor-, Chlor- und Zinkverbindungen der Vegetation erheblichen Schaden zugefügt hätten. „Diese aus Nebelkerzen und Sig-

nalpatronen freigewordenen Stoffe seien bei der aufgetretenen Konzentration jedoch nicht für Menschen und Tiere gefährlich. Mitte vergangener Woche hatten vermutlich amerikanische Streitkräfte mit Nebelkerzen im Gebiet von Kemnath auf etwa 15 Quadratkilometern vor allem an Rübenfeldern und Nadelbäumen schwere Schäden angerichtet.“ (Lingener Tagespost) Ob's Nebelkerzen waren, sei dahingestellt, man erinnert sich bei dieser Meldung sofort der US-amerikanischen Vernichtungsangriffe in Vietnam, bei denen die „Konzentration der freigewordenen Stoffe“ nicht nur für Rübenfelder und Nadelbäume gefährlich war.

US-Manövervorbereitung: „Soldat auf den Bauernhof“

Frankfurt. Vom Dienst freigestellt werden US-Soldaten im Raum Fulda, wenn sie sich zum Einsatz auf einem Bauernhof melden, berichtet das Besatzerblättchen „Stars and Stripes“ und preist das gesunde Leben und das gute Essen bei den Bauernfamilien. Mit Hilfe der deutschen Behörden hat die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit beim 11. US-Panzerregiment Bauern gesucht, die Soldaten zum Ernteeinsatz nehmen wollten. Obwohl kostenlose Arbeitskraft ziemlich selten zu haben ist, und zumal während der Ernte, haben sich ganze zehn Bauern gemeldet, darunter der Vorsitzende des Bauernverbandes aus Bimbach, der das Geschäft mit Erntehilfe durch Besatzer schon zehn Jahre lang betreibt. Die Bauern sind auch mit diesem Manöver nicht dafür zu gewinnen, sich durch das geplante Herbstmanöver die Felder von den US-Besatzern plattwalzen zu lassen und dann auch noch gut Freund mit ihnen zu sein.

Die Bundespost wird kriegsfähig gemacht

r.roh. Die Post hat für die Bourgeoisie strategische Bedeutung als Instrument zur Zentralisierung des Staatsapparates und der imperialistischen Wirtschaft. Sie ist ohne die Nachrichtenerfassung und Übermittlung nicht möglich. Diese Bedeutung der Post wächst noch im imperialistischen Krieg. Hier hat sie zusätzlich die Aufgabe der Verbindung der Front mit dem Hinterland der Bourgeoisie. Am 13.8. hat das Bundespostministerium drei Verordnungen erlassen, die die Bundespost kriegsfähig machen sollen. Alle drei Verordnungen sind daher auch mit dem Wirtschafts- und Verteidigungsministerium abgestimmt worden. Sie sind Teil der Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Bourgeoisie.

Danach wird als erstes wieder eine Feldpost eingerichtet. Sie dienst „zur Aufrechterhaltung der Postversorgung der Bundeswehr und der ihr versorgungsmäßig angegliederten Organisationen im Bereitschafts-, Spannungs- oder Verteidigungsfall.“ Da die westdeutsche Bourgeoisie den „Verteidigungsfall“ möglichst außerhalb der Grenzen der BRD stattfinden lassen möchte, auf jeden Fall aber dem imperialistischen Gegener nachsetzen will, braucht sie die Feldpost; denn natürlich wird das Land, in das die Bundeswehr eingefallen ist, nicht deren Post befördern bzw. würden wichtige Nachrichten in die Hände des Feindes geraten. Das gleiche gilt für den „Spannungsfall“, mit dem ja nichts anderes



„Deutscher Wille unter flatternden Fahnen – Feldpost im Weltkrieg“ heißt das Buch, dem dieses Bild entnommen ist. Es ist nach dem ersten Weltkrieg mit Unterstützung des Reichspostministeriums herausgegeben worden. Geändert haben sich die Bedingungen, unter denen die imperialistische Bourgeoisie den nächsten imperialistischen Krieg vorbereitet, die Ziele und selbst die Mittel nicht.

als die Niederschlagung von Aufständen der Volksmassen gemeint ist. Hier ist für die westdeutsche Bourgeoisie selbst die BRD Feindesland, und auch da braucht sie die Feldpost.

Wichtig ist außerdem die Postversorgung aus dem Hinterland für die Bundeswehr aus propagandistischen Gründen. Allerdings steckt die Bourgeoisie auch hierbei in der Zwickmühle: Einerseits braucht sie die Postverbindung der Soldaten mit ihren Familien, andererseits kann sie sich weder der Soldaten noch der Volksmassen sicher sein, ob diese nicht die Postverbindungen für die Durchsetzung ihrer Interessen nutzen werden; nämlich für die Entmachtung der Bourgeoisie und für die Beendigung des Krieges. Deshalb ist in der Feldpostverordnung gleich mitverordnet: „Der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen kann in Einzelfällen die Zulassung von Feldpostsendungen in Anpassung an die jeweiligen Verhältnisse einschränken oder erweitern.“ Diese Befugnis haben auch der Verteidigungsminister, die Präsidenten der Oberpostdirektionen und die Amtsvorsteher der Postämter.

Dies ist überhaupt das Wesen aller drei Verordnungen: die Einschränkung und Kontrolle der Postversorgung für die Massen bei gleichzeitiger Sicherstellung des Postverkehrs für die kriegführende Bourgeoisie. Mit diesen Gesetzen versucht die Bourgeoisie Lehren aus den beiden verlorenen imperialistischen Kriegen zu ziehen: „Die beiden Weltkriege hatten auch auf den Postverkehr starke Auswirkungen. Im ersten Weltkrieg resultierten sie zumeist nur aus Erschwernissen, die sich aus der Berufung vieler Beamten, aus der zunehmenden Zahl von Feldpostbriefen, Frontpäckchen und -paketen sowie aus der schlechten Ernährung ergaben. Im zweiten Weltkrieg kamen noch die unmittelbaren Feldeinwirkungen hinzu“, schreibt die Hamburger Oberpostdirektion in einer Propagandabroschüre anläßlich ihres hundertjährigen Bestehens. Um solche Schwierigkeiten möglichst von vornherein abzubiegen, hat das Bundespostministerium gleich noch die „Verordnung zur Einschränkung des Postverkehrs“ und die „Verordnung über die Zulassung von Dienstpostsendungen“ mitverabschiedet. Ob dies der Bourgeoisie was nützen wird, ist allerdings sehr die Frage. Nach wie vor ist jeder Krieg, den die westdeutsche Bourgeoisie führt, ein imperialistischer Krieg und gegen die Interessen der Volksmassen gerichtet. Und außerdem, wer die Verbindungen für die Bourgeoisie herstellen muß, kann das auch in seinem eigenen Interesse tun.

Ölmonopole mit '77 zufrieden, aber ... die OPEC

z.hah. An die vorderste Stelle ihrer Jahresübersicht '77 rücken die acht größten imperialistischen Ölmonpole (Shell, Exxon, Gulf, Mobil, Socal, Amoco, Texaco und BP) die Mitteilung, daß mit Inbetriebnahme der Trans-Alaska-Pipeline sowie gesteigerter Ölproduktion in der Nordsee und von Mexiko die OPEC-Staaten gezwungen waren, 1977 nur ein Prozent mehr Erdöl als 1976 zu produzieren, ihre Einnahmen darunter leiden und der Spaltungsdruck auf ihre Einheit damit wächst. Nach ihren eigenen Angaben ist der Gewinn der Monopole von 9,732 Mrd. Dollar auf 10,073 Mrd. Dollar gestiegen, Shell mit einem Zuwachs von neun Prozent an der Spitze. Standard Oil of California und Amoco haben aufgrund der Preissteigerungen in den USA die Gewinne um 14 bzw. 16% gesteigert. Einig sind sie sich im Klagelied über die ungewisse Zukunft. Die Investitionskosten für Ölerschließung und -förderung in der Nordsee und in den Vereinigten Staaten sind ihnen zu hoch: der Chef der Royal Shell stellt fest, daß die Förderkosten in der Nordsee pro Barrel Tagesproduktion 10000 Dollar erreicht haben, und erinnert an die Zeiten, wo dasselbe für 500 Dollar im Nahen Osten Anfang der siebziger Jahre zu haben war. Über die Projekte, Öl aus Teersand in Kanada zu gewinnen, stellt der zuständige Konzern BP fest, daß wegen des hohen Aufwandes „kein zufriedenstellender Rückfluß“ zu erwarten sei. Folgerung der Profitjäger: nötig ist der „Zugang zu großen Volumen Öls zu Niedrigpreisen“.

Da Costas Programm: „Politik der Einschränkungen“

z.and.Rom. Sein Regierungsprogramm werde Gedanken des Programms der im Juli gefeuerten Regierung Soares aufnehmen, hat der neue portugiesische Regierungschef Nobre da Costa verkündet. Es werde allerdings auch Änderungen geben. Vor allem gehe es darum, den „mit dem internationalen Währungsfonds ausgehandelten Richtlinien einer Sparpolitik zur Sanierung der Wirtschaft“ zu folgen. Senkung der Löhne, vollständige Entrechtung der Arbeiterklasse, das war die Politik von Mario Soares, um das Land weiterer Ausplünderung durch die Imperialisten zu öffnen. Das Defizit der Handelsbilanz lag im ersten Halbjahr 1978 um 35 Prozent höher als im Vorjahr. Die „Änderungen“ da Costas bestehen in brutaler Durchführung der von der Regierung Soares vorbereiteten Maßnahmen. Das „Gesetz zur Landreform“ soll angewandt werden, mit „Krediterleichterungen“ für die Landwirtschaft zur Förderung der wiedereingesetzten Großgrundbesitzer. Soweit ihnen das Land durch die „Landreform“ nicht ganz wieder genommen wird, sollen die Kleinbauern durch drückende Verschuldung von ihren Höfen vertrieben werden. Der den Revisionisten nahestehende künftige Außenminister Correia Gago hat die Aufgabe, „seine Beziehungen zu nutzen“, um die „Beziehungen zu den portugiesisch-sprachigen Ländern Afrikas, vor allem Angola und Mo-

Da Costas Programm: „Politik der Einschränkungen“

z.and.Rom. Sein Regierungsprogramm werde Gedanken des Programms der im Juli gefeuerten Regierung Soares aufnehmen, hat der neue portugiesische Regierungschef Nobre da Costa verkündet. Es werde allerdings auch Änderungen geben. Vor allem gehe es darum, den „mit dem internationalen Währungsfonds ausgehandelten Richtlinien einer Sparpolitik zur Sanierung der Wirtschaft“ zu folgen. Senkung der Löhne, vollständige Entrechtung der Arbeiterklasse, das war die Politik von Mario Soares, um das Land weiterer Ausplünderung durch die Imperialisten zu öffnen. Das Defizit der Handelsbilanz lag im ersten Halbjahr 1978 um 35 Prozent höher als im Vorjahr. Die „Änderungen“ da Costas bestehen in brutaler Durchführung der von der Regierung Soares vorbereiteten Maßnahmen. Das „Gesetz zur Landreform“ soll angewandt werden, mit „Krediterleichterungen“ für die Landwirtschaft zur Förderung der wiedereingesetzten Großgrundbesitzer. Soweit ihnen das Land durch die „Landreform“ nicht ganz wieder genommen wird, sollen die Kleinbauern durch drückende Verschuldung von ihren Höfen vertrieben werden. Der den Revisionisten nahestehende künftige Außenminister Correia Gago hat die Aufgabe, „seine Beziehungen zu nutzen“, um die „Beziehungen zu den portugiesisch-sprachigen Ländern Afrikas, vor allem Angola und Mozambique“, zu verbessern. Erneute Einmischung und neokoloniale Ausbeutung in Afrika ist vorgesehen.

Geltende Tarifverträge für nichtig erklärt

z.ulg.Rom. Erst jetzt ist aufgekommen, daß der Arbeitsausschuß der italienischen Abgeordnetenkammer Ende Juli einen Gesetzentwurf verabschiedet hat, in dem für Millionen Lohnabhängige geltende Tarifverträge für nichtig erklärt werden. Der Gesetzentwurf des italienischen Ehrenberg, Arbeitsminister Scotti, bedarf noch der Zustimmung des Senats. Die in Italien üblichen Alterszuschläge sowie „jeder andere Bestandteil der Entlohnung“ dürfen danach nur noch auf den Grundlohn berechnet werden. Wegen der im Laufe der Jahre angesammelten Inflationszuschläge macht der Grundlohn nur etwa die Hälfte des Lohns aus, die Zulagen nach der „gleitenden Lohnskala“ wachsen mindestens dreimal so schnell wie der tarifliche Grundlohn. Nach dem neuen Gesetz würden daher z.B. die Zuschläge für Überstunden- und Nachtarbeit auf die Hälfte gekürzt und die Mindestlöhne für Akkordarbeiter nicht mehr nach der „Lohnskala“ erhöht. Die drei Gewerkschaftsbünde fordern die sofortige Rücknahme des Entwurfs. Die Revisionisten, die dem Gesetz zugestimmt haben, bezeichnen die Forderung der Gewerkschaften als „übertrieben“. Das Parlament habe das „Recht, sogar die Pflicht, diese Angelegenheit zu regeln“. Ein Bundessekretär des größten Gewerkschaftsbundes CGIL hat demgegenüber das Recht der Arbeiter unterstrichen, derlei Parlamentsbeschlüsse notfalls mit Generalstreik zu Fall zu bringen.

Der Kampf um das „Tor des Mittleren Ostens“

Hektische Kriegsvorbereitungen der Imperialisten gegen den Libanon

z.and.Rom. Ende August starteten die Zionisten erneut Luftangriffe auf Lager der Palästinenser im Libanon in der Nähe von Beirut. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ berichtete, daß „die Düsenjäger sofort heftiges Flak-Feuer sowohl aus den Stützpunkten wie von den syrischen Einheiten in Beirut auf sich zogen“. Dem Ziel, den Libanon unter ihre Kontrolle zu bringen und den Kampf des palästinensischen Volkes unter Führung der PLO zu vernichten, sind die Zionisten keinen Schritt nähergekommen. Im Gegenteil kontrolliert die wiederaufgebaute libanesische Armee mit Unterstützung der arabischen Friedensstreitmacht inzwischen den größten Teil des Landes. Im Süden ist sie bis auf 30 Kilometer an die israelische Grenze herangekommen, ebenso konnte sie ein Drittel des Hinterlandes von Beirut den reaktionären Milizen entreißen. Im Norden hat die libanesische Armee die meisten strategisch wichtigen Berge und Transportwege erobert.

Die Imperialisten wollen sich wieder den Zugriff auf den Libanon, ihren früheren „Bankplatz“, und den Hafen von Beirut verschaffen, um den Weg frei zu haben in die anderen arabischen Länder des Nahen Ostens. 70 Prozent des Warenexports in die arabische Welt gingen über den Beiruter Hafen. Bevor er nach dem mißglückten Kommandounternehmen der Zionisten im Frühjahr dieses Jahres geschlossen wurde. Jetzt sei er wieder eröffnet worden, heißt es, doch bedauernd stellt der ZDF-Berichterstatter fest, daß immer noch ein ausgebrannter Frachter das einzige Schiff im Hafen ist. „Wenn demnächst die Kämpfe wieder aufflackern, wird das Tor zum Mittleren Osten erneut seine Tore schließen müssen.“ (ZDF, 23.8.78) Die Imperialisten und Zionisten hatten gehofft, die Vernichtung der Palästinenser im Libanon und die Zerstückelung des Landes durch die reaktionären Milizen erledigen lassen zu können, die sie mit Waffen und Munition versorgen. Die Rechnung ist nicht aufgegangen. Um so hektischer betreiben sie jetzt die Vorbereitungen für erneute direkte militärische Intervention.

Die US- und die kanadische Botschaft haben ihre Staatsbürger bereits vor einem Monat aufgefordert, den Libanon zu verlassen, wenn sie keine „dringenden Geschäfte“ dort zu erledigen haben. Der „Daily American“



Streikberatung palästinensischer Arbeiter in den von den Zionisten besetzten Gebieten. Die wirtschaftlichen Kämpfe der palästinensischen Arbeiter verbinden sich mit dem Kampf des Volkes um die Befreiung ihres Landes.

erinnert bei dieser Gelegenheit: „Im Sommer 1976 ... schickte die US-Regierung Kriegsschiffe, um Amerikaner aus Beirut zu evakuieren.“ Zur Zeit sollen sich 1500 bis 2000 US-Amerikaner in Libanon aufhalten, allemal eine ausreichende Zahl, um die Marineinfanterie als „Schutztruppe“ einzusetzen. Das US-Repräsentantenhaus hat Syrien ein Hilfsprogramm über 90 Millionen Dollar gestrichen, aufgrund der „Angriffe auf wehrlose Zivilisten im Libanon“. Beamte des amerikanischen Außenministeriums haben erklärt, Pressemeldungen träfen zu, nach denen die USA eventuell auf dem „Gipfel“ in Camp David die Entsendung von US-Truppen auf die Westbank und die Errichtung einer US-Luftwaffenbasis auf dem Sinai zur „Garantie“ eines Friedensabkommens vorschlagen könnten. An Israel sollen für rund 15 Milliarden Dollar Waffen geliefert werden.

Der israelische Außenminister Dayan hat vor kurzem die „vier Prinzipien“ der israelischen Außenpolitik gegenüber dem Libanon erläutert (Neue Zürcher Zeitung, 19.8.78). Erstens müsse Syrien daran gehindert werden, „aus dem Libanon eine neue Front gegen Israel zu machen“, mit anderen Worten, alles muß getan werden, um Spaltung zwischen den Libanon und die anderen arabischen Länder zu treiben, damit sich keine einheitliche arabische Front gegen den Zionistenstaat bildet. Das zweite und das dritte Prinzip sind erklärtermaßen Vorwände für Intervention: die „Vernichtung der christlichen Minderheit im Libanon“ zu verhindern und die palästinensischen „Terroristen“ daran zu hindern, in den Südlibanon zurückzukehren. Die Falangisten bereiten zur Zeit eine offizielle Kriegserklärung vor, um die Zionisten alsdann offen zur Intervention aufzufordern. Das vierte Prinzip ist, „eine Kontrolle Syriens über die israelisch-libanesische Grenze zu verhindern“. Eine „offizielle Quelle“ in Israel hat die auf die Grenze zurückende libanesische Armee bereits als „syrische Streitmacht in libanesischer Verkleidung“ bezeichnet. Die faschistischen Milizen hatten die UNO-Truppen zuvor aufgefordert, das Grenzgebiet zu verlassen, damit sie die libanesische Armee ungehindert beschießen könnten. Die französischen „Friedenstruppen“ halten sich aber weiter an der Grenze bereit, um im Ernstfall auf der „richtigen“ Seite eingreifen zu können, und haben sich deshalb „natürlich geweigert“. Der von den Imperialisten als „Mann des Friedens“ und „Freund Sadats“ hochgepriesene israelische Kriegsminister Weizmann hat erklärt, Israel habe „das Recht, seine Sicherheit durch vorgeschobene Posten außerhalb seiner Grenzen zu sichern, selbst in Friedenszeiten“. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.8.78)

Während fieberhaft der Krieg vorbereitet wird, zeigt die zionistische Siedlergesellschaft im Innern deutliche Risse. Ein US-amerikanischer Untersuchungsbericht über die Landwirtschaft spricht von „Stagnation“ und sogar von „Rückschritten“. Die Wasserpreise sind in den letzten Jahren so gestiegen, daß die Bauern die Bewässerung des Landes nicht mehr bezahlen können. 100 israelische Reservisten haben in einem Brief an Begin erklärt, sie würden sich weigern, bei Reserveübungen jüdische Siedlungen im Westjordanland und im Gazastreifen zu bewachen.

Im Libanon haben sich am letzten Dienstag der ehemalige Präsident Frangie, der Führer der nationalen fortschrittlichen Bewegung Walis Dschumblatt und der ehemalige Ministerpräsident Karameh, die im libanesischen Bürgerkrieg 1976 gegeneinander gekämpft hatten, getroffen, um zu beraten, wie zur Verteidigung der Unabhängigkeit des Landes die von den Imperialisten und Israel ausgehaltenen Faschisten isoliert werden können. Die Einheit der arabischen Staaten wächst. Syrien und die PLO haben ihre Bereitschaft zu einer Konferenz mit dem Irak gegeben, was den Versuchen der Sozialimperialisten entgegenarbeitet, einen Spaltkeil zwischen die arabischen Länder zu treiben. Ägypten hat erklärt, Sadat werde auf dem Treffen in Camp David im Einklang mit den Forderungen aller arabischen Staaten ein Papier vorlegen, das „sich mit dem Rückzug Israels aus den besetzten arabischen Gebieten und den legitimen Rechten des palästinensischen Volkes einschließlich des Rechts auf Selbstbestimmung befaßt.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.9.78) Nach einem Gespräch mit dem libanesischen Außenminister sagte der syrische Präsident Assad auf die Frage, ob Israel Militär im Libanon einsetzen wolle: „Wollen Sie mir erzählen, der Libanon wäre ein israelisches Protektorat geworden?“ Syrien werde Israel auf dem Schlachtfeld entgegentreten, wenn der Siedlerstaat irgendeine Form der militärischen Intervention unternehmen werde.

Der Präsident des Exekutivkomitees der PLO Arafat hat in einem Interview mit der italienischen Zeitung „Unita“ erklärt: „Es gibt ein Komplott im Libanon, um uns von neuem in einen Konflikt zu stürzen. An diesem Komplott sind beteiligt die berühmten libanesischen ‚Isolationisten‘ (die faschistischen Milizen, Red.), sind beteiligt – auch direkt – die Israelis, und auch der amerikanische CIA hat die Hand im Spiel. Wir haben mehr als einmal erklärt, daß wir für Stabilität im Libanon sind, für die Einheit des Libanon, für die Legalität im Libanon, für den arabischen Charakter des Libanon.“

Südafrikanischer Wirtschaftsminister bietet Reichtümer Azanias feil

Aufforderung an die Imperialisten zur Intervention

z.hah. „Eine der hervorstechendsten Eigenschaften der südafrikanischen Wirtschaft ist ihre Offenheit für den internationalen Handel und internationale Investitionen“ – so leitet der Wirtschaftsminister des südafrikanischen Kolonialregimes, J.C. Heunis, seinen

darf nicht gefährdet werden: „Weltweite wirtschaftliche Zerrüttung würde das Ergebnis sein, wenn Südafrika ernsthaft in seiner Rolle als ein Hauptlieferant von Rohstoffen für die Industrieländer gefährdet würde.“ Die Angaben der Tabelle zeigen, daß die



beweisen, wie sich die Handvoll imperialistischer Mächte über die von der Dritten Welt durchgesetzten UNO-Beschlüsse gegen das Kolonialregime hinwegsetzt: „60% seines Exports gehen an seine sechs Haupthandelspartner, Großbritannien (1976 22,0%),

sten im Frühjahr dieses Jahres geschlossen wurde. Jetzt sei er wieder eröffnet worden, heißt es, doch bedauernd stellt der ZDF-Berichterstatter fest, daß immer noch ein ausgebrannter Frachter das einzige Schiff im Hafen ist. „Wenn demnächst die Kämpfe wieder aufflackern, wird das Tor zum Mittleren Osten erneut seine Tore schließen müssen.“ (ZDF, 23.8.78) Die Imperialisten und Zionisten hatten gehofft, die Vernichtung der Palästinenser im Libanon und die Zerstückelung des Landes durch die reaktionären Milizen erledigen lassen zu können, die sie mit Waffen und Munition versorgen. Die Rechnung ist nicht aufgegangen. Um so hektischer betreiben sie jetzt die Vorbereitungen für erneute direkte militärische Intervention.

Die US- und die kanadische Botschaft haben ihre Staatsbürger bereits

kaner in Libanon aufhalten, allemal eine ausreichende Zahl, um die Marineinfanterie als „Schutztruppe“ einzusetzen. Das US-Repräsentantenhaus hat Syrien ein Hilfsprogramm über 90 Millionen Dollar gestrichen, aufgrund der „Angriffe auf wehrlose Zivilisten im Libanon“. Beamte des amerikanischen Außenministeriums haben erklärt, Pressemeldungen träfen zu, nach denen die USA eventuell auf dem „Gipfel“ in Camp David die Entsendung von US-Truppen auf die Westbank und die Errichtung einer US-Luftwaffenbasis auf dem Sinai zur „Garantie“ eines Friedensabkommens vorschlagen könnten. An Israel sollen für rund 15 Milliarden Dollar Waffen geliefert werden.

Der israelische Außenminister Dayan hat vor kurzem die „vier Prinzipien“ der israelischen Außenpolitik gegenüber dem Libanon erläutert

deshalb „natürlich geweigert“. Der von den Imperialisten als „Mann des Friedens“ und „Freund Sadats“ hochgepriesene israelische Kriegsminister Weizmann hat erklärt, Israel habe „das Recht, seine Sicherheit durch vorgeschobene Posten außerhalb seiner Grenzen zu sichern, selbst in Friedenszeiten“. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.8.78)

Während fieberhaft der Krieg vorbereitet wird, zeigt die zionistische Siedlergesellschaft im Innern deutliche Risse. Ein US-amerikanischer Untersuchungsbericht über die Landwirtschaft spricht von „Stagnation“ und sogar von „Rückschritten“. Die Wasserpreise sind in den letzten Jahren so gestiegen, daß die Bauern die Bewässerung des Landes nicht mehr bezahlen können. 100 israelische Reservisten haben in einem Brief an Begin erklärt, sie würden sich weigern, bei Reserve-

„Wollen Sie mir erzählen, der Libanon wäre ein israelisches Protektorat geworden?“ Syrien werde Israel auf dem Schlachtfeld entgegentreten, wenn der Siedlerstaat irgendeine Form der militärischen Intervention unternehmen werde.

Der Präsident des Exekutivkomitees der PLO Arafat hat in einem Interview mit der italienischen Zeitung „Unita“ erklärt: „Es gibt ein Komplott im Libanon, um uns von neuem in einen Konflikt zu stürzen. An diesem Komplott sind beteiligt die berühmten libanesischen ‚Isolationisten‘ (die faschistischen Milizen, Red.), sind beteiligt – auch direkt – die Israelis, und auch der amerikanische CIA hat die Hand im Spiel. Wir haben mehr als einmal erklärt, daß wir für Stabilität im Libanon sind, für die Einheit des Libanon, für die Legalität im Libanon, für den arabischen Charakter des Libanon.“

Südafrikanischer Wirtschaftsminister bietet Reichtümer Azanias feil

Aufforderung an die Imperialisten zur Intervention

z.hah. „Eine der hervorstechendsten Eigenschaften der südafrikanischen Wirtschaft ist ihre Offenheit für den internationalen Handel und internationale Investitionen“ – so leitet der Wirtschaftsminister des südafrikanischen Kolonialregimes, J.C. Heunis, seinen Artikel „Südafrikas wirtschaftliche Aussichten in der internationalen Perspektive“ ein. Mit der Offenheit ist gemeint, daß das Kolonialregime Vorsters durch die Unterdrückung der Volksmassen Azanias den Imperialisten ungezügelte Ausbeutung der schwarzen Arbeiter und ebenso ungehinderte Ausplünderung der natürlichen Reichtümer Azanias garantiert. Was die „internationale Perspektive“ anbetrifft, sieht er das Regime durch „Druck von verschiedenen Quellen“ bedroht. Der Aufsatz ist im „West-Ost-Journal“ veröffentlicht, in dem sich führende Imperialisten und ihre Politiker äußern, von Amerongen bis Lambsdorff.

Der Kolonialbeamte preist zunächst den Reichtum Azanias, durch die „südafrikanische Entwicklungsstrategie“ dem Raub durch die Imperialisten zugänglich. Sie „basiert auf dem Export seiner Rohstoffe“. „Konsequent ist dies Land zu einem der Hauptversorger von Rohstoffen für die industrialisierten Länder der Welt geworden und beabsichtigt, zumindest seine relative Position auf dem gesamten Weltmarkt zu halten.“ Mit der Regierungspolitik des Vorster-Regimes werde den Imperialisten bestimmt nie widerfahren, was ihnen immer schmerzhafter die Nationen der Dritten Welt zufügen: „Die Regierungspolitik ist immer gegenüber der Gefahr sehr rücksichtsvoll gewesen, daß übermäßige Schutzmaßnahmen zum Nachteil des Exports gereichen würden, ebenso wie die Ersetzung von Importgütern (durch Aufbau einer eigenen Industrie) auf relativ unwichtige Güter begrenzt wurde.“

Die Verfügung über diese Rohstoffe darf nicht gefährdet werden: „Weltweite wirtschaftliche Zerrüttung würde das Ergebnis sein, wenn Südafrika ernsthaft in seiner Rolle als ein Hauptlieferant von Rohstoffen für die Industrieländer gefährdet würde.“ Die Angaben der Tabelle zeigen, daß die Imperialisten freiwillig nie auf die Verfügung über die strategisch entscheidenden Rohstoffe, durch das Kolonialjoch zu Billigstpreisen erhältlich, verzichten werden, ebenso wie die Ambitionen des Sozialimperialismus, nach Angola sich Zimbabwe und Azania zu unterwerfen, um Weltmonopolist bei diesen Rohstoffen zu werden:

	Anteil an bekannten Weltreserven	Anteil am Weltexport
Antimon		
Azania	5,0%	24,0%
VR China	62,0%	13,0%
Bolivien	7,0%	25,0%
Chrom		
Azania	81,0%	24,0%
Zimbabwe	15,0%	–
UdSSR	3,0%	23,0%
Platin		
Azania	75,0%	69,0%
UdSSR	15,0%	19,0%
Vanadium		
Azania	49,0%	68,0%
UdSSR	46,0%	23,0%

Was erst, wenn das Volk von Azania die Freiheit im bewaffneten Befreiungskampf errungen hat, über die Rohstoffe verfügt und mit ihnen eine selbständige nationale Produktion aufbaut: „Wohlüberlegt hat Südafrika darauf verzichtet, eine weiterverarbeitende Industrie aufzubauen. 1975 haben verarbeitete Produkte nach wie vor nur 20,5% des Exports ausgemacht – im Vergleich zu Brasilien oder Argentinien, die es bereits auf 55% gebracht haben.“ Angesichts der Nationalisierungsmaßnahmen der Staa-



Die blutrünstige Freude der südafrikanischen Kolonialisten an der billigen Ausbeutung afrikanischer Arbeitskraft verwandelt sich immer mehr in Furcht, unter die Spitzhacken der revolutionären Arbeiter Azanias zu geraten.

ten der Dritten Welt gegen die imperialistischen Monopole werde seine Regierung weiter „stabile wirtschaftliche und sozialpolitische Bedingungen garantieren“. Schließlich sei es angesichts der „Lebhaftigkeit“ der Rohstoffweltmarktpreise „niemals Südafrikas Haltung gewesen ..., irgendeine seiner wirtschaftlichen Ressourcen als Druckmittel für internationale politische Ziele einzusetzen“. Hinter den Versprechen spürt man die Panik der Imperialisten bei der Vorstellung, daß das befreite Azania die Front der Dritten Welt im Kampf um die Nutzung der eigenen Ressourcen, um angemessene Preise verstärkt.

Nützlich sind die Mitteilungen dieses Kettenhundes der Imperialisten, in welchem Umfang die imperialistischen Mächte Azania ausbeuten, Angaben, die den Behauptungen der Bundesregierung über „keine Beziehungen zu Südafrika“ ins Gesicht schlagen und beweisen, wie sich die Handvoll imperialistischer Mächte über die von der Dritten Welt durchgesetzten UNO-Beschlüsse gegen das Kolonialregime hinwegsetzt: „60% seines Exports gehen an seine sechs Haupthandelspartner, Großbritannien (1976 22,0%), Japan (11%), die Vereinigten Staaten (10,2%), Westdeutschland (10,7%) und Belgien und die Schweiz (4,3 bzw. 3,6%). Gleichermaßen werden mehr als 75% des Gesamtimports (ohne Öl und Waffen) ausschließlich von den sechs wichtigsten Industrieländern gestellt, den Vereinigten Staaten (21,4%), Westdeutschland (18,1%), Großbritannien (17,8%), Japan (10,3%), Frankreich und Italien (4,1 bzw. 3,7%). Südafrikas Export von Chromerz macht gegenwärtig 65% des Imports von Westdeutschland, 40 im Fall der Vereinigten Staaten, 76 bzw. 77% für Großbritannien und Japan aus.“

Schlußfolgerung von Heunis: „Politische Unsicherheiten“ seien nach Portugals „Rückzug“ aus Afrika entstanden, womit er schamhaft die Zerschlagung der portugiesischen Kolonialherrschaft durch den bewaffneten Befreiungskampf der Völker umschreibt. Deshalb erinnert er daran, daß nach dem Massaker von Sharpeville ein Zustrom ausländischen Kapitals eingetreten sei. Nachdem er so den Imperialisten die Bereitschaft des Kolonialregimes zu neuen Massakern gegen das Volk von Azania versichert hat, fordert er sie nachdrücklich zur Intervention auf: Es „muß das ernsthafte Ziel der internationalen Gemeinschaft sein, dies System auf einer gesunden Basis weiterzuentwickeln“. Die Gründe, die Heunis nennt, sind alle mächtige Triebkräfte des Befreiungskampfes des Volkes von Azania, Gründe, die Unterstützung seines gerechten Befreiungskampfes zu verstärken, um die Herrschaft des Imperialismus und dieser kolonialen Parasiten zu zerschlagen.

Korea: „Unsere Nation ist eine einheitliche Nation“

z.hek. „Der Schoß der Erde unseres Landes birgt reiche Vorkommen an Hunderten von Arten wertvoller nützlicher Mineralien, darunter Eisenerz ... Allein die bisher bekannten Eisenerzvorräte umfassen mehrere Milliarden Tonnen ... Die Kohlelager sind wahrhaft unerschöpflich ... Unser Land birgt auch wertvolle Metalle und Mineralien ... Gold, Silber, Kupfer, Blei, Zink, Graphit, Molybdän und Magnesit ... Überall gibt es große Kalksteinvorkommen. Unser Land verfügt über reichhaltige Energieträger – besonders über Wasserkraft ... In unserem Land wird der hochwertigste Reis der Welt angebaut ... Die niedrigen Berghügel unseres Landes bringen gute Ernte an Früchten ... Unser Land besitzt unerschöpflich reiche Fischgründe ... Wenn wir nur die wandernden Fische fangen, kann der Ertrag viele Millionen Tonnen erreichen.“ (Kim Il Sung, Rede vor politischen Kadern und Lehrern, 1943)

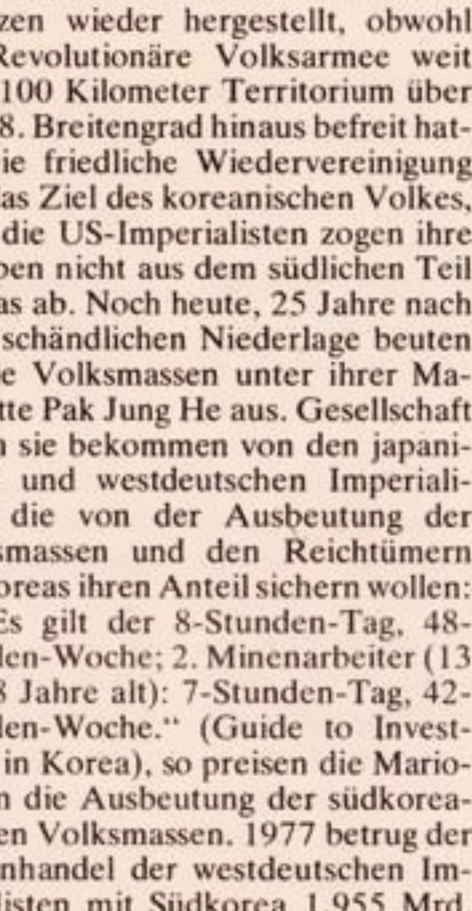
Erklärlich der Wille der Imperialisten, diese Schatzkammer zu plündern. 25 Jahre nach der Befreiung Nordkoreas vom amerikanischen Imperialismus halten die US-Imperialisten immer noch den Süden Koreas besetzt, haben ihre Truppen dort stationiert und beuten unter Ausnutzung einer Marionettenclique die Volksmassen und Reichtümer des Landes aus. Nach der Vertreibung der japanischen Imperialisten im August 1945 aus dem Norden des Landes, der Durchführung der Bodenreform und der durch Volkskomitees durchgeführten Verstaatlichung von 1034 Betrieben im Norden des Landes durch die koreanischen Volksmassen, sicherten sich die US-Imperialisten am 8. September durch ihren Einmarsch südlich des 38. Breitengrades einen Teil des Landes. Ihr Ziel gaben sie offen zu erkennen: „Unterbrechung der Revolution wenigstens in einem Teil des Landes.“ (Saturday Evening Post, 30.3.1946) Der Aufbau des Sozialismus im Norden war ein Ansporn für die Volksmassen im südlichen Teil Koreas. Die Kämpfe für Wiedervereinigung und Abzug der US-Imperialisten wurden immer schärfer. So inszenierten die US-Imperialisten im Mai 1948 Separatwahlen in Südkorea und ließen durch ihre importierte Marionette Li Sing Man im August 1948 die sogenannte „Republik Korea“ ausrufen. Die Volksmassen ganz Koreas bildeten gegen diesen Spaltungsversuch in offenen – im Süden verbotenen – Wahlen im ganzen Land die Oberste Volksversammlung, welche am 9. September 1948 die Koreanische Demokratische Volksrepublik mit dem Genossen Kim Il Sung als Ministerpräsident proklamierte. Die US-Imperialisten hatten es nicht geschafft, die Volksmassen zu spalten. Zügig ging der Aufbau im Norden Koreas voran. Die Jahrespläne wurden vorzeitig erfüllt, und der

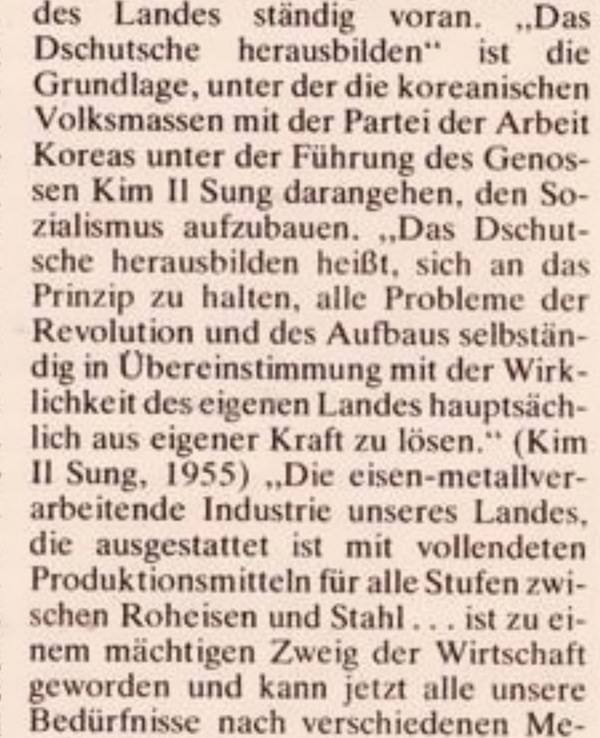
perialisten im August 1945 aus dem Norden des Landes, der Durchführung der Bodenreform und der durch Volkskomitees durchgeführten Verstaatlichung von 1034 Betrieben im Norden des Landes durch die koreanischen Volksmassen, sicherten sich die US-Imperialisten am 8. September durch ihren Einmarsch südlich des 38. Breitengrades einen Teil des Landes. Ihr Ziel gaben sie offen zu erkennen: „Unterbrechung der Revolution wenigstens in einem Teil des Landes.“ (Saturday Evening Post, 30.3.1946) Der Aufbau des Sozialismus im Norden war ein Ansporn für die Volksmassen im südlichen Teil Koreas. Die Kämpfe für Wiedervereinigung und Abzug der US-Imperialisten wurden immer schärfer. So inszenierten die US-Imperialisten im Mai 1948 Separatwahlen in Südkorea und ließen durch ihre importierte Marionette Li Sing Man im August 1948 die sogenannte „Republik Korea“ ausrufen. Die Volksmassen ganz Koreas bildeten gegen diesen Spaltungsversuch in offenen – im Süden verbotenen – Wahlen im ganzen Land die Oberste Volksversammlung, welche am 9. September 1948 die Koreanische Demokratische Volksrepublik mit dem Genossen Kim Il Sung als Ministerpräsident proklamierte. Die US-Imperialisten hatten es nicht geschafft, die Volksmassen zu spalten. Zügig ging der Aufbau im Norden Koreas voran. Die Jahrespläne wurden vorzeitig erfüllt, und der

Druck der Volksmassen nach sofortiger Wiedervereinigung verstärkte sich. Am 25. Juni 1950 dehnten die US-Imperialisten ihre Machtgelüste bewaffnet auf Nordkorea aus und griffen im Verlauf des Kampfes sogar die Volksrepublik China an. Am 27. Juli 1953 waren die US-Imperialisten durch den siegreichen Kampf der Koreanischen Revolutionären Volksarmee mit Unterstützung chinesischer Freiwilliger vernichtend geschlagen. Im Waffenstillstandsabkommen wurden die alten Grenzen wieder hergestellt, obwohl die Revolutionäre Volksarmee weit über 100 Kilometer Territorium über den 38. Breitengrad hinaus befreit hatte. Die friedliche Wiedervereinigung war das Ziel des koreanischen Volkes, doch die US-Imperialisten zogen ihre Truppen nicht aus dem südlichen Teil Koreas ab. Noch heute, 25 Jahre nach ihrer schändlichen Niederlage beuten sie die Volksmassen unter ihrer Marionette Pak Jung He aus. Gesellschaft haben sie bekommen von den japanischen und westdeutschen Imperialisten, die von der Ausbeutung der Volksmassen und den Reichtümern Südkoreas ihren Anteil sichern wollen: „1. Es gilt der 8-Stunden-Tag, 48-Stunden-Woche; 2. Minenarbeiter (13 bis 18 Jahre alt): 7-Stunden-Tag, 42-Stunden-Woche.“ (Guide to Investment in Korea), so preisen die Marionetten die Ausbeutung der südkoreanischen Volksmassen. 1977 betrug der Warenhandel der westdeutschen Imperialisten mit Südkorea 1,955 Mrd. DM, 27,5% mehr als 1976. Der Export stieg auf 717,5 Mio. DM, 39,9% höher als 1976. Die Einfuhr betrug 1,238 Mrd. DM, 21,6% höher als 1976. Die Vertreibung der Bauern und ihre Einsaugung in die imperialistischen Fabriken ließ das fruchtbare Land im Süden verrotten und zwang die Marionetten, allein in den Monaten Januar/Februar 1978 190000 Tonnen Mais aus den USA zu importieren. Am 12.4.1978 finanzierte die Weltbank mit einem Kredit in Höhe von 120 Mio. Dollar ihr sechstes Eisenbahnprojekt in Südkorea. Am 13.4.1978 wurde erneut ein Kredit in Höhe von 300 Mio. Dollar mit zehn Jahren Laufzeit aufgenommen.

In der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik geht der Aufbau des Landes ständig voran. „Das Dschutsche herausbilden“ ist die Grundlage, unter der die koreanischen Volksmassen mit der Partei der Arbeit Koreas unter der Führung des Genossen Kim Il Sung darangehen, den Sozialismus aufzubauen. „Das Dschutsche herausbilden heißt, sich an das Prinzip zu halten, alle Probleme der Revolution und des Aufbaus selbständig in Übereinstimmung mit der Wirklichkeit des eigenen Landes hauptsächlich aus eigener Kraft zu lösen.“ (Kim Il Sung, 1955) „Die eisen-metallverarbeitende Industrie unseres Landes, die ausgestattet ist mit vollendeten Produktionsmitteln für alle Stufen zwischen Roheisen und Stahl ... ist zu einem mächtigen Zweig der Wirtschaft geworden und kann jetzt alle unsere Bedürfnisse nach verschiedenen Metallen befriedigen, die wir für unsere nationale Wirtschaft brauchen.“ (Band V, S. 413) Während des Sechsjahresplans (1971 – 1976) wurde die Metallbasis materiell und technisch gestärkt und eine Stahlproduktion von 4 Millionen Tonnen geschaffen, damit das Stahlproduktionsziel des Sechsjahresplans erfüllt. Durch ständige technische Neuerungen haben die Arbeiter des Kangson-Stahlkomplexes z.B. die Produktionskapazität der Fabrik versechzehnfacht, die früher nur 60000 Tonnen erzeugt hatte.

In der Getreideerzeugung wurden große Erfolge erzielt. Sie stieg 1977 auf 8,5 Millionen Tonnen. Die großen Erfolge der nordkoreanischen Volksmassen sind ein Beispiel und verstärken die Anstrengungen der im südlichen Teil lebenden Koreaner nach friedlicher Wiedervereinigung. Verfolgung, Folter und Einkerkerung, Niederschlagung und generelles Streikverbot sind die verzweifelten Anstrengungen der US-Imperialisten und ihrer Marionetten, dies zu verhindern. Die Grundvoraussetzung der Wiedervereinigung, die Vertreibung der US-Imperialisten, ist eine Zeitfrage. Es bedeutet einen großen Sieg des Volkes von Korea, daß die Außenministerkonferenz der blockfreien Staaten seinem Kampf für die friedliche Wiedervereinigung des Landes erneut Unterstützung ausgesprochen hat.





schen Fabriken ließ das fruchtbare nationale Wirtschaft brauchen.“ Unterstützung ausgesprochen hat.



Wie geprügelte Hunde mußten die USA abziehen



Die Volksarmee von Kampuchea verteidigt die Unabhängigkeit des Landes und kämpft für den Aufbau des Landes wie hier beim Bau eines Bewässerungskanals.

US-Senator McGovern hat soeben eine „internationale Friedensstreitmacht“ gefordert als Interventionsinstrument in Kampuchea. Dies veranlaßt uns, an die sogenannte „Mayaguez-Affäre“ zu erinnern. Nur einen Monat nach dem Hinauswurf der letzten US-Truppen im April 1975 und zwei Wochen nach der US-Niederlage in Vietnam wurde das als Handelsschiff getarnte Spionageschiff „Mayaguez“ mit 32 Mann US-Besatzung in den Territorialgewässern Kampucheas vor den Inseln Koh Way und Ko Tang von der kampuchani-

Wie geprügelte Hunde mußten die USA abziehen



Die Volksarmee von Kampuchea verteidigt die Unabhängigkeit des Landes und kämpft für den Aufbau des Landes wie hier beim Bau eines Bewässerungskanals.

US-Senator McGovern hat soeben eine „internationale Friedensstreitmacht“ gefordert als Interventionsinstrument in Kampuchea. Dies veranlaßt uns, an die sogenannte „Mayaguez-Affäre“ zu erinnern. Nur einen Monat nach dem Hinauswurf der letzten US-Truppen im April 1975 und zwei Wochen nach der US-Niederlage in Vietnam wurde das als Handelsschiff getarnte Spionageschiff „Mayaguez“ mit 32 Mann US-Besatzung in den Territorialgewässern Kampucheas vor den Inseln Koh Way und Ko Tang von der kampuchani-

schen Küstenwacht gestoppt. Ein halbes Dutzend US-Flugzeuge sollten einen neuen Stützpunkt direkt vor der Küste und den Hafen Shianouk freibomben. Die US-Truppen wurden vertrieben, die thailändische Regierung protestierte gegen die weitere Stationierung von US-Marinetruppen, und Zehntausende von Demonstranten verbrannten in Bangkok eine Puppe, die US-Präsident Ford darstellte. Die US-Imperialisten isolierten sich weiter in der ganzen Welt und mußten wie die geprügelten Hunde abziehen. Sie zogen die Lehre, die ein geprügelter Hund ziehen kann: immer wieder versuchen, und immer ein Stückchen hinterhältiger – jetzt „international“. Regierungssprecher allerdings bedauerten, daß „die derzeitigen Mehrheitsverhältnisse“ in der UNO einen solchen Schritt unmöglich machen.

UdSSR: Verschärfte Ausbeutung der Eisenbahner

z.woe. „Durch gemeinsame Bemühungen der Mitarbeiter des Transportdienstes des Betriebes und der Bahnstation von Ustkamenogorsk“ ist es laut „Freundschaft“ vom 19.8.1978 gelungen, die Stillstandszeiten der Eisenbahnen um 6 Minuten unter die Norm zu drücken und damit die Pausen der Eisenbahner zu senken. Das ist Ergebnis der „Odessa-Iljitschowsker-Methode“, bei der „Lade-, Abfertigungs- und Rangierarbeiten sowie die Zugbildung als gemeinsame Aufgabe der Eisenbahner und der Werktätigen der beteiligten Betriebe betrachtet“ und zwecks „Einsparung von Arbeitskräften“ betrieben werden (DDR-Verkehr 5/78). Neben Verlängerung des Arbeitstages durch „richtungsweise Beladung im Schichtsystem“ erfolgt auch dessen maßlose Verdichtung: der 1977 von der KPdSU verfaßte „Erlaß zur Verbesserung des Schienenverkehrs“ fordert, „die Arbeits- und Produktivitätsdisziplin in den Betrieben zu straffen“: So wurden „die Wagenaufenthaltszeiten ... im Verlauf eines Jahres um mehr als 5 Stunden je Wagen gesenkt“. Um dies durchzusetzen, wird das „Saalfelder Qualitätskontrollverfahren“ angewandt, dessen „Grundvoraussetzung ... die materielle Stimulierung“ ist (Eisenbahnpraxis 1/78). Lohnbestandteile werden in „Prämien“ verwandelt, die „Wirksamkeit des Prämienzeitlohns“ auf „Qualität und Quantität“ jeder Arbeit ausgedehnt. So soll jeder Handgriff von „pünktlicher Abfahrt“ bis zu „Attraktivität des Zuges“ nach einem 5-stufigen „Noten“system bewertet und „Mängel“ mit Lohnkürzungen bestraft werden. Kein Wunder, daß die Revisionisten sich gezwungen sehen, „bewährte Eisenbahner ... als ehrenamtliche Kontrolleure“, sprich Schnüffler, einzusetzen, den „Dienstunterricht wirksamer ... für die Erziehung der Eisenbahner zur ... Disziplin“ zu nutzen und den Eisenbahnern mit der „Nutzung der Rechtsnormen als Intensivierungsfaktor“ zu drohen.

Französische und US-Imperialisten erpressen Pakistan

z.jon. Am 23. August gab der pakistanische Präsident Zia Ul Haq bekannt, daß die französische Regierung sich weigert, einen 1976 geschlossenen Vertrag zu erfüllen und eine Wiederaufbereitungsanlage für nukleare Brennstoffe zu liefern. Die französischen Imperialisten wollen eine andere Anlage liefern, die kein reines Plutonium, sondern ein Gemisch aus Plutonium-Uran produziert, das nicht zur Produktion von Atomwaffen geeignet sei. Bereits im März 1976 hatten sie Pakistan gezwungen, seine gesamte Nuklear-

wandelt, die „Wirksamkeit des Prämienzeitlohns“ auf „Qualität und Quantität“ jeder Arbeit ausgedehnt. So soll jeder Handgriff von „pünktlicher Abfahrt“ bis zu „Attraktivität des Zuges“ nach einem 5-stufigen „Noten“system bewertet und „Mängel“ mit Lohnkürzungen bestraft werden. Kein Wunder, daß die Revisionisten sich gezwungen sehen, „bewährte Eisenbahner ... als ehrenamtliche Kontrolleure“, sprich Schnüffler, einzusetzen, den „Dienstunterricht wirksamer ... für die Erziehung der Eisenbahner zur ... Disziplin“ zu nutzen und den Eisenbahnern mit der „Nutzung der Rechtsnormen als Intensivierungsfaktor“ zu drohen.

Französische und US-Imperialisten erpressen Pakistan

z.jon. Am 23. August gab der pakistanische Präsident Zia Ul Haq bekannt, daß die französische Regierung sich weigert, einen 1976 geschlossenen Vertrag zu erfüllen und eine Wiederaufbereitungsanlage für nukleare Brennstoffe zu liefern. Die französischen Imperialisten wollen eine andere Anlage liefern, die kein reines Plutonium, sondern ein Gemisch aus Plutonium-Uran produziert, das nicht zur Produktion von Atomwaffen geeignet sei. Bereits im März 1976 hatten sie Pakistan gezwungen, seine gesamte Nuklear-

wirtschaft unter die Kontrolle der Imperialisten zu stellen. Pakistan fordert die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone im Indischen Ozean. Es ist nicht dem „Atomwaffensperrvertrag“ beigetreten, mit dem die beiden Supermächte ihr Atomwaffen- und Kernenergiemonopol aufrechterhalten wollen. Präsident Zia Ul Haq erklärte, Pakistan bestehe auf der Einhaltung geschlossener Verträge. Es habe das Recht, die Technologie zu erwerben, die es brauche. Die Wiederaufbereitung des Brennstoffes des bisher einzigen Kernkraftwerks in Pakistan bei Karatschi soll die Unabhängigkeit des Landes von den Brennstofflieferungen der Imperialisten steigern. Die US-Imperialisten ließen sofort nach Abschluß des Vertrages mit Frankreich durch Kanada, das das erste Kernkraftwerk geliefert hatte, eine Sperre für Brennstoffe und Ersatzteile androhen. Bei seinem Besuch in Frankreich im Januar 1978 machte Carter Uranlieferungen an Frankreich von der Rücknahme des Liefervertrages an Pakistan abhängig. Die französischen Imperialisten stehen unter dem Druck der US-amerikanischen Supermacht, die fürchtet, ihre wirtschaftliche und militärische Kontrolle über Pakistan zu verlieren. Frankreich versucht seinerseits, Pakistan zu erpressen. Bei einer Tagung des „Pakistan-Hilfs-Konsortiums“ in Paris im Juni hat Frankreich zusammen mit anderen imperialistischen Mächten einen Zahlungsaufschub für die Schulden Pakistans abgelehnt. Pakistan soll in diesem Jahr 500 Mio. Dollar, 40% des Werts seiner Exporte an die imperialistischen Räuber zahlen.

Zwangsarbeit „bildet“ – die Rebellion der sowjetischen Jugend wächst

z.mih. Die neuen Zaren haben wachsende Schwierigkeiten, die Jugend der Völker der Sowjetunion zu willigem Arbeitsvieh und Kanonenfutter zu „formen“. Auf dem XXV. Parteitag der KPdSU sind Maßnahmen angekündigt worden, die „moralische Erziehung der Jugend“ zu fördern. Das Rezept ist die „gesellschaftlich nützliche Arbeit“. Widerwärtig werden die wahren Interessen, die Jugend in Arbeitslagern abzurichten, verbrämt und hohle Sprüche geklopft: „Der XXV. Parteitag unterstrich mit besonderem Nachdruck die Einheit der politisch-ideologischen Erziehung, der Arbeitserziehung und der moralischen Erziehung sowie die Tatsache, daß die organisatorische Verbindung von Kenntnissen, Überzeugungen und moralischer Sauberkeit den jungen Menschen als der Sache des Kommunismus ergebenen, schöpferischen aktiven Werktätigen formt.“ (Presse der Sowjetunion, Nr. 4/78, S. 41 ff) Wen wundert es da, daß die Jugend mit ihren tagtäglichen Erfahrungen in dem aufgeblähten Unterdrückungsapparat Schule die Schnauze voll hat und sich dem „gesetzten Ziel“ entziehen will. Besonders verdiente Schreiberlinge der Sozialimperialisten, die dutzendweise „Untersuchungen“ veröffentlicht haben, schreiben dann: „In einer Reihe von Fällen jedoch vermag sie (die Schule) die konstruktiven Aufgaben der Erziehung und Umerziehung nicht zu lösen“. (Ebenda)

Die Schule, aber gerade die Familie und die soziale Umwelt sind immer noch nicht sicher genug, die Jugend zu brechen. Überall sind noch zu viele Lücken, aus denen der Jugendliche entweichen kann. Es heißt dann, wenn sich ein Jugendlicher ihrer Kontrolle entzogen hat, „daß es für ihn zur Gewohnheit geworden ist, seine Zeit ziellos zu verbringen, und der sinnlose außerschulische Kontakt wird ihm ein Bedürfnis. Er sammelt Erfahrungen im negativen Verhalten. Das hat zur Folge, daß geistige Bedürfnisse und Fähigkeiten sich nicht entwickeln.“ (Ebenda)

Die körperliche Arbeit ist schließlich in allen Untersuchungen des Rätsels Lösung. In den Schulferien, besonders in den langen Schul-Sommerferien, wo der Staatsapparat keinen direkten Zugriff auf die Jugend hat, setzen die Sozialimperialisten auf die Arbeitslager. „Von besonderer Bedeutung ist die Organisation der Erziehungsarbeit unter den Jugendlichen im Sommer, wenn die gesellschaftswidrigen Handlungen zunehmen.“ Dagegen wurden „verschiedene Formen der Erziehungsarbeit mit schwierig zu lenkenden Jugendlichen entwickelt ... Als erfolgreichste und effektivste Formen erweisen sich die Sommerlager für Arbeit und Erholung (darunter auch Lager für Sport und gesundheitsfördernde Maßnahmen). Die Einrichtung solcher Lager macht es möglich, die Kinder in ein neues System von Beziehungen einzugliedern, die darauf beruhen, daß sich alle an der produktiven Arbeit beteiligen und eine straffe Disziplin herrscht.“ (Ebenda) Die Lager befinden sich zumeist auf dem Gelände von Sowchosen, wie das Sportlager für Arbeit und Erholung „Junarmejez“ in Alma Ata. Es wird überall von einem bewährten Bluthund, hier von einem „Helden der Sowjetunion“, Oberst a.D. F. Shiloi, geleitet. Er sorgt für die straffe Disziplin nach Kasernenmanier. Schüler aus verschiedenen Schulen ab der sechsten Klasse werden für diese Lager rekrutiert. Unter dem Kommando von so einem Oberst und jugendlichen Abteilungskommandeuren, „die gern mit Kindern arbeiten“, organisieren die Kinder „selbständig“ die gesamte Arbeit des Lagers. „Die Sowchosleitung übertrug dem Lager die Aufsicht über die Mais- und Tabakplantagen sowie über Bereiche des Gemüse- und Obstanbaus.“ „Ein Teil der Gruppe ist für den Ausbau des Lagers zuständig. Diese Jugendlichen setzen Zelte instand, planieren Flächen für neue Zeltplätze und errichten einen Sportkomplex ... Die Organisation der Produktivenarbeit im Lager ist in einem Vertrag mit dem Sowchos festgelegt, es wurde ein sozialistischer Wettbewerb abgeschlossen. Die Arbeitsergebnisse werden täglich ausgewertet ... Im Verlauf eines Monats erwerben sie das Abzeichen ‚bereit zur Arbeit und Verteidigung‘ sowie andere Sportabzeichen.“ (Ebenda) Dieses Lagerleben, das dem Reichsarbeitsdienst der Faschisten vor und während des zweiten Weltkrieges in Deutschland abgeschaut sein könnte, als Sport zu bezeichnen, ist niederträchtig.

Bundessozialgericht und Bundesarbeitsgericht – Sondergerichte des Bundesarbeitsministers

z.bil. Unter dem Kommando des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung stehen das Bundesarbeitsgericht und das Bundessozialgericht. Es sind Sondergerichtsbarkeiten, zuständig für die Entscheidungen über alle Fragen des Verkaufs der Ware Arbeitskraft sowie die Bedingungen und Folgen, unter denen dieser Verkauf stattfindet. Das Bundessozialgericht besteht aus 4 Senaten für Rentenversicherung und je einem Senat für Unfallversicherung, Krankenversicherung, Kassenarztrecht, Arbeitslosenversicherung, Kindergeldrecht und Alterssicherung der Landwirte usw. Mit drei hochbezahlten Richtern je Senat (ein Richter am Bundesarbeitsgericht ist zwischen R6 und 10 eingestuft, d.h. er wird mit bis zu 10000 DM monatlich ausgehalten) sichert die herrschende Klasse die Unterdrückung. Die Arbeiterbewegung kämpft für gesetzliche Schranken, die der Kapitalistenklasse die zügellose Ausbeutung begrenzen. 1839 wurde das Preußische Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken, 1878 und 1891 die Arbeiterschutznovellen zur Gewerbeordnung, 1878 die Fabrikinspektoren zur Durchführung des Arbeitsschutzes eingeführt und 1903 das Kinderschutzgesetz verabschiedet. 1883 mußte die Bourgeoisie die Sozialversicherungen einrichten, 1884 folgte das Unfallversicherungsgesetz und 1889 die Alters- und Invalidenversicherung.

Hat die herrschende Kapitalistenklasse bereits in diesen gesetzlichen Regelungen immer gesucht, neue Knebel der Niederhaltung und Ausbeutung der Arbeiter zu verankern, so hat sie auch die Unterstellung der Kassen der Arbeiter unter ihre Kontrolle zügig betrieben. 1911 wird die Zusammenfassung aller Versicherungsgesetze in der Reichsversicherungsordnung und die Einrichtung des Versicherungs- und Oberversicherungsamtes, neben dem Reichsversicherungsamt, endgültig entschieden.



mußte die Bourgeoisie die Sozialversicherungen einrichten, 1884 folgte das Unfallversicherungsgesetz und 1889 die Alters- und Invalidenversicherung.

Hat die herrschende Kapitalistenklasse bereits in diesen gesetzlichen Regelungen immer gesucht, neue Knebel der Niederhaltung und Ausbeutung der Arbeiter zu verankern, so hat sie auch die Unterstellung der Kassen der Arbeiter unter ihre Kontrolle zügig betrieben. 1911 wird die Zusammenfassung aller Versicherungsgesetze in der Reichsversicherungsordnung und die Einrichtung des Versicherungs- und Oberversicherungsamtes, neben dem Reichsversicherungsamt, endgültig entschieden.



1923: Die Arbeiter kämpfen gegen das Betriebsrätegesetz, sie wollen nicht Mitbestimmung, sondern die Kapitalisten enteignen.

Die Arbeitsgerichtsbehörden werden 1926 durch das Reichsarbeitsgericht abgelöst. Die Spur dieser Gerichtsbarkeit läßt sich verfolgen:

1928 entscheidet das Reichsarbeitsgericht (RAG), daß der Arbeiter aus dem Grundsatz der Betriebsverbundenheit folgend verpflichtet ist, Überstunden zu arbeiten, da es den Arbeitern obliege, zur Förderung des Wirtschaftsbetriebes beizutragen.

1929 folgt der Spruch, daß die Betriebsvertretungsorgane darauf hinzuwirken haben, daß Einvernehmen in der Belegschaft mit dem Kapitalisten besteht.

1930 entscheidet das Reichsarbeitsgericht, daß die Gewerkschaften verpflichtet sind, jede Störung des Wirtschaftsfriedens zu unterlassen. Die generelle Friedenspflicht zwischen Kapitalist und Gewerkschaft wird begründet.

1934 werden die Gewerkschaften aufgelöst. Das Reichsarbeitsgericht schafft die Deutsche Arbeitsfront, in der alle Arbeiter und Kapitalisten zusammen „organisiert“ sind.

1942 folgt ein Urteil, das den Kapitalisten gestattet, Betriebsbußen nach freiem Ermessen zu verhängen.

1955 kurz nach der Gründung des



Bundesarbeitsgerichts wird entschieden, daß der Streik „allgemein unerwünscht ist“, da Arbeitskämpfe „volkswirtschaftliche Schäden mit sich bringen und den sozialen Frieden gefährden“.

1957 legt das BAG fest, daß der Kapitalist den Lohn nicht weiter zu zahlen braucht, wenn aufgrund des Verhaltens des Arbeiters eine Beschäftigungsgrundlage nicht besteht.

1957 erfolgt die weitere Einschränkung des Streikrechts. Den Gewerkschaften wird ein Streik während der Geltung eines Tarifvertrages untersagt. Arbeitskämpfe gegen den Tarifvertrag werden als gegen die Friedenspflicht verstoßend für rechtswidrig erklärt.

1963 urteilt das Bundesarbeitsgericht, daß selbständige Streikbewegungen rechtswidrig sind.

1971 faßt das Bundesarbeitsgericht einen Beschluß, nach dem der Streik nur durchgeführt werden darf, wenn alle „Verständigungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind“.

1976 beschließt das Bundesarbeitsgericht, daß eine Weiterbeschäftigungspflicht nach einer Kündigung grundsätzlich nicht besteht, auch wenn der Arbeiter Klage gegen die Kündigung erhoben hat. Der erste Präsident des Bundesarbeitsgerichts ist Nipperdey, bekannt als führender Theoretiker des Arbeitsrechts und des Arbeitsdienstes der Faschisten.

Das *Bundessozialgericht* hat parallel dazu entschieden: Während Streikbewegungen ist das Arbeitsverhältnis grundsätzlich nicht beendet, also bestehen die Mitgliedschaft in der Krankenversicherung und die darauf beruhenden Ansprüche weiter, dies wird jedoch auf drei Wochen beschränkt.

Stehen die Arbeiter in einem längeren Streikkampf, sind sie nicht mehr krankenversichert. Die Kapitalistenklasse hat über ihre Einrichtungen wie das BAG und das BSG jede Streikbewegung, die die Arbeiter für mehr Lohn gegen Überstunden und Akkord- und Schichtarbeit führen, mit Fesseln und Spaltung und Unterdrükkung umgeben, die sie nahezu verunmöglichen soll.

Derzeit hat das Ministerium Ehrenberg neue Gesetzentwürfe zur Be-

richt, daß selbständige Streikbewegungen rechtswidrig sind.

1971 faßt das Bundesarbeitsgericht einen Beschluß, nach dem der Streik nur durchgeführt werden darf, wenn alle „Verständigungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind“.

1976 beschließt das Bundesarbeitsgericht, daß eine Weiterbeschäftigungspflicht nach einer Kündigung grundsätzlich nicht besteht, auch wenn der Arbeiter Klage gegen die Kündigung erhoben hat. Der erste Präsident des Bundesarbeitsgerichts ist Nipperdey, bekannt als führender Theoretiker des Arbeitsrechts und des Arbeitsdienstes der Faschisten.

Das *Bundessozialgericht* hat parallel dazu entschieden: Während Streikbewegungen ist das Arbeitsverhältnis grundsätzlich nicht beendet, also bestehen die Mitgliedschaft in der Krankenversicherung und die darauf beruhenden Ansprüche weiter, dies wird jedoch auf drei Wochen beschränkt.

Stehen die Arbeiter in einem längeren Streikkampf, sind sie nicht mehr krankenversichert. Die Kapitalistenklasse hat über ihre Einrichtungen wie das BAG und das BSG jede Streikbewegung, die die Arbeiter für mehr Lohn gegen Überstunden und Akkord- und Schichtarbeit führen, mit Fesseln und Spaltung und Unterdrükkung umgeben, die sie nahezu verunmöglichen soll.

Derzeit hat das Ministerium Ehrenberg neue Gesetzentwürfe zur „Be-

schleunigung des arbeitsgerichtlichen Verfahrens“ vorgelegt, das die *Form* der Durchführung der Arbeitsgerichtsprozesse betrifft. Nachdem die Bundesregierung schon seit etwa 10 Jahren an einem Arbeitsgesetzbuch arbeiten läßt, dessen wesentlicher Kern die Zentralisierung und Festigung dieser Rechtsprechung ist, nachdem sie ebenfalls im letzten Jahr einen ersten Teil eines Sozialgesetzbuches im Bundestag als Gesetz verabschiedet hat und hinsichtlich des Bundessozialgerichts bereits beschlossen wurde, daß es von dem Ballast der „Revisionen“ befreit werden muß, damit es sich seinen eigentlichen Aufgaben widmen kann, was die „der Rechtsfortbildung“ sind, soll selbiges jetzt bei den Arbeitsgerichten eingeführt werden. Eine Instanz, die Revisionsinstanz, soll nach dem Gesetzentwurf auch nur noch zur „Rechtsfortbildung“ zulässig sein, die Möglichkeit, an das Landesarbeitsgericht zu gehen, wird erschwert. War bisher Voraussetzung, daß ein Beschwerdewert von 300 Mark besteht, so wird dieser auf 1000 Mark erhöht. Weiterer Bestandteil dieses Gesetzentwurfes ist die Erweiterung der Richterstellen am Bundesarbeitsgericht. Ideologisch hat die herrschende Klasse diese beiden Gerichte immer gern mit dem Schein von Interessengerichten für die Arbeiterklasse ausgegeben, dies mit Berufung auf die „Waffengleichheit“, die dadurch hergestellt sei, daß je ein Vertreter der Gewerkschaften und der Kapitalisten im Arbeitsrechtsstreit mitentscheide.

Ehrenberg aus der Schußlinie – Ehe Gesetze Beseitigung erkämpfter

Bundessozial- und Bundesarbeitsgericht verschärfen die Reaktion / Untersuchung wichtiger

z.brp. „Nach der neuen Rechtsprechung des Bundessozialgerichts hängt bei leistungsgeminderten und daher zeitlich beschränkt einsatzfähigen Rentenbewerbern das Vorliegen von Berufsunfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit davon ab, ob Rentenversicherungsträger und Arbeitsverwaltung innerhalb eines Jahres dem Rentenantragsteller einen zumutbaren Arbeitsplatz vermitteln. Diese Beschlüsse des Bundessozialgerichts haben den Gesetzgeber veranlaßt, im 21. Rentenanpassungsgesetz die Ruhensbestimmungen für das Zusammentreffen von Renten wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit mit Arbeitslosengeld mit Wirkung vom 1.1.1979 an zu ändern“, bemerkt der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger – dankenswert offen – zu der Tatsache, daß ab 1.1.1979 die Höhe des Arbeitslosengeldes voll auf die Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsrente angerechnet und die Rente um diesen Betrag gekürzt wird. Aber nicht das ist das eigentlich Interessante, nicht, daß man sich an solche „Rentenanpassung“ gewöhnt hätte, sie liegt ganz auf der Linie der Ehrenbergschen Gesetzgebung. Das Neue ist der Hinweis auf die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts, die im Gesetz *nachträglich* „legalisiert“ worden ist. Das gibt zu denken. Nicht über die Rechtmäßigkeit eines solchen Handelns, denn der Spruch des Oldenburger Staatsschutzgerichtes zum Schutze Ehrenbergs läßt sich auch drehen: Was gesetzlich ist, ist rechtens – was rechtlich ist, ist gesetzlich. Eine Änderung der Taktik der Bourgeoisie wird damit deutlich. Von der Sozialdemokratie in der Regierung erwartet das Finanzkapital ideologisch die Fesselung der Arbeiterbewegung. In dem Maße, wie die Klassengegensätze schärfer werden und der Klassenkampf zunimmt, werden auch die beabsichtigten, hinter Reformbetrug versteckten, durch und durch reaktionären Maßnahmen der Bundesregierung offensichtlich. Die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften haben ihre Mühe, die Arbeiter für diese Maßnahmen zu gewinnen; oft müssen sie erklären, *so* gehe es nun doch nicht. So schiebt die sozialdemokratisch-liberale Bundesregierung dem „recht“sprechenden Organ des Staatsapparates, den Gerichten, eine Entscheidung nach der anderen zu, um sich selbst aus der Schußlinie zu bringen. Vor allem Ehrenberg, dessen Versicherungsbetrugsprogramm breit unter den Massen enthüllt ist, muß von der Finanzbourgeoisie „entlastet“ werden. Fallen die Urteile des Gerichts offen reaktionär aus, schaffen sie damit gleichzeitig neuen Raum für sozialdemokratische Demagogie. Als mehr oder mindere Willkür eines Richters, als mehr oder minder reaktionäre Entscheidung sollen die Urteile erscheinen, so daß die Arbeiterklasse auf die Person des einzelnen Richters fixiert wird, der so oder so rechtsprechen kann. Die gesammelten Opportunisten blasen in dasselbe Horn, allesamt zielen sie auf die Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die Diktatur der Bourgeoisie, deren Bestandteil die Unterdrückung durch die Gerichte ist. Als „Einzelschicksal“ soll sich der Arbeiter begreifen, wenn ihm die Rente gestrichen, er zur Lohnarbeit bis ins Grab verurteilt wird. Der planmäßige Angriff auf die Klasse geht in den Erscheinungen des Klassenkampfes vor den bürgerlichen Gerichten verloren. Trotzdem ist das ihr Kern. Für die Arbeiterklasse wird der Kampf vor den bürgerlichen Gerichten mit der Entfaltung des Klassenkampfs zum täglichen Brot und eine wuchtige Triebkraft für die Zerschlagung des bürgerlichen Staates und den Sturz der Bourgeoisie.

„Der 5. Senat hat am 16.12.1977 in der Sache 5 RKnU 9/76 das Berufungsurteil aufgehoben und den Rechtsstreit an das Landessozialgericht zurückverwiesen. Die festgestellten Tatsachen reichen nicht zur abschließenden Entscheidung aus. Nach der Rechtsprechung des erkennenden Senats kommt es für die Anwendung der *Vermutung* des *ursächlichen Zusammenhangs* zwischen der *Berufskrankheit* und dem *Tod* des Versicherten nach § 589 Abs. 2 RVO darauf an, *in welcher Höhe* die silikosebedingte Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) tatsächlich bestanden hat. Hat der Versicherte zu seinen Lebzeiten allerdings aufgrund eines bindend gewordenen Bescheides eine Teilrente von mindestens 50 v.H. der Vollrente erhalten, so ist von dem Bestehen dieser Minderung der Erwerbsfähigkeit auszugehen, es sei denn, daß sie offensichtlich nicht oder nicht in dieser Mindesthöhe vorgelegen hat (vgl. SozR Nr. 7 zu § 589 Abs. 2 RVO). Die Besonderheiten des vorliegenden Falles hätten das Landessozialgericht veranlassen müssen, vor Anwendung des § 589 Abs. 2 RVO zu prüfen und festzustellen, ob die Minderung der Erwerbsfähigkeit offenkundig, d.h. ohne jeden

tie in der Regierung erwartet das Finanzkapital ideologisch die Fesselung der Arbeiterbewegung. In dem Maße, wie die Klassengegensätze schärfer werden und der Klassenkampf zunimmt, werden auch die beabsichtigten, hinter Reform-
Kampf vor den bürgerlichen Gerichten mit der Entfaltung des Klassenkampfs zum täglichen Brot und eine wuchtige Triebkraft für die Zerschlagung des bürgerlichen Staates und den Sturz der Bourgeoisie.

„Der 5. Senat hat am 16.12.1977 in der Sache 5 RKnU 9/76 das Berufungsurteil aufgehoben und den Rechtsstreit an das Landessozialgericht zurückverwiesen. Die festgestellten Tatsachen reichen nicht zur abschließenden Entscheidung aus. Nach der Rechtsprechung des erkennenden Senats kommt es für die Anwendung der *Vermutung* des *ursächlichen Zusammenhangs* zwischen der *Berufskrankheit* und dem *Tod* des Versicherten nach § 589 Abs. 2 RVO darauf an, *in welcher Höhe* die silikosebedingte Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) tatsächlich bestanden hat. Hat der Versicherte zu seinen Lebzeiten allerdings aufgrund eines bindend gewordenen Bescheides eine Teilrente von mindestens 50 v.H. der Vollrente erhalten, so ist von dem Bestehen dieser Minderung der Erwerbsfähigkeit auszugehen, es sei denn, daß sie offensichtlich nicht oder nicht in dieser Mindesthöhe vorgelegen hat (vgl. SozR Nr. 7 zu § 589 Abs. 2 RVO). Die Besonderheiten des vorliegenden Falles hätten das Landessozialgericht veranlassen müssen, vor Anwendung des § 589 Abs. 2 RVO zu prüfen und festzustellen, ob die Minderung der Erwerbsfähigkeit offenkundig, d.h. ohne jeden

ernsthaften Zweifel, weniger als 50 v.H. betragen hat, ob also die *Erhöhung der Minderung der Erwerbsfähigkeit* auf 50 v.H. durch Bescheid vom 27.9.1971 *offenkundig unrichtig* war. Das Landessozialgericht wird diese unterlassene Feststellung nachzuholen haben. Erst danach kann entschieden werden, ob die Vermutung des § 589 Abs. 2 RVO anwendbar ist.“

Das Gericht rechnet augenschein-



lich damit, bis zur Klärung all dieser Fragen, die für sich genommen barbarisch genug sind, die Witwe des an Silikose gestorbenen Arbeiters ebenfalls unter die Erde gebracht zu haben. Das Urteil geht davon aus, daß erstens der Arbeiter zu Unrecht 50% erwerbsunfähig war und daß zweitens der Tod des Arbeiters nichts mit seiner Berufskrankheit zu tun hat. Mußte bei diesem Arbeiter die Erwerbsunfähigkeit zunächst anerkannt werden, was den Geldsack der Bourgeoisie schon genug kratzt, soll jetzt aber endgültig Schluß sein mit der Rentenzahlung!

Schluß mit der Rentenzahlung soll auch für die Arbeiter sein, die bisher erwerbs- oder berufsunfähig waren, wenn eine „Änderung in den Verhältnissen“ stattfindet. Bisher wurde die „Änderung in den Verhältnissen“ immer bezogen auf die Genesung des Arbeiters oder auf den „Erwerb neuer Kenntnisse und Fähigkeiten“. Das Bundessozialgericht rügt in einem Urteil vom 28. Februar 1978: „Für eine solche *Beschränkung* des Begriffs ‚Änderung in den Verhältnissen‘ gibt § 1286 Abs. 1 Satz 1 RVO *keinen Anhalt.* Daher ist auch im Erlangen eines zumutbaren Arbeitsplatzes eine nach § 1286 RVO rechtserhebliche Ände-

lich damit, bis zur Klärung all dieser Fragen, die für sich genommen barbarisch genug sind, die Witwe des an Silikose gestorbenen Arbeiters ebenfalls unter die Erde gebracht zu haben. Das Urteil geht davon aus, daß erstens der Arbeiter zu Unrecht 50% erwerbsunfähig war und daß zweitens der Tod des Arbeiters nichts mit seiner Berufskrankheit zu tun hat. Mußte bei diesem Arbeiter die Erwerbsunfähigkeit zunächst anerkannt werden, was den Geldsack der Bourgeoisie schon genug kratzt, soll jetzt aber endgültig Schluß sein mit der Rentenzahlung!

Schluß mit der Rentenzahlung soll auch für die Arbeiter sein, die bisher erwerbs- oder berufsunfähig waren, wenn eine „Änderung in den Verhältnissen“ stattfindet. Bisher wurde die „Änderung in den Verhältnissen“ immer bezogen auf die Genesung des Arbeiters oder auf den „Erwerb neuer Kenntnisse und Fähigkeiten“. Das Bundessozialgericht rügt in einem Urteil vom 28. Februar 1978: „Für eine solche *Beschränkung* des Begriffs ‚Änderung in den Verhältnissen‘ gibt § 1286 Abs. 1 Satz 1 RVO *keinen Anhalt.* Daher ist auch im Erlangen eines zumutbaren Arbeitsplatzes eine nach § 1286 RVO rechtserhebliche Ände-

rung in den Verhältnissen zu sehen.“ Die Rente kann gestrichen werden, denn an anderer Stelle ist passend festgelegt, daß für die tatsächliche Gewährung eines zumutbaren Arbeitsplatzes nicht die Rentenversicherung zuständig ist. Im „Entwurf eines Sozialgesetzgebungsbuchs“ hat die Bundesregierung dieser Rechtsprechung Anerkennung gezollt: „Ob die Veränderung der Verhältnisse *wesentlich* ist, bestimmt sich nach dem materiellen Recht. Unter Änderungen in tatsächlicher Hinsicht fallen auch solche allgemeiner Art, die nicht in der Person des einzelnen liegen.“ (§ 64)

Durch Profitproduktion ruiniert – für die Ausbeutung freigegeben

Am 19. Januar 1978 ist Großkampftag beim 4. Senat des Bundessozialgerichtes – gleich vier Urteile werden zum *Begriff der Berufsunfähigkeit* gefällt. Auf Grundlage der Reichsversicherungsordnung (RVO) §1246 Abs. 2 wird die lebenslange Ausbeutung für rechtens erklärt: „Berufsunfähig ist ein Versicherter, dessen Erwerbsunfähigkeit infolge von Krankheit oder anderen Gebrechen oder Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte auf weniger als die Hälfte derjenigen eines körperlich und geistig gesunden Versicherten mit ähnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und Fähigkeiten herabgesunken ist. Der Kreis der Tätigkeiten, nach denen die Erwerbsfähigkeit eines Versicherten zu



beurteilen ist, umfaßt alle *Tätigkeiten,* die seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechen und ihm unter Berücksichtigung der Dauer und des Umfangs seiner Ausbildung sowie seines bisherigen Berufs und der besonderen Anforderungen seiner bisherigen Berufstätigkeit zugemutet werden können. Zumutbar ist *stets* eine Tätigkeit, für die der Versicherte durch *Maßnahmen* zur *Erhaltung, Besserung* oder *Wiederherstellung* der Erwerbstätigkeit mit Erfolg ausgebildet oder *umgeschult* worden ist.“ Das Geld muß in der Kasse bleiben, ist der Ruf der Kapitali-

beurteilen ist, umfaßt alle *Tätigkeiten,* die seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechen und ihm unter Berücksichtigung der Dauer und des Umfangs seiner Ausbildung sowie seines bisherigen Berufs und der besonderen Anforderungen seiner bisherigen Berufstätigkeit zugemutet werden können. Zumutbar ist *stets* eine Tätigkeit, für die der Versicherte durch *Maßnahmen* zur *Erhaltung, Besserung* oder *Wiederherstellung* der Erwerbstätigkeit mit Erfolg ausgebildet oder *umgeschult* worden ist.“ Das Geld muß in der Kasse bleiben, ist der Ruf der Kapitali-





sten. Ausbeutbar ist der Arbeiter, solange er noch lebt!

Der 4. Senat entscheidet: „Der 1925 geborene Kläger beanspruchte Rente wegen Berufsunfähigkeit. Bis 1972 war er in seinem erlernten Beruf als Dreher mit „schwierigen Facharbeiten“ beschäftigt (Lohngruppe 7). Diese Tätigkeit mußte er wegen eines Krampfaderleidens aufgeben; seither kann er nur noch leichte bis mittelschwere Arbeiten überwiegend im Sitzen verrichten. Im Winter 1972/73 wurde er deswegen in einer viermonatigen betrieblichen Ausbildung, zu der die Beklagte (LVA) einen Einarbeitungszuschuß gewährte, als Montagearbeiter angelernt und zunächst nach Lohngruppe 6, seit August 1974 nach der Lohngruppe 3 entlohnt. Das Sozialgericht (SG) und das Landessozial-

verabschiedet sind, erklärt das Gericht die Rechte für rechtens

Der Bundesregierung wird Raum für Demagogie verschafft / Urteile der letzten Zeit

gericht (LSG) haben die Beklagte zur Rentengewährung verurteilt. Das Bundessozialgericht (BSG) hat diese Urteile aufgehoben und die Klage abgewiesen: Der Senat konnte unentschieden lassen, ob dem Kläger als gelerntem Dreher die seit 1973 verrichtete Montagetätigkeit nach § 1246 Abs. 2 Satz 2 RVO – d.h. unter Berücksichtigung der Dauer und des Umfangs seiner Ausbildung sowie seines bisherigen Berufs und der besonderen Anforderungen seiner bisherigen Berufstätigkeit – zuzumuten ist. Jedenfalls kann der Kläger auf die Montagetätigkeit nach § 1246 Abs. 2 Satz 3 RVO verwiesen werden, nachdem er dafür im Betrieb seines Arbeitgebers durch eine vom Arbeitsamt antragsmäßig eingeleitete und von der Beklagten mitfinanzierte Maßnahme der Berufsförderung mit Erfolg ausgebildet worden ist. Eine ,*Ausbildung*' i.S. dieser Vorschrift liegt jedenfalls dann vor, wenn die Maßnahme nach einem *bestimmten Ausbildungsplan* durchgeführt wird und *mindestens drei Monate* gedauert hat." (4 RJ 103/76)

Von Lohngruppe 7 auf Lohngruppe 3 – der Kapitalist kann sich die Hände reiben. Ist erst ein solches Urteil gefällt, geht das Bundessozialgericht daran, andere Berufungen oder Revisionen an die Landessozialgerichte zurückzuweisen. Immer geht es dabei darum, daß aufgrund der Anarchie der kapitalistischen Produktion ein Arbeiter während seines Arbeitslebens in mehreren Berufen gearbeitet hat oder daß er berufsunfähig und dann arbeitslos geworden ist, eine Umschulung bekommen hat und erneut in den Produktionsprozeß geworfen werden soll.

Ein gelernter Schmied hat die letzten Jahre als Schlosser gearbeitet – Hinweis des Bundessozialgerichts, das Landessozialgericht solle klären, ob es sich dabei um eine „echte Vorarbeiterstellung" gehandelt habe, dann sei „unter Umständen" der zumutbare Arbeitsplatz „stärker einzuschränken" als bei einem Facharbeiter. (4 RJ 41/77) Denn für den Facharbeiter ist jede Arbeit zumutbar. Im Februar beschließt derselbe Senat auf Grundlage desselben Paragraphen: „Für Facharbeiter, die zumutbare Tätigkeiten noch vollschichtig, wenn auch mit gewissen Einschränkungen hinsichtlich der Schwere der Arbeit, verrichten können, ist der Arbeitsmarkt *nicht verschlossen*. Das *Risiko*, einen entsprechenden Arbeitsplatz zu erlangen,

reiben. Ist erst ein solches Urteil gefällt, geht das Bundessozialgericht daran, andere Berufungen oder Revisionen an die Landessozialgerichte zurückzuweisen. Immer geht es dabei darum, daß aufgrund der Anarchie der kapitalistischen Produktion ein Arbeiter während seines Arbeitslebens in mehreren Berufen gearbeitet hat oder daß er berufsunfähig und dann arbeitslos geworden ist, eine Umschulung bekommen hat und erneut in den Produktionsprozeß geworfen werden soll.

Ein gelernter Schmied hat die letzten Jahre als Schlosser gearbeitet – Hinweis des Bundessozialgerichts, das Landessozialgericht solle klären, ob es sich dabei um eine „echte Vorarbeiterstellung" gehandelt habe, dann sei „unter Umständen" der zumutbare Arbeitsplatz „stärker einzuschränken" als bei einem Facharbeiter. (4 RJ 41/77) Denn für den Facharbeiter ist jede Arbeit zumutbar. Im Februar beschließt derselbe Senat auf Grundlage desselben Paragraphen: „Für Facharbeiter, die zumutbare Tätigkeiten noch vollschichtig, wenn auch mit gewissen Einschränkungen hinsichtlich der Schwere der Arbeit, verrichten können, ist der Arbeitsmarkt *nicht verschlossen*. Das *Risiko*, einen entsprechenden Arbeitsplatz zu erlangen,

trägt nicht die Rentenversicherung" (4 RJ 50/77) – sondern der Arbeiter, d.h. er wird „mobil" gemacht, den Strömen des Kapitals überallhin zu folgen, Arbeit zu jedem Lohn anzunehmen; die Wirkung auf den Lohn der gesamten Arbeiterklasse ist berechnet.

Sind die Renten, ob Alters-, Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsrente, zu knapp, um davon zu leben, und werden sie weiter gekürzt und damit die Lebenszeit der Arbeiter verkürzt durch die Maßnahmen des 20. und 21. Rentenanpassungsgesetzes, so hat das Bundessozialgericht Wege gefunden, die Renten noch weiter einzuschränken.

Wegeunfälle sind „tote Kosten"

Erkämpfte Arbeiterrechte sollen fallen, denn sie behindern den Expansionsdrang des Kapitals, sie sind Nachteile in der Konkurrenzschlacht der Imperialisten. An der Beseitigung der Unfallversicherung, für die die Kapitalisten aus dem Mehrwert zahlen müssen, wird gearbeitet. Besonders eignet sich dafür, Wegeunfälle dem „Privatbereich" des Arbeiters, seinem „Privatvergnügen" zuzuschreiben, so daß sich der „häusliche Unfall" umgehend in klingende Münze für die Kapitalisten, in Kapital verwandelt.

Das Bundessozialgericht hatte am 28.10.1976 anerkennen müssen, daß ein Versicherungsschutz auch dann besteht, „wenn eine im Verhältnis zum Gesamtweg zeitlich und räumlich geringfügige private Angelegenheit erledigt, also ,eingeschoben' wird. Voraussetzung ist aber, daß der räumliche Straßenbereich des Weges von oder zur Arbeitsstätte nicht verlassen wird." (BlSt Soz ArbR 15/78)

Die neueren Urteile aus diesem Jahr lauten alle: Kein Versicherungsschutz! „Kein Versicherungsschutz auf dem während eines Sonderurlaubs täglich zurückgelegten Weg von der auswärtigen Wohnung der Schwiegereltern des Klägers zur eigenen Wohnung – auch wenn der Kläger mit seinem Arbeitgeber vereinbart hatte, daß er täglich in seiner Wohnung feststellen sollte, ob er durch einen Brief der Firma zur sofortigen, dringenden Arbeitsaufnahme aufgefordert werde." (8 RU 48/77) „Kein Versicherungsschutz bei einem Gefälligkeitsdienst auf Grund verwandtschaftlicher Beziehungen ..." (2 RU 9/77) „Zufälliges Zusammentreffen von Heimweg und privater Verletzung ..." (2 RU 39/77)

Die Finanzbourgeoisie geht in der



Beseitigung „toter Kosten", die durch ihre Profitschlachten verursacht werden, planmäßig vor. Sie rechnet ein, daß Rentner gezwungen sind zu arbeiten, um sich am Leben zu erhalten. Vorgesehen ist, daß ab 1.1.1979 Rentner, die 10 Stunden oder mehr wöchentlich arbeiten, auch dann versicherungspflichtig sind, wenn sie pro Monat *weniger* als 390 DM oder weniger als ein Fünftel ihrer Rente verdienen. So kann die Rentenkasse als Kapitalgeber aufgestockt werden und gleichzeitig Konkurrenz und Spaltung in der Arbeiterklasse geschürt werden, um die Ausbeutung zu verschärfen und den Lohnstandard zu senken.



Beseitigung „toter Kosten", die durch ihre Profitschlachten verursacht werden, planmäßig vor. Sie rechnet ein, daß Rentner gezwungen sind zu arbeiten, um sich am Leben zu erhalten. Vorgesehen ist, daß ab 1.1.1979 Rentner, die 10 Stunden oder mehr wöchentlich arbeiten, auch dann versicherungspflichtig sind, wenn sie pro Monat *weniger* als 390 DM oder weniger als ein Fünftel ihrer Rente verdienen. So kann die Rentenkasse als Kapitalgeber aufgestockt werden und gleichzeitig Konkurrenz und Spaltung in der Arbeiterklasse geschürt werden, um die Ausbeutung zu verschärfen und den Lohnstandard zu senken.

Was Recht ist, soll Recht bleiben – das Streikrecht soll fallen

„Gestreikt werden kann für etwas ganz Neues" überschreibt die Zeitung „Blick durch die Wirtschaft" am 26. August einen Artikel über ein neues Urteil des *Bundesarbeitsgerichts*. Ausweitung des Streikrechts? Erfolg der Aktion „Klagen gegen die Aussperrung", angezettelt von den Gewerkschaftssozialdemokraten der IG Metall und IG Druck und Papier? Aber nein! Es geht um einen Vorfall aus dem Jahre 1965, als die Gewerkschaft Textil und Bekleidung einen Streik für mehr Urlaub nur für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter angestiftet hatte. In der Tat, das ist etwas ganz Neues, vor allem liegt es auf der Linie der Kapitalisten nach Spaltung der Arbeiterklasse, nur daß deswegen gestreikt werden muß, das ist wirklich zu ärgerlich. Aber selbst wenn ... Vielleicht gibt es doch den einen oder anderen Bundesarbeitsrichter, dessen Herz für die Arbeiter schlägt? Vielleicht läßt sich ja doch das Streikrecht – ohne daß man es sich im Kampf nimmt – über das höchste Arbeitsgericht durchsetzen. Genug auf die Folter gespannt. Im Urteil heißt es: „Bei Zweifeln über die Rechtmäßigkeit der angestrebten tariflichen Regelung darf von dem *äußersten Mittel* des Streiks nur in *maßvollem Rahmen* und vor allem auch *nur dann* Gebrauch gemacht werden, wenn für die *Zulässigkeit* der *tariflichen Regelung* sehr *beachtliche Gründe* sprechen und des weiteren eine endgültige Klärung der Rechtslage anders nicht zu erreichen ist ... *Andrerseits* hätte die Klägerin (der Textilkapitalist, Red.) – und dies ist bei der auch insoweit gebotenen Interessenabwägung zu berücksichtigen – die Möglichkeit gehabt, dem Streik, den sie von Anfang an für rechtswidrig hielt, mit einer *Unterlassungsklage* zu begegnen und durch Beantragung einer einstweiligen Verfügung eine *Aussetzung* des Arbeitskampfes zu *erreichen*." (1 AZR 11/76) In der Tat ist dieses Urteil ein großer Schlag – gegen die Interessen der Arbeiter, gegen das Streikrecht, und kommt nach soviel Jahren für die Kapitalisten zum rechten Zeitpunkt. Was können nicht alles „Zweifel über die Rechtmäßigkeit" sein? Die Kapitalisten verzweifeln an jeder Lohnforderung, so gering sie auch sein mag. Erst recht sind sie dagegen, daß Schranken gegen die Vernutzung der Arbeitskraft rund um die Uhr aufgerichtet werden durch Verbot von

Nacht- und Schichtarbeit, den Siebenstundentag an fünf Wochentagen und Verbot von Überstunden. Die Kapitalisten können wedeln mit den Manteltarifverträgen, mit der Arbeitszeitordnung und sagen, das sei gültiges Recht, alles andere ist nicht rechtmäßig.

Für politische Ziele zu streiken ist per Grundgesetz verboten; die „Rechtmäßigkeit" der wirtschaftlichen Kämpfe wird durch dieses Urteil an die Willkür der Kapitalistenklasse und ihres Staates gebunden. Sie sind ermächtigt, bei „Maßlosigkeit" des Kampfes der Arbeiter ihre Gerichte in Marsch zu setzen. „Unterlassungsklage" – und wenn die Arbeiter es nicht

Nacht- und Schichtarbeit, den Siebenstundentag an fünf Wochentagen und Verbot von Überstunden. Die Kapitalisten können wedeln mit den Manteltarifverträgen, mit der Arbeitszeitordnung und sagen, das sei gültiges Recht, alles andere ist nicht rechtmäßig.

Für politische Ziele zu streiken ist per Grundgesetz verboten; die „Rechtmäßigkeit" der wirtschaftlichen Kämpfe wird durch dieses Urteil an die Willkür der Kapitalistenklasse und ihres Staates gebunden. Sie sind ermächtigt, bei „Maßlosigkeit" des Kampfes der Arbeiter ihre Gerichte in Marsch zu setzen. „Unterlassungsklage" – und wenn die Arbeiter es nicht

unterlassen, zu streiken, ist es nur rechtens, Schadensersatz einzufordern.

Daß ein solches Urteil jetzt verfügt wird, ist Folge der diesjährigen Lohnkämpfe und Vorbereitung auf härtere Klassenkämpfe.

Wo keine Kündigung, da auch kein Kündigungsschutz

Eine Waffe zur Durchsetzung der kapitalistischen Rationalisierung hat das Bundesarbeitsgericht mit seinem Urteil zum „befristeten Arbeitsvertrag auf Probe" vom 15.3.1978 geschmiedet. Darin wird den Kapitalisten das Recht zugestanden, die Probebeschäftigung über sechs Monate hinaus „*angemessen*" zu verlängern: „Wenn der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer, mit dem er einen befristeten Arbeitsvertrag abgeschlossen hat, mitteilt, der befristete Vertrag werde *nicht* verlängert, so ist das *keine* Kündigung, *auch wenn* die Befristung unzulässig war und deshalb zwischen den Parteien in Wahrheit ein unbefristetes Arbeitsverhältnis besteht. Denn in der Mitteilung an den Arbeitnehmer über die Nichtverlängerung bringt der Arbeitgeber nur *seine Rechtsauffassung* zum Ausdruck, wonach das abgeschlossene Arbeitsverhältnis wie vorgesehen mit der vereinbarten Befristung enden soll." (5 AZR 831/76)

Die Unsicherheit der Existenz des Arbeiters ist noch nicht groß genug für die gigantischen Pläne der Kapitalisten. Beschäftigung auf Probe, mit weniger Lohn, denn den tariflichen Lohn



„Nach § 20 Abs. 1 Betriebsverfassungsgesetz darf niemand die Wahl des Betriebsrats verhindern ... Der Arbeitnehmer ist aber nur bei rechtmäßigem Verhalten geschützt. Die Verletzung arbeitsvertraglicher oder gesetzlicher Pflichten ist durch das Behinderungsverbot nicht gedeckt ... Nach § 74 Abs. 2 BetrVG haben Arbeitgeber und Betriebsrat jede parteipolitische Betätigung im Betrieb zu unterlassen ... Das Grundrecht der Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG) prägt auch die Beziehungen der Arbeitsvertragsparteien. Doch findet es seine Schranken sowohl im Recht der persönlichen Ehre (Art. 5 Abs. 2 GG) als auch in den Grundregeln über das Arbeitsverhältnis, insbesondere in der Pflicht des Arbeitnehmers zu loyalem Verhalten ... Nach den angeführten Grundsätzen kann eine außerordentliche oder ordentliche Kündigung durch den Arbeitgeber gerechtfertigt sein, wenn in dem von dem Arbeitnehmer im Hinblick auf die bevorstehenden Betriebsratswahlen verteilten ,Programm' behauptet wird, daß die Arbeitnehmer bei dem betroffenen Arbeitgeber unter immer gefährlicheren Bedingungen und ausgeklügelten Antreibermethoden arbeiten und gegeneinander ausgespielt werden sollen, daß der Arbeitgeber durch zunehmende Verwarnungen und Entlassungen Unternehmerterror ausübe, daß das Profitinteresse des Arbeitgebers Unfall- und Gesundheitsgefährdungen hervorrufe und daß die ausländischen Arbeitnehmer von den Kapitalisten besonders stark ausgepreßt würden ..."

bekommt der Arbeiter erst, wenn er „eingearbeitet" ist, mit der Aussicht, von heute auf morgen auf die Straße geworfen zu werden, das soll zum „Normalfall" erklärt werden. Von „Kündigungs*schutz*" kann keine Rede sein, es *ist* nicht einmal eine Kündigung. Das Gericht nimmt Ehrenberg bereits die Arbeit ab; er will die Kündigungsschutzklagen „eindämmen" durch ein „Gesetz zur Beschleunigung und Bereinigung des arbeitsgerichtlichen Verfahrens", das seit März im Entwurf vorliegt. Die Möglichkeit einer Sprungrevision (d.h. man kann eine Instanz überspringen und Revision vor dem Bundesarbeitsgericht einlegen) soll von vorneherein ausgeschlossen werden und nur noch möglich sein, „wenn die Rechtssache Rechtsstreitigkeiten betrifft 1. zwischen Tarifvertragsparteien aus Tarifverträgen oder über das Bestehen oder Nichtbestehen von Tarifverträgen, 2. über die *Auslegung* eines Tarifvertrages, dessen Geltungsbereich sich über den Bezirk des Landesarbeitsgerichtes hinaus erstreckt oder 3. zwischen tariffähigen Parteien oder zwischen diesen und Dritten aus unerlaubten Handlungen, soweit es sich um Maßnahmen zum Zwecke des Arbeitskampfes oder um Fragen der Vereinigungsfreiheit einschließlich des hiermit im Zusammenhang stehenden Betätigungsrechts der Vereinigungen handelt." Zudem soll der Streitwert von derzeit mindestens 6000 DM auf etwa 40000 DM hochgesetzt werden.

Ehrenberg hat vorsichtig – wozu er allen Grund hat – den Bourgeoisrichtern den Vortritt gelassen und erst einmal den *einzelnen* Arbeiter vollständig aus dem Rechtsanspruch beseitigt. Es ist „nur" noch ein Schritt, das Urteil des Bundesarbeitsgerichts als „konstruktive Anregung" in die Parlamentsdebatte einzubeziehen und als „Auslegungsbeispiel" seines Gesetzentwurfes den Kapitalisten zu Füßen zu legen.

Die Krankenkasse ist nicht

nehmende Verwarnungen und Entlassungen Unternehmerterror ausübe, daß das Profitinteresse des Arbeitgebers Unfall- und Gesundheitsgefährdungen hervorrufe und daß die ausländischen Arbeitnehmer von den Kapitalisten besonders stark ausgepreßt würden ..."

bekommt der Arbeiter erst, wenn er „eingearbeitet" ist, mit der Aussicht, von heute auf morgen auf die Straße geworfen zu werden, das soll zum „Normalfall" erklärt werden. Von „Kündigungs*schutz*" kann keine Rede sein, es *ist* nicht einmal eine Kündigung. Das Gericht nimmt Ehrenberg bereits die Arbeit ab; er will die Kündigungsschutzklagen „eindämmen" durch ein „Gesetz zur Beschleunigung und Bereinigung des arbeitsgerichtlichen Verfahrens", das seit März im Entwurf vorliegt. Die Möglichkeit einer Sprungrevision (d.h. man kann eine Instanz überspringen und Revision vor dem Bundesarbeitsgericht einlegen) soll von vorneherein ausgeschlossen werden und nur noch möglich sein, „wenn die Rechtssache Rechtsstreitigkeiten betrifft 1. zwischen Tarifvertragsparteien aus Tarifverträgen oder über das Bestehen oder Nichtbestehen von Tarifverträgen, 2. über die *Auslegung* eines Tarifvertrages, dessen Geltungsbereich sich über den Bezirk des Landesarbeitsgerichtes hinaus erstreckt oder 3. zwischen tariffähigen Parteien oder zwischen diesen und Dritten aus unerlaubten Handlungen, soweit es sich um Maßnahmen zum Zwecke des Arbeitskampfes oder um Fragen der Vereinigungsfreiheit einschließlich des hiermit im Zusammenhang stehenden Betätigungsrechts der Vereinigungen handelt." Zudem soll der Streitwert von derzeit mindestens 6000 DM auf etwa 40000 DM hochgesetzt werden.

Ehrenberg hat vorsichtig – wozu er allen Grund hat – den Bourgeoisrichtern den Vortritt gelassen und erst einmal den *einzelnen* Arbeiter vollständig aus dem Rechtsanspruch beseitigt. Es ist „nur" noch ein Schritt, das Urteil des Bundesarbeitsgerichts als „konstruktive Anregung" in die Parlamentsdebatte einzubeziehen und als „Auslegungsbeispiel" seines Gesetzentwurfes den Kapitalisten zu Füßen zu legen.



VW-Halbjahresbericht: 2427 Mio. DM Profit

r.roh. 265 Mio. „Überschuß" weist die Gewinn- und Verlustrechnung des VW-Konzerns für das erste Halbjahr 1978 aus. Dies ist eine Erhöhung um fast 33% gegenüber dem ersten Halbjahr 1977. In Wirklichkeit ist aber dieser „Überschuß", den die Bilanz ausweist, nur der kleinste Teil des aus den VW-Arbeitern gepreßten Profits. Wir rechnen daher neu und ziehen vom Neuwert, den die VW-Arbeiter im ersten Halbjahr 1978 geschaffen haben, die Personalkosten ab (auch wenn diese durch Vorstandsbezüge u.a. sicherlich noch zu hoch ausgewiesen sind). Es verbleibt dann ein geschätzter Bruttoprofit von mindestens 2427 Mio. DM. Natürlich sind auch Zinsen, die etwa für ausgeliehenes Bankkapital gezahlt werden, Bestandteil des produzierten Profits. Die enorme Steigerung des Profits ist Ergebnis verschärfter Ausbeutung der VW-Arbeiter. Während sich die ausgewiesenen Personalkosten (gegenüber dem Halbjahresdurchschnitt 1977) um 6,4% pro Belegschaftsmitglied und um 9,8% insgesamt erhöht haben, hat sich der produzierte Neuwert um 23,2% erhöht. Der Bruttoprofit wurde also um 45% gesteigert, von 1674 Mio. DM auf 2427 Mio. DM. Der VW-Konzern will „diesen im Inland eingeschlagenen Weg einer kontrollierten Expansion fortsetzen" (Halbjahresbericht).

Bundespräsident Scheel: „Teuer, viel zu teuer erkauft"

r.ulk. Bundespräsident Scheel hat die von Bodelschwinghschen Anstalten in Bethel bei Bielefeld besucht, eine der größten westdeutschen Zwangsarbeitsanstalten. Kranke, für den gewöhnlichen Ausbeutungsprozeß nicht taugliche Menschen werden hier wieder als Ausbeutungsobjekte einsetzbar. Praktisch ohne Lohn bis ins Grab. Die Anstaltsleitung rühmt sich nicht ohne Grund, den Anteil der *arbeitenden* Insassen von 80% in den 60er Jahren auf über 90% 1977 gesteigert zu haben.

Solche Verhältnisse veranlassen Scheel zu Lobeshymnen. Wohlwollend nimmt er auch zur Kenntnis, daß weit über 100 Zivildienstleistende in der Anstalt ihre Arbeitskraft für umsonst hingeben müssen, und bemerkt bloß zweideutig: „Es gäbe keine Zivildienstleistenden, wenn es keine Bundeswehr gäbe." Er meint sicherlich: Beide dienen demselben Zweck.

Zugleich nutzt Scheel die Gelegenheit: „Der gewaltige Geldaufwand des Staates für soziale Aufgaben kann auch zum Alibi der Gesellschaft werden, sich von der mitmenschlichen Sorge um die Hilfsbedürftigen zu entlasten. Ein Sozialstaat, der mit dem Abbau der Bereitschaft zur persönlichen Hilfe einherginge, wäre zu teuer, viel zu teuer erkauft. Er ließe der spontanen Hilfsbereitschaft, der Menschlichkeit eben, keinen Raum." Die Formulierung verhüllt kaum den programmatischen Charakter. Es ist das Programm der

„Teuer, viel zu teuer erkauft"

r.ulk. Bundespräsident Scheel hat die von Bodelschwinghschen Anstalten in Bethel bei Bielefeld besucht, eine der größten westdeutschen Zwangsarbeitsanstalten. Kranke, für den gewöhnlichen Ausbeutungsprozeß nicht taugliche Menschen werden hier wieder als Ausbeutungsobjekte einsetzbar. Praktisch ohne Lohn bis ins Grab. Die Anstaltsleitung rühmt sich nicht ohne Grund, den Anteil der *arbeitenden* Insassen von 80% in den 60er Jahren auf über 90% 1977 gesteigert zu haben.

Solche Verhältnisse veranlassen Scheel zu Lobeshymnen. Wohlwollend nimmt er auch zur Kenntnis, daß weit über 100 Zivildienstleistende in der Anstalt ihre Arbeitskraft für umsonst hingeben müssen, und bemerkt bloß zweideutig: „Es gäbe keine Zivildienstleistenden, wenn es keine Bundeswehr gäbe." Er meint sicherlich: Beide dienen demselben Zweck.

Zugleich nutzt Scheel die Gelegenheit: „Der gewaltige Geldaufwand des Staates für soziale Aufgaben kann auch zum Alibi der Gesellschaft werden, sich von der mitmenschlichen Sorge um die Hilfsbedürftigen zu entlasten. Ein Sozialstaat, der mit dem Abbau der Bereitschaft zur persönlichen Hilfe einherginge, wäre zu teuer, viel zu teuer erkauft. Er ließe der spontanen Hilfsbereitschaft, der Menschlichkeit eben, keinen Raum." Die Formulierung verhüllt kaum den programmatischen Charakter. Es ist das Programm der
Ehrenbergschen Gesetzeswerke. Mit den Geldern der Lohnabhängigen für die Sozialversicherungen hat die Bourgeoisie besseres vor, als sie in Sozialleistungen zu verwandeln. Sie will das Geld für ihre Expansion.

Remmers will Klassenbücher überprüfen

r.wir. Über „gravierende" Vorfälle an der Tellkampfschule (Gymnasium) erschreckt sich die „Hannoversche Allgemeine" vom 22.8.78: „Da ‚verwechselte' ein Schüler das Klassenzimmer mit der Toilette. Da bekam ein Lehrer eine Aktentasche ins Genick. Wasser- und Stinkbomben gehören ... zum Schulalltag ... einer Lehrerin gegenüber, die von Klassenbucheintragungen und Strafen spricht, werden Drohungen ausgesprochen." Der Kampf der Schüler gegen bestimmte verhaßte Lehrer, gegen das Notensystem, Wanderklassen und Hausaufgabenschikane macht den bürgerlichen Schreiberlingen schwere Sorgen. Die Lage droht der Landesregierung aus der Hand zu rutschen. Selbst Verweise, Klassenbucheintrag bis hin zur Versetzung in eine andere Klasse änderten daran nichts. Börner, jetziger Schulleiter, beklagt sich, daß der „Freiraum" für Lehrer und Schüler „zu groß" sei. Offensichtlich betreiben nicht alle Lehrer die Schulunterdrückung so, wie es sich das Kultusministerium vorstellt. Deshalb greift Remmers jetzt selbst ein: Er läßt sich sämtliche Klassenbücher zur Überprüfung vorlegen. Doch selbst damit hat er Schwierigkeiten: Sieben Klassenbücher sind gleich verschwunden.

Norddeutsche Waren- und Panzerautobahn gegen Osten

r.jod. Der westdeutsche Imperialismus hat in den letzten Jahren und besonders in den letzten Monaten hunderte von Kilometern Bundesautobahn fertiggestellt. Im Jahre 1975 betrug das Netz der Bundesautobahn in der Bundesrepublik 5748 km, im Jahre 1977 sind es bereits 6944 km. 1978 sollen dann noch einmal 270 km Autobahn fertig werden. Damit hat Helmut Schmidt seinen Kontrahenten Hitler schon um genau 1132 Autobahnkilometer übertroffen.

Jetzt plant die Bundesregierung im Norden den Bau der Nordtrasse, einer Küstenautobahn, die Nord- und Ostsee verbindet, einer Emslandautobahn, die das Ruhrgebiet direkt mit der Nordsee verbindet, und den weiteren Ausbau kleinerer Strecken, wie z.B. zwischen Kiel und Rendsburg. Auf längere Sicht soll eine Nord-Süd-Verbindung von Bremen nach Frankfurt (gerade Luftlinie) gebaut werden.

Der Bau der Autobahn hat den Kapitalisten erhebliche Erleichterungen in ihrer Profitproduktion erbracht. Sprach Albrecht in seiner Regierungserklärung noch von dem Schutz der Umwelt vor Autobahnen, so setzte er sich mit Entschiedenheit für eine Südanstelle einer Nordtrasse ein. Nachdem sich die niedersächsische Landesregierung damit nicht durchsetzen konnte, will sie sich für eine Verbindungsstraße von Niedersachsen auf die Nordtrasse im Bereich der DDR einsetzen. Die niedersächsische Landesregierung weiß, daß die Umschlagzeit der Waren durch den dichte Autobahnnetz erheblich gesenkt wird. Deshalb dieser Einsatz.

Über die im wesentlichen gerade verlaufenden Straßen der Bundesautobahnen ist die Streckenentfernung für den Warenumschlag gesenkt worden. Also: weniger Kosten für die Kapitalisten für Transport. Der Preis der Waren kann gesenkt werden, und die Konkurrenten werden unterboten. Durch das Bundesautobahnnetz sind nicht nur weniger Kilometer für den Umschlag der Waren angefallen, sondern durch das beständige schnelle Transportieren der Lastkraftwagen werden die Waren schneller umgeschlagen.

Der Straßengüterfernverkehr konnte die geleistete Tonnenkilometerzahl von 57 Milliarden auf 72 Milliarden in den letzten drei Jahren steigern, obwohl die Anzahl der Lastkraftwagen im wesentlichen gleichgeblieben ist und auch gleichbleiben wird, wenn man sich die Neuzulassungen der Lastkraftwagen in den letzten Monaten ansieht. Die Verbesserungen im Straßennetz, die Verbesserungen und Erweiterungen der Ladekapazitäten auf dem Lastkraftwagensektor haben aber die Arbeitsbedingungen der Lastkraftwagenfahrer erheblich verschärft. Alles, um die Waren der Kapitalisten schneller umzuschlagen und die Umlaufzeit des Kapitals zu verkürzen.

Das Autobahnnetz hat für die westdeutschen Imperialisten *bestimmte* wirtschaftliche Bedeutung und gleichzeitig militärische. Das westdeutsche Autobahnnetz ist ein militärischer Stoßkeil gegen den Osten. In Friedenszeiten für den Warenhandel, bei imperialistischen Aggressionen sind es dann Panzerrollstraßen.

So ist der Warenhandel mit der DDR in den letzten drei Jahren fast um eine Milliarde DM gestiegen. Die Grunderneuerung der Autobahn Helmstedt-Westberlin soll den Warenumschlag beschleunigen. Der Bau der Nordtrasse, die Herstellung der Verbindung von Hamburg nach Westberlin, soll zusätzlich die Expansion des westdeutschen Imperialismus sichern. Das Kapitalistenorgan „Handelsblatt" sieht die Lage so: „Interesse an der Autobahn haben beide Nachbarn; Ost-Berlins Planspiel endet weitgehend an seiner Staatsgrenze/West, Bonn denkt gesamtdeutsch und an Berlin." Damit ist offensichtlich, daß die Autobahnen nach Westberlin und durch die DDR auch militärstrategisch wichtig sind. Die „Lübecker Nachrichten" (15.8.) sprechen dies direkt an: „Die Nordtrassen-Autobahn trifft im Bundesgebiet auf Nahtstellen zwischen den NATO-Befehlsbereichen Nord (AFNORTH) und Europa Mitte (AFCENT). Militärexperten weisen darauf hin, daß Grenzen zwischen Kommandobereichen immer Schwachstellen für die Verteidiger seien und daher vom Angreifer bevorzugt würden. Durch einen Panzervorstoß über die Autobahn in diese Grenze hinein könnte Schleswig-Holstein und Jütland vom übrigen NATO-Gebiet isoliert werden."

Diese Überlegungen sind nicht falsch. Doch wird man sich die Sache wohl auch andersrum überlegt haben. Der westdeutsche Imperialismus hat sich abgesichert. Über die zukünftige Küstenautobahn liegen die 40000 US-Besatzertruppen in Garlstedt strategisch mobil. In den offiziellen Dokumenten wird der Ausbau des Autobahnnetzes von Seiten der Landesregierung damit begründet, daß dies die strukturschwachen Gebiete fördern würde und daß die Arbeitskräfte dann auch mobiler sind. Dann würde auch die Arbeitslosigkeit beseitigt werden. Zu dieser Lüge stellt das Institut der Bundesanstalt für Arbeit in einer Arbeitsuntersuchung fest: „... fehlt jeglicher Anhaltspunkt, daß dies einen nennenswerten Einfluß auf das gegenwärtige Niveau der Arbeitslosigkeit ausübt."

Die Bourgeoisie hat kein Interesse an der Abschaffung der Arbeitslosigkeit, sondern Interesse am beständigen Einsaugen von noch mehr menschlicher Arbeitskraft für die imperialistischen Interessen. Wenn jetzt in verschiedenen Orten die Bauern und die Volksmassen gegen die Autobahntrassen kämpfen, dann kämpfen sie auch gegen die Expansionsbestrebungen des westdeutschen Kapitals.



hor.Braunschweig. „Und senkt ihr nicht die Preise, dann gehn wir wir auf die Gleise!" riefen 130 Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten, die an der Demonstration gegen die Fahrpreis- und Gebührenerhöhungen am Freitag teilnahmen. Ab 1. September versucht der Braunschweiger Stadtrat, die Erhöhungen für Strom, Gas, Wasser, Fernheizung und Nahverkehr einzutreiben. Im Verlauf der Demonstration wurden zweimal Zwischenkundgebungen auf den Schienen der Stadtbahn durchgeführt, und eine angehaltene Bahn wurde plakatiert. Über 50 Beschlüsse, Resolutionen und Leserbriefe an die bürgerliche Presse sind bisher in Betrieben, Schulen, an der Universität, in Straßen und Wohnblocks verfaßt worden, die den Stadtrat auffordern, die Erhöhungen zurückzunehmen. Auf der Abschlußkundgebung der Demonstration sprach der Genosse Glinski, obwohl er am gleichen Tag eine viermonatige Haftstrafe wegen Beteiligung an den Fahrpreiskämpfen 1975 in Braunschweig hätte antreten sollen. Die Polizei traute sich nicht einzugreifen.

Anästhesisten in Westberlin kämpfen um Planstellen

r.söh. Vor einigen Wochen haben am Klinikum Steglitz 15 Anästhesisten und der Leiter der Abteilung, Professor Henneberg, gekündigt. Seitdem können von den 17 Operationssälen nur maximal zehn benutzt werden. Die

den der Wartungsdienst abbestellt war, wurde das Verfahren niedergeschlagen.

Die Anästhesisten am Klinikum begründeten ihre Maßnahmen auch mit der Notwendigkeit, die Patienten für

nat und Klinikumsleitung gerade recht, daß Professor Henneberg eine Stelle im Städtischen Krankenhaus Urban annahm und sieben Anästhesisten mitzog. Damit war die Kapitulation eingeleitet. Noch weitere acht Anästhesisten

sten schon im Ansatz zu ersticken. Es ist eine Warnung an sie, bei Neubesetzung der Stellen nicht nochmals an einer geschlossenen Front der Beschäftigten zu scheitern. Vorerst sind trotz

regierung weiß, daß die Umschlagzeit der Waren durch den dichte Autobahnnetz erheblich gesenkt wird. Deshalb dieser Einsatz.

Über die im wesentlichen gerade verlaufenden Straßen der Bundesautobahnen ist die Streckenentfernung für den Warenumschlag gesenkt worden. Also: weniger Kosten für die Kapitalisten für Transport. Der Preis der Waren kann gesenkt werden, und die Konkurrenten werden unterboten. Durch das Bundesautobahnnetz sind nicht nur weniger Kilometer für den Umschlag der Waren angefallen, sondern durch das beständige schnelle Transportieren der Lastkraftwagen werden die Waren schneller umgeschlagen.

Der Straßengüterfernverkehr konnte die geleistete Tonnenkilometerzahl von 57 Milliarden auf 72 Milliarden in den letzten drei Jahren steigern, obwohl die Anzahl der Lastkraftwagen im wesentlichen gleichgeblieben ist und auch gleichbleiben wird, wenn man sich die Neuzulassungen der Lastkraftwagen in den letzten



hor.Braunschweig. „Und senkt ihr nicht die Preise, dann gehn wir wir auf die Gleise!" riefen 130 Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten, die an der Demonstration gegen die Fahrpreis- und Gebührenerhöhungen am Freitag teilnahmen. Ab 1. September versucht der Braunschweiger Stadtrat, die Erhöhungen für Strom, Gas, Wasser, Fernheizung und Nahverkehr einzutreiben. Im Verlauf der Demonstration wurden zweimal Zwischenkundgebungen auf den Schienen der Stadtbahn durchgeführt, und eine angehaltene Bahn wurde plakatiert. Über 50 Beschlüsse, Resolutionen und Leserbriefe an die bürgerliche Presse sind bisher in Betrieben, Schulen, an der Universität, in Straßen und Wohnblocks verfaßt worden, die den Stadtrat auffordern, die Erhöhungen zurückzunehmen. Auf der Abschlußkundgebung der Demonstration sprach der Genosse Glinski, obwohl er am gleichen Tag eine viermonatige Haftstrafe wegen Beteiligung an den Fahrpreiskämpfen 1975 in Braunschweig hätte antreten sollen. Die Polizei traute sich nicht einzugreifen.

Anästhesisten in Westberlin kämpfen um Planstellen

r.söh. Vor einigen Wochen haben am Klinikum Steglitz 15 Anästhesisten und der Leiter der Abteilung, Professor Henneberg, gekündigt. Seitdem können von den 17 Operationssälen nur maximal zehn benutzt werden. Die Folge: Operationen werden tagelang hinausgezögert und manchmal kurzfristig wieder abgesagt, weil aufgrund eines Notfalles kein Narkosearzt mehr frei ist. Die Massenkündigung ist vorläufig das Ende eines langandauernden Kampfes der Anästhesisten um mehr Planstellen. Seit 1974 ist die Stellenzahl der Anästhesieassistenten mit 40 und die der Assistenzprofessoren in der Anästhesiologie konstant. Selten sind diese Stellen auch voll besetzt gewesen. Bei steigenden Operationszahlen von 80 bis 90 pro Tag haben die Anästhesisten ständig Überstunden, Rufbereitschaft oder Bereitschaftsdienst. Obwohl allein auf der stationären Aufnahme der Chirurgie die Zahl der Patienten von 2325 im Jahr 1974 auf 3404 im Jahr 1976 stieg, wurden alle Anträge der Anästhesisten auf eine Erhöhung der Planstellenzahl abgelehnt.

Seit Beginn dieses Jahres weigerten sich die Anästhesisten, Narkosen noch einzuleiten, wenn ersichtlich war, daß die Operation nicht zum Arbeitsschluß zu beenden war. Sie hatten gute Gründe für diese Kampfschritte. „Die ständige Hetze durch den zu niedrigen Stellenplan stellte eine Gefährdung der Patienten dar", argumentierten sie. Fehler, die leicht aus Arbeitsüberlastung entstehen, können für den Patienten tödlich und für den Arzt mit einer hohen Strafe enden.

So sollte am Urban-Krankenhaus z.B. ein Anästhesist bestraft werden, weil ein Patient aufgrund eines defekten Sauerstoffmanometers erstickte. Erst als der Arzt nachweisen konnte, daß das Manometer nicht gewartet wurde, weil aus Kostenersparnisgründen der Wartungsdienst abbestellt war, wurde das Verfahren niedergeschlagen.

Die Anästhesisten am Klinikum begründeten ihre Maßnahmen auch mit der Notwendigkeit, die Patienten für die Operationen am nächsten Tag zu untersuchen und nach eventuellen Allergien gegen Narkotica zu befragen. Die ärztlichen Abteilungsleiter am Klinikum erregten sich über die „gewerkschaftlichen Kampfmethoden" der Anästhesisten, besonders weil es ihnen nicht gelang, mit dem Gerede von der „besonderen Verpflichtung der Ärzte gegenüber den Patienten" die Einheit der Anästhesisten zu spalten und sie zur Aufgabe zu zwingen. Im Gegenteil erhielten die Anästhesisten Unterstützung bei den Operationsschwestern. Das Organisationsbüro des Klinikums legte einen Rationalisierungsplan für die OP-Schwestern vor. Danach sollten diese durch eine Verschiebung der Arbeitszeit ihre Rüstzeiten vor der Operation gekürzt bekommen. Außerdem sollten OP-Schwesternstellen (Kr 5) in Pflegehelferstellen (Kr 1 bis 2) umgewandelt werden. Das hätte eine schärfere Arbeitsteilung bedeutet, innerhalb derer die OP-Schwestern ohne größere Pause acht Stunden im Operationssaal zu stehen hätten und die Pflegehelfer die Patienten auf die Stationen bringen. Die Schwestern haben gegen diese Pläne mit Kampfmaßnahmen gedroht und sind geschlossen dem Fachbereichsrat auf die Haut gerückt. Der Verwaltungsleiter befürchtete eine Ausweitung der Kampfmaßnahmen in die Zentralen Operationsbereiche (ZOP) und mußte seine Rationalisierungsfachleute zurückpfeifen.

Die Klinikumsleitung mußte hinsichtlich der Planstellen schon Zugeständnisse machen und bot acht Stellen an, die aber vom Senat wieder gesperrt wurden. In dieser Situation war es Senat und Klinikumsleitung gerade recht, daß Professor Henneberg eine Stelle im Städtischen Krankenhaus Urban annahm und sieben Anästhesisten mitzog. Damit war die Kapitulation eingeleitet. Noch weitere acht Anästhesisten kündigten ebenfalls.

Wochen nach dem Wechsel von Professor Henneberg bekommt die Klinikumsleitung Schelte durch die „Berliner Morgenpost". Angeblich konnte die „bürokratische Verwaltung" sich „nicht durchringen, rasch und zügig mehr Planstellen" zu schaffen. Dabei ist der Nullstellenplan vom Senat verfügt worden. Die Schelte bekommt die Klinikumsleitung, weil es ihr nicht gelungen ist, den Kampf der Anästhesisten schon im Ansatz zu ersticken. Es ist eine Warnung an sie, bei Neubesetzung der Stellen nicht nochmals an einer geschlossenen Front der Beschäftigten zu scheitern. Vorerst sind trotz der Kündigungen acht neue Planstellen ausgeschrieben. Gleichzeitig will man aber einen Professor Eyrich aus Würzburg auf die freigewordene Abteilungsleiterstelle setzen. Der hat sich schon markig geäußert, wie „es gäbe dort zu viele Anästhesie-Schwestern", Anästhesisten seien auch genug und „so ein OP muß 24 Stunden in Betrieb sein". Daß ein Assistent sagte, daß es „Krieg im ZOP" gäbe, wenn der kommt, zeigt, daß die Kampffront wieder aufgebaut wird.

„Duogynon unschädlich" – trotz Hasenscharten, Wolfsrachen und Herzklappenfehlern?

r.erd. In England haben sich 580 Eltern in der Interessengemeinschaft „Vereinigung für Kinder, die durch hormonelle Schwangerschaftstests geschädigt wurden", zusammengeschlossen. Britische Wissenschaftler haben festgestellt, daß das *Schering-Präparat „Duogynon"* – in England wird es seit 1950 unter dem Namen „Primodos" vertrieben – erhebliche Mißbildungen bei Neugeborenen hervorruft. „Duogynon" bzw. „Primodos" ist von den Schering-Kapitalisten weltweit seit 1950 als Schwangerschaftstest und als Mittel zur Behebung von Menstruationsstörungen vertrieben worden. Runde 30 Millionen DM Umsatz haben die Kapitalisten bislang damit erzielt. Nach Untersuchungen wurden folgende Mißbildungen bei Neugeborenen festgestellt: Wolfsrachen, Herzklappenfehler, Hasenscharte, offene Wirbelsäule und Mißbildungen an Händen und Füßen. Schon vor acht Jahren haben die Schering-Kapitalisten das Mittel aus dem schwedischen, finnischen, italienischen, holländischen, australischen und spanischen Markt entfernen müssen. 1973 wurde auf der Packung von „Duogynon" für die Bundesrepublik der Anwendungsbereich Schwangerschaftstest gestrichen, in England geschah das 1975. Es wird nach wie vor weiter vertrieben, mit der Begründung, als Mittel, „um Unregelmäßigkeiten des Zyklus zu regulieren", sei es nicht schädlich. Noch 1969 ließen die Kapitalisten verbreiten, nachdem sie in klinischer Forschung Tierversuche durchgeführt haben: „Unserer Ansicht nach sind die Resultate keineswegs alarmierend, und wir sehen keinen Grund, ‚Primodos' zurückzuziehen." Die Schering-Kapitalisten haben sich mittlerweile vom Bundesgesundheitsamt in Westberlin bescheinigen lassen, daß „Duogynon", wenn es nur noch bei kurzzeitigen Regelstörungen verordnet wird, unschädlich sei. Sie denken weder daran, dieses Mittel aus dem Verkehr zu ziehen, noch Schadenersatz zu zahlen. Ab 11. September 1978 erscheint „Duogynon" unter dem Namen „*Cumorit*".

Neue Plünderungspläne

b.pes. „Die nächste Fahrpreiserhöhung kommt bestimmt", posaunt Rudolf Renger, Vorsitzender der Geschäftsführung der VVK (Versorgung und Verkehr Kiel), anläßlich der Vorstellung des Geschäftsberichtes 1977 heraus. Ganz davon abgesehen, daß sich auch so ein polizeilich abgesicherter Oberplünderer mal irren kann, ist doch das ganze Lügengebäude, mit dem schon jetzt erneute Fahrpreiserhöhungen vorbereitet werden, interessant.

Die „Kieler Nachrichten" sprechen von einem Bilanzverlust von 16,5 Mio. DM. Bilanzen sind geduldig und deshalb stimmt diese Feststellung auch. Verschweigen tun sie, daß neben dem Jahresüberschuß von 7,5 Mio. DM, den sie auch noch zugeben, gleichzeitig die Verluste des Vorjahres um glatte 9,4 Mio. DM gedrückt worden sind. Das bedeutet, daß die Magistratsparteien ihre VVK, und die Fahrpreiserhöhungen gehen nur teilweise in die Bilanz ein, durch die Plünderung der Massen deutlich saniert haben. Daß ihnen das nicht reicht, wird aus den Bemerkungen des Landesrechnungshofes deutlich: „Vordringlich werden jedoch die nicht beeinflußbaren Kostensteigerungen insbesondere des Verkehrsbetriebes durch geeignete Tarifgestaltung zeitgerecht aufgefangen werden müssen."

Um knapp 10 Mio. DM sind die Umsatzerlöse der Stadtwerke gestiegen. Sind erstmal die Maßnahmen zur Umstellung auf Gas und Fernwärme durchgesetzt, dann kommt eine Gebührenerhöhung zum rechten Zeitpunkt, denken sich die Herren. Einen Gewinn von 6,2 Mio. DM haben die Stadtwerke erwirtschaftet. Das reicht aber lange nicht hin, um die Kredite an das Finanzkapital zurückzuzahlen. Mit 149,011 Mio. DM ist die VVK beim Finanzkapital verschuldet. Das will das Geld zurück, auch wenn ihm die Zinszahlungen, in diesem Jahr allein 13 Mio. DM, natürlich gelegen kommen. 41,921 Mio. DM sind an Kreditrückzahlungen in den nächsten vier Jahren fällig. Darin sind die 31,837 Mio. DM, die im Geschäftsjahr 1977 zurückgezahlt worden sind, nicht drin. Wie das machen?

Die Umsatzerlöse bei der KVAG sind um 1,054 Mio. DM gesunken, weil die Beförderung um 3,7% zurückgegangen ist. Renger beruhigt, die Fahrpreiserhöhungen würden erst nächstes Jahr kommen, wenn der nächste Geschäftsbericht und damit die Wirkung der letzten Erhöhung vorliegt. Dann will er sich aus der Schußlinie verdrücken. Der Bürgermeister Barow wird seine Stelle einnehmen. Die 111252 DM Vorstandsbezüge sind so verlockend, daß er sich dann mit den Massen um diese nächste Erhöhung der Gebühren und Tarife streiten will, zumal er ja die Stadtvertretung und den Gewaltapparat hinter sich weiß.

und Fernwärme durchgesetzt, dann kommt eine Gebührenerhöhung zum rechten Zeitpunkt, denken sich die Herren. Einen Gewinn von 6,2 Mio. DM haben die Stadtwerke erwirtschaftet. Das reicht aber lange nicht hin, um die Kredite an das Finanzkapital zurückzuzahlen. Mit 149,011 Mio. DM ist die VVK beim Finanzkapital verschuldet. Das will das Geld zurück, auch wenn ihm die Zinszahlungen, in diesem Jahr allein 13 Mio. DM, natürlich gelegen kommen. 41,921 Mio. DM sind an Kreditrückzahlungen in den nächsten vier Jahren fällig. Darin sind die 31,837 Mio. DM, die im Geschäftsjahr 1977 zurückgezahlt worden sind, nicht drin. Wie das machen?

Die Umsatzerlöse bei der KVAG sind um 1,054 Mio. DM gesunken, weil die Beförderung um 3,7% zurückgegangen ist. Renger beruhigt, die Fahrpreiserhöhungen würden erst nächstes Jahr kommen, wenn der nächste Geschäftsbericht und damit die Wirkung der letzten Erhöhung vorliegt. Dann will er sich aus der Schußlinie verdrücken. Der Bürgermeister Barow wird seine Stelle einnehmen. Die 111252 DM Vorstandsbezüge sind so verlockend, daß er sich dann mit den Massen um diese nächste Erhöhung der Gebühren und Tarife streiten will, zumal er ja die Stadtvertretung und den Gewaltapparat hinter sich weiß.

Er wird es aber nicht nur mit den Benutzern der Verkehrsmittel zu tun kriegen. Die ständige Ausdehnung der Mehrarbeit der Arbeiter und Angestellten bei der VVK kennt auch ihre Grenzen. Um 3% sind die Ausgaben für Löhne und Gehälter 1977 nur gestiegen, obwohl der Tarifabschluß bei 5% lag. Durch Rationalisierung und Entlassung hat die Stadt Kiel so in ihrem Betrieb 1,531 Mio. DM „eingespart".

Es wird nützlich sein, schon jetzt gegen die Pläne des Kieler Magistrats die Front zu schmieden. Dann können die vorlauten Bemerkungen des Rudolf Renger auf die eigenen Füße zurückfallen.

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstr. 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27 – 29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/72 08 76/77

Regionalredaktion München, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/53 13 48

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstr. 78, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/38 21 68

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon 0421/6 16 04 55

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon 030/6 14 50 99

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/73 02 31

Geschäftsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken

Geschäftsstelle Mannheim: J 7, 14, 6800 Mannheim, Telefon 0621/1 62 79

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/61 18 05

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/53 13 48

„Das sind doch alles Banditen"

Durch Zwangsverpflichtung der Bauernsöhne leistet die Bundeswehr einen regelmäßigen Beitrag zum Bauernlegen. Bei den Herbstmanövern wird es noch dicker kommen.

b.reh. „Wegen der Einberufung meines Sohnes zur Bundeswehr, suche ich ..." Solche und ähnliche Zeitungsanzeigen finden sich gehäuft vor den Einzugsterminen der Armee. Sie belegen immer wieder, wie brutal die imperialistische Armee die Lebensbedingungen der kleinen und mittleren Bauern einschnürt.

Die Rebellion dagegen findet regelmäßig zu den Erntezeiten ihren Höhepunkt. Die Desertionen der Bauernsöhne schnellen dann in die Höhe. Mit dem „Recht" auf Ernteurlaub mußte der bürgerliche Staat versuchen, diese Rebellion abzustumpfen, wollte er nicht eine handfeste politische Front gegen die Zwangsverpflichtung der arbeitenden Jugend kassieren. Natürlich hat er dieses „Recht" sogleich als Spaltungs- und Schikaneinstrument genutzt. Zwei uns bekannt gewordene Fälle, allein aus der Kellinghusener Liliencron-Kaserne, veranschaulichen das.

In dem einen Fall wurde einem Kanonier aus der 2/62 der Sonderurlaub gestrichen, weil der zu bearbeitende Bauernhof seit April 78 nicht mehr seinen Eltern gehörte, sondern auf den Namen seines Bruders umgeschrieben war.

In dem anderen Fall hatte ein Gefreiter 14 Tage Ernteurlaub beantragt. Das wurde abgelehnt mit der Begründung, daß er für den Wachdienst in der Woche vom 10. bis 17.8 benötigt würde. Der Wachzug war aber zu diesem Zeitpunkt bereits eingeteilt, und er war darin nicht berücksichtigt worden. Batteriechef Oberleutnant Kuhn gab einem Schreibstubensoldaten den Befehl, den Wachplan so abzuändern, daß der Gefreite am Wochenende doch noch auf Wache geht. Der ursprünglich eingeteilte Soldat wurde am Wochenende dafür vom Dienst freigestellt. Bewilligt wurde der Ernteurlaub dann erst ab dem 18.8.

Die Bundeswehr leistet so über den Raub der von den kleinen und mittleren Bauern dringend benötigten Arbeitskraft ihrer Söhne einen regelmäßigen Beitrag zum Bauernlegen. Sie trifft damit einen, wenn auch zu tausenden zählenden, relativ kleinen Anteil der Bauern. Größere Ausmaße nimmt die Sache an, wenn die imperialistischen Armeen Schlachten proben. Ihre Manöver sind immer auch Schlachten, bei denen Saatgut und Früchte in großem Umfang vernichtet, die Qualität großer Bodenflächen über die Zerstörung von Drainageanlagen oder Umpflügen von Grassoden verschlechtert wird.

Entsprechend groß ist die Wut und der Haß bei der von den Manövern heimgesuchten Landbevölkerung. Das „Bauerblatt" vom Oktober 76 meldete: „Die NATO-Gefechtsübung „Bonted Item" ist beendet. Aber im Manöverraum ist sie natürlich noch nicht vergessen. Es sind teilweise beträchtliche Flurschäden entstanden." Ein Jahr später ließen es die Generäle durch 12000 Soldaten beim Herbstmanöver „Starker Büffel" noch wüster treiben. Die „Husumer Nachrichten" mußten berichten: Der Kreisbauernverband Husum-Eiderstedt habe gleich am ersten Tag beim Wehrbereichsamt Kiel gegen die ungeheuren Zerstörungen protestiert. Die Übungsschadenzentrale bei Tarp schätzt den Schaden auf 2,4 bis 2,8 Mio. DM bei Nutzflächen und auf die gleiche Summe bei Straßen und Wegen. „Das sind doch alles Banditen", hatten Bauernjugendliche aus Börm die verantwortlichen Offiziere überaus treffend bezeichnet. Ein Bauer aus Klein-Bennebek damals: „Man muß froh sein, wenn man von den Manöverschäden verschont bleibt. Die Entschädigung reicht hinten und vorne nicht." Die „Entschädigung" ist sowieso nur mit Gefeilsche, Gutachten und durch behördliche Schikanen erreichbar. Die Folgeschäden werden überhaupt nicht erfaßt, z.B. wenn Drainagerohre zu Bruch gehen. Dann gibt es keinen richtigen Abfluß des Wassers mehr, es entsteht Staunässe, die zum Versauern des Bodens führt.

Kein Wunder, daß die „Husumer Nachrichten" die „unüblich harte Kritik" der Bauern vermelden mußten. In diesem Herbst soll vom 19. bis 22. September „die größte alliierte Gefechtsübung in Schleswig-Holstein" stattfinden. In dem Manöver, Bold Guard (Kühne Wacht) getauft, sollen 60000 Heeressoldaten zum Einsatz kommen. Der Manöverschwerpunkt soll im Raum der Kreise Storman und Segeberg liegen. Die imperialistische Bourgeoisie wird bei ihren Kriegsvorbereitungen immer hektischer. Sie erhöht nicht nur die Anzahl der übenden Soldaten und verlegt nicht nur die Übungseinsätze zusehnds in die Richtung des späteren Vormarsches, nämlich gen Osten. Sie wird zusehends diese Kriegsvorbereitungen mit gesteigerter Brutalität gegen die Massen betreiben. Die Bauern stellen eine starke Kraft dagegen dar. Die westdeutsche Bourgeoisie und die Besatzungsmächte werden das bei ihren anstehenden Übungen zu spüren bekommen.



Spuren von „Bonded Item", Herbstmanöver 1976. Im „Bauernblatt hieß es damals dazu: „Im Manövergebiet in Angeln sind nach Erhebungen der Ortsvertrauensmänner Schäden entstanden, die weit über das erwartete Ausmaß hinausgingen ... Die Wehrbereichsverwaltung und das Amt für Verteidigungslasten in Kiel haben eine schnelle Regulierung der entstandenen Manöverschäden zugesagt." Davon haben die Bauern nicht viel gesehen.

Krankenhaus Rendsburg – Landesrechnungshof lobt: „Sparsame Wirtschaftsführung"

Auch die Entlassungspläne gegen H.A.Berger können den Kampf gegen den Dienstherrn nicht unterdrücken

Woche vom 10. bis 17.8 benötigt würde. Der Wachzug war aber zu diesem Zeitpunkt bereits eingeteilt, und er war darin nicht berücksichtigt worden. Batteriechef Oberleutnant Kuhn gab einem Schreibstubensoldaten den Befehl, den Wachplan so abzuändern, daß der Gefreite am Wochenende doch noch auf Wache geht. Der ursprünglich eingeteilte Soldat wurde am Wochenende dafür vom Dienst freigestellt. Bewilligt wurde der Ernteurlaub dann erst ab dem 18.8.

Die Bundeswehr leistet so über den Raub der von den kleinen und mittleren Bauern dringend benötigten Arbeitskraft ihrer Söhne einen regelmäßigen Beitrag zum Bauernlegen. Sie trifft damit einen, wenn auch zu tausenden zählenden, relativ kleinen Anteil der Bauern. Größere Ausmaße nimmt die Sache an, wenn die imperialistischen Armeen Schlachten proben. Ihre Manöver sind immer auch Schlachten, bei denen Saatgut und Früchte in großem Umfang vernichtet, die Qualität großer Bodenflächen über die Zerstörung von Drainageanlagen oder Umpflügen von Grassoden ver-



Spuren von „Bonded Item", Herbstmanöver 1976. Im „Bauernblatt hieß es damals dazu: „Im Manövergebiet in Angeln sind nach Erhebungen der Ortsvertrauensmänner Schäden entstanden, die weit über das erwartete Ausmaß hinausgingen ... Die Wehrbereichsverwaltung und das Amt für Verteidigungslasten in Kiel haben eine schnelle Regulierung der entstandenen Manöverschäden zugesagt." Davon haben die Bauern nicht viel gesehen.

Krankenhaus Rendsburg – Landesrechnungshof lobt: „Sparsame Wirtschaftsführung"

Auch die Entlassungspläne gegen H.A.Berger können den Kampf gegen den Dienstherrn nicht unterdrücken

b.hek. Eifrig ist der Rendsburger Senat, an der Spitze Bürgermeister Beisenkötter und sein für die Krankenhausverwaltung zuständiger Oberamtsrat Ahrens dabei, die Vorschriften der Bundes- und Landesregierung für die „Kostendämpfung im Gesundheitswesen" im Stadtkrankenhaus Rendsburg durchzusetzen.

Schon 1977, vier Jahre nach Verabschiedung des Krankenhauszielplanes für Schleswig-Holstein, bekamen sie dann auch ein dickes Lob vom Landesrechnungshof für ihre Tätigkeit. „Auch dieses reale Ergebnis (der Jahresabschluß, d. Verf.) ist im Vergleich zu anderen Häusern relativ günstig. Das Krankenhaus hat sich den Zielvorstellungen des Krankenhausfinanzierungsgesetzes, die bei sparsamer Wirtschaftsführung entstehenden Kosten durch die öffentliche Förderung und die Pflegesätze zu decken, sehr weitgehend genähert."

Die Beschäftigten des Krankenhauses wissen, wofür der Senat dieses Lob bekommt. Überstunden und Arbeitshetze sind nicht zu übersehen. Allerdings – die Stadt hat sich diesem Ziel nur „genähert", erreicht hatte sie es jedenfalls 1977 noch nicht, wenn auch der Landesrechnungshof anerkennend schreibt: „Der Personaleinsatz bedarf einer ständigen und sorgfältigen Beobachtung, um die dafür aufzuwendenden Kosten auf ein unabweisbar notwendiges Bedürfnis zu beschränken ... Zum Zeitpunkt der Überprüfung konnten Überbesetzungen im Bereich der Pflegekräfte nicht festgestellt werden."

Gerade 1977 hat der Senat auch einige „sorgfältige Überprüfungen durchgeführt" und dadurch ca. 15 Stellen gestrichen. Im letzten Jahr haben diese Maßnahmen zu erheblichen Protesten der Beschäftigten geführt. Ständig gab es auf allen Stationen einen Kleinkrieg mit der Oberschwester und dem Chefarzt, um die Besetzung von Planstellen und die Überstunden.

Die Krankenhausverwaltung versucht jedoch mit allen Mitteln, die Zahl der Beschäftigten weiter zu drücken. So sind zwar offensichtlich nicht alle Planstellen besetzt, so daß sie dem Arbeitsamt als frei gemeldet werden mußten, die Schülerinnen des Examenskurses 1977, die nur Verträge auf ein Jahr bekommen haben, sollen aber nicht alle weiter beschäftigt werden.

Im März dieses Jahres fand eine Personalversammlung statt, die größte seit mehreren Jahren. Zum erstenmal schlossen sich die Kollegen zusammen, um gegen die Maßnahmen vorzugehen. Es wurde eine Resolution eingebracht gegen die Privatisierung des Reinigungsdienstes, die Entlassung von Putzfrauen, die fast einstimmig angenommen wurde.

Diese Privatisierung hätte eine weitere Mehrarbeit für die Beschäftigten und eine weitere Verschlechterung der Hygiene im Krankenhaus bedeutet. Auf dieser Personalversammlung trat dann auch der Assistenzarzt H.-A. Berger auf und griff die Auswirkungen der Rationalisierung an. Die Patienten würden nicht ausreichend versorgt und in einem Fall sei sogar ein Patient deswegen verstorben.

Die Situation hat sich seitdem nicht geändert. Auf der urologischen Station, auf der viele Frischoperierte liegen, ist teilweise im Tagdienst nur eine Schwester über mehrere Stunden alleine. Auf der Mehrzahl der chirurgischen Stationen ist in dieser und in der letzten Woche die Nachtwache von Schülerinnen aus dem zweiten Kurs gemacht worden, die noch nicht einmal ein Jahr in der Ausbildung sind, obwohl dies eigentlich nach dem Krankenpflegegesetz verboten ist.

Die Kollegen schließen sich in immer größerem Umfang gegen die Verschärfung der Arbeitshetze zusammen und nutzen auch in immer größerem Umfang die Gewerkschaft, um ihre Forderungen durchzusetzen. Um all diese Kämpfe zu unterbinden, ist jetzt vom Senat der Stadt Rendsburg ein Vorstoß gemacht worden: Der Arzt H.-A. Berger soll wegen seiner „Äußerungen auf der Personalversammlung" wegen „schweren Dienstvergehens" entlassen werden. Doch der Senat hat sich damit ins eigene Fleisch geschnitten – 32 Assistenzärzte, die Mehrheit der auf einer Versammlung Anwesenden, haben eine Resolution verfaßt gegen die geplante Entlassung und gefordert, daß das Recht auf Personalversammlungen gegen die schlechten Zustände in der Personalbesetzung Stellung zu nehmen, unangetastet bleiben muß.

Termine und Veranstaltungen

Kreisveranstaltungen des KBW

Mittwoch, 6.9., 19.30 Uhr
Kreis Lauenburg. „Der Bau der Autobahn von Hamburg nach Westberlin: Expansion und Kriegsvorbereitung ist der Zweck."
Mölln. Gaststätte „Eulenspiegel".

Donnerstag, 7.9., 19.30 Uhr
Kreis Lübeck. „Ausbau des Lübecker Hafens – Expansion nach Nord und Ost aus Steuergeldern. Die Massen müssen zahlen."
Lübeck. Gaststätte „Leuschner's", Kronsforder Allee

Freitag, 8.9., 20 Uhr
Kreis Storman. „Die Bourgeoisie versucht die Jugend, insbesondere die Arbeitslosen, unter ihre Kontrolle zu bringen – Überbetriebliche Ausbildung und Neumanns Jugendschutztruppe."
Ahrensburg. „Baracke", Stormstraße

Kreis Plön. „Der medizinische Versorgungsnotstand im Kreiskrankenhaus Preetz ist Modell für das Ehrenbergprogramm: Das öffentliche Dienstrecht soll den Widerstand der Kollegen brechen."
Preetz. Kathrin's Stuben".

Donnerstag, 7.9.78, 10 Uhr
Freitag, 8.9.78, 13.15 Uhr
Prozeß wegen Beleidigung des Kieler Magistrats gegen vier Angeklagte (Siehe Meldung in dieser KVZ)
Kiel. Amtsgericht Zimmer 369 (am Do.) und 124 (am Freitag)

Donnerstag, 7.9.78, 18 Uhr
Sammlung zur Ausrüstung einer Schule in Eritrea
Quickborn. Jugendzentrum

Öffentliche Mitgliederversammlung des SRK Holstein
Donnerstag, 7.9.78, 20 Uhr
„1905: Das Deutsche Reich nutzt den Expansionsdruck des russischen Zarismus gegen die Türkei aus, um die Türkei ins Bündnis zu zwingen und auszubluten. Krupp macht glänzende Geschäfte; die britischen Imperialisten versuchen die arabische Nation zu spalten und sich immer tiefer einzumischen"
Kiel. Humboldtschule, Knooper Weg

Samstag, den 9.9.78, 10 Uhr
Kundgebung des SRK zum Schleswig-Holstein-Tag in Itzehoe, Feldschmiede

Sonntag, 10.9.78 10-19 Uhr
BRD raus aus der NATO
Abzug aller fremden Truppen
Sofortige und vollständige Bezahlung der von den Bauern angemeldeten Manöverschäden
Propagandafahrten des KBW und der SRK in den Manövergebieten
Abfahrt: Kiel: 9.00 Uhr, Sophienblatt
Lübeck: 9.00 Uhr, ZOB
Neumünster: 10.00 Uhr, Großflecken
Segeberg: 10.00 Uhr, ZOB
Quickborn: 10.00 Uhr, Bahnhof

Seminare des KBW zur Vorbereitung der „Woche der Solidarität mit den Völkern Afrikas und der Dritten Welt"

Quickborn. Jugendzentrum

Öffentliche Mitgliederversammlung des SRK Holstein
Donnerstag, 7.9.78, 20 Uhr
„1905: Das Deutsche Reich nutzt den Expansionsdruck des russischen Zarismus gegen die Türkei aus, um die Türkei ins Bündnis zu zwingen und auszubluten. Krupp macht glänzende Geschäfte; die britischen Imperialisten versuchen die arabische Nation zu spalten und sich immer tiefer einzumischen"
Kiel. Humboldtschule, Knooper Weg

Samstag, den 9.9.78, 10 Uhr
Kundgebung des SRK zum Schleswig-Holstein-Tag in Itzehoe, Feldschmiede

Sonntag, 10.9.78 10-19 Uhr
BRD raus aus der NATO
Abzug aller fremden Truppen
Sofortige und vollständige Bezahlung der von den Bauern angemeldeten Manöverschäden
Propagandafahrten des KBW und der SRK in den Manövergebieten
Abfahrt: Kiel: 9.00 Uhr, Sophienblatt
Lübeck: 9.00 Uhr, ZOB
Neumünster: 10.00 Uhr, Großflecken
Segeberg: 10.00 Uhr, ZOB
Quickborn: 10.00 Uhr, Bahnhof

Seminare des KBW zur Vorbereitung der „Woche der Solidarität mit den Völkern Afrikas und der Dritten Welt"

„Der Sozialimperialismus macht leidige Erfahrungen. Immer öfter bekommt er von den Völkern der Welt Prügel."
Kiel. Freitag, 8.9.78, 20 Uhr
„Birkenklause", Gärtnerstr., Hassee

„Nach dem Sieg gegen den US-Imperialismus verteidigt Kampuchea seine Unabhängigkeit und den Aufbau des Sozialismus gegen alle Angriffe"
Preetz. Montag, 4.9.78, 20 Uhr
Bei Chr. Voß, Plöner Landstr. 100
Kiel. Freitag, 8.9.78, 20 Uhr
„Moravia Eck", Bielenbergstr./Kirchenweg, Gaarden

„Südamerika – dort hat der US-Imperialismus seinen Menschenrechten schon lange Geltung verschafft"
Donnerstag, 7.9.78, 20 Uhr
Quickborn. Jugendzentrum.
Freitag, 8.9.78, 19 Uhr
Segeberg. „Lohmühle"
Freitag, 8.9.78, 19.30 Uhr
Pinneberg. „Dingstätte", vor Kepa
Freitag, 8.9.78, 20 Uhr
Neumünster. Hotel „Stadt Rendsburg"
Itzehoe. „Zum Kulmbacher"

„Das Problem des Volkes von Zimbabwe ist die Unterdrückung durch den Imperialismus. – Es gibt keine andere Lösung als den bewaffneten Befreiungskampf"
Freitag, 8.9.78, 20 Uhr
Kiel. „Wiker Post", Holtenauerstr., Gaststätte „Storchennest", Gutenbergstr.
Elmshorn. Treffpunkt: Gaststätte „Königseck-Seidel", Schulstr.

„Die Volksrepublik China steht fest an der Seite der Dritten Welt"
Freitag, 8.9.78, 19 Uhr
Mölln. „Eulenspiegelklause"
Freitag, 8.9.78, 19.30 Uhr
Lübeck. „Leuschner's"
Ahrensburg. „Baracke", Stormstraße

Donnerstag, 7.9. bis Sonntag 10.9.78 von 10 bis 18 Uhr
Agitationsstände des KBW zur NORLA **Rendsburg.** Eingang zum Messegelände

Auch die nächsten Gerichtsverhandlungen werden ergeben: „Der Magistrat plündert und unterdrückt die Volksmassen und mästet die Kapitalisten!

b. Ein Plakat mit der Beschreibung der Tätigkeiten des Kieler Magistrats war vom KBW anläßlich der letzten Fahrpreiserhöhung im Herbst 1977 verbreitet worden. OB Bantzer stellte für den Magistrat Strafantrag, denn „das Plakat des KBW enthält Beleidigungen und Verleumdungen gegen Mitglieder des Magistrats." Daß die einfachen Tatsachen „Plündern und Unterdrücken der Volksmassen" und „Mästen der Kapitalisten" öffentlich bekannt gemacht wurden, und das noch bevor die Fahrpreiserhöhung unter Dach und Fach war, das konnte Bantzer nicht hinnehmen, ohne die bürgerliche Klassenjustiz zu seiner Ehrenrettung anzurufen. Und um die ganze Sache noch abzurunden, las Bantzer auch noch die KVZ und schrieb an die Staatsanwaltschaft: „Wegen des dortigen Artikels ‚Der Name Bantzer steht in Kiel für Ausplünderung und Niedertracht' stelle ich für den Magistrat ebenfalls Strafantrag wegen Beleidigung und Verleumdung."

Das Plakat wurde verboten, Beleidigungsverfahren angestrengt gegen diejenigen, die damit arbeiteten gegen die Fahrpreiserhöhungen. So recht hat aber die ganze Ehrenrettung des Herrn Bantzer und seiner Spießgesellen im Magistrat nicht geklappt. Das Plakat wurde verbreitet, sogar als Flugblatt, und gegen zwei Angeklagte aus entsprechenden Strafverfahren mußte das Gericht die Verfahren schon einstellen.

Am 7. und 8.9. finden erneut zwei Prozesse gegen mehrere Angeklagte statt. Darin wird sich das Gericht erneut damit auseinanderzusetzen haben, daß die Behauptungen über Bantzer völlig zu Recht erhoben wurden, weil sie der Wahrheit entsprechen. Gerade hat die VVK ihren neuen Geschäftsbericht für 1977 vorgelegt, der sozusagen das Dokumentarwerk für die Plündereien des Kieler Magistrata abgibt.

Der Prozeß kann so gut genutzt werden für den Aufbau einer politischen Front gegen die vereinten bürgerlichen Parteien im Magistrat. Das wird auch geschehen.

Prozeßtermine:
-7.9.78, 10.00 Uhr, Amtsgericht Kiel, Raum 369
-8.9.78, 13.15 Uhr, Amtsgericht Kiel, Raum 124

Gemeindevertretung gibt kein Geld für Ruinierung eines Dorfes

b.Büttel. Die Gemeindevertretung von Büttel, Wilstermarsch, hat es abgelehnt, den vom Land Schleswig-Holstein vorgesehenen Eigenanteil der Gemeinde von 5,3 Mio. DM an Kosten für Entschädigungen nach dem Städtebauförderungsgesetz zu bezahlen. Das Dorf soll aufgelöst werden und der Ansiedlung der Kapitalisten im Unterelberaum zur Verfügung stehen. Ein Drittel der Erschließungsko-

zer und seiner Spießgesellen im Magistrat nicht geklappt. Das Plakat wurde verbreitet, sogar als Flugblatt, und gegen zwei Angeklagte aus entsprechenden Strafverfahren mußte das Gericht die Verfahren schon einstellen.

Am 7. und 8.9. finden erneut zwei Prozesse gegen mehrere Angeklagte statt. Darin wird sich das Gericht erneut damit auseinanderzusetzen haben, daß die Behauptungen über Bantzer völlig zu Recht erhoben wurden, weil sie der Wahrheit entsprechen. Gerade hat die VVK ihren neuen Geschäftsbericht für 1977 vorgelegt, der sozusagen das Dokumentarwerk für die Plündereien des Kieler Magistrata abgibt.

Der Prozeß kann so gut genutzt werden für den Aufbau einer politischen Front gegen die vereinten bürgerlichen Parteien im Magistrat. Das wird auch geschehen.

Prozeßtermine:
-7.9.78, 10.00 Uhr, Amtsgericht Kiel, Raum 369
-8.9.78, 13.15 Uhr, Amtsgericht Kiel, Raum 124

Gemeindevertretung gibt kein Geld für Ruinierung eines Dorfes

b.Büttel. Die Gemeindevertretung von Büttel, Wilstermarsch, hat es abgelehnt, den vom Land Schleswig-Holstein vorgesehenen Eigenanteil der Gemeinde von 5,3 Mio. DM an Kosten für Entschädigungen nach dem Städtebauförderungsgesetz zu bezahlen. Das Dorf soll aufgelöst werden und der Ansiedlung der Kapitalisten im Unterelberaum zur Verfügung stehen. Ein Drittel der Erschließungsko-
sten sollte das Land, ein Drittel der Bund und das andere Drittel die Gemeinde bezahlen.

„Kooperatives Beratungsmodell" zur besseren Bespitzelung

b.Elmshorn. Den „sozialen Brennpunkt Hainholz" hat sich die Arbeiterwohlfahrt für ein „kooperatives Beratungsmodell" ausgewählt. Es umfaßt eine Kontaktstelle, eine ambulante Gruppe und eine Erziehungsberatungsstelle.

Die Kosten von 2,1 Mio. DM tragen mit 1,3 Mio. DM Bund und Land und 60000 DM der Kreis Pinneberg. Das Beratungsprojekt soll eingerichtet werden im Erdgeschoß eines der Hainholzer Hochhäuser. Ziel ist, „der Verschärfung der Problematik in der Erziehungsberatung" (SPD-Kreisrat Birke) entgegenzuwirken. Die Kontaktstelle für die 3000 Bewohner des Neubaughettos der Neuen Heimat im Hainholz soll erster Teil der Beratungs- und Therapieeinheit sein. In der zweiten Phase soll eine ambulante Gruppe eingerichtet werden, wo ganztägig zehn Kinder betreut werden sollen, die in ein Heim eingewiesen werden sollen. Der Modellversuch – vom Bundeswissenschaftsministerium gefördert – soll „in einem Stadtteil mit erheblichen sozialen Schwierigkeiten durch Gemeinwesenarbeit, heilpädagogische Tagesbehandlung, Schularbeitenhilfe, Elternbildung und Nachbarschaftshilfe die nichtvorhandenen Kommunikationsmöglichkeiten verbessern". Mit zwei Psychologen, vier Sozialarbeitern, einem Erzieher und einem Diplom-Pädagogen soll die Bespitzelung der Arbeiterfamilien organisiert werden.

NORLA 1978 – Propagandaschau fürs Bauernlegen

b.hei. Vom 6. bis 10.September findet in Rendsburg die Norddeutsche Landwirtschaftsausstellung NORLA statt. Angeschlossen sind die Norddeutsche Kommunale Fachausstellung NORKOFA und erstmalig die Landesjagdausstellung. Im jährlichen Wechsel zwischen den Schwerpunkten Maschinen und Tierschau steht in diesem Jahr die Landestierschau im Mittelpunkt der NORLA. Durch eine Reihe von Veranstaltungen wird die Ausstellung außerdem für ein großes Propagandamanöver für die Agrarpolitik des Finanzkapitals genutzt. Das Ziel dieser Politik ist die weitere Vernichtung von tausenden kleiner Bauern, um sie als billige Arbeitskräfte in den Fabriken ausbeuten zu können oder sie als Arbeitslose für Lohndrückerei und Spaltung einzusetzen. Ihre Höfe sollen den Großbauern zur weiteren Vergrößerung zur Verfügung stehen. Auf einer Veranstaltung in Kempten hat der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Freiherr Heeremann, das laut „Bauernblatt" vom 26.8.78 ganz offen rausgelassen: „Die regionale Wirtschaftspolitik solle dafür sorgen, daß alle Gebiete gleichgewichtig an der Entwicklung teilnehmen können. Nur unter dieser Voraussetzung dürfe erwartet werden, daß Landwirte teilweise oder ganz auf die Bewirtschaftung ihrer Betriebe verzichten und damit ihren Berufskollegen Möglichkeiten zur Aufstockung bieten würden."

Auf der Ausstellung werden etwa 1000 Tiere aller Produktionsrichtungen sowie Stalleinrichtungen und Geräte gezeigt. Prämiert werden die Tiere, die bei den von den Zuchtverbänden aufgestellten Zuchtzielen am besten abschneiden, z.B. Milch und Fettleistung bei Kühen, Kotelettfläche bei Schweinen.

Die Zuchtziele sind in den letzten Jahren immer stärker auf die kapitalistische Großproduktion ausgerichtet worden. Immer stärker dringt die kapitalistische Produktionsweise in alle Produktionszweige der Landwirtschaft. Nur werden ihr natürliche Schranken gesetzt. Nicht jedes Tier läßt sich so einfach am Fließband melken oder mästen. So werden mit dem Eindringen der kapitalistischen Produktion in die Landwirtschaft die Tiere so gezüchtet, daß sie für die kapitalistische Produktion tauglich sind. Ein Beispiel dafür sind die offiziellen Zuchtziele für Schwarz-Bunte Milchkühe: Bis vor 10 oder 15 Jahren galt als eines der wichtigsten Zuchtmerkmale noch die für die Rasse typische Farbverteilung im Fell. Das ist inzwischen fallengelassen worden. Dafür ist als Zuchtziel aufgenommen worden z.B. die Höhe des Euters über dem Erdboden, weil sonst die Melkmaschine nicht angesetzt werden kann.

Die auf der NORLA ausgestellten Tiere sind in der Regel Hochleistungstiere. Zum großen Teil stammen sie aus mittelbäuerlichen Betrieben, sind mit viel Extraarbeit und besonderem Futteraufwand gezüchtet worden. Für die kapitalistische Großproduktion werden genau solche Hochzuchttiere benötigt, wenn genug Profit erwirtschaftet werden soll. Nur ist die Technik in vielen Punkten noch nicht so weit ausgereift, um in einer großen Herde Tiere, jedes einzelne entsprechend seiner Leistung, behandeln zu können. Das trifft vor allem für die Milchviehhaltung zu. Das ist auch der Grund, warum die Entwicklung zur Großproduktion in der Milchviehhaltung noch lange nicht so weit vorangeschritten ist wie in anderen Produktionszweigen. So haben in Schleswig-Holstein die Zahlen der Rinder und Schweine seit 1960 etwa gleich zugenommen. Die Schweinehalter haben in der Zeit aber um 75% abgenommen, die Rinderhalter nur um 44%. Die durchschnittliche Bestandsgröße in der Rinderhaltung, ganz besonders in der Milchviehhaltung, wächst nur sehr langsam. In Schleswig-Holstein werden im Durchschnitt je Betrieb erst 23 Kühe gehalten. Das ist für eine mechanisierte Großproduktion und Ausbeutung von Lohnarbeit zu wenig. Sind im Ackerbau, in der Hähnchen- und Schweinemast die Schranken für die mechanisierte Produktion so gut wie niedergerissen, so soll dafür jetzt auch in den übrigen Produktionszweigen, u.a. der Rindviehhaltung, endlich der Durchbruch geschaffen werden. Die mechanisierte Betreuung einer großen Zahl Tiere ist die Voraussetzung, um in diesem Zweig Lohnarbeit auszubeuten.

Um dieser Entwicklung Vorschub zu leisten und um die verschiedenen technischen Entwicklungen gegeneinander abwägen zu können, nutzt die Bourgeoisie eine Ausstellung wie die NORLA. Unter der Überschrift „Landtechnische Neuheiten auf der 30. Norla" schreibt das „Bauernblatt" vom 2. September: „Nach der Mechanisierung der Dungkette und des Milchentzuges werden Möglichkeiten der mechanisierten Futtervorgabe gesucht. Bauliche Gegebenheiten und oftmals zu geringe Bestandsgrößen stehen einer größeren Mechanisierungswelle noch entgegen. Daraus spricht die Gier des Finanzkapitals, sich auch diesen Produktionszweig zu unterwerfen. Durch Fischgrätenmelkstand und Gülleentmistung sind bereits gute Voraussetzungen geschaffen, um die Ausbeutung von Lohnarbeit in der Milchviehhaltung vollständig durchzusetzen. Übrig bleibt noch die nach wie vor aufwendige Fütterung, die entsprechend der Leistung für jede Kuh anders sein muß. Im „Bauernblatt" vom 29. Juli konnte man unter der Überschrift „Biologische Grundlagen der Fütterung von Hochleistungskühen" auf über 20 Seiten über Versuche lesen, auch diesen Bereich voll zu mechanisieren. Die NORLA wird ihr übriges dazu tun.

Parallel zu diesen Endspurt auf dem produktionstechnischen Bereich werden die entsprechenden politischen Maßnahmen durchgezogen bzw. neue vorbereitet. Kern dieser Maßnahmen auf Bundesebene ist die „Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz", wofür 1969 extra eine Grundgesetzänderung vorgenommen wurde. Wichtige Teile davon sind die einzelbetriebliche Förderung und die Flurbereinigung, beides Maßnahmen, die der Entwicklung von großen Produktionseinheiten und der Vernichtung kleiner Bauern dienen. Dazu kommen Maßnahmen wie die Abschlachtprämie für Milchkühe, die gezielt auf diesem Sektor die Entwicklung zur Großproduktions vorantreiben sollen.

Um auf dem Weltmarkt anderen imperialistischen Ländern, vor allem den beiden Supermächten, standhalten zu können, haben sich die westeuropäischen Imperialisten in der EG zusammengeschlossen. Gleichzeitig tobt innerhalb dieses Verbundes der Kampf um Vorherrschaft zwischen den einzelnen Imperialisten. Für das westdeutsche Finanzkapital ist die EG ein wichtiges Mittel, um ihre Agrarpolitik nach innen und außen durchzusetzen. Es ist kein Zufall, daß sich das Thema „Europa" wie ein roter Faden durch die Vorträge auf der NORLA zieht Gleich am ersten Tag spricht auf der „Milchwirtschaftlichen Kundgebung" der Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Dr. Schnieders, über „Die Position der deutschen Milchwirtschaft in der EG-Situation, Chancen, Gefahren." Und das Hauptreferat des DBV-Präsidenten Freiherr Heeremann heißt „Die Zukunft der Deutschen Landwirtschaft in der europäischen Gemeinschaft".

Hauptinstrument der EG-Imperialisten für ihre Agrarpolitik sind die Marktordnungen. Zwei Fliegen mit einer Klappe wollen sie mit diesem fein ausgeklügelten Preissystem schlagen: Nach außen bauen sie sich einen Schutzwall gegen Importe von Drittländern, vor allem den USA, auf. Kein landwirtschaftliches Produkt kommt unter den festgelegten Schwellenpreisen in die EG. Nach innen wird durch die Festlegung der Interventionspreise das Legen der kleinen Bauern gesteuert. Von Zeit zu Zeit setzen sich die EG-Agrarminister in der Agrarkommission zusammen, um die Interventionspreise neu festzulegen. Die Höhe der Preisfestlegung muß genau getroffen werden, daß sie für die Großbauern noch einen sicheren Verdienst bedeutet, für die kleinen Bauern, die ihre Produkte nicht so billig herstellen können, aber einen ebenso sicheren Beitrag zu ihren Untergang. In seiner Rede vor dem Ernährungsindustrieverband hat sich Ertl 1977 zu der Preispolitik folgendermaßen geäußert: „Die Gemeinschaft entschied sich für ein System von Marktordnungen. Einheitlicher Grundgedanke dieser Marktordnungen war die Regulierung des Marktgeschehens über den Preis." Was die Verhandlungen der Agrarkommission immer so langwierig macht, ist, daß das „Marktgeschehen" natürlich in jedem Land anders aussieht, d.h. jeder Minister für das Bauernlegen in seinem Land am liebsten eine ganz spezielle Preisfestlegung hätte.

Diese Marktordnung ist es, auf die die Bauernverbandsfunktionäre die Bauern auf der NORLA erneut einschwören wollen. Im letzten Bauernblatt warnte Heeremann bereits vor der „Aushöhlung der EG-Marktordnung". Gleichzeitig ließ er aber raus, daß die Bourgeoisie in besonders schwerwiegenden Fällen wie der Milchwirtschaft voraussichtlich von diesem System abrücken wird. Geplant ist, die Magermilch-Intervention über Winter fallen zu lassen. Das bedeutet, gleichzeitig die sichere Pleite für eine Reihe weiterer Kleinbauern. So offen werden Heeremann und Schnieders das auf der NORLA natürlich nicht vertreten können. Das würde Heeremann wohl den Kopf als DBV-Führer kosten. Aber er muß die „Berufskollegen" eben schon mal darauf vorbereiten. Das Finanzkapital drängt auf ein Eindringen in die Milchwirtschaft.

Wollen sich die Kleinbauern dagegen zur Wehr setzen, müssen sie sich gegen die Preispolitik der Imperialisten zusammenschließen. Garantierte Erzeugerpreise, mindestens in Höhe der entstandenen Produktionskosten, wird die richtige Forderung für den Kampf sein.

„. . .Bietet jedoch die Handhabung einer Generalklausel Entscheidungshilfen"

Landesregierung richtet auf das Schulgesetz aus

b.ols. In ihren größten Kampfaktionen seit Jahren hat die Schülerbewegung Schleswig-Holsteins im letzten Schuljahr gegen die Verabschiedung des neuen Schulgesetzes gekämpft, weil sie zu Recht davon ausgeht, daß die Landesregierung keine einzige ihrer reak-

gesetzt werden, wenn sie gegen die „Rechtsordnung" verstoßen. die Red.) da die Verpflichtungen des §4 ‚Absatz 4 zur Rechtsordnung gehören." In der Praxis: Nicht nur die Paragrafen des bürgerlichen Gesetzbuches sollen die Schranken der Schülersprechertätig-

Stück für Stück erhellt. §32 (Zeugnis- und Leistungsbewertung) ist aus der von den Lehrern angegriffenen Formulierung, da die Notengabe dem ‚Schulleiter und den Lehrkräften' obliegt geworden:§32, Absatz 2, Satz 1:„Die Bewertung der Schülerleistung

Daher:„ Ein Schüler kann daher nachträglich wegen Äußerungen in einer Schülerzeitung, die die Voraussetzung des §44, Absatz 1 erfüllen, durch Ordnungsmaßnahmen zur Rechenschaft gezogen werden."

gen sowie Stalleinrichtungen und Geräte gezeigt. Prämiert werden die Tiere, die bei den von den Zuchtverbänden aufgestellten Zuchtzielen am besten abschneiden, z.B. Milch und Fettleistung bei Kühen, Kotelettfläche bei Schweinen.

Die Zuchtziele sind in den letzten Jahren immer stärker auf die kapitalistische Großproduktion ausgerichtet worden. Immer stärker dringt die kapitalistische Produktionsweise in alle Produktionszweige der Landwirtschaft. Nur werden ihr natürliche Schranken gesetzt. Nicht jedes Tier läßt sich so einfach am Fließband melken oder mästen. So werden mit dem Eindringen der kapitalistischen Produktion in die Landwirtschaft die Tiere so gezüchtet, daß sie für die kapitalistische Produktion tauglich sind. Ein Beispiel dafür sind die offiziellen Zuchtziele für Schwarz-Bunte Milchkühe: Bis vor 10 oder 15 Jahren galt als eines der wichtigsten Zuchtmerkmale noch die für die Rasse typische Farbverteilung im Fell. Das ist inzwischen fallen-

Schweinemast die Schranken für die mechanisierte Produktion so gut wie niedergerissen, so soll dafür jetzt auch in den übrigen Produktionszweigen, u.a. der Rindviehhaltung, endlich der Durchbruch geschaffen werden. Die mechanisierte Betreuung einer großen Zahl Tiere ist die Voraussetzung, um in diesem Zweig Lohnarbeit auszubeuten.

Um dieser Entwicklung Vorschub zu leisten und um die verschiedenen technischen Entwicklungen gegeneinander abwägen zu können, nutzt die Bourgeoisie eine Ausstellung wie die NORLA. Unter der Überschrift „Landtechnische Neuheiten auf der 30. Norla" schreibt das „Bauernblatt" vom 2. September: „Nach der Mechanisierung der Dungkette und des Milchentzuges werden Möglichkeiten der mechanisierten Futtervorgabe gesucht. Bauliche Gegebenheiten und oftmals zu geringe Bestandsgrößen stehen einer größeren Mechanisierungswelle noch entgegen. Daraus spricht die Gier des Finanzkapitals,

zu können, haben sich die westeuropäischen Imperialisten in der EG zusammengeschlossen. Gleichzeitig tobt innerhalb dieses Verbundes der Kampf um Vorherrschaft zwischen den einzelnen Imperialisten. Für das westdeutsche Finanzkapital ist die EG ein wichtiges Mittel, um ihre Agrarpolitik nach innen und außen durchzusetzen. Es ist kein Zufall, daß sich das Thema „Europa" wie ein roter Faden durch die Vorträge auf der NORLA zieht Gleich am ersten Tag spricht auf der „Milchwirtschaftlichen Kundgebung" der Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Dr. Schnieders, über „Die Position der deutschen Milchwirtschaft in der EG-Situation, Chancen, Gefahren." Und das Hauptreferat des DBV-Präsidenten Freiherr Heeremann heißt „Die Zukunft der Deutschen Landwirtschaft in der europäischen Gemeinschaft".

Hauptinstrument der EG-Imperialisten für ihre Agrarpolitik sind die Marktordnungen. Zwei Fliegen mit einer Klappe wollen sie mit diesem fein

blatt warnte Heeremann bereits vor der „Aushöhlung der EG-Marktordnung". Gleichzeitig ließ er aber raus, daß die Bourgeoisie in besonders schwerwiegenden Fällen wie der Milchwirtschaft voraussichtlich von diesem System abrücken wird. Geplant ist, die Magermilch-Intervention über Winter fallen zu lassen. Das bedeutet, gleichzeitig die sichere Pleite für eine Reihe weiterer Kleinbauern. So offen werden Heeremann und Schnieders das auf der NORLA natürlich nicht vertreten können. Das würde Heeremann wohl den Kopf als DBV-Führer kosten. Aber er muß die „Berufskollegen" eben schon mal darauf vorbereiten. Das Finanzkapital drängt auf ein Eindringen in die Milchwirtschaft.

Wollen sich die Kleinbauern dagegen zur Wehr setzen, müssen sie sich gegen die Preispolitik der Imperialisten zusammenschließen. Garantierte Erzeugerpreise, mindestens in Höhe der entstandenen Produktionskosten, wird die richtige Forderung für den Kampf sein.

„. . .Bietet jedoch die Handhabung einer Generalklausel Entscheidungshilfen"

Landesregierung richtet auf das Schulgesetz aus

b.ols. In ihren größten Kampfaktionen seit Jahren hat die Schülerbewegung Schleswig-Holsteins im letzten Schuljahr gegen die Verabschiedung des neuen Schulgesetzes gekämpft, weil sie zu Recht davon ausgeht, daß die Landesregierung keine einzige ihrer reaktionären Absichten aufgibt.

Das bestätigt die jetzt erschienene „Textausgabe mit Erläuterungen" des im Juli verabschiedeten Gesetzes. Das beginnt mit einer Änderung des §4, in dem die Ausrichtung der Jugend auf die Grundordnung der Kapitalisten vorgeschrieben wird. Im Absatz 4 dieses Paragraphen heißt es jetzt neu: „Um den Auftrag der Schule zu erfüllen, müssen Lehrer, Eltern, und Schüler zusammenwirken und sich gemeinsam bemühen, den Schulfrieden zu wahren." Neu ist hier die generelle Festlegung aller auf den Schulfrieden. Begründung: Aufgrund einer „neuen Entwicklung" im Schulwesen, nämlich des Kampfes des Volkes gegen die Schulpolitik des bürgerlichen Staates, „bedarf eine solche Verpflichtung der Bestätigung durch den Gesetzgeber".Der große Fortschritt sei, daß es sich hier um eine „Generalklausel" handelt. Denn: unmöglich ist es für die Bourgeoisie, jede Kampfaktion der Jugend ,jede Kritik im Unterricht, jede geschlossene Verweigerung einer Klausur usw. allein mit ihren Strafgesetzen zu beherrschen. „Die Frage, ob ein bestimmtes Verhalten gegen irgendwelche Bestimmungen dieses oder anderer Gesetze verstößt, ist zudem nur durch intensive, juristische Prüfung feststellbar, die den an der Schule beteiligten nicht möglich oder nicht zumutbar ist, obwohl sie sich in bestimmten Entscheidungssituationen nicht entziehen können und dürfen; hier bietet jedoch die Handhabung einer Generalklausel Entscheidungshilfen. „Der erwartete Nutzen dieser Generalklausel ist groß; denn „Schülersprecher können bei groben Verstößen nach §102,Absatz 7 abgesetzt werden, (danach können Schülersprecher abgesetzt werden, wenn sie gegen die „Rechtsordnung" verstoßen. die Red.) da die Verpflichtungen des §4 ‚Absatz 4 zur Rechtsordnung gehören." In der Praxis: Nicht nur die Paragrafen des bürgerlichen Gesetzbuches sollen die Schranken der Schülersprechertätigkeit sein, sondern die durch den Rektor anwendbare Generalklausel „Schulfrieden", und es wird vorlaut hinzugesetzt: „Aus dem gleichen Grunde (d.h. weil jetzt der Schulfrieden Bestandteil der Rechtsordnung ist. die Red.) kann der Schulleiter gemäß §84 einem Konferenzbeschluß widersprechen, der gegen den Schulfrieden verstößt." Das klingt schon anders, als noch vor der Verabschiedung des Gesetzes. Und damit nur kein Lehrer auf die Idee kommt, die Verpflichtung auf die „Wert- und Ordnungsvorstellungen des Grundgesetzes" in §4 sei so eine Pflichtäußerung, die sich der Gesetzgeber nun einmal schuldig sei, wird er eines Besseren belehrt. „Soweit ihr Inhalt (der ... der Vorstellung des GG. die Red.) in der polititschen Diskussion umstritten ist, kommt es auf die Auslegung durch das Bundesverfassungsgericht an. Der Lehrer ist nicht befugt, seine Auslegung oder die der Schüler für den Unterricht an die Stelle des Gerichtes zu setzen." Unverkennbar will die Bourgeoisie die Lehrer ausrichten als „Erziehungspersönlichkeit, die nicht als scheinbar politisches Neutrum unglaubhaft werden darf. Sie sollten vielmehr dafür sorgen, daß die Ordnungsvorstellung des Grundgesetzes „auch richtig anerkannt und bejaht wird". Wenn die Landesregierung auch noch vorsichtig dabei ist, diese glühenden Verfechter der kapitalistischen Ausbeuterordnung positiv zu beschreiben, so schreibt sie schon vor, was sie nicht sollen:„Die Glaubwürdigkeit als Erzieher rechtfertigt und erfordert auch nicht politische Betätigung durch ‚buttons' oder Autoaufkleber." So werden die vor Verabschiedung angekündigten ‚Verbesserungen' des Schulgesetzes Stück für Stück erhellt. §32 (Zeugnis- und Leistungsbewertung) ist aus der von den Lehrern angegriffenen Formulierung, da die Notengabe dem ‚Schulleiter und den Lehrkräften' obliegt geworden:§32, Absatz 2, Satz 1:„Die Bewertung der Schülerleistung obliegt der Beurteilung der beteiligten Lehrkräfte, und – im Rahmen seiner Aufgaben – durch den Schulleiter in pädagogischer Verantwortung." Damit nicht ein Lehrer diese Kosmetik mißverstehe, wird wiederum erläutert. „ Die Vorschrift stellt jedoch klar, daß unabhängig von diesen Zuständigkeitsregelungen der Schulleiter in seiner durch §72, Absatz 2 festgelegten Eigenschaft als weisungsberechtigter Vorgesetzter die von den Lehrern oder Klassenkonferenzen vorgenommene Bewertung von Schülerleistungen ändern kann." Und:

„. . . . Eine Reihe von Umständen, die der Schulleiter ohne Weiteres selbst und auch besser beurteilen kann, können zur Änderung der Bewertung von Schülerleistungen führen, z.B. . . . auffällige Häufung guter oder schlechter Noten in einer Klasse, Verstoß gegen verbindliche Bewertungsvorschriften." Das istdas offene Eingeständnis, daß der Kampf gegen das Notensystem und seine Unterstützung durch einen Großteil der Lehrer nur mit Zwang eingedämmt werden kann.

Zu den unmittelbaren Unterdrükkungsinstrumenten – z.B. Maßnahmen gemäß §44, Absatz 2, nach dem Ordnungsmaßnahmen auch getroffen werden können, „wenn ein Schüler Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung anwendet oder dafür eintritt" – wird ausgeführt:„Die Vorschrift ist neu. Ihr Inhalt wird vom Begriff des Schulfriedens mit umfaßt. Ordnungsmaßnahmen nach Absatz 2 setzen nicht voraus, daß der Schüler in der Schule oder bei einer Schulveranstaltung tätig wurde. Die Vorschrift geht davon aus, daß bei der Anwendung von Gewalt grundsätzlich mit einer Rückwirkung in die Schule zu rechnen ist." Daher:„ Ein Schüler kann daher nachträglich wegen Äußerungen in einer Schülerzeitung, die die Voraussetzung des §44, Absatz 1 erfüllen, durch Ordnungsmaßnahmen zur Rechenschaft gezogen werden."

Dies kann ohne weiteres auch auf Äußerungen nach §44, Absatz 2 bezogen werden.

So wird jede Maßnahme in dem Gesetz bekräftigt. Das neue Schulgesetz, das in seinem Kern die gesetzlichen Grundlagen für die Spaltung der Jugend des Volkes, für die frühere Freigabe der jugendlichen Arbeitskraft durch Abbau der Berufsschulpflicht und die Unterdrückung der Jugend des Volkes an den Schulen regelt, ist ein scharfer Angriff auf die Rechte der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes. Die „Erläuterungen" des Gesetzes für Lehrer deuten, kaum daß die Landesregierung es unter heftigstem Widerstand mit weitgehender Duldung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsvorstände verabschieden konnte, den nächsten Angriff der Landesregierung an, den sie mit dem Gesetz im Rücken plant, mit dem sie verlorenen Boden gutmachen will. Daß die politische Bewegung, die auch die Verabschiedung schwergemacht hat, dies zulassen wird, ist eine ganz andere Frage. Am Rendsburger Kronwerk-Gymnasium, an dem die Schüler es mit dem reaktionären Lehrer Lücke zu tun haben, stand am ersten Schultag mit Teerfarbe geschrieben: „Entmündigt Lücke! Weg mit dem SGE!" Was den Haß auf diesen Unterdrücker ausdrückt, wie die Tatsache, daß die Schüler den Kampf weiterführen wollen. Wenn sie im ganzen Land an dem Plan festhalten, ihre Schülerkomitees und -zeitungen aufzubauen, an ihren politischen Forderungen festhalten und diese vor allem zum politischen Maßstab in den bald anstehenden Schülervertretungswahlen wird es noch ganz andere Leute treffen als nur einen Rektor.

Rüstung zum Gefecht – Gesetzesvorhaben der Landesregierung

Auf die Zuspitzung der Klassenwidersprüche . . .

b.pes. Mit knapp 8 Mrd. DM ist das Land Schleswig-Holstein gegenüber dem Finanzkapital verschuldet. Bis 1982 soll die Verschuldung auf 13 Mrd. DM ansteigen. Finanziert werden mit dieser Verschuldung die Kapitalisten. Bezahlen müssen es sowieso dann irgendwie mit Zins und Zinseszins die Volksmassen. 3,3 Mrd. DM Steuern mußten 1977 in Schleswig-Holstein von den Volksmassen aufgebracht werden. Nach Abzügen an den Bund blieben dem Land 2 056,6 Mio., wovon allein die Lohnsteuer 1 186,1 Mio. und die Umsatzsteuer 681,8 Mio. DM ausmachten. Nach den Vorstellungen Westphals sollen diese Summen entsprechend steigen, damit das Defizit getilgt werden kann. Mästung der Kapitalisten und Verschärfung des Elends der Arbeiter und Bauern ist die Politik der Landesregierung.

327,0 Mio. DM gedenkt das Sozialministerium 1979 für Sozialhilfe auszugeben, das sind knapp 50% des Gesamtetats und entspricht ziemlich genau dem Gesamtetat von 1972. 1976 wurden nach Angaben des Statistischen Landesamtes knapp 153 Mio. DM für Sozialhilfe ausgegeben. Es ergibt sich mehr als eine Verdoppelung der Ausgaben innerhalb von drei Jahren, die der wachsenden Verelendung der Arbeiterklasse zu danken ist.

600 Mio. DM hat das Land bisher für die Industrieansiedlung in Brunsbüttel ausgegeben. Brüsten tut sie sich damit, daß es deshalb dort nur 1,9% Arbeitslose gebe, und daß ihr Programm bald 5 000 Arbeitsplätze schaffen werde. 1 000 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche hat die Regierung für die Kapitalisten den Bauern abgekauft. Dabei soll es überhaupt nicht bleiben. Was der Minister Flessner als Agrarstrukturpolitik bezeichnet und wofür er 147 Mio. DM ausgeben will, ist das Bauernlegen großen Stils. Von 43 467 landwirtschaftlichen Betrieben 1960 in der Größe bis zu 30 ha sind ganze 22 859 bis 1974 übriggeblieben. In den Jahren danach hat sich das nochmal um 15% verringert. Flessner nennt dann seine Ausgaben von 83 Mio. DM für die direkte Förderung der Landwirtschaft „Arbeitsplätze in leistungsfähigen Betrieben, deren Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung folgen kann", zu sichern. 337 Mio. DM gibt der Wirtschaftsminister aus seinem Ressort für die Investitionsförderung der Kapitalisten aus. Das sieht dann aus wie bei Elac, wo dem US-Konzern Honeywell ein Betrieb fast geschenkt wird und 150 Arbeiter entlassen werden. Bei der Werfthilfe von 25 Mio.DM bis 1982 erwartet keiner etwas anderes als daß die Rationalisierungspläne der Kapitalisten zugefördert werden.

Während die Investitionen in der Industrie von 1971: 3 982 DM je Beschäftigten auf 1976: 5 942 DM je Beschäftigten stiegen, dehnte sich die Arbeitszeit in den meisten Industrien auf 43 Stunden im Durchschnitt aus. Steigerung der Arbeitshetze, Ausdehnung des Arbeitstages bei gleichzeitigem Steigen der Arbeitslosenzahlen, ist die Stoltenberg'sche Wirtschaftspolitik.

Der Landwirtschaftsminister Flessner hat der Kutterfischerei 2 Mio. DM angeboten als Unterstützung. Unterstützt werden soll die „Abwrackung und Stillegung", also die weitere Konzentration des Kapitals in der Fischindustrie. Für die Fischer bedeutet dieses Programm nur den Todesstoß und das nackte Elend.

Groß rühmt sich die Landesregierung, allen voran Kultusminister Braun, daß sie neue Ausbildungsplätze für die Jugend geschaffen habe.

2,4 Mrd. DM beträgt der neue Etat des Minister Braun. Einsetzen tut er sie für die Beschleunigung des Durchflusses durch das Schulsystem für die frühzeitige Vernutzung der jugendlichen Arbeitskraft durch die Kapitalisten. 3 600 Jugendliche werden dieses Jahr mehr auf den beruflichen Schulen sein. Auch wenn das nicht genau aufgeschlüsselt ist, so sind doch ein großer Teil Berufsgrundbildungsmaßnahmen, die die Schulpflicht beenden und damit ein Jahr später dem Kapitalisten die Möglichkeit geben, die Jugendlichen auszubeuten, ohne daß Tage für die Schule verlorengehen. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU im Landtag, Kribben, fordert dann auch gleich noch von der Bundesregierung die Ausnahmeregelungen des Jugendschutzgesetzes voll auszuschöpfen, damit Jugendliche auch nachts beschäftigt werden könnten. Verkauft wird das als Maßnahmen zur Verbesserung des Ausbildungsangebotes, weil dann mehr Kapitalisten Jugendliche einstellen.

Man sieht an diesen wenigen Daten, die Landesregierung tut alles, um den Kapitalisten Höchstprofite zu sichern, um die Expansion des westdeutschen Imperialismus voranzutreiben. Daß dabei die Widersprüche sich verschärfen und überall Widerstand gegen die Politk der Imperialisten sich entwikkelt, muß sie in Kauf nehmen. Mit einem raschen Ausbau und Umorganisierung des staatlichen Unterdrükkungsapparates versucht das Stoltenbergkabinett dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten.

. . .reagiert die Landesregierung mit einem Paket von Maßnahmen zum Ausbau ihres Gewaltapparates

b.rül. Seit dem Herbst des letzten Jahres hat die schleswig-holsteinische Landesregierung eine ganze Latte von Gesetzesvorhaben dem Landtag zwecks Verabschiedung zugeleitet, mit denen sie ihren Gewaltapparat angesichts der unvermeidbar härter werdenden Klassenschlachten gegen die Arbeiterklasse die Bauern und die Volksmassen und zwecks Absicherung ihres Expansionsprogramms gefechtsklar machen will.

Personelle Aufstockung dieses Gewaltapparates, Straffung und „Entbürokratisierung" seiner Arbeit, Schließung der Breschen und Risse, die diesem Apparat in den vergangenen Jahren durch die Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen geschlagen worden sind, Ausweitung der Plünderung und Unterdrückung der Volksmassen über diesen Gewaltapparat und stärkere Handlungsvollmachten gegenüber der Arbeiterklasse und dem Volk – das sind die Elemente der eingebrachten Gesetzesentwürfe.

Im Zentrum stehen dabei der „*Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes*", von der Landesregierung beschlossen am 3. Februar und im Landtag am 7. März in erster Lesung behandelt, der seitdem im Innen- und Rechtsausschuß beraten wird, sowie das „*Gesetz zum Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung*", das der Landtag am 9. Mai in letzter Lesung behandelt und beschlossen hat und das seit dem 1. Juli in Kraft ist.

Parallel dazu hat die Landesregierung mit Beschluß vom 30.3. den „*Entwurf eines 5. Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes*" beschlossen, der „Anpassungen an den letzten Stand des Beamtenrechtsrahmengesetzes" enthält, mit, wie es in der Präambel heißt, Änderungen „u.a. auf den Gebieten des Laufbahnrechts, der Versorgung, des Jugendarbeitsschutzes, des Zusammentreffens von Amt und Mandat sowie der Abgeltung von Mehrarbeit".

Mit diesem Gesetz wird der letzte Stand der Maßnahmen, wie sie von der Bundesregierung im Rahmen der „Reform des Öffentlichen Dienstrechtes" eingeleitet worden sind, auf das Land übertragen. Seine Elemente sind: Verschärfung der Konkurrenz und Unterdrückung im Beamtenkörper, Stärkung der Dienstaufsicht Ausweitung der Mehrarbeitsverpflichtung und Aufhebung der sowieso schon lächerlichen „Schutzklauseln" des Jugendarbeitsschutzgesetzes, wenn es die Sicherheit der Kapitalistenklasse erforderlich macht.

So heißt es z.B. im §95 b (neu eingefügt):

„Soweit der Polizeivollzugsdienst und die Belange der inneren Sicherheit es erfordern, kann der Innenminister durch Verordnung Ausnahmen von den Vorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes für jugendliche Polizeivollzugsbeamte bestimmen." Damit soll die schon bei den Brokdorf-Auseinandersetzungen geübte Praxis, junge Polizisten rund um die Uhr in Einsatz zu halten, und bis zu 80 Stunden die Woche zu scheuchen, jetzt auch gesetzmäßig abgesichert werden.

Die SPD ihrerseits will in diesem Konzert von Unterdrückungsmaßnahmen auf keinen Fall nur die zweite Geige spielen. In ihrem Antrag „*Entbürokratisierung der Landesverwaltung*", eingereicht am 24.4.78, fordert sie unter anderem den verstärkten Einsatz der Datenverarbeitung und die Forcierung der kapitalistischen Rationalisierung über diesen Weg, eine Generalüberprüfung der gesamten Landesverwaltung zwecks „ Beseitigung von Organisationsmängeln" und die verschärfte Leistungskontrolle: *„Zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung ist bei gleichzeitigem und gleichgerichtetem Ausbau des Datenschutzes die automatische Datenverarbeitung einzusetzen. Soweit dadurch Arbeitsplätze eingespart werden, sind sie an anderer Stelle einzurichten, wo Kräfte fehlen"* und: *„Diesem Ziel („der Förderung von Initiative, Selbständigkeit und bürgerfreundlichem Verhalten im Öffentlichen Dienst") soll eine entsprechende Ausgestaltung der Ausbildung, Fortbildung und Leistungsbewertung dienen."*

Was Wunder, daß die CDU diesen Antrag nicht abgelehnt hat, sondern freudig zugegriffen hat, und alle Parteien beschlossen: „Überweisung an den Innenausschuß"!

Zweck dieser Maßnahmen ist es, die tausende von Landesbeamten, Arbeitern und Angestellten beim Land, Kreis und den Gemeinden der imperialistischen Bourgeoisie und ihrem Expansionsprogramm gefügig zu machen. Sie bilden sozusagen die „personelle" Seite des Aufrüstungsprogramms der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse und das Volk und sind Flankenschutz für solche Polizeigesetze wie das Landesverwaltungsgesetz und das „Landesdatenschutzgesetz".

Landesdatenschutzgesetz: Vollmacht für die umfassende Bespitzelung der Volksmassen

Das Landsdatenschutzgesetz, vom Landtag in abschließender Lesung am 9. Mai einstimmig beschlossen, ist seit dem 1. Juli diesen Jahres in Kraft. Wenn der Polizeiminister Titzck zum Abschluß der Landtagsberatungen händereibend feststellen konnte: „Umso wichtiger erscheint es mir zu sein, daß für den Beginn einer intensiven Betreuung dieses Bereichs durch den Staat in den wesentlichen Grundzügen eine breite Zustimmung erreicht worden ist", so kommt das nicht von ungefähr.

Mit diesem Gesetz ist eine nahezu komplette Erfassung und zentralisierte Auswertung aller vom bürgerlichen Staatsapparat erfaßten Daten über die Arbeiterklasse und die Volksmassen eingeleitet. Sein Kern ist die Generalvollmacht zur Erfassung und Weitergabe dieser Daten. So heißt es in §9: *„Datenspeicherung und -veränderung.*
(1) Das Speichern und Verändern personenbezogener Daten sind zulässig, wenn sie zur rechtmäßigen Erfüllung der in der Zuständigkeit der speichernden Stelle liegenden Aufgaben erforderlich sind." Was „erforderlich" ist, bestimmt die jeweilige Behörde selber.

Selbstverständlich müssen diese Daten innerhalb des bürgerlichen Gewaltapparates beliebig einsetzbar und weiterzureichen sein.
chend lautet der §10: *„Datenübermittlung innerhalb des öffentlichen Bereichs"*
„(1) Die Übermittlung personenbezogener Daten an Behörden und öffentliche Stellen ist zulässig, wenn sie zur rechtmäßigen Erfüllung der in der Zuständigkeit der übermittelnden Stelle oder des Empfängers liegenden Aufgaben erforderlich ist."

Aber auch jeder einzelne schäbige Ausbeuter kann die entsprechenden Daten anfordern. In §11 *„Datenübermittlung an Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs"* heißt es: *„Die Übermittlung personenbezogener Daten an Personen und andere Stellen als die in §10 bezeichneten ist zulässig, wenn sie zur rechtmäßigen Erfüllung der in der Zuständigkeit der übermittelnden Aufgabe erforderlich ist oder soweit der Empfänger ein berechtigtes Interesse an der Kenntnis der zu übermittelnden Daten glaubhaft macht."* Selbstverständlich spielt sich das ganze im Verborgenen ab. In §14 *„Auskunft an den Betroffenen"*, heißt es: *Dem Betroffenen ist auf Antrag der speichernden Stelle Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten zu erteilen . . .*
(2) Absatz 1 gilt nicht für (a) die Verfassungsschutzbehörde, (b) die Behörden der Staatsanwaltschaft, (c) die Behörden der Polizei, (d) Landesfinanzbehörden und Behörden der Gemeinden, Kreise und Ämter
. . .
(3) die Auskunfterteilung unterbleibt, soweit 1. die Auskunft die rechtmäßige Erfüllung der in der Zuständigkeit der speichernden Stelle liegenden Aufgaben gefährden würde, 2. die Auskunft die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährden oder sonst dem Wohle des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde, 3. die personenbezogenen Daten oder die Tatsache ihrer Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder ihrem Wesen nach namentlich wegen der überwiegenden berechtigten Interessen einer dritten Person geheimgehalten werden müssen."

Auf deutsch: Die Arbeiterklasse und die Volksmassen erfahren **nichts**. Daß dieses Gesetz den Titel „Landesdatenschutzgesetz" erhalten hat, ist eine spezielle Boshaftigkeit: „Schutz" bietet das Gesetz einzig den mit Bespitzelung der Volksmassen befaßten Staatsorganen selber; Schutz vor dem Auffliegen ihrer Spitzeleien und vor der Bekämpfung dieses Machwerks durch die Arbeiterklasse aber wird es trotz aller Geheimhalterei für den bürgerlichen Staatsapparat nicht geben.

Das „Gesetz zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes" – ein Instrument der Unterdrückung von Massenbewegungen gegen imperialistische Bauvorhaben und zur beispiellosen Ausplünderung

b. Verwaltungsgesetze sind Polizeigesetze, mit denen die bürgerliche Klasse das Zusammenwirken ihrer verschiedenen Unterdrückungsorgane regelt, deren Vollmachten gegenüber den Volksmassen fixiert und mit denen sie ihren Organen Richtlinie erteilt für die Schikanierung und Ausplünderung der Volksmassen. Vollständige Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse und der Volksmassen gegenüber dem bürgerlichen Gewaltapparat ist von daher von jeher ihr Grundzug.

Das Landesverwaltungsgesetz von Schleswig-Holstein, derzeit noch gültig in der Fassung vom 25. Februar 1971, umfaßt entsprechend Vorschriften über die Funktionen und Aufgaben der einzelnen Behörden, ihre Zuständigkeit und die Amtshilfe der Gewaltorgane untereinander sowie Vorschriften über Planfeststellungsverfahren, „Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung", was heißt Polizeirecht, „Erzwingung von Handlungen, Duldungen und Unterlassungen", Ausübung unmittelbaren Zwangs, „Vollstrekkung öffentlich-rechtlicher Geldforderungen", was heißt: Ausplünderung der Volksmassen.

Das Polizeirecht hat die Landesregierung bei ihrem Novellierungsentwurf vorerst noch unverändert gelassen: es bietet genug Handhabe zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und Volksmassen, und ansonsten wartet man noch auf das bundeseinheitliche Polizeirecht.

Titzk in der Landtagsdebatte: „ Wie sie ebenfalls der allgemeinen Begründung entnehmen können, sieht der Gesetzentwurf davon ab, das Polizei- und Ordnungsrecht, das Vollzugsrecht und das Recht auf Anwendung unmittelbaren Zwangs an die Bestimmungen eines Musterentwurfs eines Polizeigesetzbuches des Bundes und der Länder anzupassen... stellen die... bereits 1967 verabschiedeten Bestimmungen unseres Landesverwaltungsgesetzes eine so geglückte Synthese von Rechtstaatlichkeit und Praktikabilität dar, daß sie zunächst weitergelten können. Sie ermöglichen den zuständigen Behörden auch bei ernsten Störungen der öffentlichen Sicherheit ein tatkräftiges und zugleich flexibles Handeln." Dieser Mann wird an die Brokdorf-Operationen gedacht haben.

Zwei Schwerpunkte verfolgt die Landesregierung mit ihrem Gesetz. Erstens die Beschleunigung imperialistischer Bauvorhaben, die damit verbundene beschleunigte Ruinierung und Enteignung der Bauern und die Niederschlagung der politischen Zusammenschlüsse, die sich in den letzten Jahren im wachsenden Umfang gegen solche Projekte gebildet haben. Hierzu sind neue Regelungen für „gleichförmige Eingaben" getroffen worden. Unter diese Bezeichnungen fallen sämtliche Einsprüche etwa gegen Bauprojekte, die mit gleichen oder ähnlichen Begründungen gegen diese Widerspruch einlegen. Bereits bei mehr als 50 solcher Einwendungen treten die neu geschaffenen Paragrafen 80 a-c in Kraft. Festgelegt ist in diesen Paragrafen, daß bei solchen Einwendungen die jeweiligen Gewaltorgane nur noch mit einem einzigen Vertreter der Einwender die Auseinandersetzungen führen müssen , der zudem an keinerlei Einwendungen gebunden ist.

So heißt es in §80 a-c:
„Sind an einem Verwaltungsverfahren mehr als 50 Personen im gleichen Interesse beteiligt, ohne vertreten zu sein, so kann die Behörde sie auffordern, innerhalb einer angemessenen Frist einen gemeinsamen Vertreter zu bestimmen, wenn sonst die ordnungsgemäße Durchführung des Verwaltungsverfahrens beeinträchtigt wäre. Kommen sie der Aufforderung nicht fristgemäß nach, so kann die Behörde von Amts wegen einen gemeinsamen Vertreter bestellen... An Weisungen ist er nicht gebunden... Die Behörde kann von den Vertretern zu gleichen Teilen Ersatz ihrer Aufwendungen verlangen. Sie bestimmt die Vergütungen und legt die Auslagen und Aufwendungen fest."
Um diese Dreistigkeit zu verdeutlichen; die gesamten Einsprüche gegen das Kraftwerk Brokdorf wären nach diesem Gesetz so behandelt worden, daß alle Einwender *einen* einzigen Vertreter zu wählen aufgefordert worden wären, daß dieser sodann – wenn er nicht gewählt worden wäre – von der Behörde selber eingesetzt worden wäre und daß schließlich die Kosten des ganzen Verfahrens allen Einwendern auferlegt worden wären. Wahrlich eine „Entbürokratisierung" und „Beschleunigung von Bauvorhaben" und eine saftige Kostensenkung dazu! Es versteht sich beinahe von selber, daß bei dieser neuen Sorte „Widerspruchsverfahren" auch nur noch der Vertreter selber Akteneinsicht erhält und weitgehenden Geheimhaltungsvorschriften unterworfen wird. Faktisch läuft das ganze darauf hinaus, daß das Einspruchsrecht gegen öffentliche Bauvorhaben oder sonstige Maßnahmen des bürgerlichen Gewaltapparats, das die Massenbewegung in den letzten Jahren als Ansatzpunkt für die Störung dieser Projekte und für den politischen Zusammenschluß ausnutzen konnte, abgeschafft wird.

Der zweite Schwerpunkt des Änderungsgesetzes liegt bei der Ausplünderung der Volksmassen. Er besteht kurz gefaßt darin, daß bei sämtlichen Einwendungen gegen Verwaltungsakte der Einwender im Fall der Ablehnung seines Widerspruchs nicht nur die eigenen Kosten tragen muß, sondern auch noch die Kosten der Behörde aufgedrückt bekommt. Wer etwa einen Widerspruch gegen einen Sozialhilfebescheid des Sozialamtes verliert, der erhält nicht nur keine Sozialhilfe, sondern gleich noch einen saftigen Kostenbescheid der Behörde dazu. Es versteht sich, daß die bürgerliche Klasse sich von dieser neuen Festlegung nicht nur sprudelnde Einahmen verspricht, sondern auch gleich einen kräftigen Beitrag zur Vereinfachung der Verwaltungsarbeit dazu.

Der Kurs, den die Landesregierung mit diesen Initiativen eingeschlagen hat, ist der: eine systematische Entrechtung der Volksmassen und Abschottung des bürgerlichen Gewaltapparats gegenüber den Volksmassen, verbunden mit wachsender Ausplünderung und Bespitzelung

Es ist die feste Absicht der Landesregierung, alle zu diesem Programm eingebrachten Gesetzesentwürfe noch vor den kommenden Landtagswahlen durchzubringen und sie sodann zügig anzuwenden.

Der Plan der Regierung ist, die politischen Breschen und Risse, die ihrem Gewaltapparat durch die Kämpfe gegen das KKW Brokdorf, durch den Streik gegen den Schulgesetzentwurf, durch die Demonstrationen und Aktionen gegen das KKW Brunsbüttel usw. zugefügt worden sind, wieder zu schließen und den gewonnenen Handlungsspielraum der Massen wieder rückgängig zu machen.

Die Antwort der Arbeiterklasse auf dieses Aufrüstungsprogramm der Bourgeoisklasse ist ihre eigene Aufrüstung, ist der Zusammenschluß auf ihrem revolutionären Programm und der Aufbau der Kommunistischen Partei.

büttel ausgegeben. Brüsten tut sie sich damit, daß es deshalb dort nur 1,9% Arbeitslose gebe, und daß ihr Programm bald 5 000 Arbeitsplätze schaffen werde. 1 000 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche hat die Regierung für die Kapitalisten den Bauern abgekauft. Dabei soll es überhaupt nicht bleiben. Was der Minister Flessner als Agrarstrukturpolitik bezeichnet und wofür er 147 Mio. DM ausgeben will, ist das Bauernlegen großen Stils. Von 43 467 landwirtschaftlichen Betrieben 1960 in der Größe bis zu 30 ha sind ganze 22 859 bis 1974 übriggeblieben. In den Jahren danach hat sich das nochmal um 15% verringert. Flessner nennt dann seine Ausgaben von 83 Mio. DM für die direkte Förderung der Landwirtschaft „Arbeitsplätze in leistungsfähigen Betrieben, deren Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung folgen kann", zu sichern. 337 Mio. DM gibt der Wirtschaftsminister aus seinem Ressort für die Investitionsförderung der Kapitalisten aus. Das sieht dann aus wie bei Elac, wo dem US-Konzern Honeywell ein Betrieb fast geschenkt wird und 150 Arbeiter entlassen werden. Bei der Werfthilfe von 25 Mio.DM bis 1982

Teil Berufsgrundbildungsmaßnahmen, die die Schulpflicht beenden und damit ein Jahr später dem Kapitalisten die Möglichkeit geben, die Jugendlichen auszubeuten, ohne daß Tage für die Schule verlorengehen. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU im Landtag, Kribben, fordert dann auch gleich noch von der Bundesregierung die Ausnahmeregelungen des Jugendschutzgesetzes voll auszuschöpfen, damit Jugendliche auch nachts beschäftigt werden könnten. Verkauft wird das als Maßnahmen zur Verbesserung des Ausbildungsangebotes, weil dann mehr Kapitalisten Jugendliche einstellen.

Man sieht an diesen wenigen Daten, die Landesregierung tut alles, um den Kapitalisten Höchstprofite zu sichern, um die Expansion des westdeutschen Imperialismus voranzutreiben. Daß dabei die Widersprüche sich verschärfen und überall Widerstand gegen die Politk der Imperialisten sich entwikkelt, muß sie in Kauf nehmen. Mit einem raschen Ausbau und Umorganisierung des staatlichen Unterdrükkungsapparates versucht das Stoltenbergkabinett dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten.

. . .reagiert die Landesregierung mit einem Paket von Maßnahmen zum Ausbau ihres Gewaltapparates

b.rül. Seit dem Herbst des letzten Jahres hat die schleswig-holsteinische Landesregierung eine ganze Latte von

letzten Stand des Beamtenrechtsrahmengesetzes" enthält, mit, wie es in

Arbeiterklasse und die Volksmassen eingeleitet. Sein Kern ist die Generalvollmacht zur Erfassung und Weitergabe dieser Daten. So heißt es in §9: „Datenspeicherung und -veränderung. (1) Das Speichern und Verändern personenbezogener Daten sind zulässig, wenn sie zur rechtmäßigen Erfüllung der in der Zuständigkeit der speichernden Stelle liegenden Aufgaben erforderlich sind." Was „erforderlich" ist, bestimmt die jeweilige Behörde selber.

ten ist zulässig, wenn sie zur rechtmäßigen Erfüllung der in der Zuständigkeit der übermittelnden Aufgabe erforderlich ist oder soweit der Empfänger ein berechtigtes Interesse an der Kenntnis der zu übermittelnden Daten glaubhaft macht." Selbstverständlich spielt sich das ganze im Verborgenen ab. In §14 „Auskunft an den Betroffenen", heißt es: Dem Betroffenen ist auf Antrag der speichernden Stelle Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten zu erteilen . . .

und die Volksmassen erfahren nichts. Daß dieses Gesetz den Titel „Landesdatenschutzgesetz" erhalten hat, ist eine spezielle Boshaftigkeit: „Schutz" bietet das Gesetz einzig den mit Bespitzelung der Volksmassen befaßten Staatsorganen selber; Schutz vor dem Auffliegen ihrer Spitzeleien und vor der Bekämpfung dieses Machwerks durch die Arbeiterklasse aber wird es trotz aller Geheimhalterei für den bürgerlichen Staatsapparat nicht geben.

Das „Gesetz zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes" – ein Instrument der Unterdrückung von Massenbewegungen gegen imperialistische Bauvorhaben und zur beispiellosen Ausplünderung

b. Verwaltungsgesetze sind Polizeigesetze, mit denen die bürgerliche Klasse das Zusammenwirken ihrer verschiedenen Unterdrückungsorgane regelt, deren Vollmachten gegenüber den Volksmassen fixiert und mit denen sie ihren Organen Richtlinie erteilt für die Schikanierung und Ausplünderung der Volksmassen. Vollständige Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse und der Volksmassen gegenüber dem bürgerlichen Gewaltapparat ist von daher von jeher ihr Grundzug.

Das Landesverwaltungsgesetz von Schleswig-Holstein, derzeit noch gültig in der Fassung vom 25. Februar 1971, umfaßt entsprechend Vorschriften über die Funktionen und Aufgaben der einzelnen Behörden, ihre Zuständigkeit und die Amtshilfe der Gewaltorgane untereinander sowie Vorschriften

stischer Bauvorhaben, die damit verbundene beschleunigte Ruinierung und Enteignung der Bauern und die Niederschlagung der politischen Zusammenschlüsse, die sich in den letzten Jahren im wachsenden Umfang gegen solche Projekte gebildet haben. Hierzu sind neue Regelungen für „gleichförmige Eingaben" getroffen worden. Unter diese Bezeichnungen fallen sämtliche Einsprüche etwa gegen Bauprojekte, die mit gleichen oder ähnlichen Begründungen gegen diese Widerspruch einlegen. Bereits bei mehr als 50 solcher Einwendungen treten die neu geschaffenen Paragrafen 80 a-c in Kraft. Festgelegt ist in diesen Paragrafen, daß bei solchen Einwendungen die jeweiligen Gewaltorgane nur noch mit einem einzigen Vertreter der Einwender die Auseinandersetzungen

das Einspruchsrecht gegen öffentliche Bauvorhaben oder sonstige Maßnahmen des bürgerlichen Gewaltapparats, das die Massenbewegung in den letzten Jahren als Ansatzpunkt für die Störung dieser Projekte und für den politischen Zusammenschluß ausnutzen konnte, abgeschafft wird.

Der zweite Schwerpunkt des Änderungsgesetzes liegt bei der Ausplünderung der Volksmassen. Er besteht kurz gefaßt darin, daß bei sämtlichen Einwendungen gegen Verwaltungsakte der Einwender im Fall der Ablehnung seines Widerspruchs nicht nur die eigenen Kosten tragen muß, sondern auch noch die Kosten der Behörde aufgedrückt bekommt. Wer etwa einen Widerspruch gegen einen Sozialhilfebescheid des Sozialamtes verliert, der

„Nun ist er tot und wir wissen das zu schätzen“

Was in einem mittelmäßigen Unterhaltungsfilm so alles untergebracht ist

z.anb. „Verpackung ist alles“, sagen die Strategen der Werbung; „Es ist nicht alles Gold, was glänzt“, sagt eine alte Weisheit des „Volksmundes“, an der manch Wahres ist. Die Erscheinungen drängen sich über die Sinne auf, aber sie enthüllen nicht unmittelbar das Wesen der Dinge. Das erschließt sich erst durch rationale Erkenntnis. – Ein „gemischtes“ Publikum erwartet die 20.15-Uhr-Vorstellung von „Hausbesuche“. Eine Gruppe junger Leute, vielleicht Angestellte in einer Bank, jedenfalls solche, denen man die Lohnabhängigkeit ansieht; eine Oma mit ihrem vierzehnjährigen Enkel; daneben ein jung-dynamischer Abteilungsleiter aus einem Sportgeschäft, in dem die Börsenjunker ihren Tennisdress oder ihren Reitanzug erstehen und nebenbei die entsprechenden Flachsereien über die „Geilheit der Weiber von gestern abend“ loswerden, und die Ehefrau, die Lippen braunrot in Lip-gloss getaucht. Daß sie so auffallen, liegt an der „Unauffälligkeit“ der anderen, die eben „ganz normale“ Leute sind. Gekommen, um ein paar Bilder an sich vorbeiziehen zu lassen, nachdem im Fernsehen nichts Besonderes kommt. Ist ja Sonntag abend, wo es scheint, als hätten die Programmacher sich mit den Kapitalisten darauf geeinigt, daß man gegen den „blauen Montag“ zu Felde ziehen und Propaganda für einen gesunden Wochenanfang mit „viel Schlaf“ bis zum Schichtbeginn machen müsse. Niemand erwartet von dem Film etwas Besonderes, halt Unterhaltung. Nur gut, daß es kein „Problemfilm“ ist. Da kommt man hinterher heraus und stellt fest, daß man sich zwei Stunden lang mit den Problemen der Bourgeois befaßt hat. Abgesehen davon, daß die Gefühle, die man für solche Bourgeois hegt, von Verachtung bis Haß gehen, je nachdem, wie nahe man sie zu packen bekommt, sind ihre Verhaltensweisen, ihre Gefühle nicht der Rahmen, mit dem man sich identifizieren kann, sondern in den man gepreßt wird. Das ist ähnlich wie beim Lohn, der auch nicht die „Bezahlung einer erbrachten Leistung“ ist, sondern der ökonomische „Rahmen“, in den die Ausbeuter die produzierende Klasse pressen, in den engen Rahmen der Kosten für die Reproduktion der Arbeitskraft. Und diesbezüglich sind 6 bis 10 DM für eine Kinokarte schon ein Mittagessen, das sich eine Familie von vier Personen allenfalls einmal im Monat auswärts leisten kann. Nehmen wir an, das Mittagessen war passabel, so hat es als Ergebnis einen leidlich gefüllten Magen in Verbindung mit leidlich angenehmen Gefühlen für den Gaumen, also etwas Nützliches, insofern es dem Erhalt der Arbeitskraft förderlich ist. Das Ergebnis des Konsums der „Hausbesuche“ dagegen ganz anders.

Die Story: Charles Nichols, Chirurg in Los Angeles in dem Privatkrankenhaus eines alten Gangsters, der seine Pfründe hegt und pflegt, zu 50% aus künstlichen Ersatzteilen besteht – er kann es sich leisten – und der trotz seiner sträflichen Senilität und Marotten unter keinen Umständen den Posten des Chefarztes aufgeben will, zumal er „ihn noch dreimal die Woche hochkriegt“, wie er wütend keift, als er Intrigen seiner „Kollegen“ gegen seine erneute Kandidatur für den Posten spitzkriegt – also dieser Charles Nichols, „ein Mann in den besten Jahren“, der sich der neugewonnenen Freiheit nach dem plötzlichen Tod seiner Frau erfreut, kommt soeben vom Urlaub auf Hawaii zurück, braungebrannt mit Bart, im blaugemusterten Südsee-Hemd, und strotzt vor Energie, all die vielen jungen Frauen, die sich um ihn kümmern wollen, in die Waagrechte zu befördern. „Deine Augen sind größer als deine Potenz“, hänselt ihn der Freund und Kollege. Nun, man wird sehen. Schwester X jedenfalls, die blonde, springt sogleich auf das „Sexsymbol“ Bart an: „Oh, Dr. Nichols, fast hätte ich Sie nicht wiedererkannt! Das ist ja phantastisch!“ Und sie vergißt ganz den alten Mann, den sie im Rollstuhl aus dem Fahrstuhl geschoben hat. „Passen Sie auf, Ihr Patient stirbt“, witzelt Nichols geschmeichelt.

Weil der alte Trottel Willaby nicht permanent beaufsichtigt worden ist – der diensthabende Chefarzt „bumste gerade mit der Oberschwester“, erfährt Nichols von seinem Freund –, hat er sich an einer „nicht mehr ganz jungen Frau“ von Mitte dreißig zu schaf-

kann es sich leisten – und der trotz seiner sträflichen Senilität und Marotten unter keinen Umständen den Posten des Chefarztes aufgeben will, zumal er „ihn noch dreimal die Woche hochkriegt“, wie er wütend keift, als er Intrigen seiner „Kollegen“ gegen seine erneute Kandidatur für den Posten spitzkriegt – also dieser Charles Nichols, „ein Mann in den besten Jahren“, der sich der neugewonnenen Freiheit nach dem plötzlichen Tod seiner Frau erfreut, kommt soeben vom Urlaub auf Hawaii zurück, braungebrannt mit Bart, im blaugemusterten Südsee-Hemd, und strotzt vor Energie, all die vielen jungen Frauen, die sich um ihn kümmern wollen, in die Waagrechte zu befördern. „Deine Augen sind größer als deine Potenz“, hänselt ihn der Freund und Kollege. Nun, man wird sehen. Schwester X jedenfalls, die blonde, springt sogleich auf das „Sexsymbol“ Bart an: „Oh, Dr. Nichols, fast hätte ich Sie nicht wiedererkannt! Das ist ja phantastisch!“ Und sie vergißt ganz den alten Mann, den sie im Rollstuhl aus dem Fahrstuhl geschoben hat. „Passen Sie auf, Ihr Patient stirbt“, witzelt Nichols geschmeichelt.

Weil der alte Trottel Willaby nicht permanent beaufsichtigt worden ist – der diensthabende Chefarzt „bumste gerade mit der Oberschwester“, erfährt Nichols von seinem Freund –, hat er sich an einer „nicht mehr ganz jungen Frau“ von Mitte dreißig zu schaf-

fen gemacht, die sich den Kiefer ausgerenkt hat, und ihr einen vorsintflutlichen Sturzhelm aufgesetzt, um Kopf und Kinn zusammenzuhalten. Charles kann ob solcher Stümperei nicht widerstehen, sich einzumischen. Das hat nichts mit karitativen oder idealistischen Motiven zu tun, mit „Berufsethos“ schon eher, vor allem aber mit Neugier, weil er doch unbedingt das Gesicht von Ann Atkinson *ohne* Sturzhelm sehen möchte. „Sie muß einmal ganz hübsch gewesen sein.“ Ansonsten ist Charles nämlich viel zu realistisch, er verdient sein Geld damit, Leute zu „tranchieren“ und noch ein bißchen mehr als das, wie er später feststellt, als er um seinen Posten bangt und dafür sogar bereit ist, den alten Trottel von Willaby wieder als Chefarzt zu nominieren. Er denkt zwar dasselbe über ihn wie alle anderen in der Klinik, aber sein Hemd ist ihm eben näher als der Patient. Im Augenblick allerdings „riskiert er Kopf und Kragen“, weil er Willaby einen Patienten „wegnimmt“. Er verpaßt Ann ein Stückchen Draht, das ihren Kiefer zusammenhält. Eigentlich wollte er bei der Gelegenheit an der Unterseite ihres Kinns gleich zwei „Abnäher“ machen, dort, wo das Gewebe bereits erschlafft, aber sie hatte den Kopf geschüttelt. Sie ist nicht für Face-Lifting, sie kann es sowieso nicht bezahlen.

Ein paar Tage später trifft man sich wieder, im Fernsehstudio. Nichols muß als Vertreter des Ärztestabes in der Serie des „Bildungsfernsehens“ auftreten, „die eh keiner sieht“, wie ihm der Maskenbildner lakonisch mitteilt, während er die Unebenheiten der hawaiischen Sonnenbräune in Nichols' Gesicht mit Make-up überdeckt. Thema der Diskussion: „Ist der traditionelle Hausarzt tot?“ Gemeint ist der Arzt, der keine Mühen und Kosten scheut, um dem Patienten zu *helfen*, der bei Sturm und Schnee über Land fährt, um seine „Hausbesuche“ zu machen. Nichols meint, ihn gebe es nicht mehr, er habe sich bei einer Fahrt durch Eis und Schnee erkältet. Auf die Frage, was er einem jungen Mann raten würde, der heutzutage Arzt werden wolle, antwortet er: „Das, was ich ihm schon immer geraten hätte – reich heiraten!“ Ann Atkinson sitzt ihm gegenüber als Vertreter der „öffentlichen Meinung“ und bricht in Empörung aus. „Nun“, meint Nichols, „in der Zeit, in der man einen Hausbesuch erledigen könnte, kann man in der Praxis fünf Patienten behandeln ...“ "Und

„wegnimmt“. Er verpaßt Ann ein Stückchen Draht, das ihren Kiefer zusammenhält. Eigentlich wollte er bei der Gelegenheit an der Unterseite ihres Kinns gleich zwei „Abnäher“ machen, dort, wo das Gewebe bereits erschlafft, aber sie hatte den Kopf geschüttelt. Sie ist nicht für Face-Lifting, sie kann es sowieso nicht bezahlen.

Ein paar Tage später trifft man sich wieder, im Fernsehstudio. Nichols muß als Vertreter des Ärztestabes in der Serie des „Bildungsfernsehens“ auftreten, „die eh keiner sieht“, wie ihm der Maskenbildner lakonisch mitteilt, während er die Unebenheiten der hawaiischen Sonnenbräune in Nichols' Gesicht mit Make-up überdeckt. Thema der Diskussion: „Ist der traditionelle Hausarzt tot?“ Gemeint ist der Arzt, der keine Mühen und Kosten scheut, um dem Patienten zu *helfen*, der bei Sturm und Schnee über Land fährt, um seine „Hausbesuche“ zu machen. Nichols meint, ihn gebe es nicht mehr, er habe sich bei einer Fahrt durch Eis und Schnee erkältet. Auf die Frage, was er einem jungen Mann raten würde, der heutzutage Arzt werden wolle, antwortet er: „Das, was ich ihm schon immer geraten hätte – reich heiraten!“ Ann Atkinson sitzt ihm gegenüber als Vertreter der „öffentlichen Meinung“ und bricht in Empörung aus. „Nun“, meint Nichols, „in der Zeit, in der man einen Hausbesuch erledigen könnte, kann man in der Praxis fünf Patienten behandeln ...“ "Und

das sind fünf statt einem, an den man eine Rechnung schreiben kann, nicht wahr?“ schimpft Ann dazwischen. Nichols will die hohen Kosten zu bedenken geben, die der Unterhalt einer Praxis verursacht: „Nehmen wir mal eine normale Routineuntersuchung ...“ „Die kann *ich* nicht bezahlen!“ faucht sie.

Das „Gespräch“ endet im Chaos. Hinterher lädt er sie zum Kaffee ein. Dabei erzählt sie ihm von ihrem geschiedenen Mann, der partout „den Bumsrekord von Amerika brechen wollte“, jetzt hat er eben eine jüngere. Sie nimmt's nicht so tragisch, versorgt ihren Sohn und bekommt „Unterstützung von unserem verehrten Herrn Vater Staat“. Nebenher backt sie den phantastischsten Käsekuchen von ganz Los Angeles und verkauft ihn an Cafés und Imbißstuben.

Sie erhält Gelegenheit, Charles auch ein Stück davon anzubieten, als er von einem Schäferstündchen mit der rothaarigen Ines Baskin auf der gegenüberliegenden Straßenseite genug hat und sich erinnert, daß Ann „auch dort wohnt, allerdings auf der billigen Seite“. So ist auch ihre Wohnung, einfach, ohne „Ausstattung“, nicht einmal Farbfernsehen. „Oh, schwarzweiß, das wollte ich schon immer mal sehen“, sagt er zynisch, als er bei ihr das Baseball-Finale ansehen will.

Verabredet hat man sich morgens in der Klinik, wo er ihr inzwischen einen Job verschafft hat, als Schreibkraft, an der Aufnahme. „Was muß ich da tun?“ „Formulare ausfüllen.“ „Ach so, und mit diesen Formularen verkauft man dann sein Häuschen, sein Auto, seine gesamte Habe!“

Ann mischt sich ein, sie rät sogar einer Mutter davon ab, ihrem kleinen Sohn die Mandeln entfernen zu lassen, weil in einer Zeitschrift zu lesen war, daß „mindestens 90% aller Tonsillektomien und 50% aller Blinddarmoperationen überflüssig“ sind. Nichols ist sauer. Zunächst. Dann hat er Lust, sie herumzukriegen. Und er schafft es auch, weniger süßlich als man vielleicht erwartet hätte, wie nur für einen Abend. Eben. Aber da ist er bei Ann schief gewickelt. Morgens erklärt sie ihm, wenn ein Mann sie liebe, könne er alle möglichen Unarten haben, „er kann meinetwegen sogar republikanisch wählen (sie selber ist wohl eher für sozialdemokratisch), ich gehe durch dick und dünn für ihn“. Aber sie

überliegenden Straßenseite genug hat und sich erinnert, daß Ann „auch dort wohnt, allerdings auf der billigen Seite“. So ist auch ihre Wohnung, einfach, ohne „Ausstattung“, nicht einmal Farbfernsehen. „Oh, schwarzweiß, das wollte ich schon immer mal sehen“, sagt er zynisch, als er bei ihr das Baseball-Finale ansehen will.

Verabredet hat man sich morgens in der Klinik, wo er ihr inzwischen einen Job verschafft hat, als Schreibkraft, an der Aufnahme. „Was muß ich da tun?“ „Formulare ausfüllen.“ „Ach so, und mit diesen Formularen verkauft man dann sein Häuschen, sein Auto, seine gesamte Habe!“

Ann mischt sich ein, sie rät sogar einer Mutter davon ab, ihrem kleinen Sohn die Mandeln entfernen zu lassen, weil in einer Zeitschrift zu lesen war, daß „mindestens 90% aller Tonsillektomien und 50% aller Blinddarmoperationen überflüssig“ sind. Nichols ist sauer. Zunächst. Dann hat er Lust, sie herumzukriegen. Und er schafft es auch, weniger süßlich als man vielleicht erwartet hätte, wie nur für einen Abend. Eben. Aber da ist er bei Ann schief gewickelt. Morgens erklärt sie ihm, wenn ein Mann sie liebe, könne er alle möglichen Unarten haben, „er kann meinetwegen sogar republikanisch wählen (sie selber ist wohl eher für sozialdemokratisch), ich gehe durch dick und dünn für ihn“. Aber sie

habe keine Lust, in Konkurrenz mit seiner „Liste“ von Verehrerinnen zu treten. Entweder – oder. Er will es schließlich für zwei Wochen versuchen.

Und dann wird es schön. Spaziergang am Meer, beide schlaksig in Jeans und Pullover, beide beim allabendlichen Restaurantbesuch, beide beim Bummel; nicht etwa, daß sie in Urlaub wären, nein, zu Hause, aber eben verliebt. Da ist das so.

Sie hat in der Zwischenzeit keinen Käsekuchen mehr gebacken, trägt auch nicht mehr den hellblauen Morgenmantel, den sie bei ihrem Krankenhausaufenthalt hatte mitgehen lassen, weil sie eh einen brauchte. Bei der Arbeit in der Klinik hat sie ein überlegenes Lächeln parat, wenn der Charmeur der schwarzen Schwester über die Wange streichelt und der nächsten in den Hintern zwickt. Ist er um die Ecke, wirft sie einen nachdenklichen Blick in den Taschenspiegel, nur einen verstohlenen Moment lang, um sich dann mit ernüchterter Miene wieder den Formularen zuzuwenden. Sie ist eben „nicht mehr ganz jung“, und die Überlegenheit ist eigentlich doch nicht echt, oder?

Im Fahrstuhl entdeckt sie ein Bett mit einem alten Mann darin, der wie tot aussieht, die Augen in tiefen, weißen Höhlen liegend. Sie fragt ihn nüchtern: „Sir, wie lange liegen Sie denn schon hier drin?“ Man muß lachen. Der Alte stöhnt. Sie benachrichtigt die Rezeption und fragt, ob seit dem Morgen ein Patient vermißt werde. Willaby kommt dazwischen und knurrt: „Den von gestern, den haben wir wieder gefunden, und von dem heute weiß ich nichts.“ „Dann schauen Sie mal im Fahrstuhl Nr. 2 nach“, bemerkt Ann trocken.

Während die zwei Wochen „Ehe“ zu Ende gehen, rückt der Tag der Nominierung des neuen Chefarztes näher, und Nichols weiß, daß es auf ihn ankommt, weil er der einzige sein wird, der sich für den alten Trottel in die Schlacht werfen wird. Wie sein Freund treffend bemerkt: „Es kommt eben darauf an, welche Stellung du hast.“

Die Angelegenheit spitzt sich dramatisch zu, weil ein eigentlich alltäglicher Vorgang im Kensington-Hospital passiert: Ein Patient stirbt während der Operation wegen Komplikationen an den Atmungsorganen, die vorhersehbar waren, aber nicht in seiner Karte eingetragen. Nun ist es nicht irgendwer, sondern der berühmte Baseball-Trainer Harry Grady. An seinem Grab hält der alte Willaby eine würdige Ansprache, die er schließt mit den Worten: „Nun ist er tot, und wir wissen das zu schätzen.“ Gradys Frau droht mit einem Prozeß und will zudem noch die 5 Mio. Dollar Spende festhalten, die das Krankenhaus bekommen sollte.

Nichols erhält von Willaby den Auftrag, sie zu „beruhigen“. Er begibt sich zu diesem Zweck in ihre teure Luxuswohnung und säuft. Morgens wacht er auf dem Billardtisch auf, sie ist sauer, und erreicht hat er nichts. Außer daß Ann ihm, als er heimkommt, eine Szene macht und tobend das Haus verläßt. Ein Hurenbock sei er und ein Feigling, weil er nicht wage, gegen den alten Willaby aufzutreten.

Unterdessen sucht er seine Kleider, die Ann im Kühlschrank versteckt hat. Er wirft sich schließlich in einen roten Morgenmantel von ihr, setzt eines ihrer Kopftücher auf und fährt mit dem Taxi zur Klinik, wo schon alles auf ihn wartet. Er nominiert Willaby, dieser wird gewählt und hält eine Antrittsrede, in der er versichert, jeden Tag Überstunden zu machen und alle Abteilungen persönlich zu überwachen. Vor allem werde er wieder selbst ope-

passiert: Ein Patient stirbt während der Operation wegen Komplikationen an den Atmungsorganen, die vorhersehbar waren, aber nicht in seiner Karte eingetragen. Nun ist es nicht irgendwer, sondern der berühmte Baseball-Trainer Harry Grady. An seinem Grab hält der alte Willaby eine würdige Ansprache, die er schließt mit den Worten: „Nun ist er tot, und wir wissen das zu schätzen.“ Gradys Frau droht mit einem Prozeß und will zudem noch die 5 Mio. Dollar Spende festhalten, die das Krankenhaus bekommen sollte.

Nichols erhält von Willaby den Auftrag, sie zu „beruhigen“. Er begibt sich zu diesem Zweck in ihre teure Luxuswohnung und säuft. Morgens wacht er auf dem Billardtisch auf, sie ist sauer, und erreicht hat er nichts. Außer daß Ann ihm, als er heimkommt, eine Szene macht und tobend das Haus verläßt. Ein Hurenbock sei er und ein Feigling, weil er nicht wage, gegen den alten Willaby aufzutreten.

Unterdessen sucht er seine Kleider, die Ann im Kühlschrank versteckt hat. Er wirft sich schließlich in einen roten Morgenmantel von ihr, setzt eines ihrer Kopftücher auf und fährt mit dem Taxi zur Klinik, wo schon alles auf ihn wartet. Er nominiert Willaby, dieser wird gewählt und hält eine Antrittsrede, in der er versichert, jeden Tag Überstunden zu machen und alle Abteilungen persönlich zu überwachen. Vor allem werde er wieder selbst ope-

rieren. Das ist sogar Nichols zuviel. Er zieht die Nominierung zurück und fährt mit dem Krankenwagen Ann hinterher, die in der Stadt eine Käsetorte zu einem Kunden bringen muß. Er findet sie auf einer belebten Straße; mitten im Verkehrsgewühl macht er ihr einen Heiratsantrag, den sie widerborstig und beleidigt beantwortet mit: „Ach, du armer Kerl, du brichst mir das Herz!“ „Macht nichts, ich bin Arzt, das flicke ich zusammen.“

Ohne daß man viel darüber nachdenkt, hat man das Gesundheitswesen als privatkapitalistischen Betrieb aufgenommen, der ausschließlich der Befriedigung des persönlichen Bereicherungstriebes eines alten knackrigen Chefarztes dient. Die Ärzte sind allesamt Beutelschneider, die ihre Geldgier allenfalls mit Selbstgefälligkeit und Ehrgeiz garnieren; ihre Arbeit betrachten sie als „Job“, der einiges einbringt, die „gesellschaftliche Stellung“ nicht zu vergessen.

Und tagtäglich gehen ob dieser Bereicherung Menschen zugrunde. Gesetze, die solche Folgen bewußt einplanen, wie die Kostendämpfung des Herrn Ehrenberg, gibt es nicht; im Gegenteil, wo der Staatsapparat auftaucht, wacht er über die *Einhaltung* von Gesetzen zum „Schutz und Wohl der Bürger“, warum sonst sollte Willaby solch eine Angst vor dem Prozeß haben, den Ellen Grady gegen das Krankenhaus anstrengen will?

Aus den absichtsvollen Maßnahmen der Finanzbourgeoisie werden individuelle Eigenschaften einzelner Bourgeoisschurken, Bequemlichkeit und Gleichgültigkeit der Massen. Die Gier der Finanzbourgeoisie nach den Lohngeldern der Arbeiter zur Füllung der imperialistischen Kriegskasse ist nicht mehr erkennbar, es wird zu einer Frage der bürgerlichen Moral, ob Kranke gut behandelt werden oder nicht. So verfügt Willaby „zur Entlastung des Personals“ einen neuen Essensplan: um fünf Uhr morgens Frühstück, um neun Uhr Mittagessen – worauf die Diätköchin vorsichtig bemerkt, das gebe wohl „Ärger“ mit den Patienten. „Wer führt dieses Krankenhaus, die oder ich?!“ schreit Willaby.

Die Folgen der Rationalisierung und Stellenstreichung als Teil des Ehrenbergschen Kostendämpfungsprogramms werden den Pflegern und Krankenschwestern in die Schuhe geschoben; es paßt also, wenn man sie in einem „unbemerkten“ Moment schäkernd in der Ecke stehen sieht; sie haben tatsächlich „nur Sex im Kopf“. Das Krankenhaus ist ein großer Puff, die Patienten liegen dazwischen, werden im Fahrstuhl „vergessen“ und auf dem Operationstisch „tranchiert“ und sterben, während die Herren Ärzte die einzige Sorge beschäftigt, welche Konkubine sie abends wieder abschleppen werden. Dies alles in seiner ganzen Unverschämtheit als „Unterhaltung“ verpackt, die vorgibt, um des „Witzes“ willen zu übertreiben, aber gerade durch das Ansetzen an realen Erscheinungen zu einer hinterhältigen Waffe wird.

Wenn Nichols sich nicht mit Ann abgeben würde, er wäre rasch „unten durch“. Aber so ... Schließlich greift sie als einzige die horrenden Kosten und die Misere der Gesundheitsversorgung an. In ihr erleben die verstaubten Moralbegriffe der bürgerlichen Klasse ihre zeitbezogene „Wiedergeburt“. Geschieden, weil ihr erster Mann ein „Ausbeuter“ war, der immer nur den eigenen Orgasmus im Sinn hatte. Natürlich ist sie selbst nicht prüde, woher denn. Aber treu! Sie ist der Katalysator für die abgefeimte Intention, die Arbeiterklasse in dieses bürgerliche Trauerspiel hineinzuziehen. Der Bourgeoisarzt und die Lohnabhängige, ein feines Paar, und sie nicht einmal unterdrückt. Sie hat zu allem schließlich „eine eigene Meinung“.

schoben; es paßt also, wenn man sie in einem „unbemerkten“ Moment schäkernd in der Ecke stehen sieht; sie haben tatsächlich „nur Sex im Kopf“. Das Krankenhaus ist ein großer Puff, die Patienten liegen dazwischen, werden im Fahrstuhl „vergessen“ und auf dem Operationstisch „tranchiert“ und sterben, während die Herren Ärzte die einzige Sorge beschäftigt, welche Konkubine sie abends wieder abschleppen werden. Dies alles in seiner ganzen Unverschämtheit als „Unterhaltung“ verpackt, die vorgibt, um des „Witzes“ willen zu übertreiben, aber gerade durch das Ansetzen an realen Erscheinungen zu einer hinterhältigen Waffe wird.

Wenn Nichols sich nicht mit Ann abgeben würde, er wäre rasch „unten durch“. Aber so ... Schließlich greift sie als einzige die horrenden Kosten und die Misere der Gesundheitsversorgung an. In ihr erleben die verstaubten Moralbegriffe der bürgerlichen Klasse ihre zeitbezogene „Wiedergeburt“. Geschieden, weil ihr erster Mann ein „Ausbeuter“ war, der immer nur den eigenen Orgasmus im Sinn hatte. Natürlich ist sie selbst nicht prüde, woher denn. Aber treu! Sie ist der Katalysator für die abgefeimte Intention, die Arbeiterklasse in dieses bürgerliche Trauerspiel hineinzuziehen. Der Bourgeoisarzt und die Lohnabhängige, ein feines Paar, und sie nicht einmal unterdrückt. Sie hat zu allem schließlich „eine eigene Meinung“.

Am Schluß zwar keine Trauung im weißen Kleid, aber rührend ist es mindestens genauso, ihr widerspenstiges Zögern gegen seinen Heiratsantrag, den er begründet damit, daß er die Schnauze voll hat von „diesem Leben“, wo er morgens in den Schrank steigt, weil er meint, es sei die Badezimmertür. Wissen, wo man hingehört!

Die Methode, ein bißchen Sex, ein bißchen Klamauk, damit überdeckt man die Stellen, die hinter den Gags herplätschern, so daß sie kaum bemerkt werden, vor allem dürfen sie nicht die Stimmung verderben. Und eigentlich ist auch der Bourgeois gar nicht so schlimm, er hat zumindest einen guten Kern, und sogar ein Fünkchen Zivilcourage – wenn er verliebt ist.

Kommunistische Volkszeitung